Mittwoch, 9. Februar 1983 - D ***
Tageblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen
Belgien 36,00 bfr, Dänemark 7,50 dkr, Frankreich 6,00 F, Griechenland 80 Dr. Großbritannien 55 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 63,00 Din, Luxemburg 27,00 lfr

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 33 - 6.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Niederlande 2,00 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 12 öS, Portugal 80 Esc. Schweden 6,50 skr. Schweiz 1,60 sfr. Spanien 100 Pts. Kanarische Inseln 125 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Jaruzelski gab schon 1970 Schießbefehl

jgg. Bonn

Der heutige polnische KP-Chef Jaruzelski hat, so ein interner Bericht der Kubiak-Kommission, im Dezember 1970 während der Unruhen an der Ostseeküste auf Arbeiter schießen lassen. In dem Bericht heißt es, der General habe als Befehlshaber der zuständigen Einsatztruppen am 15. Dezember 1970 dem Beschluß der polnischen Parteiführung zugestimmt, die Unruhen mit Waffengewalt niederwerfen zu lassen. Gomulka-Nachfolger Edward Gierek hatte später bei einem Treffen mit Werftarbeitern verbreitet, Jaruzelski habe sich geweigert, auf Arbeiter schießen zu lassen. Ihm sei daher die Befehlsgewalt in dieser Zeit entzogen worden. Jaruzelski wurde damit als eine Art „positiver Held" aus der Gomulka-Ära in die Gierek-Mannschaft übernommen. Die Kubiak-Kommission – benannt nach dem Politbüro-Mitglied Hieronym Kubiak – hatte den Rechenschaftsbericht über die Ursachen von Unruhen in Polen im Auftrag des ZK der PVAP bereits im Juli des vergangenen Jahres ausgearbeitet. Er wurde allerdings vom Militärrat abgelehnt. Kubiak wird dem Reformflügel der Partei zugerechnet.

Emnid: Verluste für SPD bei Arbeitslosen

AP, München

Die SPD scheint nach einer Emnid-Umfrage in der Gunst der Arbeitslosen gesunken zu sein. Der Bayerische Rundfunk veröffentlichte gestern in München das Ergebnis dieser Umfrage unter 555 Arbeitslosen, die im Auftrag des politischen Fernsehmagazins „Report" durchgeführt wurde. Die Umfrage ergab, daß 49 Prozent der Arbeitslosen ihre Situation zum Wahlkriterium machen wollen. Während die Arbeitslosen im Jahr 1980 zu 50 Prozent ihre Stimme noch den Sozialdemokraten gaben, käme die SPD nach der Umfrage heute nur noch auf 42 Prozent und die FDP könne lediglich mit drei Prozent rechnen. Die Unionsparteien hingegen könnten einen Zuwachs um sieben auf 32 Prozent heute verzeichnen. Eigentlicher Gewinner bei den Arbeitslosen wären die Grünen, die mit acht Prozent erheblich über dem Durchschnitt der Gesamtwählerschaft liegen. Befragt, welche Regierung die zur Zeit anstehenden Probleme am besten lösen könne, sprachen sich 23 Prozent für die CDU/CSU, 20 Prozent für die SPD und zwölf Prozent für die gegenwärtige Koalition aus.

ZITAT DES TAGES



„Auf eine solche grundsätzliche Umorientierung haben wir lange gewartet."

Otto Wolff von Amerongen, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), zum Haushalt 1983 und den Begleitgesetzen der neuen Bundesregierung. FOTO: JUPP DARCHINGER

Auf Intensivstation

rtr, Wien

Der tschechoslowakische Dramatiker und Regimekritiker Vaclav Havel wird nach Angaben aus Emigrantenkreisen wegen einer schweren Lungenentzündung auf der Intensivstation eines Prager Zivilkrankenhauses behandelt. Seine Frau habe ihn in einem sehr kranken und schwachen Zustand vorgefunden, hieß es. Der 1979 festgenommene und später unter dem Vorwurf umstürzlerischer Tätigkeit zu viereinhalb Jahren Haft verurteilte Künstler sei für die Zeit der Krankheit aus der Haft entlassen worden.

Neuer Raketentyp

SAD, Washington

Militärsachverständige in Washington, die Präsident Reagan in strategischen Fragen beraten, erwägen als neueste Empfehlung die Entwicklung einer kleinen Interkontinentalrakete mit nur einem Sprengsatz, deren „Erstschlag-Unempfindlichkeit" durch schnell bewegliche Trägerfahrzeuge garantiert werden soll.

Erlaubnis aus Tokio

dpa/UPI, Tokio

Die japanische Regierung will atomgetriebenen US-Flugzeugträgern auch auf die Gefahr von Demonstrationen gegen die Vereinigten Staaten von Amerika und gegen Atomwaffen das Anlaufen japanischer Häfen erlauben, teilte das Ministerium gestern mit. Kritiker einschließlich der sozialistischen Partei sehen in dieser Entscheidung eine Verletzung der im Jahre 1971 formulierten drei Prinzipien nach denen Japan Atomwaffen weder besitzen, noch herstellen, noch ins Land lassen darf.

WIRTSCHAFT

Bund erhöht Renditen

cd. Frankfurt

Bundesobligationen und Finanzierungsschätze des Bundes bringen von heute an bessere Renditen. Zur Anpassung an das während der letzten drei Wochen gestiegene Zinsniveau am Kapitalmarkt wurde der Ausgabekurs der fünfjährigen 7¼prozentigen Bundesobligation von 100 auf 98,80 Prozent gesenkt, wodurch sich die Rendite von 7,25 auf 7,55 Prozent erhöht. Bei den Finanzierungsschätzen steigt die Rendite der einjährigen Titel von 5,37 auf 5,60 Prozent und der zweijährigen von 6,12 auf 6,48 Prozent.

Öl gespart

HH. Bonn

Der Einsatz der Kernenergie in der Europäischen Gemeinschaft hat 1982 mehr als 50 Millionen Tonnen Öl ersetzt. Die Stromerzeugung in der EG ging zwar um 0,2 Prozent auf rund 1204 Milliarden Kilowattstunden (kWh) zurück. Dabei nahm jedoch die Produktion von Kernenergiestrom gegenüber 1981 um zwölf Prozent auf rund 226,5 Milliarden kWh zu. Ihre Erzeugung hätte nach Berechnung der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) mehr als 50 Millionen Tonnen Öl oder 75 Millionen Tonnen Kohle erfordert.

Lehrstellen besetzen

Mk. Bonn

„Jede freiwerdende Lehrstelle wieder besetzen" – einen entsprechenden Appell hat jetzt der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Paul Schnitker, an die Betriebe seines Bereichs gerichtet. Wenn dieses gelinge, dann steige die Zahl der Ausbildungsplätze im Handwerk allein schon um 10 000 gegenüber der des Vorjahres. Denn 1980 habe mit rund 243 000 Lehrlingen der stärkste Jahrgang im Handwerk eine Ausbildung begonnen und der größte Teil der Jugendlichen werde sie in diesem Jahr beenden.

Aktien freundlich

DW. Frankfurt

Nach zögerndem Beginn schlossen die Aktienbörsen überwiegend freundlich. Der Rentenmarkt war uneinheitlich. WELT-Aktienindex 112,3 (111,6). Dollarmittelkurs 2,4323 (2,4680) Mark. Goldpreis pro Feinunze 497,25 (490,25) Dollar.

WETTER

Nachtfrost

DW. Essen

Im gesamten Bundesgebiet überwiegend bewölkt und zeitweise Schneefall. Tagestemperaturen um den Gefrierpunkt, in der Nacht zwischen minus 2 und minus 6, örtlich bis minus 10 Grad. Allgemein mäßiger bis frischer Nordostwind.

Weitere Nachrichten auf Seite 10: Wirtschaftserfolg als Richtlinie für neue Kandidatur Reagans – Paris: Bush lobt die Haltung Mitterrands

Shamir lobt Beziehungen zur neuen Regierung in Bonn

Genscher will sich bei der EG für Israels Interessen einsetzen

BERNT CONRAD, Bonn

Der israelische Außenminister Yitzhak Shamir hat sich gestern befriedigt über den Verlauf seines Besuches in Bonn geäußert. Die Atmosphäre der Beziehungen habe sich unter der Bundesregierung Kohl/Genscher gegenüber der Zeit der alten Regierung verbessert. Nach seinen Angaben will Bundeskanzler Kohl in naher Zukunft Israel besuchen, sagte Shamir vor der Presse.

Shamir beschloß gestern, seine Europa-Reise heute abzubrechen und nach Israel zurückzufliegen, um an den Kabinetts-Beratungen über den Untersuchungsbericht im Zusammenhang mit den Massakern in Beirut teilzunehmen.

Die von ihm in Bonn geäußerte Befriedigung bezog sich vor allem auf die Zusage von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, sich als EG-Ratspräsident für die Interessen Israels in der Europäischen Gemeinschaft einzusetzen. Genscher hatte damit auf die Erwartung Shamirs reagiert, daß in der Periode der deutschen Präsidentschaft die Zusammenarbeit zwischen Israel und ganz Europa vorankommen möge.

Auch der Hinweis von Bundeskanzler Helmut Kohl, die Festigung der Sicherheit Israels gehöre zu den wichtigsten Zielen der deutschen Nahost-Politik, trug offensichtlich zur positiven Bilanz bei. Shamir bemerkte dazu in einer Tischrede: „Wenn es auch Meinungsverschiedenheiten gibt, so bestehen doch in bezug auf grundsätzliche Werte und Ziele Gemeinsamkeit und Verständnis."

SEITE 2:
Israels historischer Imperativ

Differenzen waren bei den Gesprächen in der Beurteilung der israelischen Siedlungspolitik, des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser und des Reagan-Planes deutlich geworden. Sowohl Kohl als auch Genscher, mit dem sich Shamir dreimal traf, drangen darauf, daß Israel die Besiedlung des Westjordanlandes einstelle. „Die einseitige Schaffung von Tatsachen, insbesondere die Siedlungstätigkeit Israels in den besetzten Gebieten, erschwert eine friedliche Lösung", meinte der Kanzler.

Demgegenüber bezeichnete der israelische Außenminister die neuen Siedlungen als „eine normale Aktivität, die von jeher und auch jetzt, seitdem wir in unser Land zurückgekehrt sind, ein integraler Teil unseres Lebens im Lande ist. Diese Tätigkeit steht nicht im Widerspruch zu dem Camp-David-Abkommen, stellt kein Hindernis bei der Einführung der Autonomie dar und stört nicht die friedliche Koexistenz zwischen uns und unseren arabischen Nachbarn."

Ebenso entschieden widersprach Shamir der Ansicht des Kanzlers und des Bundesaußenministers, eine gerechte Friedensordnung in Nahost erfordere nicht nur die Anerkennung des Existenzrechts und der Sicherheit Israels, sondern auch die Gewährleistung des Selbstbestimmungsrechtes des palästinensischen Volkes. Der israelische Außenminister hob hervor, das Thema Selbstbestimmung sei in bezug auf die Nachbarn des jüdischen Staates nicht anwendbar. Es habe eine zerstörerische Wirkung im Nahen Osten.

Besonderen Wert legten Kohl und Genscher darauf, Shamir die Chancen vor Augen zu führen, die

● Fortsetzung Seite 10

DER KOMMENTAR

Menschenrechte

HEINZ BARTH

Eigentlich ist es keine Überraschung, daß Jurij Andropow, der Nachfolger Breschnews, im neuen Jahresbericht des US-Außenministeriums wesentlich schlechter wegkommt, als manche im Westen es erwartet haben mögen. Wie das State Department feststellt, werden in Rußland unter ihm die Menschenrechte weniger respektiert als je zuvor. Nach dem Material, das Amerikas Diplomaten zusammengetragen haben, sitzen in der Sowjetunion gegenwärtig 10 000 Dissidenten in Gefängnissen und nahezu tausend weitere in psychiatrischer Haft, nicht zu reden von der Masse der Arbeitssklaven, die zur Fron an der sibirischen Gasleitung und anderen Mammut-Projekten der roten Diktatur gepreßt werden.

Wie könnte es auch anders sein unter der Herrschaft eines Mannes, der vor nicht langer Zeit das von Solschenizyn beschriebene Schattenreich des Archipel GULag dirigierte und heute noch mit seinem Machtapparat in diesem Imperium der Unterwelt wurzelt. Nur diejenigen unter uns, die unbedingt getäuscht werden wollen, sind durch die westliche Glasur und das professorale Gehabe des Genossen Andropow zu übertölpeln. Daß amerikanische Bestseller auf seinem Nachttisch liegen, wie uns bewundernd berichtet wird, macht die Verfolgung nicht leichter für die Dissidenten, die unter der sowjetischen Knute schmachten, und den Tod nicht leichter für die afghanischen Patrioten, die nun schon im vierten Jahr für ihre Freiheit kämpfen.

Das State Department sieht keine Chance, daß die Sowjets in absehbarer Zeit Afghanistan verlassen. Im Gegenteil – Wirtschaft und Erziehungswesen des Landes werden vom roten Kolonialismus so weitgehend gleichgeschaltet, daß nichts mehr die De-facto-Annektion rückgängig machen kann. Für Jimmy Carter waren die Menschenrechte Dreh- und Angelpunkt seiner Außenpolitik. Sie sind es nicht für Ronald Reagan. Aber sie bleiben ein entscheidender Faktor, wo um das Vertrauen gerungen wird, das die Welt in die Supermächte setzt.

Wenn die Reagan-Administration es für geboten hält, nachdrücklich an die sowjetische Verletzung der Menschenrechte zu erinnern, um die es vorübergehend stiller geworden war, muß daraus geschlossen werden, daß sich Washington wenig Hoffnung auf Fortschritte bei den Genfer Abrüstungsgesprächen macht.

Keine Liberalisierung unter Andropow

Jahresbericht des US-State Departement stellt Menschenrechte in den Mittelpunkt

AFP/DW. Washington

Die Vereinigten Staaten gehen offensichtlich davon aus, daß sich unter dem neuen sowjetischen Parteichef Jurij Andropow keinerlei Liberalisierung im Innern der UdSSR einstellen wird. Das US-Außenministerium kommt sogar zu dem Ergebnis, daß die Menschenrechte im Moskauer Herrschaftsbereich weniger denn je respektiert würden. Die Menschenrechte, versicherte jetzt demonstrativ das State Departement, stünden im Mittelpunkt der amerikanischen Außenpolitik.

In dem gestern veröffentlichten Jahresbericht wird aufgezählt: Mindestens 10 000 Regimekritiker befänden sich in Gefängnissen der UdSSR und weitere 1000 in psychiatrischen Anstalten. Die Wahrung der Menschenrechte sei „weit von den internationalen Kriterien entfernt". Offensichtlich solle durch eine Verschärfung der Verfolgung jeglicher Kontakt zwischen Sowjetbürgern und Dissidenten vermieden werden. In dem Jahresbericht ist ausdrücklich von „Zwangsarbeit" an der europäisch-sibirischen Gasleitung die Rede. Zudem seien vietnamesische Arbeiter in hoher Zahl in die Sowjetunion gebracht worden.

Die Aussetzung des Kriegsrechts in Polen hat nach Einschätzung der amerikanischen Experten die „Repression in ihren Grundzügen" beibehalten. Der verschärfte innenpolitische Druck in dem Ostblockland habe aber nicht einmal zu politischer und wirtschaftlicher Stabilität geführt.

Zu Afghanistan bemerkt der Jahresbericht des State Department, die Bevölkerung habe wegen der sowjetischen Angriffe 1982 mehr denn je gelitten. Außerdem sei im vergangenen Jahr die „Russifizierung" der Industrie, der Presse und des Erziehungswesens abgeschlossen worden. Aus dieser Entwicklung ziehen die Autoren des Berichts den Schluß, daß Moskau keinesfalls die Absicht habe, seine Intervention in Afghanistan zu beenden.

Der libysche Revolutionsführer Khadhafi wird beschuldigt, auch im vergangenen Jahr den Sturz mehrerer ausländischer Regierungen geplant und in vielen Teilen der Welt Terroristengruppen unterstützt zu haben. Trotz des Rückgangs seiner Öleinnahmen habe Libyen seine Waffenkäufe unvermindert fortgesetzt.

Ähnlich wie Präsident Reagan kritisierten auch die Verfasser des State-Departement-Berichts die Politik Israels in den besetzten Gebieten. Erwähnt wird vor allem die „expansive Siedlungspolitik" der Israelis. Kritisiert werden auch Beschränkungen für Araber im Erziehungs- und Wirtschaftsleben sowie die Beschlagnahme arabischen Bodens.

In Lateinamerika hat sich die Lage der Menschenrechte nach dem Bericht des amerikanischen Außenministeriums in den befreundeten Staaten El Salvador, Haiti, Guatemala, Chile und Uruguay verbessert. Verschlechtert habe sie sich jedoch in den pro-kubanischen Ländern und vor allem in Nicaragua.

Sharon lehnt Rücktritt wegen der Beiruter Massaker ab

Spekulationen über Neuwahl in Israel / Kritik an Begin

SAD/rtr/AP, Jerusalem

Der israelische Verteidigungsminister Ariel Sharon hat es gestern abgelehnt, der Aufforderung einer Untersuchungskommission Folge zu leisten und wegen der Massaker in zwei Beiruter Flüchtlingslagern zurückzutreten. Das verlautete nach einer Sondersitzung des Kabinetts in Jerusalem.

In Berichten des israelischen Rundfunks hieß es, Ministerpräsident Begin blieben jetzt drei Möglichkeiten: Entweder entlasse er Sharon und arbeite mit der Regierung weiter, oder er trete selbst zurück und rufe Neuwahlen aus, oder die oppositionelle Arbeiterpartei versuche, eine Regierung zu bilden.

Über Begin sowie Außenminister Shamir und den Leiter des „Mossad" (Spionageabwehr) befand die Kommission, daß sie in gewissem Maße mitverantwortlich seien, doch kein Anlaß bestehe, Maßnahmen vorzuschlagen, die über diese Feststellung hinausgehen.

Der nach fast viermonatiger Arbeit veröffentlichte Bericht war von drei der angesehensten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in Israel verfaßt worden: dem Präsidenten des Obersten Gerichtshofes, Kahan, dem Oberrichter Barak und dem früheren Generalmajor Efrat. Ihre Empfehlungen sind gesetzlich nicht bindend.

Wie der israelische Rundfunk berichtete, war auf der Sondersitzung des Kabinetts der Rücktritt Sharons ultimativ von den Ministern der Nationalreligiösen Partei gefordert, von Sharon und anderen Ministern aber abgelehnt worden. Die Vertreter der Nationalreligiösen Partei hätten mit ihrem Auszug aus der Regierungskoalition gedroht, wodurch Begins Regierung ihre Parlamentsmehrheit verlieren würde.

Am 16. und 17. September 1982 hatten christliche Milizen nach israelischen Geheimdienstschätzungen in den Lagern Sabra und Schatilla 700 bis 800 palästinensische Zivilisten ermordet. Sie waren von den israelischen Invasionstruppen in die Lager eingelassen worden, um dort nach palästinensischen Freischärlern zu suchen.

Für diese Entscheidung ist Sharon nach Auffassung der Kommission persönlich verantwortlich. Während der Untersuchung hatte er ausgesagt, er habe die Aktion gebilligt. Sharon, der maßgeblich die israelische Libanon-Invasion geplant hatte, habe die Möglichkeit völlig außer acht gelassen, daß die Milizen Greueltaten begehen würden, befand die Kommission. Sharon sei seiner humanitären Verpflichtung nicht nachgekommen, einen Amoklauf zu verhindern. „Vom Verteidigungsminister selbst wissen wir, daß diese Möglichkeit ihn nicht im geringsten berührte", hieß es in dem Bericht.

Dem Leiter des Geheimdienstes „Mossad", dessen Name geheimgehalten wird, lastete die Kommission an, er habe dem Kabinett nichts über die möglichen Gefahren gesagt, die mit dem Einlassen der Milizen in die Lager verbunden waren. Der Leiter des militärischen Nachrichtendienstes, Generalmajor Saguy, sollte nach Auffassung der Kommission sein Amt nicht mehr ausüben dürfen. Er habe bei den Untersuchungen das Bild eines Mannes vermittelt, der seine „Augen und Ohren verschließt".

Seite 2: Prüfung

NATO-Papiere bei „konkret"

Ermittlungen wegen des Verdachts der Preisgabe von Staatsgeheimnissen

MANFRED SCHELL, Bonn

Bei der Durchsuchung der Bundesanwaltschaft in der Redaktion und der Wohnung eines Redakteurs der Hamburger Zeitschrift „konkret" wurden NATO-Dokumente der höchsten Geheimhaltungsstufe sichergestellt. Nach Informationen der WELT beschlagnahmte die Bundesanwaltschaft neben anderen Gegenständen elf Dokumente der NATO, die – obwohl ihr Anfertigungsdatum Jahre zurückliegt – zu den streng gehüteten Geheimnissen des Bündnisses gehören und mit dem Geheimhaltungsgrad „Cosmic" versehen waren.

Es handelt sich dabei um Pläne für den Fall, daß der Westen auf einen atomaren sowjetischen Raketenüberfall reagieren muß. In diesen Unterlagen der NATO ist unter anderem festgelegt, welche Ziele in der Sowjetunion im Falle eines militärischen Ersteinsatzes Moskaus im Gegenzug angegriffen werden sollen. Die elf sichergestellten Dokumente gehören zu einer Serie von insgesamt 20 Cosmic-Unterlagen. Es war auch aufgelistet, welche Dokumente aus dieser Serie im einzelnen noch fehlen. Die NATO-Führung ist über die Funde unterrichtet worden. Unabhängig von diesen Dokumenten der höchsten Geheimhaltungsklasse hat „konkret"-Chefredakteur Manfred Bissinger vier Tonbänder und drei Ordner ausgehändigt. Bei dem „konkret"-Redakteur Jürgen Saupe wurden mehrere Tonbandkassetten als Beweismittel sichergestellt. Erst kürzlich hat Generalbundesanwalt Rebmann, als noch keine detaillierte Auswertung der einzelnen Schriftstücke vorlag, von der Sicherstellung von Dokumenten gesprochen, die als Verschlußsachen gekennzeichnet gewesen seien.

Gegen Bissinger und Saupe wird wegen des Verdachts der Preisgabe von Staatsgeheimnissen ermittelt. Die Durchsuchung war am 29. Dezember 1982 auf Beschluß des Ermittlungsrichters beim Bundesgerichtshof angeordnet worden. Bei den zuständigen Sicherheitsbehörden sind Überlegungen im Gange, woher „konkret" diese geheimen Dokumente bekommen haben könnte. Bissinger war früher an einflußreicher Stelle beim „stern" tätig und danach Sprecher des Hamburger Senats unter Bürgermeister Klose (SPD). Unklar ist, ob Bissinger oder der Redakteur Saupe das Material beschafft hat, der im Zuge der Affäre Langemann ebenfalls in die Ermittlungen einbezogen worden ist. Die Sicherheitsbehörden halten es auch für denkbar, daß das Material von östlichen Stellen aufbereitet und „konkret" aus durchsichtigen Motiven zur Verfügung gestellt worden sein könnte.

Kohl stellt sich vor Zimmermann

DW. Warschau/Bonn

Warschau hat seinen verbalen Protesten gegen die Erklärung von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) über die deutsche Frage eine formale Stellungnahme folgen lassen. Der Bonner Botschafter Georg Negwer war am Montag ins polnische Außenministerium zitiert worden, wo ihm der „energische Protest" vorgetragen wurde. Zimmermann hatte erklärt, bei der Behandlung der deutschen Frage dürften die Gebiete jenseits von Oder und Neiße nicht ausgeklammert bleiben.

Regierungssprecher Stolze hatte Zimmermanns Bemerkungen unter Berufung auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts und eine Resolution des Bundestages verteidigt, wonach die Ostverträge eine friedensvertragliche Regelung nicht vorwegnähmen. Polen wandte sich daraufhin gegen „jeden Versuch einer einseitigen Interpretation des Vertrages auf der Grundlage von innenpolitischen Dokumenten, die in keiner Weise international verbindlich" seien. Bundeskanzler Kohl versicherte, daß Bonn keine Revision des Warschauer Vertrages beabsichtige.

Seite 2: Polen und das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung

Dregger wirft Ostblock Einmischung vor

MANFRED SCHELL, Bonn

Eine massive Einmischung in den Wahlkampf hat gestern der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, dem Ostblock vorgeworfen. Er reagierte damit auf die sowjetische Erklärung, die SPD betreibe im Gegensatz zur Union eine „aktive Friedenspolitik" (WELT v. 8. 2.)

Die kommunistischen Regierungen wünschten sich offenkundig „einen Sieg der SPD oder ein rotgrünes Bündnis". Deshalb, so sagte Dregger der WELT, betrieben sie einen „Parallelwahlkampf", wobei sie die Parteien der Regierungskoalition verbissen attackierten und nach Kräften die SPD unterstützten. Sogar die Grünen, die früher als Chaoten dargestellt worden seien, „finden inzwischen das Wohlwollen der kommunistischen Regime".

Eine solche eindeutige Hilfestellung „von eben dieser Seite könnte sich leicht als ein Todeskuß erweisen". Die SPD wäre gut beraten, sich eine Wahlkampfunterstützung durch kommunistische Hilfstruppen zu verbitten. Sie könnte dies um so überzeugender tun, wenn sie „nicht so einseitig" die Interessen des Ostblocks gegen die des Westens „ausspielen würde".

Industrie und Handwerk weisen Vorwürfe zurück

Mk. Bonn

Der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) und der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) haben sich gestern gegen Mutmaßungen und Unterstellungen gewandt, Unternehmer würden durch einen „organisierten Investitionsstreik" Einfluß auf die Wahlentscheidung nehmen. Investitionen seien, so der BDI, nicht von Wahlterminen, sondern von betriebswirtschaftlichen und ökonomischen Gegebenheiten und Bedingungen bestimmt. „Dazu gehört allerdings auch Klarheit und Sicherheit über den künftigen wirtschaftspolitischen Kurs."

Der DIHT appellierte an die Parteien, gerade auch im Wahlkampf dafür zu sorgen, daß sich das ohnehin nicht günstige Wirtschaftsklima nicht noch weiter durch eine solch unsachliche Diskussion verschlechtere. Die Parteien sollten eher die Voraussetzungen dafür schaffen, daß das Investitionsklima in der Wirtschaft besser werde. „Die moralische Entrüstung über einen angeblichen Investitionsstreik verschlechtert die Rahmenbedingungen, schädigt die Unternehmen und erhöht das Risiko der Arbeitslosigkeit", heißt es in dem Appell.

Moskau baut Jumbo-Jet für Transport von SS-20-Raketen

NATO-Experten rechnen mit Erstflug in diesem Jahr

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

In der Sowjetunion soll in diesem Jahr der Erstflug des größten Transportflugzeugs der Welt stattfinden.

Nach Darstellung informierter NATO-Kreise wurde es speziell entworfen, um die sowjetische Rakete des Typs SS 20 einschließlich der dazu gehörenden Abschußrampe und Fahrzeuge transportieren zu können. Dadurch kommt der Flugzeugentwicklung nach Ansicht westlicher militärischer Kreise strategische Bedeutung zu.

Nach diesen Informationen handelt es sich bei der „AN-400" um eine Entwicklung aus dem Konstruktionsbüro Antonow. Die Maschine sei um fünf Prozent größer als die Lockheed C-5 „Galaxy", bisher größten Transportflugzeug der Welt. Sie könne eine Nutzlast von 130 Tonnen tragen.

Die neuen Aufklärungsergebnisse der NATO haben spezielle Bedeutung für die in Genf stattfindenden sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über die Begrenzung von Mittelstreckenraketen. Die Sowjetunion sei mit dieser Maschine, mit deren Indienststellung in drei bis fünf Jahren zu rechnen sei, in der Lage, hinter den 80. Längengrad in Sibirien verlegte SS-20-Raketen innerhalb von Stunden wieder in Feuerstellungen zu bringen, von denen aus Westeuropa erreicht werden kann.

Wie weiter verlautete, erging der Auftrag für die Entwicklung des Jumbo-Transporters etwa zur gleichen Zeit, als die Sowjetunion die SS-20-Rakete plante. Die Raketenentwicklung sei schneller gegangen, weil sie technisch leichter zu bewerkstelligen gewesen sei.

Mitte der siebziger Jahre hatte sich die Sowjetunion vergeblich in den USA und Großbritannien um den Kauf einiger 20-Tonnen-Triebwerke bemüht, wie sie von Pratt and Whitney, General Electric und Rolls-Royce hergestellt werden. Triebwerke dieser drei Firmen treiben alle modernen westlichen Großraumjets an. Weil schon damals bekannt war, daß die Sowjetunion an einem militärischen Transporter mit den Ausmaßen der „Galaxy" arbeitet, wurde der Verkauf der Triebwerke nicht gestattet. Das sowjetische Konstruktionsbüro Kusnetzow wurde sodann mit der eigenen Entwicklung beauftragt. (SAD)

Heute in der WELT

Meinungen: Moskauer Mengenlehre Von Rüdiger Moniac S. 2
Laserstrahlen und Computer für den Klang der Zukunft S. 3
Die SED-Führung und die Realität von Barbie S. 4
Europäische Gemeinschaft: Nachbarn kürzen Arbeitslosengeld S. 5
Este stört Palmes Kreise: Was weiß er über U-Boote der UdSSR? S. 6
Forum: Personalien und die Meinung von WELT-Lesern S. 7
Sport: Bundestrainer Derwall holt zwei Neulinge S. 9
Fernsehen: Australiens Medienlandschaft verändert sich S. 18
Kultur: Die Wehleidigkeit – und wie man ihr entkommt S. 19
Aus aller Welt: Pol-Wanderer trainierte mit Gefrier-Spinat S. 20

Schnee und Glatteis behindern den Vertrieb der WELT. Wir bitten die Leser um Verständnis bei Verzögerung der Zeitungszustellung.


DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Rahmendaten

Von Peter Gillies

Geld und Kapital fließen jeweils in die rentabelste Verwendung. So wie Herr Normalverbraucher eine möglichst attraktive (und sichere) Verzinsung seines Sparguthabens zu erhaschen trachtet, so will der Unternehmer – so er denn investiert – es möglichst rentabel tun. Je mehr ihm dies gelingt, desto sicherer und zahlreicher sind die Arbeitsplätze, die er zu bieten vermag.

Ein Bündel von Motiven gibt dafür den Ausschlag. So muß sich eine neue Anlage betriebswirtschaftlich rechnen, sie muß Gewinn verheißen, den Betrieb wettbewerbsfähiger machen, neue Märkte erschließen helfen.

Nicht gering sind jedoch die Rahmendaten zu bewerten, in denen sich ein Unternehmen bewegt. Die künftige Besteuerung, die Belastung mit Abgaben und Bürokratieaufwand, die Entwicklung der öffentlichen Finanzen (Zinsen!), der Kurs der D-Mark, die Energiepolitik und vieles andere spielen mit hinein.

Diese politischen Daten abzuwägen ist für den wagemutigen Unternehmer sogar eine Pflicht. Wenn er seinen Betrieb und die daran hängenden Arbeitsplätze über die Runde bringen will, darf er die Rahmendaten nicht aus dem Auge lassen. Wenn er sie aus parteipolitischer Einäugigkeit negierte, so wäre er ein schlechter Unternehmer, der auch den sozialen Frieden gefährdete.

Ob es klug war, die Schimäre massenweiser Investitionsvorbehalte (Stichtag 6. März) zu zeichnen, ist offen. Unbestritten aber bleibt, daß eine rot-grüne Bundesregierung die Rahmenbedingungen für Investitionen verschlechtert.

Diesen Zusammenhang darf man offensiv vertreten, braucht ihn nicht schamhaft zu verstecken. Er gehört zur Logik der Wende und hat mit vordergründiger Wahlpropaganda wenig zu tun. Wer die Wahrheit sagt, darf sicher sein, eines Tages dabei ertappt zu werden.

Prüfung

Von Ephraim Lahav

Die Toten von Sabra und Shatila können nicht mehr zum Leben erweckt werden. Sie waren die Opfer einer Verkettung von Fehlurteilen und Nachlässigkeit und der schlichten Unfähigkeit gewöhnlicher Menschen, sich vorzustellen, daß Massenmord als Weg zur Lösung ethnischer Probleme aufgefaßt werden könnte.

Darin liegt der tragische Kern dieses Vorfalls, der sich hinter der trockenen Analyse des Kommissionsberichtes verbirgt. Das ergibt sich sogar aus dem Tadel, den die Kommission gegen Außenminister Shamir aussprach: Als ihm ein Ministerkollege ein Gerücht über ein Gemetzel in Beirut übermittelte, nahm er es nicht ernst. Er dachte nicht in solchen Kategorien. Aber die sorgfältige Abwägung der Kommission über die Verantwortung für das Eindringen der libanesischen Phalangen in die Flüchtlingslager kann nicht die Tatsache verwischen, daß die Phalangisten es waren, die das Blutbad verübten. Es wird auch oft übersehen, daß die libanesische Regierung eine halbherzige Untersuchung des Massakers vornahm und keinen einzigen Mörder zur Verantwortung zog.

Premierminister Begin mußte sich vorhalten lassen, er hätte „voraussehen müssen, daß die Gefahr eines Massakers bestand ..." Konnte er das? Mußte er von jener Sinnesverwirrung wissen, die den Tod eines einzigen, sei es auch ein geliebter Führer, mit dem Hinmorden von mehr als tausend Unbeteiligten ahnden will? Wer konnte eine solche Massenvergeltung als etwas Voraussehbares einstufen?

Schon der Prophet Jeremias, den auch die Phalangisten anerkennen, warnt: „Denn gleich wie ein Born sein Wasser quillt, also quillt auch ihre Bosheit. Frevel und Gewalt schreit über sie und ihr Morden und Schlagen treiben sie täglich." (Kap. 6,7) Ist diese Praxis der Antike noch die Norm im letzten Quartal des 20. Jahrhunderts?

Gegenüber der Trägheit des Herzens zum Martyrium von Mitmenschen steht hier ein Volk, das sich selbst richtet – nicht ohne innere Qual. Noch steht der Ausgang nicht fest. Doch es ist zu hoffen, daß sich die Regierung Begin nach dem Urteil der Justiz auch dem Verdikt ihres Volkes stellt. Sie mag dabei viel verlieren, doch ihre Würde wird sie behalten.

Moskauer Mengenlehre

Von Rüdiger Moniac

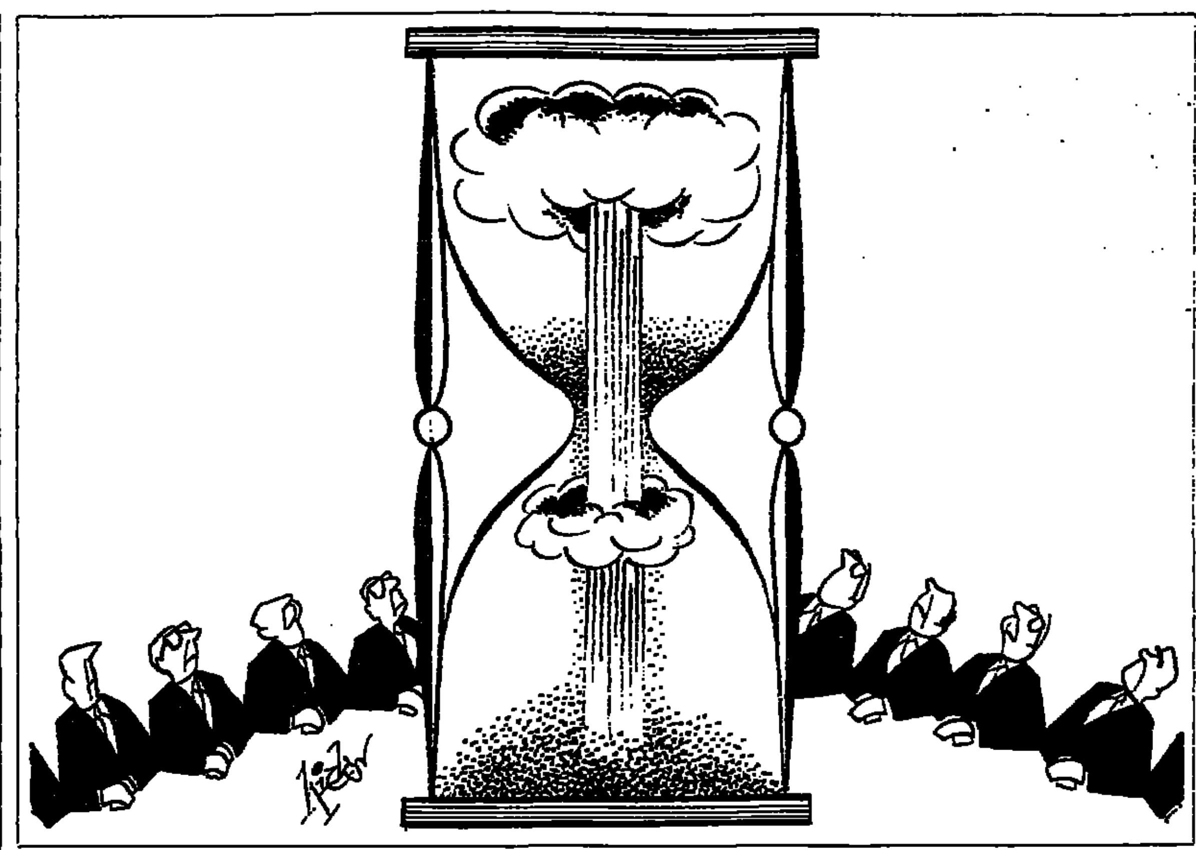
Wenn die Sowjetunion die Forderung erhebt, die französischen und britischen strategischen Atomwaffen müßten bei der Berechnung des nuklearen Kräfteverhältnisses in Europa berücksichtigt werden, dann spekuliert sie zynisch auf die Unwissenheit der weiten Öffentlichkeit im Westen. Moskau will nämlich den Eindruck erwecken, als blieben diese beiden Potentiale außerhalb jeder Anrechnung – daß also die NATO mit einer krummen Tour versuche, sich einseitige Vorteile zu verschaffen.

Dem leistet die SPD auch noch Vorschub, indem sie hartnäckig darauf besteht, das britische und das französische Potential müßten Gegenstand der Genfer Mittelstreckenverhandlungen sein, zumindest in Gestalt einer rechnerischen Berücksichtigung.

Mit der praktischen Handhabung der Rüstungskontrollpolitik durch die USA und die Allianz insgesamt hat dies freilich nichts zu tun. Die Kernwaffen der Franzosen und Briten sind nämlich bereits beim Abschluß von SALT I im Jahr 1972 in die Gleichgewichtsrechnung der beiden Supermächte aufgenommen worden – natürlich zu Lasten des US-Kontingents. Außerdem muß über Franzosen und Briten schon der Systematik nach bei den heutigen Nachfolge-Verhandlungen zu SALT, genannt START, geredet werden ...

Denn die Masse der britischen und französichen Raketen ist auf U-Booten montiert und damit weltweit auf den Ozeanen beweglich, sie sind somit strategische Waffen. Die Logik verlangt, sie bei START zu verhandeln. Das geschieht. Es wäre nützlich, wenn die Amerikaner dies der westlichen Öffentlichkeit in geeigneter Weise erläuterten.

Sollte Moskau auf seinem Standpunkt beharren, dann könnte der Westen darauf bestehen, daß die sowjetischen U-Boot-Raketen (400 Sprengköpfe auf SS-N-6) in die Berechnung des nuklearen Kräfteverhältnisses für Europa einbezogen werden müßten. Aber was sollte das schon angesichts der weltweiten Beweglichkeit auch der sowjetischen U-Boote.



KSZE-Konferenz ZEICHNUNG: HICKS / COPYRIGHT DIE WELT

Israels historischer Imperativ

Von Jürgen Liminski

Zu den Grundkenntnissen der Diplomaten und Politiker, die mit dem Geschehen in Nahost vertraut sind oder es von Amts wegen sein sollten, gehört der Begriff der „Wespentaille". Damit ist nicht nur die geographische Gestalt Israels gemeint, sondern auch die daraus resultierende Gefahr für seine Sicherheit. Israels Überlebenschance hängt, um mit dem Deutschen Clausewitz zu sprechen, vom politischen Willen des israelischen Volkes ab. Dieser Wille wird von den geographischen Gegebenheiten des Landes und den historischen Erfahrungen der Juden bestimmt und nicht von den Einlassungen wohlmeinender oder auch bisweilen hostil gesinnter Freunde.

Vor diesem Hintergrund trug der israelische Außenminister in Bonn die Erwartung vor, daß „das deutsche Volk Verständnis" habe für den „historischen Imperativ" aller Israelis, „Zukunft und Existenz des israelischen Volkes im Lande Israel zu sichern". Shamir stieß auf Verständnis. Die Atmosphäre seiner Gespräche war, im Vergleich zu seinem Besuch im Mai 1981, ungleich viel entspannter. Zwar verwiesen sowohl Kanzler Kohl als auch Außenminister Genscher auf die bekannten Positionen in der EG-Erklärung von Venedig, es gab aber Versicherungen, daß keine neuen Erklärungen folgen werden. Es unterblieben auch die eher komischen Mahnungen, die PLO dürfe nicht in die Arme Moskaus getrieben werden.

Das war ein Schritt in die richtige Richtung, wenn auch noch kein politischer Fortschritt. Denn es wurde nur verlorenes Terrain wieder wettgemacht. In der zentralen Frage der israelischen Siedlungspolitik blieb Bonns Trompete durch das Papier von Venedig verstopft, wohl auch mit Rücksicht auf Washington. Shamirs Haltung zu diesem Punkt konnte nicht deutlicher sein: „Wir werden keine Diskussion über unser Recht auf Leben akzeptieren." Die Siedlungsaktivität ist für ihn „ein integraler Teil unseres Lebens im Lande". Shamir kann sich auf den amerikanischen Völkerrechtler Eugene Rostow berufen, der als Leiter der US-Abrüstungsbehörde auch in Deutschland bekannt geworden ist. Rostow schreibt: „Das jüdische Anrecht auf geschlossene Besiedlung der Westbank ist im Mandat begründet ... Israels Anspruch auf dieses Gebiet ist zumindest so gut wie der Jordaniens."

Die Materie ist komplex. Immerhin hätte Bonn aber im Sinn europäischen Wirtschaftsdenkens anerkennen können, daß das Sozialprodukt im Westjordanland und im Gaza-Streifen seit der Besetzung im Verteidigungskrieg von 1967 jährlich um mehr als zehn Prozent gestiegen ist und der Lebensstandard um acht Prozent. Das Pro-Kopf-Einkommen auf dem Westufer beträgt heute sogar fast das Vierfache im Vergleich zu den Verhältnissen unter jordanischer Herrschaft.

Jerusalem will den Bewohnern der biblischen Gebiete Judäa und Samaria Autonomie gewähren, dabei aber seine Sicherheit nicht riskieren. Es sucht einen endgültigen Status für diese Gebiete – und siedelt an. Jordanien, neben Israel der zweite palästinensische Staat des ehemaligen Mandatsgebiets, verweigert sich. König Hussein will (noch) nicht verhandeln. Solange aber am Friedenswillen der Feinde Israels nicht gezweifelt werden kann, so lange muß Israel seine Achillesferse, die Landenge zwischen dem Küstenstreifen Netanya bis Tel Aviv und der Grenze zum Westjordanland, abdecken.



Fand in Bonn Verständnis: Israels Außenminister Shamir FOTO: DPA

Denn die Siedlungen haben primär eine Sicherheitsfunktion; sie sind keine Annektion mit Schaufel und Hacke. Indem sie eine territoriale Kontinuität zwischen der jordanischen Armee und den arabischen Einwohnern von Judäa und Samaria verhindern, verwurzeln sie Israels Recht auf glaubwürdig sichere Grenzen. Oder, so fragt man in Israel auf die Anwürfe aus Europa und Amerika, können militärische Stellungen, Minenfelder und Stacheldrahtverhaue friedensfördernder sein als Zivilsiedlungen? Es spricht für die gute Atmosphäre der Begegnungen in Bonn, daß Shamir diese Frage auf deutschem Boden nicht wiederholt hat.

Am Friedenswillen Israels ist kein Zweifel. Die militärische Stärke der Tsahal verleiht diesem Willen nicht nur Glaubwürdigkeit, sondern auch die Funktion einer Ordnungsmacht. Das wird besonders in Libanon deutlich. Dort hat Israel als vermittelnde dritte Partei zwischen der von Moskau aufgestachelten „Nationalen Bewegung", insbesondere den Drusenmilizen Dschumblatts, und den Milizen der „Lebanese Forces" einen Waffenstillstand ausgehandelt. Im Absatz vier verpflichtet sich Jerusalem sogar, diejenigen „mit geeigneten Mitteln zu bestrafen", die die Waffenruhe brechen.

Israels militärische Stärke gibt dem Abkommen einiges Gewicht. Aber auch angesichts des neu entbrannten Kriegs am Golf, des Zerfalls der PLO und des Kleinkriegs von Arafats Fatah-Guerrillas mit Syrien sowie der Streitigkeiten innerhalb der Opec – ganz zu schweigen von der chronischen Instabilität der Länder in diesem Raum – gewinnt die Ordnungsfunktion Israels auch für den Westen insgesamt immer größere Bedeutung.

Israel ist kalkulierbar. Wer seine Sicherheit untergräbt, untergräbt die Verläßlichkeit dieses Kalküls mit allen Folgen für die Sicherheit des Westens. Proskynese vor arabischen Herrschern dient den Interessen des Westens nicht.

IM GESPRÄCH Erika Emmerich

Tausend hören auf ihr Wort

Von Eberhard Nitschke

Positiv-Punkte hat sie bisher überall gesammelt, wo sie beruflich und außerberuflich hinkam, jetzt wird sie als künftige Präsidentin des Kraftfahr-Bundesamtes in Flensburg Chefin einer 1000-Mitarbeiter-Behörde, die durch das Sammeln von Negativ-Punkten berühmt wurde: Erika Emmerich, promovierte Juristin, 48 Jahre alt, Regierungsdirektorin im Bonner Bundes-Verkehrsministerium.

„Engagement" heißt das Wort, mit dem sie lebt. Das fing damit an, daß sie sich – die Eltern lebten damals noch im heimatlichen Magdeburg – ihr Studium in Hamburg, Innsbruck, Freiburg im Breisgau, Köln und Bonn selbst verdiente. 1962 wurde sie Regierungsassessorin in Düsseldorf, zwei Jahre später kam die Doktorarbeit, ein strenges Thema: „Der Durchschnittswert der Bemessungsgrundlage gemeindlicher Benutzungsgebühr".

Nach Bonn übersiedelt widmete sich Frau Emmerich neben ihrem Fachgebiet im Ministerium, zuletzt der Kombination von Schienen- und Straßenverkehr, der juristischen Verankerung des Rechtes der Frau in der Gesellschaft, dem Ehe-, Familien- und Adoptionsrecht. Zur Reform der einschlägigen Paragraphen arbeitete sie, die schon für die Bundeskanzler Adenauer und Erhard Wahlkampf gemacht hatte, in einer Kommission von CDU-Juristen mit. Seit einigen Jahren hat dieser Einsatz auch privaten Hintergrund: Frau Emmerich, die drei Töchter im Alter von 16, 18 und 20 Jahren im Hause hat, ist geschieden. Sie war mit dem bekannten Bonner Rechtsanwalt und Scheidungsexperten Walter Emmerich verheiratet. Er war einst persönlicher Referent des früheren Innenministers von Nordrhein-Westfalen, Hermann Josef Dufhues, während dessen Zeit als Mitglied des CDU-Parteipräsidiums in Bonn.

Im Jahre 1974 bekam Frau Emmerich vom Bundes-Verkehrsmi-



Was du tust, das tue ganz: E Emmerich FOTO: SCHAR

nister den Auftrag, die Richtli der Berufs-Kraftfahrer-Ausbild auszuarbeiten. Nach ihrem Ma „Was du tust, das tue ganz", se sie sich mit den Kraftfahrern die Schulbank, eigentlich nur herauszubekommen: „Was kan ein Mann eigentlich noch bei ner Belastung lernend auf men?" und machte auf diese W den Führerschein für di „Brummis". Außerdem besitzt eine Lizenz zum Führen von S ßenbahnen. Ein Produkt di Zeit ist die von ihr bearbei „Verordnung über die Beschä gung von Frauen auf Fahrzeug

Als Mitglied des Rates der S Bornheim bei Bonn wird Frau E merich noch so lange ihren er Wohnsitz hier behalten, bis zweite Tochter aus der Sch kommt. Die älteste will jetzt tierärztliches Studium begi (das ganze Haus in Bornheim voll Tiere aller Bewohner), jüngste wird gleich nach Sch wig-Holstein mitgenommen dort ein Internat besuchen. F Emmerichs Selbstprognose Flensburg: „Ich habe großes En gement für die Menschen."

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Der Fall Barbie beschäftigt noch immer die Kommentatoren:

THE GUARDIAN

Weise Leute auf der anderen Seite des Kanals sind sich bereits darüber im klaren, daß die Gerechtigkeit für diesen besonderen Kriegsverbrecher Frankreich ebenso weh tun könnte wie ihm selbst. **(London)**

TAGES-ANZEIGER

Daß Barbie der einzige ist, der sagen kann, wenn er will, wer Jean Moulin verriet, dient angesichts der schwerwiegenden Anklagen sicher nicht zu seiner Entlastung. Aber daß seine französischen Helfer – welche Stellungen bekleiden sie inzwischen? – dem Prozeß mit Unruhe entgegensehen, ist klar. Es ist kein Geheimnis, daß sich in den Jahren der deutschen Besetzung die Denunziationen bei den Kommandanturen häuften. Der Krieg hatte demoralisierende Folgen. Sie sind jetzt, nach 40 Jahren, noch fühlbar, und Barbies einstige Mitarbeiter haben einigen Grund zum Zittern. Auch darum ... wird Barbie bald in ein anderes Gefängnis gebracht werden. In den Hof des Gefängnisses von Montluc kann man nämlich von einem benachbarten Hochhaus aus ... schießen. Es könnten die Gefolterten von damals sein, die das mit Rachegelüsten tun, aber auch Barbies einstige Komplizen, weil ein Toter nicht mehr spricht. **(Zürich)**

DER BUND

Es ist ja nicht so, daß die Schuld nur bei deutschen Nazi-Verbrechern – und im konkreten Fall bei Barbie allein – liegt. Das Vichy-Regime ... hat viele französische Helfer und Helfershelfer gehabt ... In Frankreich wird angenommen, daß Barbie jetzt seinen letzten „Trumpf" ausspielt und beim Ermittlungsverfahren oder später im Prozeß Namen französischer Persönlichkeiten bekanntgibt, die in Nazi-Verbrechen in Lyon und anderswo in Frankreich verwic waren. Von daher stammt auch Angst vor einem möglichen At tat auf Barbie ... Offen ist spielsweise die Frage geblie wer am 21. Juni 1943 den Lyo Chef der Resistance, Jean Mo (Max), verraten hat ... Weitere gen bestehen im Zusammenh mit Barbies Nazi-Komplizen Frankreich. **(B**

DIE PRESSE

Daß das, was er getan hat, n verjähren konnte, zeigen die E tionen. Doch es geht bei die Verfahren, das Monate auf warten lassen wird, auch um e anderes: um die Rettung des denkens von Jean Moulin, der karnation jener Resistance, Frankreichs innere Einigkeit den Jahren der deutschen Be zung symbolisierte. Doch es so? Gab es nicht auch Ver Kollaboration, grundsätzli Spaltungen? Ist Barbie der Hen des Idols Moulin, wer hat die dann ihm in die Hände gespielt? **(W**

LIBERATION

Das Pariser Blatt beschäftigt sich mi Haltung Frankreichs angesichts der n iranischen Offensive gegen Irak:

Von diesem vergessenen Kr hängt viel für unsere Zukunft Ein iranischer Sieg würde die g ze Region, den Öltopf des West destabilisieren, ganz zu schwei vom Peitschenhieb, den der mu manische Integrismus in der g zen Welt erhalten würde. Ein ir scher Sieg könnte Iran auf Da ins Chaos stürzen oder unter wjetischen Einfluß bringen Frankreich scheint zwischen beiden Übeln zumindest für ku Zeit das geringere gewählt zu ben: Es ist der wichtigste Waf lieferant Iraks geworden und terstützt ihn am offensten. Di Politik des kleineren Übels, a hohen Risikos zeugt vom Volu rismus der mitterrandistischen plomatie in dieser Region.

Polen und das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung

Die Ostverträge haben „keine Rechtsgrundlage für die heute bestehenden Grenzen" geschaffen / Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Polen hat offiziell gegen die Offenhaltung der deutschen Frage protestiert. Als Anlaß nahm das Außenministerium in Warschau Äußerungen, die Bundesminister Zimmermann am 29. Januar auf einer Versammlung des Bundes der Vertriebenen in München gemacht hatte.

Zimmermann hatte folgendes gesagt:

1. Die Bundesregierung handle im Sinne der Verpflichtung, die Einheit und Freiheit Deutschlands in freier Selbstbestimmung zu vollenden.

Diese Verpflichtung ergibt sich aus der Präambel des Grundgesetzes.

2. Die Ostverträge und der Grundlagenvertrag mit der „DDR" nähmen eine Friedensregelung nicht vorweg und ersetzten sie nicht.

So steht es in der am 17. Mai 1972 vom Deutschen Bundestag bei wenigen Stimmenthaltungen verabschiedeten „Gemeinsamen Erklärung" zum Moskauer und zum Warschauer Vertrag

3. Bei der Offenhaltung der deutschen Frage gehe die Bundesregierung von der im Grundgesetz verankerten Existenz Gesamtdeutschlands mit einem (Gesamt-)Staatsvolk aus.

Das ist die klare Aussage des Bundesverfassungsgerichts in seinem Urteil vom 31. Juli 1973 über den Grundlagenvertrag mit der „DDR".

4. Die Bundesregierung beziehe in die deutsche Frage auch die ostdeutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße ein.

Das ist die unbestreitbare Konsequenz der „Gemeinsamen Erklärung" des Deutschen Bundestages, in der ausdrücklich festgestellt wird, der Moskauer und der Warschauer Vertrag „schaffen keine Rechtsgrundlage für die heute bestehenden Grenzen".

5. Die Vertreibung von Deutschen und ihre entschädigungslose Enteignung sei völkerrechtswidrig.

Diese Feststellung ist im Sinn der Fürsorge geboten, auf die alle Deutschen einen Anspruch haben, die im Zusammenhang mit einer Friedensregelung – über die Leistungen des Lastenausgleichsgesetzes hinaus – Wiedergutmachung erlittener Vertreibungsschäden rechtlich geltend machen können.

Soweit Zimmermann. Als Verfassungsminister hat er nichts anderes getan, als die geltende Rechtslage korrekt darzulegen, an die alle Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland gebunden sind. Den Ausführungen Zimmermanns ist hinzuzufügen, daß die „Gemeinsame Erklärung" des Bundestages die Sachlage wie folgt klarstellt:

– Die Verträge von Moskau und Warschau gehen „von den heute tatsächlich bestehenden Grenzen aus, deren einseitige Änderung sie ausschließen".

– Die Verpflichtungen, welche die Bundesrepublik Deutschland eingegangen ist, „hat sie im eigenen Namen auf sich genommen".

– „Das unveräußerliche Recht auf Selbstbestimmung wird durch die Verträge nicht berührt. Die Politik der Bundesrepublik Deutschland, die eine friedliche Wiederherstellung der nationalen Einheit im europäischen Rahmen anstrebt, steht nicht im Widerspruch zu den Verträgen ..."

Mit anderen Worten: Die Bundesrepublik Deutschland erhebt mit der Forderung nach Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts in eigenem Namen als deutscher Teilstaat keinen Gebiets- oder Grenzänderungsanspruch; sie hält aber die deutsche Frage, die ostdeutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße eingeschlossen, für ein aufgrund des Selbstbestimmungsrechts wiedervereinigtes Deutschland offen, das dann auch einen Friedensvertrag abzuschließen hätte.

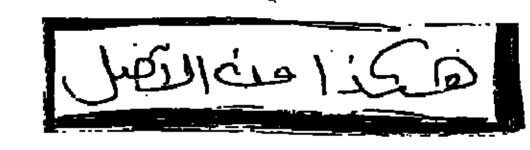
Gegen diese Offenhaltung verwahrt sich Warschau, interessanterweise mit dem Argument, Polen wende sich gegen jeden Versuch einer einseitigen Interpretation des Warschauer Vertrages auf der Grundlage von innenpolitischen Dokumenten der Bundesrepublik, die in keiner Weise international verbindlich seien.

Warschau macht sich den Umstand zunutze, daß die Regierung Brandt/Scheel den Brief zur deutschen Einheit nur im Zusammenhang mit dem Moskauer Vertrag hinterlegt hat. Demnach steht „dieser Vertrag nicht im Widerspruch zu dem politischen Ziel der Bundesrepublik Deutschland, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt". Wenn auch Polen nicht Empfänger des Briefes zur deutschen Einheit ist, so gehen die E lassungen Warschaus denn fehl. Aus diesen Gründen:

1. Polen war bei Abschluß des W schauer Vertrages die verfassun mäßige Geschäftsgrundlage Bundesrepublik Deutschland die Ratifizierung der Ostvertr in vollem Umfang bekannt. Regierung Brandt/Scheel kor den Warschauer Vertrag nur der von Zimmermann zutreff wiedergegebenen Grundlage ei rechtlichen Offenhaltung der d schen Frage abschließen oder nicht.

2. Dem Bahr-Papier aus dem Ja 1970 ist zu entnehmen, daß Mos und Bonn sich darin einig wa alle Ostverträge als ein „einhe ches Ganzes" zu betrachten. Moskauer Vertrag ist als Gene vertrag für alle weiteren Vertr zu werten, auch für den Warsch er Vertrag.

3. Da der Brief zur deutschen E heit im Zusammenhang mit d Moskauer Vertrag vom sowj schen Außenministerium ent gengenommen worden ist, geh er zur völkerrechtlichen Subst aller Ostverträge. Warschau ka ihn nicht ignorieren.



Die Oromos fliehen vor den Verfolgern ins Elend der Lager

Von NORBERT AHRENS

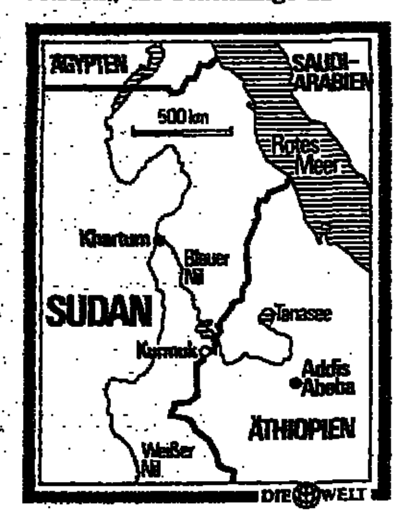
Nach Kurmuk, rund 700 Kilometer südöstlich der sudanesischen Hauptstadt Khartum, führt nur ein schwer zu befahrener Weg. In der Regenzeit ist er für jedes Fahrzeug gänzlich unpassierbar. Kurmuk hat kein elektrisches Licht, keinen Eisenbahnanschluß und auch keinen Flugplatz. Doch mitten durch Kurmuk führt die sudanesisch-äthiopische Grenze, die die kleine Stadt zu einem der denkwürdigsten Grenzorte der Erde gemacht hat.

Seit September 1982 gibt es ein Abkommen zwischen Addis Abeba und Khartum, in dem Sudan sich verpflichtet, die über 2000 Kilometer lange gemeinsame Grenze schärfer zu überwachen. Der Grund: Mehr als 500 000 Flüchtlinge sind in den letzten Jahren aus Äthiopien nach Sudan gekommen. Das Abkommen ist jedoch kaum einzuhalten. Sudan, das nur über geringe Polizei- und Militärkräfte verfügt, müßte mindestens zwei zusätzliche Divisionen aufstellen, um die Auflagen des Grenzabkommens zu erfüllen.

Die Kaffeeschmuggler kommen, mit 40-kg-Säcken beladen, in tagelangen Fußmärschen unter sengender Sonne nach Sudan, weil sie hier einen bis zu 300 Prozent höheren Preis erzielen als bei den staatlichen Aufkaufstellen in Äthiopien. „Lieber durch eine Kugel sterben, als untätig abzuwarten, bis wir verhungern", sagt einer von ihnen lakonisch.

In Kurmuk ist äußerlich von diesen Spannungen nichts zu spüren. Man praktiziert einen „kleinen Grenzverkehr", der es allen ortsansässigen Bewohnern erlaubt, im jeweils anderen Teil einzukaufen oder Bekannte zu besuchen. Fremde hingegen benötigen ein Visum. Und man kennt sich genau: Die Angehörigen des äthiopischen Zoll-, Grenz- und Geheimdienstes besorgen sich im sudanesischen Teil Batterien für ihre Taschenlampen und Transistorradios oder auch gelegentlich eine Schachtel englischer Zigaretten.

Südlich von Kurmuk, in der Provinz Blauer Nil, befinden sich zahlreiche Flüchtlingslager. Die sudanesische Regierung ist bemüht, diese möglichst weit von der äthiopischen Grenze entfernt zu errichten, um Zwischenfälle mit dem militärisch ungleich stärkeren Nachbarn zu vermeiden. Aber gegen die vielen spontan entstehenden Camps ist sie fast machtlos. Sie versucht, die Flüchtlinge zur freiwilligen Umsiedlung in grenzfernere Gebiete zu überreden.



Die Mehrzahl der Flüchtlinge sind Oromos, Angehörige der größten ethnischen Gruppe im Vielvölkerstaat Äthiopien. Diese Tatsache sagt bereits einiges über ihre Fluchtmotive aus. Ähnlich wie die Tigre, die Afar, die Berta, die Kambatta und einige andere kleinere Völker, hatten die 17 Millionen Oromos gehofft, nach der Revolution von 1974, die das korrupte Feudalsystem Kaiser Haile Selassies hinwegfegte, endlich ihre Gleichberechtigung in politischer, sozialer und kultureller Hinsicht mit den seit den Zeiten Meneliks II. (1889–1913) herrschenden Amharen zu erlangen. Doch darin sahen sie sich schon bald bitter enttäuscht.

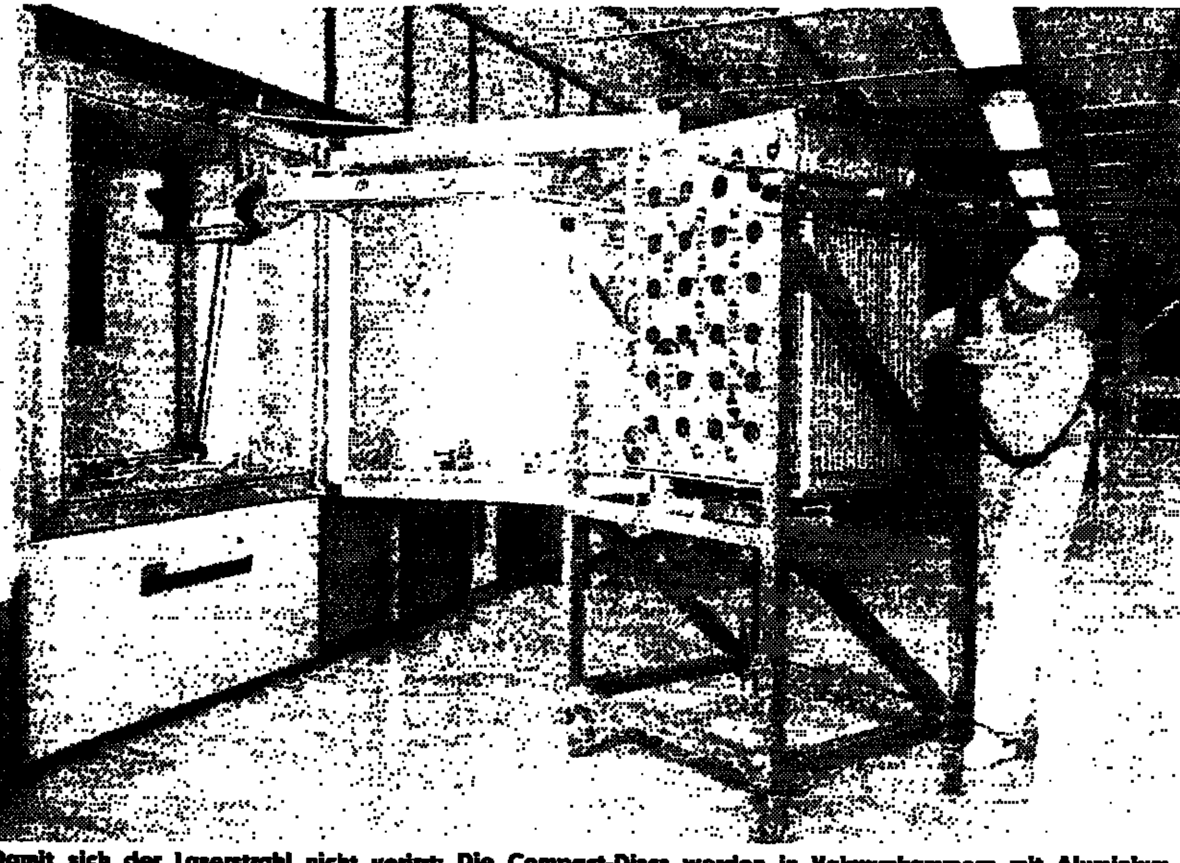
Alle Nicht-Amharen, die es gewagt hatten, von diesen vermeintlichen Rechten Gebrauch zu machen, sahen sich einer brutalen Verfolgung ausgesetzt. Diese ist mittlerweile unter dem Namen „roter Terror" in den allgemeinen politischen Sprachgebrauch eingegangen. Wenn der Höhepunkt dieses Terrors inzwischen auch überschritten zu sein scheint, so sind Zwangsumsiedlungen, Zwangskollektivierung der Landwirtschaft, Zwangsrekrutierung junger Männer für den Eritrea-Krieg, Alphabetisierung in Amharisch (das von vielen weder gesprochen noch verstanden wird) und die Zahl von mindestens 80 000 aus politischen Gründen Gefangener immer noch eine hinreichende Kette von Gründen, um aus Äthiopien zu fliehen. Das Argument, es handele sich im Grunde um Wirtschaftsflüchtlinge, zieht in diesem Falle nicht: Sudan und Somalia, wo sogar mehr als 700 000 Flüchtlinge aus Äthiopien sind, gehören selbst zu den ärmsten Ländern.

Die Lebensbedingungen der Flüchtlinge in den Lagern sind entsprechend hart. Es fehlt an Trinkwasser, das oft über mehrere Kilometer herbeigetragen werden muß. Tbc und Malaria sorgen zusammen mit anderen Krankheiten für eine hohe Sterblichkeitsrate unter den Flüchtlingen. Die meisten müssen im Freien schlafen – ohne ausreichende Unterlage oder Decken.

Es ist kaum verwunderlich, daß die Flüchtlingslager ein Rekrutierungspotential für die Guerrillabewegungen darstellen, die seit Jahren gegen die amharische Zentralregierung in Addis Abeba kämpfen. Diese wird jedoch mit Waffen und Material von der UdSSR unterstützt, seit sie sich im Dezember 1974 verbal als „sozialistisch" erklärt hat.

Die Sowjetunion, die in Äthiopien kein zweites Afghanistan erleben will, hält sich mit ihrer militärischen Präsenz eher zurück. Entscheidender könnten da schon die 24 000 im Land stationierten Kubaner sein, von denen rund die Hälfte gut ausgebildete Elitesoldaten sind, während der Rest in Krankenhäusern, in Schulen und beim Straßenbau arbeitet.

„Die Kubaner", so Guerrilla-Hauptmann Goota Bobbaas von der Oromo-Liberation-Front (OLF), „müßten gefühlsmäßig eigentlich auf unserer Seite stehen. Mir tun die armen Jungs jetzt schon leid. Sie sind so lustig und singen so gern. Aber Kugel ist Kugel. Und wir werden über kurz oder lang siegreich sein."



Damit sich der Laserstrahl nicht verirrt: Die Compact-Discs werden in Vakuumkammern mit Aluminium beschichtet.

Oberstes Gebot heißt Staubfreiheit: Zum Abschluß noch eine Schutzlackierung. FOTOS: SENF

Laserstrahlen und Computer für den Klang der Zukunft

Von REINHARD BEUTH

Deutschlands Cape Canaveral liegt in Langenhagen bei Hannover – denkt man zumindest angesichts der Computer-Arsenale, der herumschwingenden Roboterarme, der Vakuumkammern, vor allem aber der Menschen in ihren himmelblauen Heinzelmännchen-Anzügen aus Plastik. Astronauten der zweiten Generation scheinen am Werk. Weltraum-Look total. Ein Spacelab auf Erden.

Aber hier gilt es nicht der Erforschung kosmischer Dimensionen, sondern ebenso unvorstellbaren Winzigkeiten. Und aus der Forschung ist schon Massenproduktion geworden. In Langenhagen steht Europas erste Fertigungsanlage für Compact-Discs.

Seit Weihnachten sind sie im Handel, die kleinen Silberscheiben von zwölf Zentimeter Durchmesser. Schallplatten sollen das sein. Man wird es schwerlich glauben, bis im März auch die Abspielgeräte auf den Markt kommen und beweisen, daß die Dinger tatsächlich Musik machen. Nebenbei: Sie machen Musik, und das in einer bisher unvorstellbaren Klangqualität, denn die Plattenspieler-Erben des guten alten Grammophons waren ja schon längst das schwächste Glied in der Stereo-Kette geworden.

Fertigungsleiter Dieter Soiné – „Die Fertigung herkömmlicher Langspielplatten hat mit der Compact-Disc-Herstellung so viel gemeinsam wie eine Kunstschmiede mit Augenchirurgie" – macht die Winzigwelt des neuen Tonträgers anschaulich: „Würde man diese Zwölf-Zentimeter-Scheibe auf die Maße des Kolosseums in Rom vergrößern, dann wären die gespeicherten Signale so groß wie Streichholzköpfe." Während die Tonspur einer traditionellen Langspielplatte immer noch die Breite eines menschlichen Haares hatte, ist man nun in den Mikrometerbereich herabgestiegen. In Labors und bei der Spezialfertigung von Präzisionswerkzeugen mögen dies ja vertraute Dimensionen sein; aber hier geht es ja um die Massenproduktion eines Konsumartikels.

Die erste Voraussetzung heißt: reine Luft. Die Luftfilter nehmen so viel Platz in Anspruch wie die gesamte Fertigung. Die obere Etage der Halle besteht aus nichts anderem als aus Aggregaten von mechanischen und elektrostatischen Filtern. Sie reinigen 650 000 Kubikmeter Luft pro Stunde. Kein Stäubchen kommt da durch. Und wenn doch, dann ist die Platte, auf der es sich irgendwann niederläßt, Ausschuß. Ein Glück, daß die Scheiben nicht auch noch allergisch gegen Krankheitskeime sind, sonst müßten die Menschen auch noch unter Sterilbedingungen arbeiten und fielen jenseits ihrer Luftschleusen dem erstbesten Grippevirus zum Opfer.

Der Mensch ist dabei zum Störfaktor geworden

Der Mensch ist bei solcher Produktion schon zum Störfaktor geworden. Einmal Kopfkratzen setzt 140 000 Schwebeteilchen frei – eine gelinde Katastrophe. Haare werden also gut unter der Haube verpackt. Mit den Schnurrbärten ist das schon schwieriger. „Eigentlich müßten alle Schnurrbartträger Schnäuzerbinden tragen – aber das ist nicht durchzusetzen. Wir drükken mit saurer Miene beide Augen zu."

Der Störfaktor Mensch muß sich bei solcher Produktion mit den niedrigsten Tätigkeiten begnügen. Er darf die Wagen mit den Magazinen vom einen Automaten zum anderen rollen. Und schon bedienen sich die Roboter wieder selbständig. Roboter niesen nicht. Haben keine Haare. Keine Schnäuzer. Können nichts verderben. Verderben kann das Spiel mit der Technik nur der Mensch selbst.

Ausgangspunkt der Fertigung ist der „Master", das Urmuster der Tonaufnahme, wie schon bei den Langspielplatten der jüngsten Generation in Digitalaufzeichnung statt der früheren Analogaufzeichnung. In diese gläsernen Master mit optisch perfekter Oberfläche und einer Photoresistbeschichtung hat ein Laserstrahl seine Bit-Informationen geschossen, vierzigtausend für jede Sekunde Musik. Nach der Entwicklung wird er mit Silber beschichtet und ist fertig. Diese Master bekommt das Polygram-Werk in Hannover noch aus Holland, von der Konzernmutter Philips, die zusammen mit der japanischen Sony die ganze Technik entwickelt hat. In Hannover wird der Master repliziert, zum ersten Negativ, dem „Vater". Davon lassen sich wiederum diverse Positive, die „Mütter" herstellen, die dann jene „Söhne" gebären, die als Preßformen dienen.

Von diesen Preßformen werden nun in einem kombinierten Spritz- und Preßverfahren die Platten hergestellt, nicht mehr aus PVC wie die schwarzen Scheiben, sondern aus Polycarbonat, denn sie muß völlig frei von Gasblasen und Einschlüssen sein wie optisches Glas und ihre Oberfläche so glatt wie ein Spiegel. Auf einem Quadratmillimeter sind 200 000 Bits gespeichert, jene Zahlenkombinationen aus den Ziffern Null und Eins, die Grundlage jeder Computer-Programmierung sind, denn etwas anderes als Null oder Eins, Ja oder Nein, versteht der Computer ja nicht.

„Schön und gut", sagt der Laserstrahl im Abspielgerät, „aber wie soll ich euch finden in dem durchsichtigen Zeug? Da leuchte ich doch glatt hindurch." Also wird die Seite mit der Bit-Struktur metallisiert, mit einer Aluminiumschicht von einem zehnmillionstel Millimeter Dicke, anschließend das Ganze noch mit einem Schutzlack überzogen. Wenn der Laser nun von unten die Platte ableuchtet, trifft er gleich nach den Bits auf Metall und kann nicht mehr weiter. Da weiß auch der Laser, was er zu lesen hat.

Ein Kinderglaube ist hinfällig: daß nämlich die Compact-Disc, fein abgekürzt „CD", unzerstörbar sei. Richtig ist, daß sie durch den Gebrauch nicht mehr abnützt. Und daß man Fingertatzen, Soßenspritzer und Zigarettenasche abwischen kann. Aber ein paar kräftige Schrammen im Lack irritieren auch den gutwilligsten Laserstrahl im Abspielgerät.

Die schwarzen Scheiben haben keine Chance mehr

Die Industrie hat lange gezögert, den weit über hundert Millionen Mark Entwicklungskosten nun auch noch diese gut dreißig Millionen für eine Fertigungsstraße hinzuzufügen – im Zeichen rückläufiger Umsätze am Tonträgermarkt nur zu verständlich.

Aber seit im Oktober in Japan die CD auf dem Markt ist, herrscht Hochstimmung in Hannover. Man hatte dort für die ersten drei Monate pessimistisch von einem Absatz von 40 000 CDs gerechnet, und die Optimisten mit 80 000. Doch verkauft wurden 240 000. Bei 33 000 verkauften Geräten macht dies sieben bis acht Platten pro Gerät. Für Europa rechnet man im ersten Jahr mit einem Absatz von 150 000 Geräten. Gegenüber den ursprünglichen Planungen hat man das Produktionssoll in Hannover für 1983 schon verdreifacht. Drei Schichten rund um die Uhr sollen die fünf Millionen CDs bringen, nach denen der Markt dieses Jahr nun wohl schreit.

Ab März gibt es die Geräte in Deutschland, Frankreich, den Niederlanden und Großbritannien. Der Rest des freien Europa folgt im Laufe des Jahres. Aber Amerika muß warten. Dort ist an die Einführung der CD einstweilen noch nicht zu denken, ganz einfach, weil der Markt nicht zu versorgen wäre. Denn neben der CBS/Sony-Produktion in Japan ist die Polygram in Hannover mit ihren hauseigenen Labels DGG, Polydor und Philips weltweit der einzige Hersteller. Ein paar eilig aufgestockte Laborwerkstätten mit Jahresstückzahlen von 8000 CDs kann man für den Markt vergessen.

Um die vierzig Mark soll die Klassik-CD kosten, Pop ist zehn Mark billiger zu haben. Die Spieldauer – etwa sechzig Minuten, und das auf nur einer Seite – entspricht der der herkömmlichen LP.

Eins ist noch Zukunftsmusik, aber auch die soll spätestens im nächsten Jahrzehnt klingen: Die zigarrenkistengroßen CD-Spieler für Auto, Boot, Zelt und Zuhause. Dann hätte die CD auch alle Vorteile der kleinen Musicassette in der Tasche. Problemfelder bei dieser Entwicklung sind noch die Erschütterungen beim Autofahren, die den Laser des Abspielgeräts aus dem Konzept bringen, und die Hitzebeständigkeit der CDs, die einstweilen nur bis 55 Grad reicht. Ein in der Sonne geparktes Auto heizt sich höher auf.

Sieben Jahre hat es damals gedauert, die Langspielplatte gegen die 78er Schellackplatte durchzusetzen. Jetzt rechnet man mit etwa der doppelten Zeit. Die Schallgrenze wird durchbrochen, wenn die noch um die 2000 Mark teuren Abspielgeräte auf 999 Mark rutschen. Aber wann wird das sein? „Im Jahre 2000 wird es nicht mehr wirtschaftlich für uns sein, schwarze Scheiben zu produzieren", sagt Dieter Soiné, „das ist dann allenfalls noch ein Hobby für Nostalgiker." In vier Jahren, 1987, feiern die schwarzen Scheiben ihren 100. Geburtstag. Da wird es wohl auch Zeit, ans Ende zu denken. Gegen die kleinen Hannoveraner Silberlinge aus dem Labor im Astro-Look haben sie keine Chance mehr.

Nonne: Pius XII. fürchtete Hitlers Rache

AP/dpa/DW. **Rom**

Die Haushälterin des verstorbenen Papstes Pius XII., Pasqualina Lehnert, hat erstmals in einem Interview von persönlichen Erfahrungen im Umgang mit dem Papst berichtet, die ein Licht auf dessen immer wieder kontrovers beurteilte Haltung zum Nationalsozialismus werfen. Die aus Bayern stammende Ordensfrau verteidigt Pius XII. insbesondere gegen Angriffe, er habe während der NS-Zeit in Deutschland nicht genug zur Rettung der Juden getan.

Der italienischen katholischen Wochenzeitung „Famiglia Cristiana" sagte die heute 88jährige, daß der damalige Papst nach der Veröffentlichung einer sich gegen den Nationalsozialismus aussprechenden Verlautbarung der niederländischen Bischöfe selbst ein vierseitiges Schreiben zur Verurteilung des Nationalsozialismus verfaßt habe. Er habe den Text dann aber verbrannt. Schwester Pasqualina zitiert Pius XII. dazu mit den Worten: „Ich habe diesen Protest geschrieben, um ihn heute nachmittag im ‚Osservatore Romano' zu veröffentlichen. Ich habe aber gedacht, wenn durch die Worte der niederländischen Bischöfe 40 000 Unschuldige in Lager gekommen sind, wird Hitler für die Worte des Papstes mindestens 200 000 Menschen internieren. Das kann ich nicht zulassen."

„DDR"-Offiziere bei der syrischen Armee

DW. **Beirut**

Etwa 550 Militärberater aus kommunistisch regierten Staaten, unter ihnen Offiziere aus der „DDR" und aus Kuba, sind im vergangenen Monat in Syrien eingetroffen. Sie sollen die syrischen Soldaten an der Handhabung der kürzlich gelieferten sowjetischen Waffen unterweisen.

Die Rüstungsgüter aus Moskau sollen helfen, die syrischen Verluste im Libanon-Krieg auszugleichen und die Armee Damaskus zu modernisieren. Unter den gelieferten Waffen befinden sich moderne sowjetische Panzer des Typs T-72 sowie SAM-5-Flugabwehrraketen mit einer Reichweite von etwa 250 Kilometern.

Die Offiziere aus Kuba und der „DDR" sollen vor allem bei der Reorganisation der syrischen Armee helfen und neue Trainingsprogramme für die Truppe ausarbeiten. Nach den Erfahrungen des Libanon-Krieges war in Damaskus beschlossen worden, Armeecorps aus mehreren Divisionen verschiedener Truppenteile zu bilden. Es gilt als sicher, daß die Kubaner bereits mehr als 100 Bedienungsmannschaften für T-72 Panzer nach Syrien verlegt haben.

Entführte Sowjets von Truppen befreit

AFP, **Islamabad**

Mehr als einen Monat nach ihrer Verschleppung durch afghanische Widerstandskämpfer sind zwölf sowjetische Techniker in einem Gebirge südlich von Mazar-i-Sharif von sowjetischen Truppen befreit worden.

Wie gestern aus westlichen Diplomatenkreisen in der pakistanischen Hauptstadt Islamabad bekannt wurde, seien vier weitere sowjetische Geiseln vor dem Eintreffen der Soldaten getötet worden. Vor ihrer Erschießung habe man ihnen Nase und Ohren abgeschnitten und die Augen ausgerissen.

Vier der befreiten Techniker seien verletzt worden. Sämtliche Gefangenenwärter sollen bei der Befreiungsaktion getötet worden sein.

Rechtshilfevertrag weiter umstritten

hey, **Bonn**

Die seit Juni letzten Jahres unterbrochenen Verhandlungen über ein Rechtshilfeabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR" sind gestern wiederaufgenommen worden. Bei der Begegnung zwischen dem Staatssekretär im Bundesjustizministerium Klaus Kinkel und seinem Ostberliner Amtskollegen Hans Ranke in Bonn wurde deutlich, daß in Grundfragen die Positionen unverändert sind und die Meinungsunterschiede fortbestehen. Sie beziehen sich vor allem auf die Staatsangehörigkeitsfrage und den Berlin-Status.

Die SPD fordert in Europa eine Zone ohne chemische Waffen

Union und FDP warnen vor einer Schwächung der Verhandlungspositionen des Westens

B. CONRAD/R. MONIAC, **Bonn**

Die SPD will sich im Fall eines Wahlsieges am 6. März für die Schaffung einer von chemischen Waffen freien Zone in Mitteleuropa einsetzen. Dies teilte der Parteivorsitzende Willy Brandt nach einer Sitzung des SPD-Präsidiums in Ludwigshafen mit.

In dem Beschluß des Präsidiums heißt es, die SPD fordere die weltweite Abschaffung von bakteriologischen und chemischen Kampfstoffen. „In Ausformung" dieses Wunsches trete die Partei dafür ein, „als ersten Schritt in Mitteleuropa eine Zone aller Staaten zu schaffen, die, wie die Bundesrepublik Deutschland, auf Besitz und Verfügung chemischer Waffen verzichtet haben und die unter wirksamer Kontrolle von chemischen Waffen frei ist. Eine Bundesregierung unter Führung von Hans-Jochen Vogel wird eine entsprechende Initiative in den ersten hundert Tagen ihrer Amtszeit unternehmen". Zunächst solle darüber zwischen den Ländern verhandelt werden, die an den Wiener Truppenreduzierungsverhandlungen (MBFR) beteiligt seien.

Die Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes (CDU), erklärte dazu gegenüber der WELT: „Wer wie die Bundesregierung in der völligen Abschaffung aller C-Waffen eine vordringliche Aufgabe sieht, vermag keine Vorteile in dem Vorschlag einer von C-Waffen freien Zone zu sehen, die von Mitteleuropa ausgehen soll." Eine dermaßen begrenzte Zone bliebe sicherheitspolitisch und militärisch von zweifelhaftem Wert, da chemische Waffen im Krisenfall ohne große Schwierigkeiten in diese Zone verbracht werden könnten.

Vor allem aber würden die Bemühungen um eine weltweite Null-Lösung verzögert und unterlaufen, sowie die Verhandlungspositionen des Westens geschwächt. Ähnlich äußerte sich auch Bundesaußenminister Genscher dazu.

Die SPD-Forderung lenke auch davon ab, daß – wie die UNO-Mehrheit befürchte – die Sowjets in Afghanistan und die Vietnamesen in Kambodscha und Laos C-Waffen einsetzten, fuhr Mertes fort. Zusätzlich wurde von Fachleuten darauf hingewiesen, daß die SPD-Forderung sich auf die Teilnehmer an den Wiener MBFR-Verhandlungen bezieht und damit die europäische Zone, in der keine C-Waffen lagern dürften, an der Grenze zum europäischen Teil der Sowjetunion enden würde. Konkret wäre die Konsequenz aus der SPD-Forderung, der Sowjetunion zu gestatten, Flugzeuge mit Bomben, gefüllt mit chemischen Kampfmitteln, in Reichweite Mitteleuropas stationiert zu halten, während auf NATO-Seite ein vergleichbares Potential mit Reichweiten in die europäische Sowjetunion dann nicht mehr vorhanden wäre.

Unterdessen beantragte die US-Regierung im Rahmen des Verteidigungshaushaltes 1984 beim Kongreß die Bewilligung von 158 Millionen Dollar zur Herstellung chemischer Munition. Dies meldeten Nachrichtenagenturen unter Berufung auf Beamte des Pentagon. In seinem Bericht an den Kongreß vom 1. Februar hatte Verteidigungsminister Weinberger die Verbesserung der US-Möglichkeiten zur chemischen Kampfführung als wesentlich dafür bezeichnet, daß die Sowjetunion vom Gebrauch chemischer Munition abgeschreckt und veranlaßt werde, einem Abkommen zum weltweiten Verbot chemischer Kampfführung zuzustimmen.

Das Pentagon will in den nächsten Jahren die Produktion sogenannter „binärer" C-Munition finanzieren. Bei ihr werden erst im Einsatzfall zwei Substanzen miteinander vermischt, die dann als Nervengas wirken, aber voneinander getrennt für den menschlichen Organismus unschädlich sind. Die Vorbereitungen für die Produktion der C-Munition sollen 1984 starten.

Nach Angaben des Pentagon hat die Sowjetunion „massiv" in die Fähigkeiten zur chemischen Kampfführung investiert. Weinberger schrieb an den Kongreß: „Das gegenwärtige extreme Ungleichgewicht im Vergleich der sowjetischen zu den amerikanischen Fähigkeiten könnte katastrophale Folgen haben. Die USA müssen nicht den sowjetischen Fähigkeiten ebenbürtig sein ... Doch würde die Vernachlässigung der US-Fähigkeit zur Vergeltung mit C-Waffen die risikoreiche Lage noch ernster machen."

Auch deutsche Polizei zeigt Präsenz

Sicherheitsvorkehrungen in amerikanischen Wohngebieten wurden verbessert

MANFRED SCHELL, **Bonn**

Nach mühseligen, zunächst hoffnungslos erscheinenden Ermittlungen sieht die Polizei jetzt die Chance, die Sprengstoffanschläge gegen amerikanische Staatsbürger in Frankfurt, Butzbach und Darmstadt von Mitte Dezember letzten Jahres aufzuklären. Im Bundesinnenministerium hieß es gestern, es gebe „erfolgversprechende Ermittlungsansätze".

Bei den drei Anschlägen waren ein amerikanischer Soldat schwer, ein zweiter leichter verletzt worden. Die amerikanische Botschaft in Bonn und die deutschen Sicherheitsbehörden hatten sich nach diesen Anschlägen besonders alarmiert gezeigt, weil das Vorgehen eine bewußte Gefährdung von Menschenleben signalisierte und die Frage entstand, ob es sich um einen Einzeltäter oder eine veränderte Verhaltensweise terroristischer Gruppierungen handelt. Eine schlüssige Antwort darauf ist bisher nicht gefunden.

Inzwischen sind die Sicherheitsvorkehrungen vor allem in amerikanischen Wohngebieten – allein in Hessen gibt es davon 40 mit 70 000 Bewohnern – erheblich verbessert worden. Das Konzept dafür wurde, wie jetzt zu erfahren war, bei einer Begegnung zwischen Staatssekretär Fröhlich vom Bundesinnenministerium, BKA-Präsident Boge und dem von Experten begleiteten amerikanischen Gesandten, Woessner, im Bundesinnenministerium entwickelt. Dabei hatten die amerikanischen Gesprächspartner die Sorge geäußert, die deutsche Öffentlichkeit könne sich mit solchen Verbrechen abfinden. Um hier Zweifel zu beseitigen, hatten sich in den Tagen danach Bundeskanzler Kohl und Bundesinnenminister Zimmermann öffentlich erklärt.

Zwischen den deutschen und den amerikanischen Sicherheitsfachleuten wurde vereinbart, daß – neben der Militärpolizei der Amerikaner – auch deutsche Polizei „Präsenz" in den amerikanischen Wohngebieten zeigt, was ihr normalerweise nach dem Truppenstatut nicht zusteht. Seitdem führt die deutsche Polizei offene und verdeckte Beobachtungen durch. Immerhin sind 1982 allein gegen amerikanische Einrichtungen rund 70 Brand- und Sprengstoffanschläge verübt worden. Insgesamt gab es im vergangenen Jahr 400 solcher Anschläge, was die Annahme widerlegt, die Amerikaner seien Hauptangriffsziel terroristischer Gruppen geworden. Der Gesandte Woessner verwies darauf, die eigenen Behörden hätten die amerikanischen Soldaten und Zivilisten angehalten, sich „sicherheitsbewußter" zu verhalten. In der Tat haben die Recherchen der Polizei ergeben, daß – in den in Betracht kommenden Bereichen – damals 50 Prozent der Privatfahrzeuge unverschlossen waren. Die Täter hatten somit leichtes Spiel, als es darum ging, die Sprengstoffbehälter unter den Fahrersitzen zu deponieren. Über die englischsprachigen Sender wurden entsprechende Warnungen verbreitet, und das BKA hat Fahndungsplakate in englischer Sprache angefertigt.

In dieser Situation gab es, und zwar erstmals, eine Stabsrahmenübung zwischen deutschen und amerikanischen Sicherheitsbeamten, in die auch die amerikanische Botschaft in Bonn und Dienststellen in Washington eingeschaltet worden sind. Sie dauerte 24 Stunden und hatte zum Ziel, wie schwerste Verbrechen gegen amerikanische Staatsbürger abgewendet werden können.

Beide Seiten waren mit den Ergebnissen zufrieden. Ein Petitum der deutschen Polizei in den zurückliegenden Wochen gegenüber den Amerikanern war, die Angehörigen der Militärpolizei sollten länger als bisher auf ihren Posten belassen werden. Die kurzfristige Rotation verhindere, daß sich die Militärpolizisten mit örtlichen Gegebenheiten und speziellen Sicherheitsbedürfnissen vertraut machen könnten.

Genscher: Risiko für die Sicherheit

FDP-Chef kritisiert die außenpolitischen Zielvorstellungen von Vogel und der SPD

STEFAN HEYDECK, **Bonn**

Die von der SPD und ihrem Spitzenkandidaten Hans-Jochen Vogel verfolgten außen- und sicherheitspolitischen Zielvorstellungen würden nach Auffassung von Außenminister Hans-Dietrich Genscher bei ihrer Umsetzung „ein unübersehbares Risiko für unsere Sicherheit bedeuten". Hans-Jochen Vogel würde als Kanzler die Bundesrepublik aus der früher gemeinsam von SPD und FDP getragenen und jetzt mit dem Koalitionspartner CDU/CSU fortgesetzten Sicherheitspolitik lösen, warnte der FDP-Vorsitzende.

Genscher übte in einem Quick-Interview massive Kritik an Vogel. Dessen außenpolitische Vorstellungen vor allem in den Kernfragen der Abrüstungsgespräche seien „sehr unklar" und „eigentlich schwammig". Die Art, wie sich der sozialdemokratische Spitzenkandidat zu einem westlichen Nachrüstungsverzicht ohne Verzicht der Sowjetunion äußere, sei „außerordentlich gefährlich".

Der FDP-Chef hielt den Sozialdemokraten vor, noch vor gut einem halben Jahr im September 1982 zusammen mit den Liberalen eine völlig andere Sicherheitspolitik vertreten zu haben als die, die sie jetzt im Wahlkampf vorführt. Genscher: „Das ist schon eine sehr wetterwendische Haltung."

Dagegen setze die neue Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl die in der sozialliberalen Koalition unter Helmut Schmidt verfolgte Außenpolitik fort. CDU/CSU und FDP stimmten hier „in den fundamentalen Fragen voll überein". So sei man auch „nicht bereit, einer Lösung bei den Mittelstreckenverhandlungen zuzustimmen, die der Sowjetunion ein einseitiges Monopol solcher atomarer Waffen einräumt".

Beim Streit um die Bekanntgabe möglicher Stationierungsorte für die amerikanischen Pershing-II-Raketen rückte Genscher von der bisherigen klaren Ablehnung vorsichtig ab. Unter Hinweis auf das immer stärker werdende „Drängen nach Offenlegung" meinte er, „daß wir darüber noch mal sprechen müssen, um unseren Standpunkt zu überprüfen. Auf jeden Fall liege es jetzt „allein in der Hand" und der Verantwortung Moskaus, wieviel Raketen der Westen den sowjetischen SS 20 entgegensetzen müsse.

Genscher bekräftigte erneut seinen Anspruch, auch nach dem 6. März das Auswärtige Amt zu führen und es nicht CSU-Chef Franz Josef Strauß zu überlassen. Vor dem Hintergrund der nach Umfragen noch kritischen Situation der FDP sieht er „aus der Sicht von heute" die Grünen über der Fünf-Prozent-Marke: „Die Gefahr eines Einzugs von Grünen und Alternativen in den Bundestag besteht."

Mertes widerspricht dem Plädoyer von Honecker

Staatsminister: Bedrohung, nicht Lagerung entscheidend

BERNT CONRAD, **Bonn**

„Wir brauchen eine atomwaffenbedrohungsfreie Zone und nicht eine atomwaffenfreie Zone. Es kommt nicht darauf an, wo die Waffen lagern, sondern wen sie bedrohen können." Mit dieser Feststellung wies der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes (CDU), gestern den Vorschlag einer atomwaffenfreien Zone in Europa zurück, den der „DDR"-Staatsratsvorsitzende Erich Honecker tags zuvor in einem persönlichen Brief an Bundeskanzler Helmut Kohl unterstützt hatte.

Anknüpfend an eine Anregung der Palme-Kommission hatte die schwedische Regierung allen KSZE-Teilnehmerstaaten die Schaffung einer von atomaren Gefechtsfeldwaffen freien Zone von 300 km Breite vorgeschlagen. Die sowjetische Regierung hatte eine Ausdehnung des atomwaffenfreien Streifens auf 500 bis 600 km empfohlen. Honecker bemühte sich nun in seinem Schreiben an Kohl, die Vorzüge dieses Plans darzulegen.

Demgegenüber betonte Staatsminister Mertes in einem Gespräch mit der WELT: „Eine Annahme des sowjetischen Vorschlages für eine atomwaffenfreie Zone, die beide Staaten in Deutschland umfassen soll, würde im Westen eine Drei-Klassen-Sicherheit schaffen:

- Die erste Sicherheitsklasse wäre Nordamerika;
- die zweite Sicherheitsklasse wären Frankreich und Großbritannien als europäische Kernwaffenstaaten:
- zur dritten Klasse würde die Bundesrepublik Deutschland gehören, die von der Sicherheitsgarantie der Vereinigten Staaten abgekoppelt würde und sich dem Risiko schleichender politischer Abhängigkeit von der Sowjetunion ausgesetzt sähe."

Nach Ansicht des CDU-Politikers würde eine atomwaffenfreie Zone auch die Gefahr eines konventionellen Krieges erhöhen, da die abschreckende Wirkung der anderen Potentiale ausgeschaltet würde. „Das Risiko von Fehlkalkulationen der sowjetischen Führung würde in den achtziger und neunziger Jahren zunehmen und den Frieden in Europa destabilisieren, hingegen einen ‚Frieden' der zunehmenden politischen Selbstunterwerfung der drittklassigen Sicherheitszone erhöhen. Die Bevölkerung in beiden Teilen Deutschlands würde auch durch moderne konventionelle Waffen verheerend getroffen werden", bemerkte Mertes.

Unabhängig von der Breite einer atomwaffenfreien Zone, ist eine solche Idee nach den Worten des Staatsministers auch rüstungskontrollpolitisch wenig durchdacht. Denn die Einhaltung der vereinbarten Abzüge und Stationierungsverbote wäre nicht verläßlich überprüfbar. Selbst wenn es gelänge, die mit einem Verifikationssystem verbundenen Probleme technisch und verhandlungsmäßig zu lösen, wäre die Durchführung der Verifikationsmaßnahmen besonders in Krisenzeiten nicht gewährleistet. Nukleare Gefechtsfeldwaffen, vor allem Sprengköpfe, könnten in kürzester Zeit zurückgebracht werden. Deshalb wäre eine solche Zone eher geeignet, ein falsches Gefühl der Sicherheit zu vermitteln.

Ein Europa ohne nukleare Bedrohung, so hob Mertes hervor, würde die Beseitigung der auf Europa gerichteten nuklearen Waffensysteme voraussetzen, wo immer sie stationiert seien. „Das Ziel einer wirksamen Verringerung der nuklearen Bedrohung ist deshalb nur durch eine vereinbarte Verminderung und Begrenzung der Waffensysteme unter Berücksichtigung der strategischen Zusammenhänge mit dem Ziel eines stabilen Gleichgewichts auf möglichst niedrigem Niveau zu erreichen." Nur so könne auch eine Erpressungsfähigkeit der Sowjetunion gegenüber Westeuropa verhindert werden, stellte der CDU-Politiker fest.

Die SED-Führung und die Realität von Barbie

Ost-Berlin versucht Bonn in den Blickpunkt zu bringen

WERNER KAHL, **Berlin**

Die Weisungen der Agit-Prop-Abteilung der SED-Führung an die Genossen Leitartikler faßte die „Wahrheit" (das Blatt des Westberliner SEW-Ablegers der Einheitspartei) gestern in der Schlagzeile zusammen: „Barbie und Bonn". Unisono mit dem großen Schwesterblatt „Neues Deutschland" serviert die kommunistisch gesteuerte Presse ihren Lesern die Vergangenheit des ehemaligen Lyoner Chefs der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) als „heutige Realität" in der Bundesrepublik Deutschland.

Der Propagandawirbel, der in den Ostberliner Medien eingesetzt hat, soll jetzt Bonn den „Schwarzen Peter" in der Frage zuschieben, wieso der ehemalige SS-Hauptsturmführer Klaus Barbie alias Altmann sich über drei Jahrzehnte allen Verfolgungen in Europa und Übersee entziehen konnte.

In Lyon, dem Hauptstützpunkt der Resistance, hatte sich der aus Bad Godesberg stammende überzeugte Nationalsozialist in der Liquidierung von Angehörigen der Widerstandsbewegung wie von untergetauchten Juden hervorgetan wie kein anderer in Frankreich. In den Wirren der Nachkriegszeit verstand es Barbie zunächst seine Spuren als „Henker von Lyon" zu verwischen. „Nicht nur Raketenforscher, auch Männer des Sicherheitsdienstes (SD)", so die Schweizer „Weltwoche", seien damals für die Siegermächte oft „wertvolle Spezialisten" gewesen und „in mehr als einem Sinn ‚gesucht' worden."

Im Fall Barbie waren es „eurofremde Amerikaner" (Simon Wiesenthal), denen sich der deutsche SD-Mann als Kenner des europäischen Nachkriegsschauplatzes zu empfehlen verstand. Während des letzten Kriegswinters aus Frankreich ins Ruhrgebiet abgesetzt, hatte Barbie die Kapitulation in Dortmund überlebt, wo er bald aus der Gefangenschaft entlassen worden war. Unter diversen Decknamen – Meier, Holzer, Wilms, Martens und Spehr – machte er sich beim amerikanischen Geheimdienst in Süddeutschland nützlich.

Die französischen Behörden hörten damals Barbie in Augsburg als Zeugen in einem Fall um vermutliche Kollaboration eines französischen Offiziers mit der Gestapo an. Ein französisches Gericht untersuchte den Verdacht, der Resistant René Hardy, Oberst der Widerstandsbewegung, habe Barbie den Organisator der Résistance, Jean Moulin, verraten.

Mit Frau, Tochter und anderen Familienmitgliedern setzte sich Barbie im Jahre 1951 nach Südamerika ab. Französische Gerichte verurteilten ihn 1952 und 1954 in Abwesenheit zum Tode. Auf der Kriegsverbrecherliste trug er nun die Nummer 239. Unter dem Namen Altmann ließ er sich nach kurzem Aufenthalt in Argentinien in Bolivien nieder. „Es war das linke Regime in Bolivien, das heute dran ist", so Simon Wiesenthal gestern zur WELT, „das Barbie 1957 die bolivianische Staatsbürgerschaft gab." In der SED-Presse las sich das gestern so: „Seine blutigen Erfahrungen" habe der von Bonn nicht verfolgte Barbie „den südamerikanischen Militärdiktaturen zur Unterdrückung der Völker dieser Region zur Verfügung" gestellt.

Oberstaatsanwalt Alfred Streim, stellvertretender Leiter der Zentralstelle zur Verfolgung von NS-Verbrechen in Ludwigsburg, erläuterte die Situation der deutschen Justiz in den ersten Nachkriegsjahren: „Einer Strafverfolgung stand wegen der Verurteilung durch französische Gerichte der sogenannte Überleitungsvertrag entgegen." Das hieß seinerzeit, die Westmächte hatten einen Vertrag mit der Bundesrepublik abgeschlossen, wonach bei rechtskräftigen Verurteilungen im Ausland kein neues Verfahren in Deutschland eröffnet werden konnte. Nach der Änderung des Vertrages sei 1958 sofort Haftbefehl gegen Barbie erlassen worden.

KSZE: Moskau bleibt unnachgiebig

DW. Ma

Unter wenig optimistischen Vorzeichen hat die Madrider Nach[folge]tagung der Konferenz über [Si]cherheit und Zusammenarbe[it in] Europa (KSZE) gestern ihre B[era]tungen wiederaufgenommen. [De]legierte der kommunistischen [und] der westlichen Staaten bestä[tigten] vor Journalisten, daß sich ihr[e je]weils unterschiedlichen Positi[onen] nicht verändert hätten.

Darauf hatte bereits der Bo[nner] KSZE-Botschafter Jörg Kastl [in ei]nem Interview des Deutschl[and]funks hingewiesen. Der Bonne[r Di]plomat warf dem Osten vor, „nicht um einen Millimeter [be]wegt zu haben. Die Sowjetu[nion] müsse endlich ihr Territorium [für] vertrauensbildende Maßnah[men] öffnen. Auch Bundesaußenmi[ni]ster Genscher äußerte sich in [die]sem Sinne. Das Zustandekom[men] der angestrebten Abrüstungs[kon]ferenz hänge nur noch vom Ve[rhal]ten Moskaus ab. Die Sowjetu[nion] müsse ihr gesamtes europäis[ches] Territorium für vertrauensbil[den]de Maßnahmen öffnen, wie [jeder] Staat in Europa dies tue.

Der neue Bonner Vorstoß fü[r die] Einberufung einer europäis[chen] Abrüstungskonferenz wurde [von] der SPD ausdrücklich beg[rüßt]. Der frühere Verteidigungsmin[ister] Hans Apel sagte: „Ich bin froh, [daß] wenigstens in diesem Bereich [un]serer Außenpolitik Kontinuitä[t ge]wahrt scheint."

Walesa als Zeuge im KOR-Prozeß?

dpa, Warsc

Der polnische Arbeiterfü[hrer] Lech Walesa soll heute bei [dem] obersten Militärstaatsanwalt [...] in Warschau als Zeuge im Er[mitt]lungsverfahren gegen die Fü[hrer] der oppositionellen Gruppe „[Ko]mitee zur gesellschaftli[chen] Selbstverteidigung – KOR" a[ussa]gen. Dies gab der Regierungs[spre]cher Jerzy Urban gestern in [War]schau vor der Presse bekannt. [Ur]ban versicherte, die Vorladung [sei] Walesa in Danzig zugestellt [und] von ihm quittiert worden sei[. Sie sei] von dem stellvertretenden St[aats]anwalt der Kriegsmarine, Ko[nter]admiral Pojczeszek, untersc[hrie]ben worden.

Auf telefonische Anfrage wa[r am] Montag aus der Wohnung Wa[lesas] mitgeteilt worden, die Vorla[dung] habe formelle Mängel. Daher w[isse] Walesa noch nicht, ob er ihr F[olge] leisten werde. So sei darauf n[icht] das Aktenzeichen der Angele[gen]heit verzeichnet, in der Walesa [aus]sagen solle. Es heiße nur, er w[erde] als Zeuge in einer „dienstli[chen] Angelegenheit" geladen. Wie [in] Danzig zu hören war, wollte W[alesa] sich vor einer Entscheidung [...] noch juristischen Rat einholen.

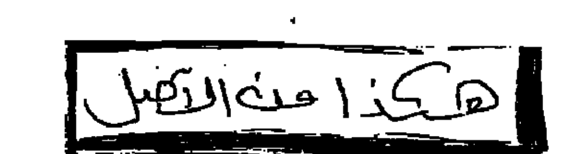
Vier führende Mitglieder [des] KOR – Jacek Kuron, Adam M[ich]nik, Jan Litynski und Henryk [Wu]jec – waren Anfang Septem[ber] 1982 verhaftet worden und so[llen] wegen Vorbereitung eines gew[alt]samen Umsturzes in Polen vor [Ge]richt gestellt werden. Später k[ehr]te der ebenfalls beschuld[igte] schwer herzkranke Literatur[wis]senschaftler Jan Jozef Lipski [frei]willig aus London zurück. Alle Betroffenen waren Berater der [ver]botenen Gewerkschaft „Soli[dari]tät".

Irak fordert arabische Hilfe

AFP, P

Irak hat die arabischen Län[der] aufgefordert, angesichts der ne[uen] iranischen Offensive ihre Bag[dad] gegenüber eingegangenen [Ver]pflichtungen einzuhalten. Die [ira]kische Nachrichtenagentur [...] meldete, daß das Außenmini[ste]rium die in Bagdad akkreditie[rten] Leiter der arabischen Missione[n zu] diesem Zweck zu einem Tre[ffen] einberufen habe. Die Diploma[ten] wurden Ina zufolge aufgeford[ert,] ihre Regierungen in Einzelhei[ten] über die am Sonntag ausgel[öste] „flagrante iranische Aggressi[on"] zu unterrichten.

DIE WELT (usps 603-590) is published [...] except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar [...] per annum. Second class postage is paid [at] Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, [...] 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs [...] 07632.



Für die SPD ist der Marxismus heute nur noch ein historisches Erbe

GÜNTHER BADING, **Bonn**

Für die heutigen sozialdemokratischen Parteien und für die sozialdemokratisch orientierten Teile der Arbeiterbewegung ist der Marxismus nur noch als historisches Erbe, als Teil der eigenen Geschichte von Interesse. Konkreten Einfluß haben die Marxschen Lehren in der Sozialdemokratie nur noch, wenn man Teile daraus – wie etwa Marx' Aussagen zur Ökologie – als noch heute gültige Fragen versteht. Das ist das Fazit aus einem Diskussionsbeitrag des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt bei einem Symposium, das die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung in diesen Tagen zum 100. Todestag von Karl Marx in Bad Godesberg hielt.

Professor Richard Löwenthal, Mitglied der SPD-Grundwertekommission, ging in seiner Darstellung der Wirkung Marxscher Lehren in unserer Zeit noch weiter. Die Geschichte habe Marx, der recht verstanden der Stifter einer „Diesseits-Religion" gewesen sei, in doppelter Weise ad absurdum geführt. Zum einen habe Marx die heutige Entwicklung zu einer staatlich gesteuerten Mischform des Wirtschaftens aus dem Kapitalismus seiner Zeit nicht vorausgesehen. Zum anderen habe sich die Arbeiterbewegung nicht als von dem revolutionären Bewußtsein erfüllt gezeigt, das Marx vorausgesetzt habe.

Willy Brandt sagte vor den rund 100 Teilnehmern des Symposiums, die europäischen sozialdemokratischen Parteien orientierten sich heute „nur noch wenig" an dem Vermächtnis des „großen Mannes aus Trier". Sicher stehe Karl Marx weder am 6. März in der Bundesrepublik Deutschland noch auf den Parteitagen der deutschen Sozialdemokraten zur Wahl. „Klar ist aber zugleich: Die deutsche Sozialdemokratie wäre schlecht beraten, liefe sie vor ihrer Geschichte weg. Der ‚wissenschaftlich' genannte Sozialismus hat nicht die SPD geschaffen, aber er hat sie stark beeinflußt und ihr entscheidende Impulse vermittelt. Dessen brauchen wir uns nicht zu schämen." Brandt führte diese Entwicklung fort von einer Marx-Orientierung in den sozialdemokratischen Parteien, aber auch bei jenen, die sich um eine – wiederum mit Marx als Fixpunkt – Gegenposition bemühten, auf die jüngste Zeit zurück. Er verwies darauf, daß dies noch in dem „hitzigen Protest" der Schüler und Studenten Ende der 60er Jahre anders gewesen sei.

Auch von den kommunistisch regierten Staaten könne man heute ohne Übertreibung sagen, daß sie sich „auf bereits notorisch gewordene Weise von dem wegentwickelt haben, was Marx als Weg zur Befreiung der menschlichen Persönlichkeit vorgezeichnet hatte". Die verbale Verherrlichung von Marx und Engels vertrage sich schlecht mit der „bürokratischen Verkrustung, die für die freie Entfaltung der Menschen wenig Luft läßt". Allerdings spiele Marx heute auch für jene eine eher untergeordnete Rolle, die in diesen Staaten versuchten, eine Gegenkraft zu formieren. Das sei aus einem Vergleich der Bewegung des Prager Frühlings mit den gewerkschaftlichen Kräften, die sich heute in Polen zur „Solidarität" zusammengefunden hätten, ersichtlich.

Im Prinzip aber sei Marxens Erbe dennoch nicht verlorengegangen, argumentierte der SPD-Vorsitzende. Noch immer haben die Marxsche Vorhersage des Prozesses der Akkumulation und Konzentration des Kapitals und auch die Prophezeiung einer Ablösung des Managements vom Kapitaleigentum nichts von ihrer Gültigkeit verloren. Marx habe aber trotz seiner Bewunderung der ungeheueren Wachstumsdynamik der kapitalistischen Produktionsweise deren „explosive Kraft" noch immer unterschätzt. Offensichtlich unbegründet sei seine Vorhersage gewesen, daß durch den tendenziellen Fall der Profitrate die Unternehmer in absehbarer Zeit damit aufhören würden, die Produktion auszuweiten. Jedenfalls müsse man sagen, daß Marx „tiefe, unverwechselbare Spuren in unserem Denken" hinterlassen habe. Marx habe das Industriezeitalter mit Grundbegriffen versehen, die fortdauerten.

Heute aber spreche „einiges dafür, daß die Industrie- und Arbeitsgesellschaft der letzten 150 Jahre nicht nur in eine Krise, sondern eher in einen Umbruch geraten ist, der auch die Kategorien ihrer Erkenntnis nicht unberührt läßt". Hundert Jahre nach Marx lasse sich formulieren: „Die Analysen des großen Denkers waren vielfach richtig. Teile seines Kategorien-Instrumentariums und seiner Methode sind auf faszinierende Weise modern geblieben. Seine Antworten erwiesen sich vielfach als falsch, seine Hoffnungen als trügerisch."

Das Schicksal der Marxschen Lehren heute beschrieb Professor Löwenthal zusammenfassend so:
– Im Ostblock sei der Marxismus „tot". Zwar orientiere man sich in den dortigen Parteien noch an einem von ihm beeinflußten Weltbild, man erwarte aber nicht mehr die Verwirklichung der vollkommenen konfliktfreien Gesellschaft, wie sie Marx als Ziel genannt habe. Noch 1961 aber habe Chrustschow als Termin zur Verwirklichung dieses Ziels das Jahr 1980 genannt.
– In den westlichen Arbeiterbewegungen habe die diesseitige Heilserwartung mit der Durchsetzung voller demokratischer Rechte und der „Entwicklung des Kapitalismus zu einer staatlich gesteuerten Mischform des Wirtschaftens bei einem hohen Grad an sozialer Sicherheit seit langem ihre Virulenz verloren". Die westlichen Arbeiterbewegungen seien nur so lange revolutionär gewesen, als ihnen die vollen demokratischen Rechte vorenthalten worden seien. Die heutigen kommunistischen Massenparteien in den lateinischen Ländern, der „Eurokommunismus" also, vollzögen diese sozialdemokratische Entwicklung zu „Reformparteien innerhalb des demokratischen Staates" heute aus denselben Gründen mit einer gewissen historischen Verspätung nach.



EG-Nachbarn kürzen Arbeitslosengeld

Beschäftigungskrise soll mit Steuererhöhungen und Sonderabgaben bekämpft werden

dpa, **Hamburg**

Angesichts der drastisch steigenden Zahl von Erwerbslosen haben einige Nachbarländer der Bundesrepublik die Leistungen für Arbeitslose zum Teil erheblich eingeschränkt. Daneben versuchen einige Staaten, durch Steuererhöhungen und „Solidaritätsabgaben" von Staatsdienern zusätzliche Mittel zur Finanzierung der Beschäftigungskrise aufzutreiben. Das ergab eine dpa-Umfrage in Frankreich, Belgien und Großbritannien.

In Großbritannien, wo Ende Januar 1983 offiziell 3,2 Millionen Menschen ohne Arbeit waren (13,8 Prozent aller Erwerbsfähigen), wurde das Arbeitslosengeld unter der Regierung Thatcher 1981 erstmals nicht der Inflationsrate angeglichen. Die betroffenen Briten erhalten daher heute rund acht Prozent weniger Unterstützung als vor drei Jahren. Die Franzosen, die seit einer Arbeitslosenquote von 8,4 Prozent (2,13 Millionen) Ende 1982 günstiger abschneiden als die Bundesrepublik im letzten Dezember mit 9,1 Prozent, müssen im ersten Jahr nach der Kündigung mit 80 Prozent ihres letzten Bruttolohnes Vorlieb nehmen. Bis vor drei Monaten waren es noch 90 Prozent.

Belgien hat die bisher großzügig gehandhabte Unterstützungsdauer für die Ende Januar rund 497 000 Arbeitslosen (18,1 Prozent) rigoros eingeschränkt. Außerdem kann eine Familie mit mehreren Verdienern und mehr als 25 000 Mark Jahreseinkommen nur noch für den Hauptverdiener Arbeitslosenunterstützung bekommen. Belgien bittet zur Finanzierung der wachsenden Arbeitslosenzahl auch kinderlose Ehepaare mit einer zeitlich begrenzten Sondersteuer von monatlich 45 Mark zur Kasse.

Alle Nachbarländer bemühen sich besonders um die jugendlichen Arbeitslosen, deren Zahl den Politikern die größte Sorge bereitet. So zählen die Statistiker in Frankreich am Ende des vergangenen Jahres 960 000 Arbeitslose unter 25 Jahren. Ihre wirkliche Zahl dürfte allerdings noch um rund 50 000 höher liegen, weil Schulabgänger in kommunalen Auffangprogrammen nicht erfaßt werden. In Belgien zählt die Gruppe der jungen Arbeitslosen 164 000. In Großbritannien sind sogar 1,3 Millionen junge Menschen zwischen 16 und 24 Jahren ohne Job.

Vor diesem Hintergrund hat die Regierung Thatcher, die alle Konjunkturprogramme zur Wirtschaftsbelebung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ablehnt, mehrere hundert Millionen Pfund in Beschäftigungs- und Ausbildungsprogramme für Jugendliche investiert. Belgien verspricht Arbeitgebern, die arbeitslose junge Menschen einstellen, eine Befreiung von den Sozialabgaben.

SPD-Politiker kritisieren Berater Vogels

RÜDIGER MONIAC, **Bonn**

Der Naturwissenschaftler und Philosoph Carl Friedrich von Weizsäcker ist wegen seiner These, es sei „wirkliche Gefahr" für den Ausbruch eines Atomkrieges zwischen den Weltmächten, von führenden Sozialdemokraten angegriffen worden.

Weizsäcker, der sich als persönlicher Berater des SPD-Kanzlerkandidaten Vogel für Fragen der „Friedenspolitik" versteht, diskutierte gestern mit Hans Apel, Egon Bahr, Horst Ehmke, Erhard Eppler und anderen von ihm vorgelegte Thesen. Wie der Berater Vogels vor Journalisten selbst erläuterte, hielt ihm die Runde vor, mit der Auffassung, es sei ungewiß, daß zwischen den Weltmächten ein nuklearer Krieg vermieden werden könne, verbreite er „Katastrophenstimmung". Trotzdem beharrte Weizsäcker auf seiner Ansicht. Er sagte zur Begründung, auch vor 1914 habe es in Politik und Kunst „Seismographen" gegeben, die den Krieg angekündigt hätten. Im Ersten wie im Zweiten Weltkrieg sei es um den „Austrag der Hegemonialkonflikte" gegangen. „Nichts hat sich nach 1945 gelöst", sagte der Wissenschaftler vor Journalisten weiter. Auch heute kündige die „Kunst, wenn sie gut ist und dann nicht lügen kann", von Katastrophen. Das habe doch etwas zu bedeuten, fügte Weizsäcker hinzu.

In seinen Thesen vertritt der Berater des Kanzlerkandidaten unter anderem die Auffassung, eine „Lebensbedingung für die Bundesrepublik" sei die „Gleichzeitigkeit" ihres Festhaltens am NATO-Bündnis, gepaart mit der Bemühung um Entspannung. Ein Scheitern der Verhandlungen zur Rüstungsbegrenzung „könnte eine politische Katastrophe bedeuten". Zum Problem der Mittelstreckenwaffen fügte er hinzu, sollte die NATO deren Stationierung „beschließen" (nach dem Doppelbeschluß hat sie es unter Bedingungen bereits getan, die Red.), so gehören sie, wie Weizsäcker sagte, auf See. Ihre Stationierung auf Land hält der Wissenschaftler nicht für wünschenswert, weil sie dann, wie er sagt, einen Präventivschlag anzögen.

USA testen mit Erfolg neues Raketensystem

Es soll gegen einen sowjetischen Erstschlag schützen

RÜDIGER MONIAC, **Bonn**

Die USA haben mit einer Reihe von Versuchen begonnen, mit denen sie die technischen Fähigkeiten zur Abwehr von angreifenden strategischen Atomraketen mit Hilfe von Anti-Raketen-Raketen studieren.

Wie das US-Verteidigungsministerium mitteilte, war an dem ersten – erfolgreichen – Test als dargestellter Angreifer eine Interkontinental-Rakete des älteren Typs Minuteman 1 beteiligt. Sie wurde vom Luftwaffenstützpunkt Vandenberg in Kalifornien auf den Pazifik hinaus gestartet. Zum Abfangen dieses „Angreifers" über See wurde ein neuer Raketentyp mit optischen Sensoren und einem eigenen Führungssystem getestet. Die Abwehrrakete war vom Stützpunkt Kwajalein im Pazifik abgefeuert worden.

In dem Bericht, den Verteidigungsminister Weinberger am 1. Februar dem US-Kongreß übermittelte, wird das Programm zur Verteidigung gegen ballistische Raketen (BMD wie Ballistic Missile Defense) als „extensiv" beschrieben. Es sei bereits bewiesen, daß die USA in der Lage seien, wichtige Teile ihrer nuklearstrategischen Streitkräfte gegen einen Angriff durch ballistische Raketen zu schützen. Das BMD-Programm sei so entworfen, daß die USA die Anti-Raketen-Technologie beherrschen lernen; aufgrund dieser Tatsache versetzen sie sich in die Lage, ein entsprechendes Abwehrsystem schnell zu stationieren.

Im Haushalt des Pentagon sind für diese Zwecke in den nächsten Jahren steigende Ausgaben vorgesehen, für das bereits bewilligte Finanzjahr 1982 462,1 Millionen Dollar, für 1983 weitere 519,0 Millionen sowie für 1984 709,3 und 1985 1564 Millionen Dollar.

Die amerikanischen Bemühungen um ein BMD-Programm haben entscheidene Bedeutung dafür, der Sowjetunion die Fähigkeit zu einem nuklearen Erstschlag zu verwehren. Der Begriff Erstschlag, zu unterscheiden vom Wort Ersteinsatz, besagt, daß eine der beiden Weltmächte, würde sie über diese Fähigkeit verfügen, in der Lage wäre, die andere mit einem strategischen Überraschungsangriff gegen das strategische Angriffspotential des Gegners so entscheidend zu entwaffnen, daß ein Vergeltungsschlag (Zweitschlag) für sie unmöglich würde.

Amerikanische Fachleute sagen, die Sowjetunion sei inzwischen aufgrund der verbesserten Zielgenauigkeit ihrer landgestützten strategischen Raketen in der Lage, die landgestützten US-Raketen derselben Kategorie in einem Überraschungsangriff in deren Silos zu zerstören.

Mit der Entwicklung der strategischen landgestützten Rakete MX wollen die USA diese partielle Erstschlagfähigkeit der Sowjetunion durchbrechen. Das Konzept, das dies ermöglichen soll, die Stationierung von hundert MX-Raketen in einem „dichten Bündel", wird im Kongreß jedoch als nicht zuverlässig und als zu teuer gewertet. Die endgültige Finanzierung der MX steht deshalb aus.

Gegenwärtig untersucht ein Ausschuß unabhängiger Fachleute in Washington andere Möglichkeiten zur Unterbringung der in Entwicklung befindlichen MX-Rakete.

Das Verteidigungsministerium hat bisher nicht beabsichtigt, die Stationierung der MX-Raketen durch die Installation eines Antiraketen-Verteidigungssystems gegen einen partiellen Erstschlag zu sichern. Im Zusammenhang mit dem Konzept des „dichten Bündels" sollte für die Zerstörung von angreifenden sowjetischen Raketen in einem Überraschungsschwarm der „Brudermord" sorgen. Fachleute halten es für gesichert, daß eine Atomexplosion bei den angreifenden Raketen in einer Kettenreaktion die Zerstörung der weiteren anfliegenden Atomsprengköpfe auslösen würde, so daß die stark verbunkerten MX-Raketen für den Zweitschlag verfügbar bleiben.

Sollte die Regierung dieses Konzept politisch nicht durchsetzen können, steht zu erwarten, daß ein BMD-System die Verteidigung übernimmt.

„Die Monarchie ist stabil, solange kein Oberst auf den König schießt"

Planten Offiziere Komplott gegen Hassan? / Gerüchte nach dem Tod eines Generals

A. GRAF KAGENECK, **Paris**

Haben marokkanische Offiziere fast genau zehn Jahre nach dem rätselvollen Tod des Generals Oufkir erneut versucht, Hand an ihren obersten Befehlshaber und Monarchen Hassan II. zu legen? Seit dem Tod des Generals Achmed Dlimi am Abend des 25. Januar, offiziell durch Zusammenstoß seines Dienstwagens mit einem entgegenkommenden Tanklastwagen verursacht, herrscht offensichtlich Unbehagen im marokkanischen Offiziers-Korps.

Gerüchte jagen sich. Dlimi, Chef des militärischen Beraterstabes des Königs und Oberbefehlshaber der Südfront im Kampf gegen die Polisario in der West-Sahara, sei nicht in einem Unfall, sondern in einem Attentat umgekommen. Mehrere hohe Offiziere seien kurz vorher vom König abgesetzt worden. Der amerikanische Geheimdienst habe dem Herrscher Informationen zukommen lassen, wonach sich im Offiziers-Korps des Heeres und der Luftwaffe ein Komplott gegen ihn vorbereite. Hassan habe dann kurzentschlossen zugeschlagen – einen Tag vor Ankunft des französischen Staatspräsidenten Mitterrand zu einem dreitägigen Staatsbesuch.

Der Korrespondent des Pariser „Monde" in Rabat, Roland Delcour, hatte diese Gerüchte gemeldet. Er wurde vom marokkanischen Sicherheitsdienst verhaftet, fast 48 Stunden lang festgehalten, davon 15 unter scharfem Verhör, und dann ausgewiesen; er hatte sich standhaft geweigert, seine Quellen preiszugeben.

Es bedurfte einer Intervention des Präsidenten, um ihn freizubekommen, und eines „Gnadenaktes" des Königs unter der ausdrücklichen Begründung, nicht die guten Beziehungen gefährden zu wollen, die der Besuch Mitterrands für beide Länder gebracht habe. *Roland Delcour riskierte eine* hohe Haftstrafe, denn in seinem Verhör war ihm angedeutet worden, er habe „die Sicherheit des cherifischen Königreichs und die Moral der Armee gefährdet".

Auf alle Fragen nach der Stabilität des marokkanischen Regimes war während des Mitterrand-Besuchs in Rabat stets die gleiche Antwort zu hören: Das Regime ist solide, solange nicht ein Oberst auf den König schießt. Mit anderen Worten: Monarchie und Stabilität stehen und fallen mit der Treue der Armee. Zweimal hat die marokka-



MAROKKO

nische Armee versucht, Hassan II. zu ermorden: Im Juli 1972 stürmten Putschtruppen unter dem Kommando dreier Generale sein Sommerschloß Skirat am Atlantik und richteten ein Blutbad unter den Gästen einer Party an. Hassan entkam nur durch ein Wunder.

Dreizehn Monate später wurde das Flugzeug des Königs beim Landeanflug auf den Flughafen Rabat-Sale von einem Flakgeschütz der königlichen Luftstreitkräfte beschossen. Auch hierbei blieb Hassan unverletzt. Zehn Tage später, am 18. August 1972, erfuhr die verblüffte Weltöffentlichkeit, daß sich der Innenminister des Königs, General Oufkir, erschossen habe, nachdem ihm vorher vom Monarchen seine Entlassung bekanntgegeben worden war. Bis heute ist nicht sicher, ob Oufkir in das Komplott verwickelt war.

Hat es andere Attentatsversuch[e] auf den König gegeben? Ist d[er] Fall Dlimi nur der letzte in ein[er] Reihe tiefer Vertrauenskrisen zw[i]schen den Streitkräften und ihre[m] obersten Chef? Zwei Gründe k[ön]nen für die Revolte der Offizi[ere] genannt werden: Der Entschl[uß] des Königs, der Bevölkerung d[er] West-Sahara ein Referendum [zu] gewähren, mißfällt einer Arme[e], die viele Opfer brachte, um d[as] umstrittene Territorium im tief[en] Süden bei Marokko zu halten.

Schwerer wiegen die wiederh[ol]ten Studentenrevolten in der Vi[er]-Millionen-Stadt Casablanca, der[en] letzte im Herbst 1981 unter beso[n]ders grausamen Umständen (e[s] soll 600 Tote gegeben haben) vo[n] Armee und Polizei niedergeschl[a]gen wurde. Die Armee hat es, so wie in Rabat versichert wurde, im[]mer wieder auf das Volk schieße[n] zu müssen. Jüngere Offiziere pr[o]testieren offen gegen die Masse[n]verhaftungen von Links-Poli[ti]kern, etwa 300 Mitglieder der li[n]ken „Nationalen Union der vol[k]schen Kräfte" sitzen ohne Urteil i[m] Gefängnis.

Angeblich sind auch amerika[ni]sche Ratgeber der marokka[ni]schen Armee bei ihren Vorgeset[z]ten mit der Sorge vorstellig gew[or]den, ohne eine gewisse Liberalisi[e]rung des Regimes seien no[ch] schwerwiegendere Unruhen nic[ht] ausgeschlossen, denen sich w[ie] schon 1971 ein Teil der Armee a[n]schließen könnte.

Deutlich wurde im Umfeld d[es] Mitterrand-Besuches, daß die l[a]tente politische Spannung in M[a]rokko, verschärft durch hohe A[r]beitslosigkeit, mehrere katastr[o]phale Ernten und zurückgehend[en] Rohstoff- (Phosphat-)Absatz s[o]wohl in Paris wie in Washingt[on] zunehmend Sorge bereitet.

Haugheys überraschender Sieg zwing[t] Rebellen der Partei in die Knie

Fianna Fail stehen Säuberung und Machtkämpfe bevor / Droht die Spaltung?

FRITZ WIRTH, **London**

Charles Haughey, Oppositionsführer und Chef der größten irischen Partei, Fianna Fail, überlebte in der letzten Nacht die dritte große Palastrevolution in seiner Partei *in knapp zwölf Monaten*. Der Versuch, ihn zu stürzen, scheiterte nach einer fast zwölfstündigen Marathondebatte der Parlamentsfraktion der Partei. Sie stimmte am Ende mit 40 zu 33 Stimmen für Haughey.

Der Sieg Haugheys hat in Dublin Staunen und Verblüffung ausgelöst. Nahezu das gesamte politische Establishment der irischen Hauptstadt war sicher, daß Haughey dieses letzte große Gefecht um Amt und Karriere verlieren würde. In den Zeitungsredaktionen waren bereits die Nachrufe auf seine auch für irische Begriffe außergewöhnliche Laufbahn geschrieben, bei den irischen Buchmachern lagerten hohe Wetteinsätze, die im Falle eines Sturzes von Haughey auszuzahlen waren. Irland hatte sich bereits darauf eingerichtet, George Colley als den neuen „König" der Partei Eamon de Valeras zu feiern.

Um so sensationeller wirkte die Nachricht vom Überleben Haugheys. Sie ist geeignet, einen neuen Wunderglauben in der irischen Politik zu wecken, Haughey selbst zu einer lebenden Legende zu machen und ihm den Nimbus eines geradezu unzerstörbaren politischen Strategen zu geben.

Tatsächlich erscheint seine Position über Nacht nun stärker als je zuvor in den letzten Krisenjahren seiner Partei. Denn nunmehr stehen die Rebellen, die ihn zu stürzen versuchten, plötzlich selbst im Kreuzfeuer. Kenner der Szene prophezeien eine radikale Säuberungsaktion des wiedererstarkten Haughey in der Partei. Wie inoffiziell zu erfahren ist, soll Haughey bereits den Ausschluß von Martin O'Donoghus, der bei den jüngsten Parteiaufständen gegen Haughey einer der maßgeblichen Regisseure gewesen ist, und seines ehemaligen Justizministers Sean Doherty aus der Fraktion gefordert haben. Damit zeichnet sich immer drohender die Möglichkeit einer Spaltung der Partei ab.

Der parteiinterne Widerstand gegen Haughey begann bereits vor drei Jahren, nachdem es ihm gelungen war, seinen Vorgänger Jack Lynch aus dem Amt zu manövrieren. Diese Opposition wuchs, als sich in den letzten drei Parlamentswahlen herausstellte, daß Haughey bei den irischen Wählern nicht ankam und eher eine Belastung für die Partei war. Deshalb versuchte die immer stärker werdende Anti-Haughey-Fraktion noch unmittelbar vor der letzten Unterhauswahl, Haughey als Parteichef zu Fall zu bringen. Das Unternehmen scheiterte. Haughey verlor anschließend – wie erwartet – die Unterhauswahl und damit das Amt des Premierministers.

Haugheys Karriere schien endgültig am Ende, als vor wenigen Wochen bekannt wurde, daß in seiner Regierungszeit auf Anordnung des Justizministers und mit Hilfe der Polizei Telefone irischer Journalisten abgehört worden waren. Der Skandal endete mit dem Rüc[k]tritt des irischen Polizeipräside[n]ten und seines Stellvertreters. A[u]ßerdem traten Haugheys ehema[li]ger stellvertretender Premiermi[ni]ster und Justizminister von ihr[en] Posten im Schattenkabinett Fia[n]na Fails zurück. Nur Haugh[ey] selbst ging unversehrt aus dies[er] Affäre hervor. Seither wagt n[ie]mand mehr in Irland, das Ende d[er] politischen Karriere dieses Mann[es] zu prophezeien.

Damit ist die Szene gerichtet f[ür] schwere interne Macht- und R[e]vanchegefechte hinter den Kul[is]sen der Partei. Es gibt Anzeich[en] dafür, daß Haughey sie am En[de] als Sieger übersteht. Eine wichti[ge] Vorentscheidung wird schon in [] Tagen auf dem Jahresparteitag v[on] Fianna Fail fallen, von dem Ha[ug]hey starke Rückendeckung erh[of]fen kann.

Denn die Parteibasis, an der d[er] traditionelle irische Republikani[s]mus immer noch in Blüte steh[t], hatte stets beträchtliche Symp[a]thien für diesen Mann, der imm[er] betonte, daß er sich als legitim[er] Erbe Eamon de Valeras verste[ht] und in dieser Rolle zumindest au[ch] in traditionalistischen Parteikre[i]sen akzeptiert wurde. Haughey h[at] stets behauptet, daß die Kamp[a]gnen gegen ihn nur das Werk ein[er] kleinen Fraktionsclique seien.

Die nächsten Wochen werden f[ür] die Zukunft von Fianna Fail v[on] historischer Bedeutung sein. Fia[n]na Fail heißt zu deutsch „Söh[ne] des Schicksals". Die Söhne habe[n] allen Grund, auf eine freundlich[e] und hilfreiche Vorsehung zu ho[f]fen.

Ein Este stört Palmes Kreise: Was weiß er über sowjetische U-Boote?

Trotz Interesse der Militärs ist die Einreise des geflüchteten Matrosen fraglich

R. GATERMANN, **Stockholm**

Irgendwo in der spanischen Hauptstadt sitzt der 30jährige Este Andres Prokopovic und wartet auf Bescheid aus dem schwedischen Norrköping, Sitz der Einwanderungsbehörde: Darf er nach Schweden kommen, oder wird sein Einreiseantrag abgelehnt? Das letztere ist wahrscheinlich, obgleich der Flüchtling glaubt, für die schwedischen Militärs gute Informationen zu haben. Er wisse *einiges über die sowjetischen* U-Boote in der Ostsee, weil er auf ihnen seinen Militärdienst geleistet habe. Aber das ist jetzt etwa 10 Jahre her.

Selbst wenn der Verteidigungsstab in Stockholm Interesse zeigen sollte, bedeutet dies noch lange nicht, daß die Regierung Prokopovics Einreise zustimmt. Seine Anwesenheit hier könnte nämlich beim Wiederaufbau guter schwedisch-sowjetischer Beziehungen stören. Darauf legt Ministerpräsident Olof Palme großen Wert.

Rein formalistisch hat der Este bereits einige „Fehler" gemacht. Er hat am 12. Januar nicht in Schweden, sondern im spanischen Las Palmas seinen Arbeitsplatz, ein Fischerboot, verlassen. Also ist laut Genfer Konvention von 1951 Spanien für ihn zuständig und nicht Schweden. In Norrköping kennt man bei der Einhaltung von Formalitäten kein Pardon.

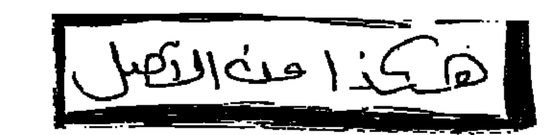
„Falls er wirklich auf den russischen U-Booten in der Ostsee gewesen ist, wäre es für uns schon interessant, mit ihm zu reden", erklärte Sven Andersson, Vorsitzender der Kommission, die im Regierungsauftrag den letzten U-Boot-Zwischenfall vor der schwedischen Küste im Oktober 1982 untersucht.

„Ich bin bereit, alles zu berichten, was ich weiß, aber nur in Schweden", sagte Prokopovic, der nur wenig russisch spricht. Er hat seine Frau und seinen dreijährigen Sohn zurückgelassen, wobei nicht ganz klar ist, ob das Paar sich kürzlich hat scheiden lassen.

Prokopovic taucht zu einem Zeitpunkt auf, als in Schweden die Gerüchte über eventuelle Funde im Haarsfjärden, in unmittelbarer Nähe des Flottenstützpunktes Muskö, im Zusammenhang mit den unerwünschten U-Boot-Besuchen im vergangenen Oktober wieder Hochkonjunktur erleben. Da soll eine kleine Rakete mit Propellerantrieb gefunden worden sein, die die schwedischen Jäger von den richtigen U-Booten abgelenkt und ihnen die Flucht ermöglicht haben soll. Wie sich aber herausstellte, handelte es sich bei diesem Gerät um die eigene Kameraausrüstung der schwedischen Marine. Im übrigen fand man nur etliche alte Übungstorpedos und Minen. Es hieß auch, Video-Kameras hätten Abdrücke von Stahlfüßen und Spuren von Bandfahrzeugen auf dem Meeresboden gefunden. De[s] weiteren war zu vernehmen, di[e] schwedische Marine habe ei[n] U-Boot versenkt und das Ber[]gungsschiff Belos in einer Geheim[]aktion 67 Tote an Bord genommen.

Schon frühzeitig war die Vermu[]tung aufgetaucht, die Regierun[g] habe Order gegeben, die Sperre[n] zu heben, um den Eindringlinge[n] die Flucht zu ermöglichen, es sol[]len wenigstens zwei gewesen sein, die laut „ziemlich sicheren Quel[]len" aus der Sowjetunion kamen. Damit ist inzwischen auch in die[]ser Frage die Neutralität Schwe[]dens wiederhergestellt worden. Nach einer neuen Version hat e[s] sich um ein bundesdeutsche[s] U-Boot gehandelt, und Stockholm wollte keine Komplikationen mi[t] Bonn oder der NATO.

Eine zuverlässige Erklärung wird es voraussichtlich erst im April geben, wenn die U-Boot-Kommission ihren Bericht vorlegt. Auch wenn ein Großteil mit dem Geheimstempel versehen wird, verspricht Kommissionssekretär Michael Sahlin vom Verteidigungsministerium: „Das allermeiste wird veröffentlicht." Unterdessen ist die Marine bestrebt, die Überwachung der schwedischen Hoheitsgewässer zu verbessern. Sie sucht derzeit nach kleineren Flugzeugen, die mit hochmodernen elektronischen Mitteln frühzeitig eventuelle unerwünschte Unterwasserbesucher aufspüren sollen.





Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Einseitigkeit der Medien

Sehr geehrte Damen und Herren,
die SPD hat bei der Diskussion der Parteien über ein Wahlkampfabkommen den Wunsch geäußert, man möge auf den in dem früheren Abkommen enthaltenen Appell an die Rundfunk- und Fernsehanstalten zu einer ausgewogenen Unterrichtung verzichten.

Der Wunsch ist durchaus verständlich, denn die derzeitige Berichterstattung, speziell in Wahlkampfzeiten, hat eine schwere Schlagseite nach links. Das gilt für den Rundfunk noch mehr als für die Fernsehanstalten.

Der mir räumlich leider besonders nahestehende Hessische Rundfunk ist dafür das beste Demonstrationsobjekt. Wie hier der Hörer (und Wähler) immer wieder durch die Art der Zusammenstellung und durch die Formulierung und Nuancierung der Nachrichten in einer bestimmten Richtung beeinflußt wird, ist offenkundig. Warum setzt sich niemand dagegen zur Wehr, auch nicht – jedenfalls mit erkennbarem Engagement – die davon betroffenen „bürgerlichen" Parteien?

Das Problem hat eine verfassungspolitische, wenn nicht sogar verfassungsrechtliche Dimension, denn die im Grundgesetz verankerte demokratische Willens- und Entscheidungsbildung, die in den Wahlen ihren Ausdruck findet, kann nicht funktionieren, wenn die Informationsvermittlung einseitig erfolgt oder (was noch schwerwiegender ist) die Emotionen des Wählers, die ja eine große Rolle spielen, beeinflußt werden. Warum wird nicht endlich ein unabhängiges Gremium zur Bekämpfung solcher schlimmen Auswüchse geschaffen, zumal das Gekungel der Parteien in den Aufsichtsgremien offensichtlich nicht viel bringt? Auch an eine Verfassungsbeschwerde gegen die eine Art öffentliche Gewalt ausübenden Anstalten könnte gedacht werden.

So wie jetzt kann es jedenfalls nicht mehr weitergehen.

Dr. Neundörfer,
Bad Homburg

*

„Berichterstattung in Funk und Fernsehen empört die CDU"; WELT vom 1. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren,
die massive Benachteiligung der CDU in der Berichterstattung von Funk und Fernsehen hat einen neuen Höhepunkt erfahren: das CDU-Jugendfestival vom vergangenen Sonntag mit 12 000 – in Worten: zwölftausend! – jungen Leuten fand in unseren Medien so gut wie keine Berücksichtigung. Eine Demonstration für Bundeskanzler Helmut Kohl und die Politik der neuen Bundesregierung hat laut „Tagesschau"-Chef Müggenburg keinerlei Nachrichtenwert.

Nachrichtenwert haben offensichtlich nur solche „Demonstrationen", die von gewalttätigen Auseinandersetzungen und bürgerkriegsähnlichen Tumulten begleitet werden. Das können und wollen die jungen CDU-Anhänger unseren Journalisten natürlich nicht bieten. Hätte man ihnen etwa raten sollen, im Anschluß an die Veranstaltung die Kölner Innenstadt „heimzusuchen" und einige Schaufensterscheiben zu zertrümmern?

Mit freundlichem Gruß
Patric Mertins,
Wuppertal 1

*

Erneut haben sich die Nachteile der Monopolbildung auf dem Fernseh- und Rundfunk-Sektor in diesem Lande gezeigt.

Will man nicht, oder darf man nicht feststellen, daß große Teile der deutschen Jugend hinter der CDU und ihrem Bundeskanzler Helmut Kohl stehen? Welche politischen Opportunitäten bestehen hier vor dem 6. März?

Wann beginnt endlich eine faire und ausgewogene Berichterstattung in den per Auftrag zur Objektivität verpflichteten öffentlich-rechtlichen Anstalten? Wie lange muß man noch die Dominanz diverser Propagandisten über sich ergehen lassen?

Wie lange will man bei dieser Einseitigkeit noch die Berechtigung privater Fernseh- und Rundfunkanstalten in Frage stellen?

Hochachtungsvoll
Albrecht G. Muth,
Bergisch Gladbach 2

Im Glashaus

Sehr geehrte Damen und Herren,
in Ihrer Ausgabe Nr. 23 vom 28. Januar wird von Intendanten der Rundfunk- und Fernsehanstalten die Art und Weise, in der mit vertraulichen Rechnungshofberichten Stimmung gegen die öffentlich-rechtlichen Anstalten gemacht werde, als „beschämend" und „schlechter Stil" bezeichnet.

Die seit Jahren von diesen Anstalten betriebene Kampagne gegen die Löhne und Gehälter der Bediensteten im öffentlichen Dienst, vor allem gegen die Beamten, hat mich oft zu der Frage veranlaßt, warum nicht einmal die Gehälter der bei diesen Anstalten Beschäftigten offengelegt werden. Nun, nachdem durch die Veröffentlichung gewisser Einkommen ein wenig „Licht in dieses Dunkel" gebracht wurde, wird die Reaktion hierauf als „beschämend" und „schlechter Stil" bezeichnet.

Neben der Frage, womit die hohen Gehälter bei diesen Anstalten überhaupt gerechtfertigt sind, kann ich nur feststellen, daß man nicht mit Steinen nach anderen werfen sollte, wenn man selbst im Glashaus sitzt. Im übrigen hoffe ich, daß aufgrund der Veröffentlichung der vertraulichen Berichte der Rechnungshöfe die beabsichtigte Erhöhung der Gebühren unterbleibt.

Mit freundlichen Grüßen
K. H. Kohrsmeier,
St. Augustin 2

Unverfrorenheit

„Die Zielgruppe"; WELT vom 2. Februar

Sehr geehrter Herr *Gillies*,
es ist schon mehr als eine Unverfrorenheit, wenn die Herren Genscher, Lambsdorff, Mischnick usw. plötzlich behaupten, die „Garanten" der Marktwirtschaft zu sein. Das hat schon nichts mehr mit Wahlfieber usw. zu tun. Mit Recht (aber noch zu vornehm!) haben Sie darauf hingewiesen, daß die FDP es doch war, die in einer unseligen Regierungskoalition (eingegangen, nachdem sie sämtliche National-Konservative über Bord geworfen hatte!) das heutige wirtschaftliche Desaster in der Gestalt des auch heute noch agierenden Wirtschaftsministers mit zu verantworten hat. Es gibt leider nur einen maßgebenden Politiker, nämlich F. J. Strauß, der dies in aller Klarheit beschwörend bewußt macht.

Ich bin gespannt, wie lange man noch die von Ihnen genannten Aufsteiger, Mittelständler, Freiberufler und Entscheidungsträger für dumm verkaufen kann.

Begreift aber vor allem die CDU – ja nur die CDU! – nicht, daß jetzt nur ein Verantwortlicher das Steuer herumreißen kann? Daß sie also nur für die Erringung der Mehrheit kämpfen muß? Wird diese ewig zaudernde Partei es jedoch begreifen?

Mit freundlichen Grüßen
Kurt Beckmann,
Bochum

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Reichsbanner, einst und heute

„Wir hatten stillschweigend kapituliert"; WELT vom 27. Januar

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold (RB) wurde 1924 als überparteilicher „Bund Republikanischer Kriegsteilnehmer" gegründet. Sein Bundesführer war 1933 Karl Höltermann (SPD), Stellvertreter waren Ernst Lemmer (Deutsche Staatspartei, früher Deutsche Demokratische Partei) und Dr. Heinrich Krone (Zentrum), Vortrupp-(Jugend-)Führer Hubertus Prinz zu Löwenstein (Zentrum). Das RB hatte bis 1933 rund 3,5 Millionen Mitglieder, die SPD dagegen 0,9 Millionen. Die Mitglieder gehörten außer der SPD dem Zentrum, der Staatspartei oder den Gewerkschaften bzw. keiner anderen politischen Organisation an.

Unter führenden SPD-Politikern gab es sogar ausgesprochene RB-Gegner, z. B. den Chefredakteur des SPD-Organs „Vorwärts". Im übrigen haben viele führende Politiker der drei verfassungstreuen Parteien dem RB angehört. Verfasser Bahnsen hätte sich zumindest die Mühe machen sollen, das Standardwerk von Karl Rohe „Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold" (Droste-Verlag, Düsseldorf) wenigstens durchzublättern, dann wäre er von vornherein eines Besseren belehrt worden.

Das RB nach 1945 steht als „Bund aktiver Demokraten", dem ebenfalls wieder Mitglieder von CDU, FDP und SPD, aber auch viele Parteilose angehören, unter dem Vorsitz von Hubertus Prinz zu Löwenstein (CDU) und seinen Stellvertretern Fritz König (SPD) und Siegfried Keiling (parteilos). Bundesehrenvorsitzender ist Georg Prinz (SPD), zugleich Vorsitzender der UDWV (Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände), deren korporatives Mitglied das RB ist. Es bemüht sich um staatspolitische Volksbildung und Völkerverständigung und bekämpft linke wie rechte Extremisten, die unseren freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat – damals wie heute gemeinsam – unterminieren wollen.

Siegfried Keiling
Stellvertretender Bundesvorsitzender,
Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold,
Frankfurt am Main

Eine Ersparnis?

„Mit 1250 Litern Öl 174 qm heizen"; WELT vom 21. Januar

Sehr geehrte Herren,
man liest viel Vages und Beschönigendes über Energiesparmaßnahmen und neue Energiequellen. Der Bericht über das energiesparende Fertighaus von Streif und RWE enthält wenigstens Zahlen.

In diesem Fall sollen statt 3500–4000 nur 1250 Liter Öl im Jahr verbraucht werden, 2500 Liter weniger. Bei 0,75 DM/l einschließlich MWSt spart man also 1875 DM jährlich. Andererseits werden die zusätzlichen Baukosten einschließlich Kellerausbau mit 100 000 DM angegeben. Für Verzinsung, Wartung, Reparaturen muß man bei einer so komplizierten Anlage gewiß mit etwa 12 Prozent der Investitionsmehrkosten rechnen, also um 12 000 DM im Jahr, und das, um 1875 DM zu sparen. Wen soll das reizen?

Mit freundlichen Grüßen
Dipl.-Ing. Herbert Gudehus,
Hamburg 55

Am eigenen Puls

„Hand am Puls"; WELT vom 26. Januar

Sehr geehrter Herr Hertz-Eichenrode,
in Ihrem Kommentar gehen Sie auf die Emnid-Umfrage ein, derzufolge sich die FDP wieder an die Fünf-Prozent-Hürde heranhangelt. Ich teile Ihre Ansicht, daß es sich hierbei um die „Zweitstimmen-Taktiker" der CDU handelt, die überwiegend und im weitesten Sinne aus der Wirtschaft stammen.

Selbstverständlich darf man „die Wirtschaft" nicht über einen Kamm scheren. Politisch handelt es sich eben nicht um die Denkspiele Erwachsener. Man hat die Hand nur am eigenen Puls, und in Sachen Politik hat der schon immer Rhythmusstörungen gehabt.

Hinter dem Gedanken, die Zweitstimme der FDP zu geben, steckt ja nicht nur der Ärger über die Ergänzungsabgabe, sondern auch die Fehlrechnung, die CDU würde es am 6. März alleine nicht schaffen. Die Tatsache, daß wir den Kladderadatsch, angefangen von der Abschaffung der Rechtssicherheit bis hin zur Sozialpolitik, Kreditpolitik und der Staatsverschuldung, der FDP genauso zu verdanken haben wie der SPD, scheint verdrängt.

Ich halte das Spiel mit der Zweitstimme für die FDP nicht nur politisch für schwachsinnig, sondern auch für gefährlich. Die 1,3 Millionen Stimmen würden der CDU zur absoluten Mehrheit fehlen.

Mit bester Empfehlung
Ihr H.-W. Frhr. v. Bischoffshausen,
Wentorf

Wort des Tages

„So ist nun mal die Zeit allhie: Erst trägt sie dich, dann trägst du sie; und wann's vorüber, weißt du nie."

Wilhelm Busch, dt. Humorist (1832–1908)

Personalien

EHRUNGEN

Ein seit Jahren „aushäusiger Sohn" der Stadt ist in Wien geehrt worden: **Peter R. Hofstätter**, emeritierter Professor für Psychologie der Universität Hamburg und seit Jahren WELT-Mitarbeiter. Hofstätter erhielt den „Kardinal-Innitzer-Preis" für sozial-wissenschaftliche Forschungen, den Kardinal **Franz König** überreichte. Der in Wien am 20. Oktober 1913 Geborene konnte sich während des Krieges nicht habilitieren, da seine Mitwirkung im Bühler-Institut und die von ihm 1936 mit veranstaltete Feier zu **Sigmund Freuds** 80. Geburtstag, mit **Thomas Mann** als Festredner, von den seit März 1938 amtierenden Machthabern nicht gebilligt wurde. Nach dem Krieg wurde er Dozent in Graz, wirkte dann mehrere Jahre in den USA (Massachusetts Institute of Technology, Catholic University of America), bis er 1956 einem Ruf nach Wilhelmshaven folgte, von 1959 bis zu seiner Emeritierung 1979 lehrte er an der Universität Hamburg.

*

Zahlreiche Bundesbürger werden wieder mit Orden und Ehrenzeichen ausgezeichnet. Dr. **Wolfgang Vaerst**, Erster Präsident und Vorsitzender des Vorstands der Deutschen Bundesbahn a. D., erhält von Österreichs Bundespräsident Dr. **Rudolf Kirschschläger** das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern für seine Verdienste um die Republik Österreich. Der Orden wird am Freitag in Frankfurt übergeben. Das Bundesverdienstkreuz am Bande bekommt heute in München **Rolf Siebert**, Sprecher der Geschäftsführung der Airbus GmbH. Bayerns Ministerpräsident **Franz Josef Strauß**, Airbus-Aufsichtsratsvorsitzender, wird den Orden, den Bundespräsident **Karl Carstens** verlieh, überreichen. Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident **Johannes Rau** zeichnete gestern **Hermann Buschfort** (SPD), aus, den früheren Parlamentarischen Staatssekretär im Bonner Arbeitsministerium. Carstens hatte Buschfort, der seit 1974 bis zum Bonner Regierungswechsel im letzten Herbst Parlamentarischer Staatssekretär war, das Große Bundesverdienstkreuz verliehen. Der Rektor der Universität Bielefeld, Professor Dr. **Karl Peter Grotemeyer**, erhielt vom Bundespräsidenten das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse. Professor Grotemeyer ist Vorstandsmitglied der Deutschen Mathematischen Vereinigung, Mitglied des Wissenschaftsrates und auch Mitglied des Beratenden Ausschusses für Forschungspolitik der Bundesregierung. Die Auszeichnung überreichte **Hans Schwier**, Nordrhein-Westfalens Minister für Wissenschaft und Forschung.

WAHL

Dr. **Rudolf Strauch**, Korrespondent der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung" in Bonn, wurde während der Jahreshauptversammlung der Bundes-Pressekonferenz e. V., dem Zusammenschluß der in Bonn tätigen Parlamentsjournalisten, erneut mit überwältigender Mehrheit zum Vorsitzenden gewählt. Den Vorsitz hat Dr. Strauch seit 1981 inne. Der Journalist gehörte von 1966 bis 1972 als Korrespondent dem Bonner WELT-Büro an und war vorher bei der WELT in Hamburg tätig. Mit in den Vorstand wurden jetzt sechs weitere Journalisten gewählt: **Heinz Schweden**, „Rheinische Post", **Erich Hauer**, „Westfälische Rundschau", **Geert Müller-Gerbes**, „Radio Luxemburg", **Helmut Hohrmann**, „RIAS Berlin" und **Angela Nacken**, „Frankfurter Allgemeine Zeitung" sowie Dr. **Sten Martenson**, „Stuttgarter Zeitung". Der Vorsitzende und die sechs Vorstandsmitglieder wechseln sich in der Leitung der wöchentlichen Bonner Pressekonferenzen ab. Der Bundespressekonferenz gehören zur Zeit 416 Mitglieder an.

GEBURTSTAG

Der Finanzexperte und „Altmeister" der Börse **André Kostolany** feiert heute seinen 75. Geburtstag. Der Sohn eines jüdischen Industriellen aus Budapest wandte sich vom Studium der Kunstkritik ab und ging bei einem erfolgreichen Börsenmakler in Paris in die Lehre. Kostolany ist heute als „Guru der Spekulanten" weltweit gefeiert. In vielen bedeutenden Großstädten veranstaltet Kostolany inzwischen selbst Seminare zum Thema Börse, dies am liebsten im Plauderton in Kaffeehäusern. Als Wirtschaftsjournalist, spezialisiert in Fragen der Weltwirtschaft und internationaler Finanzprobleme, schreibt er seit 1964 für die Zeitschrift „Capital". Er machte durch langfristige Voraussagen in Währungsfragen, Zinsen und amerikanischen Anleihen publizistisch von sich reden. Im Seewald Verlag in Stuttgart erschien kürzlich sein Buch „Kostolany's Wunderland von Geld und Börse". Der Wirtschaftsbestseller ist bereits in die vierte Auflage gegangen.

STELLENANGEBOTE

Spinnerei / Norddeutschland

Wir sind eine bekannte, mittelständische Spinnerei im norddeutschen Raum. Unser Programm umfaßt Effektgarne, OE-Garne und andere Spezialitäten, teilweise gelten unsere Produkte als marktführend, unser Exportanteil liegt weit über 30 Prozent. Zur Entlastung unseres Vertriebsleiters suchen wir einen jüngeren

Textil-Kaufmann

oder

Textil-Ingenieur

SIE sollten sich umgehend bewerben, wenn SIE

- im Verkauf Ihre berufliche Erfüllung finden,
- ca. 25 bis 35 Jahre alt sind,
- die englische Sprache beherrschen,
- über Erfahrungen aus der Textilbranche verfügen, wobei uns ein technisch versierter Kaufmann *ebenso willkommen ist wie ein* kaufmännisch denkender, marktorientierter Techniker,
- dynamisch, zielstrebig, wendig, flexibel und hartnäckig sind,
- Außen- und Innendienst gleichermaßen gerne machen.

Wir beteiligen unsere leitenden Verkäufer direkt am **Erfolg** und stellen den Dienstwagen auch zur privaten Nutzung zur Verfügung. Wir schätzen entscheidungsfreudige Mitarbeiter und bitten SIE, sich schnellstens bei unserem Berater zu bewerben, der Ihnen absolute Diskretion und die Beachtung Ihrer Sperrvermerke zusichert. Ihre aussagefähigen Unterlagen (mit Handschreiben) erwartet:

Dipl.-Volkswirt Edwin A. Biedermann
Tel. 0 50 41 - 19 27 Göbelbastei 17
Telex 9 24 444 eab 3257 SPRINGE 1



Bei der Handwerkskammer Arnsberg ist die Stelle des

Hauptgeschäftsführers

wegen Ausscheiden des Stelleninhabers zum 1. 1. 1984 neu zu besetzen.

Das Amt ist ausgestattet mit den Besoldungsgruppen B 2/B 3 LBesG NW.

Bewerber mit abgeschlossener juristischer oder wirtschaftswissenschaftlicher Ausbildung und mit entsprechender der Berufserfahrung werden gebeten, Ihre Bewerbung mit den üblichen Unterlagen bis zum 1. 3. 1983 an die

Handwerkskammer Arnsberg, Brückenplatz 1, 5760 Arnsberg 2,

zu richten.

Wir planen, bauen und managen Brauereien weltweit.

Für das kaufmännische Management bei unseren Brauereien in Übersee suchen wir zum nächstmöglichen Eintrittstermin einen qualifizierten Handelskaufmann für die Aufgabe eines

Commercial Managers

Der Bewerber sollte geprüfter graduierter Betriebswirt sein und bereits über mehrjährige praktische gleichwertige Erfahrung in Übersee mit Schwerpunkt Marketing und Export verfügen. Englische und wenn möglich auch französische Sprachkenntnisse in Wort und Schrift werden erwartet.

Ihre kompletten Bewerbungsunterlagen mit Foto und Handschriftprobe, die wir selbstverständlich diskret behandeln werden, erbitten wir an

HAASE-BRAUEREI GMBH
Baumwall 7, D-2000 Hamburg 11

Bauingenieur grad.

langjährige Erfahrung im Betoningenieurbau, kommun. Tiefbau, Wasserversorgung in ungek. Position, sucht Veränderung im Raum Köln-Koblenz. Akquisition, Kalkulation, Organisation, Bauleitg.

Angebote erb. u. Y 39 63 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Sekretärin/Sachbearbeiterin, 36 J., unabhängig, flexibel, initiativ, langjährige kfm. Erfahrung, sucht nach fast *3jähriger New-York-Tätigkeit (Media)* ausbaufähigen, verantwortungsvollen Wirkungskreis. Bevorzugter Raum Köln-Bonn. Zuschr. unter T 4112 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Industriekaufmann

39 Jahre, ortsungebunden, 15jährige Erfahrung Kunststoffrohstoff- sowie Spritz-, Blas- u. Extrusionssektor, Innen- und Außendiensterfahrung, sucht neuen Wirkungskreis. Ang. erb. u. M 3975 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Auslandsvertrieb

Ing. (Bachelor of Science in Mechanical Engineering), Deutsch-Amerikaner, 49, verh., mit 30jähriger Berufserfahrung in vielen Phasen der Öl- und Gas-Industrie, (Houston, Südostasien, Mittelosten, Kanada und Japan), sucht verantwortungsvolle Position auf Gehalts- oder ähnlicher Basis mit Dienstsitz im In- oder Ausland.
Ang. erb. u. K 3973 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Diplom-Kaufmann

28 Jahre, ledig, Universität Köln, sucht Anfangsstellung in Industrie-/Handelsunternehmen.
Fundierte Kenntnisse aus Rechnungswesen, Fertigungsorganisation und EDV sind vorhanden. Raum NRW bevorzugt. Zuschr. erb. u. L 3974 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Management-Assistent

(EHK), 38 J., gel. Bankkfm., Sprachen, sucht nach Managementausbildung AfW (Note 1,8) kurzfr. neue unternehmerische Aufgabe (auch Ausland), vorzugsw. Bank o. mittelst. Unternehmen, spez. organis. Maßnahmen wie Arbeitsplatzanalyse, Kostensenkung, Rationalisierung u. a.
Angebote erb. u. PE 46004 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

LATEINAMERIKA

Dipl.-Bauing. ETH Zurich, Business Administration IMEDE (Lausanne CH), Auslandsschweizer, 43jährig, mit vielseitiger Erfahrung in führenden Positionen, Sprachkenntnisse, ansässig in Venezuela, sucht anspruchsvolle Beschäftigung als Angestellter oder freier Mitarbeiter, vorzugsweise in Lateinamerika.
Zuschriften erbeten unter Z 4118 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Hauswirtschaftsmeisterin sucht zum 1. 3. 83 neues Aufgabengebiet in privatem Haushalt mit Wohnmöglichkeit. Zuschr. erb. u. A 4119 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Kaufmann

41 J., verh., langjähr. Erfahrg. in Organisation u. Planung, sucht neuen Wirkungskreis unter PM 45 970 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Bauing. Hochbau

35 J., verh., möchte sich kurzfristig durch eine interess. Auslandstätigkeit verändern. Vielseit. 15jähr. Auslandserfahr. in Planung, Bauleitung u. Projektmanagement. Englisch- u. Betriebswirtschaftskenntnisse. Tel.: 0 30 / 3 ... oder unter D 4122 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Junger Geschäftsführer (35, Dipl.-Kfm.) mit Einsatzfreude

sucht verantwortungsvolle Aufgabe in HH o. näherer Umgebung.

Durch alleinig. Vertretungsber. in Problembranche (un... Stellung) gewöhnt, streng erfolgsorientiert u. unternehm... handeln; nachweisb. Umsatzsteig. durch Einsatz v. Pr... Centern u. unkonvent. Verkaufsstrategien; mehrjähr. Erfah... Management- u. Personalfragen aus trad. nordd. Großunt... nebenb. Tätigkeit in Unternehmensber.
Angeb. erb. u. K 4127 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Export-Allround-Kaufmann

Hamburger, 48, ungekündigt, seit ca. 25 Jahren nachweislich erfolgreich als Einzelprokurist/Geschäftsführer einer bedeutenden Export-Firmengruppe tätig. Englisch/Spanisch, weltweite Verbindungen einschließlich RGW-Länder, kerngesund, belastbar, Hanseat... ker, möchte sein Können, Arbeitskraft, Erfahrungen einem ... Unternehmen (evtl. auch Teilhaberschaft) in leitender Position zur Verfügung stellen.

Angeb. erb. u. H 4126 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

STELLENGESUCHE

Führungsaufgaben im Management

Dipl.-Ing., Produktionstechnik, REFA-Ing. f. IE, 37 J., vh., ungekünd., flexibel, unternehm. denkend, ziel- u. kostenorientiert, sucht neue Aufgaben im techn./kaufm. Bereich mit hoher Verantwortung als

Leiter Produktion – Technik

Die Gelegenheit zu unternehmerischer Leistung bieten gute organ. Fähigkeiten, fund. Ktn. u. langjährige viels. Erfahr. in der mod. Betriebsführung und die notw. Konsequenz, Mitarbeiter anzuleiten und erfolgreich zu führen. Beherrschung mod. Verfahren zur Optimierung der Fertigungsbereichsorganis. u. prod. Ablaufsplanung. Anwend. v. Leistungs- u. ergebnisorient. Management-Kontrollsystemen, praxisnahe EDV und Wertanalyse.
Zuschriften erbeten unter G 4125 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Verkaufsleiter

langjähr. Erfahrung i. Vertrieb v. Al-Halbzeugprodukten für den industriellen Bedarf, Systembauprofile für die Sparte Bau, Funktionselemente aus Al. wie Fenster, Türen u. Tore, Kalt- u. Warmfassaden sowie umsetzbare Trennwände für den Innenausbau. Nachweisl. gute Akquisitions- u. Verkaufserfolge, sucht neue Position, möglichst NRW.
Zuschriften erbeten unter W 4093 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Vertriebsdirektor

Leiter Auslandsgesellschaften, 42 Jahre, Umsatzverantwortung DM 200 Mio. Erfahrung Vertrieb, anspruchsvolle Investitionsgüter, Englisch, ungekündigt, sucht interessante Tätigkeit Norddeutschland. Zuschr. erb. u. PL 46 010 WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Dipl.-Oec.

Hochschule St. Gallen, 29 J., 2 J. Berufserfahrung u. a. in der Finanzbuchhaltung, sucht Anstellung bei einer Steuerberatungs-/Wirtschaftsprüfungsgesellschaft im Raum Köln oder Dortmund/Hagen zwecks Ausbildung zum

Steuerberater

Zuschriften erbeten unter X 3984 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

PR-Berater

(32), langjährige Agenturerfahrung, sucht neuen Wirkungsbereich in PR-/Pressestelle oder Agentur, Raum Bonn–Köln. Angeb. erb. u. V 3960 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen

---

Immobilien-Makler

(Betriebswirt)
44 Jahre, sucht Stellung im Rhein-Main-Gebiet.
Angebote erbeten unter W 3961 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ing. grad., techn. Gebäudeausrüstung

41 Jahre, verh., langjährige Erfahrung in Planung u. Ausführung von Heizungs-, Klima-, Kälte- u. Sanitäranlagen, Spezialkenntnisse im Betreiben, Warten und Instandhalten von haustechnischen Anlagen. Sicherheitsing. Suche: Verantwortungsvolle Aufgabe als Leiter der Wartungs- und Instandhaltungsabteilung für haustechnische Anlagen.
Zuschriften erbeten unter X 3962 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Bewegl., leistungsorientierter

Lkw-Verkäufer

im Außendienst, mit Erfahrung im Aufbau- und Finanzierungsbereich. Führerschein Kl. II, 36 J. alt, sucht neuen Wirkungskreis. Bereitschaft zur Mobilität vorhanden. Angebote erbeten unter U 3959 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Mehrsprachige Chefsekretärin/Assistentin

fließend Englisch, Französisch, Italienisch, Spanisch,
40 Jahre, fundierte Ausbildung und Praxis im In- und Ausland (Organisation, Personalführung, Rechnungswesen, Textverarbeitung), selbständig, flexibel, einsatzfreudig,
sucht verantwortungsvollen, internationalen Aufgabenbereich, gern auch mit eigenem Sachgebiet, Übersetzer- oder Reisetätigkeit.
Zuschriften unter Z 3942 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Chemiemeister

mit guten verfahrenstechnischen Kenntnissen sucht verantwortungsvolle Tätigkeit im Ausland (Südafrika, Neuseeland, Kanada). Angeb. erb u. A 39 65 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Diplom-Geophysiker

25 J., Diplom (1982) mit Auszeichnung, breit angelegtes Studium mit Schwerpunkten Physik, Angewandte Geophysik, Geologie, sucht langfristige Tätigkeit, evtl. auch in anderer Branche.
Angebote unter S 3979 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Elektro- und Mechanicel-Ing.

sucht Service und representative Stellung im Raum **südl. Afrika**. Vollkommen vertraut mit lokalen Bedingungen und Gepflogenheiten, da 30 Jahre in **Südafrika**. Bei Beider Landessprachen mächtig, sucht Angebote in entsprechender Lage. Gute Personalien und Referenzen auf Anfrage.
Zuschriften erb. u. C 4121 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Sekretärin/Sachbearbeiterin, 32 J., mit allen Sekretariatsarbeiten vertraut, Englischkenntnisse, sucht neuen interessanten Wirkungskreis zum 1. 4. 83.
Angeb. erb. u. R 3978 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Immobilienkaufmann

Ende 40, jahrelange Berufserfahrung. Führungsqualitäten und selbständiges Arbeiten können vorausgesetzt werden, sucht neuen Aufgabenbereich. Evtl. finanzielle Beteiligung möglich.
Zuschriften unter N 3976 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Einkäufer

Anf. 40, best. vertraut mit den Sortimenten Sport-Freizeit-Spielwaren-Autozubehör-Heimwerker-Fahrräder, möchte sich verändern und sucht langfristige verantwortungsvolle Aufgabe.
Angeb. erb. u. C 3967 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufmann

staatl. gepr. Betriebswirt, 36 Jahre, tätig als Verkaufs- und Betriebsleiter in einer Gesenkschmiede, unternehmerisch denkend, mit Erfahrung im Innen- und Außendienst sowie Einkauf, sucht interessante, neue

Aufgabe im Bereich Rohrverbindungsteile

aus rostfreien und hochlegierten Stählen.
Angebote unter H 3884 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wem kann ich helfen, den ständig wachsenden Berg von Büroarbeit zu erledigen? 27jährige

Sekretärin/Sachbearbeiterin

sucht interessante Stellung in Köln oder Umgebung.
Ang. erb. u. T 3980 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Controlling/Personal

Dipl.-Volksw., Ende 30, verheiratet, mobil,
- langjährige Tätigkeit als Leiter der Bereiche: Controlling, Budgetierung, Finanzen, Rechnungswesen, Personal in mittl. Unternehmen.
- Solide betriebswirtschaftliche Ausbildung in bekannt. internat. Unternehmen
- Revisionserfahrung
- gute engl. und franz. Sprachkenntnisse.

Suche entspr. Tätigkeit in Unternehmen der Industrie oder des Handels.
Angebote erb. u. G 3971 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

USA

Die einzige Alternative (trotz Reagan). Ich möchte Ihre Interessen wahrnehmen. Dr. (Bwl), 38 J., langjährige Erf. Marketing-Vertrieb. Non Food. Angeb. erb. unt. E 3969 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dynamischer Marketing Director

Für einen meiner ehemaligen Mitarbeiter suche ich eine Führungsaufgabe in einem bedeutenden Unternehmen der Markenartikel-Industrie.

Zu seiner Person:
39 Jahre, Studium der Wirtschaftswerbung, Karriere im Marketing.

Laufbahn:
Assistant Product Manager,
Product Manager, Marketing Manager,
Marketing Manager neue Produkte,
stellvertretender Marketing Director,
Geschäftsführer Marketing und Vertrieb.

Diese Laufbahn vollzog sich in zwei bedeutenden internationalen Gesellschaften mit einem Umsatz von ca. 500 Mio. DM.

Die erfolgreiche Entwicklung und Durchsetzung bedeutender Markenartikel kennzeichnet das Können dieses Mannes. Der Wunsch der Veränderung entspringt persönlichen Gründen.

Für seine hohen menschlichen und beruflichen Qualitäten kann ich – Leonard Diepenbrock – mich verbürgen.

Zuschriften bzw. Kontaktaufnahme über

Leonard Diepenbrock
Marketing Consultants
Gründgensstraße 20, 2000 Hamburg 60,
Tel.: 0 40 / 6 30 90 81, Telex: 21–74 557

Kauf – Beteiligung – Nachfolge

Dynamischer, kreativer, fleißiger Einzelhandelskaufmann – Betriebswirt, 35 Jahre, voll belastbar, seit Jahren erfolgreicher Betriebsleiter SB-Warenhaus. Suche neuen Wirkungskreis als Geschäftsführer, tätige Beteiligung, Kauf oder Nachfolger. Branchenunabhängig.

Angebote u. F 3970 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Diplom-Kaufmann

38 J., langjährige Erfahrung im

Personalwesen

sucht neuen Aufgabenbereich in NRW.
Zuschriften u. H 3972 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Wirtschaftsjurist

Anf. 30, 2. Staatsexamen 1976; nach umfassender Banken-Traineeausbildung seit 4 Jahren i. Geschäftsleitungs-Sekretariat eines großen Kreditinstituts (Schwerpunkt: Geschäftspolitische Grundsatzfragen, Rechts- u. Steuerrechtsprobleme insbes. d. Wohnungsbaukredits, Tätigkeit im Verbandsbereich), sucht Führungsaufgabe i. Kreditinstitut oder Bankenverband. Zuschriften erbeten unter T *4002 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300* Essen.

Junger dynamischer

Verkaufsleiter

sucht zum 1. 4. 83 neuen Wirkungskreis im Großraum NRW. Cosmetic und Markenart. werden bevorzugt.
Ang. erb. u. B 39 66 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Verkaufsleiter

Wenn Sie nicht unbedingt einen 30jährigen, sondern auch einen 51jährigen dynamischen, belastbaren und flexiblen Verkaufs-Profi suchen, bin ich Ihr Mann. Der Verkauf ist mein Hobby! So bringe ich nach 28 Jahren Außendienst – 13 Jahre Markenartikler und 15 Jahre in der Non-food-Branche als Verkaufsleiter + Prokurist profunde Erfahrung für verantwortungsvolle Aufgaben mit. Bin verhandlungsgewandt in Gespräch und Korrespondenz und bestens vertraut mit der Führung von Mitarbeitern. Durch Liquidation der Firma ist baldiger Eintritt möglich. Angebote erbeten unter V 3982 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

OBERPOLIER

45 Jahre, Hoch-, Tief-, Brückenbau – Aufmaße, Abrechn., Auslandserf., sucht Anstellung im In- od. Ausland weg. Konkurses.
Ang. erb. u. P 3977 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Holztechniker

27 J., sucht neuen Wirkungskreis vorzugsw. Norddeutschl., Hamburg od. auch Ausland. Refa A u. B, Sifa A u. B, AdA u. a. Zuschr. erb. unt. PG 45 984 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36.

Finanz-Management

Versicherungs-Kaufmann, 34 J., mit umfangreicher Erfahrung, löst Ihre Probleme bei: Finanzdisposition, Liquiditätsplanung, Anlagenplanung, EDV-Buchhaltung, Haus-/Miet-Verwaltung, Zahlungsverkehr, Rentabilitätsberechnungen. Verhandle für Sie erfolgreich mit Banken und Versicherungen. Mein Beruf ist mein Hobby. Angebote erb. unter W 3983 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufmann der Chemie, 42 J., langj. Berufserf. im Innen- u. Außendienst sowie im Export bei bedeut. Chemieunternehmen. Spezialkenntn. in der chem. Grundstoff-Industrie, engl. Sprachkenntn., sucht verantwortungsv. Position im Innen- u. Außendienst in chem. oder pharmaz. Industrie im Raum Hamburg. Zuschr. erb. unt. PK 45 987 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Welches Unternehmen sucht einen

Kfm. Ltr./o. GF

mit einer Umsatzgröße von 10–30 Mio. Bin 33 Jahre alt und seit 8 Jahren verantwortlich u. erfolgreich tätig im Bereich Finanzen, Personal u. Vertrieb. Auch Assistententätigkeit eines umsatzstarkeren Unternehmens denkbar.

Angebote erbeten unter X 4116 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

---

1. Offizier (A 6)

35 J., langj. Auslandserf. USA/Mexiko, verantw. Projektleiter im techn. Schiffahrtsbereich, Erf. in Logistik u. techn. Einkauf, Grundk. Span. vorh., sucht verantwortungsv. Aufgabe. Zuschr. erb. unt. PS 45 993 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Ein bewährter Weg zum beruflichen Aufstieg

Stellengesuche in der WELT

Stellengesuche erscheinen in der WELT als Doppel-Insertion jeweils am Mittwoch und *am darauf folgenden Samstag.*
Stellengesuchanzeigen werden bei der WELT zu Preisen berechnet, die gegenüber den Anzeigengrundpreisen stark ermäßigt sind. 1 Anzeigenmillimeter (das ist eine Fläche von 1 mm Höhe und 1 Spalte = 45 mm Breite) kostet für beide Erscheinungstage DM 5,54.

Preis- und Größenbeispiele

30 mm / 2spaltig
DM 332,40 zuzügl.
DM 10,17 Chiffre-Gebühr

35 mm / 1spaltig
DM 193,90 zuzügl.
DM 10,17 Chiffre-Gebühr

20 mm / 1spaltig
DM 110,80 zuzügl.
DM 10,17 Chiffre-Gebühr

An: DIE WELT, Anzeigenabteilung,
Postfach 10 08 64, 4300 Essen 1

Bestellschein

Bitte veröffentlichen Sie in der Rubrik Stellengesuche zum nächs[ten] erreichbaren Termin eine Anzeige

_____ mm hoch; _____ spaltig zum Preis von DM _____
zuzüglich DM 10,17 Chiffre-Gebühr.
Alle Preise einschließlich 13% Mehrwertsteuer.

Name: _____

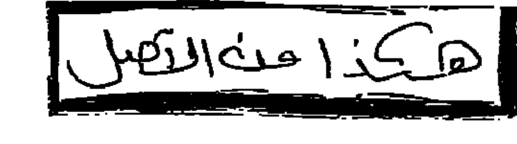
Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Vorwahl/Telefon: _____

Unterschrift: _____

Der Anzeigentext:





NACHRICHTEN

Unsinns Team eingeladen

Berlin (dpa) – Die deutsche Eishockey-Nationalmannschaft wird von der UdSSR voraussichtlich zum zweiten Mal zum Iswestija-Turnier im Dezember nach Moskau eingeladen. Auch die Kanadier haben ihre Teilnahme angekündigt.

Heute Pokalspiel

Bonn (DW) – Im ersten Viertelfinalspiel um den Pokal des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) muß heute der FC Schalke 04 beim 1. FC Köln antreten. Das Spiel beginnt um 20.00 Uhr.

Länderspiele gegen UdSSR

Frankfurt (sid) – Die deutsche Fußball-Nationalmannschaft wird in den nächsten beiden Jahren zweimal gegen die UdSSR spielen. Am 28. März 1984 treffen die beiden Teams in Deutschland zum zehnten Mal aufeinander, das Rückspiel findet am 17. April 1985 in der UdSSR statt.

Beckenbauer: „Bin zu alt“

Rio de Janeiro (dpa) – Franz Beckenbauer fühlt sich „zu alt“, um noch weiter Fußball zu spielen. Mit diesen Worten lehnte der ehemalige Fußball-Nationalspieler ein Vertragsangebot des brasilianischen Vereins Botafogo ab.

Schuster kommt

Barcelona (dpa) – Bernd Schuster vom FC Barcelona wird am 31. Mai beim Abschiedsspiel des ehemaligen Fußball-Nationalspielers Paul Breitner in München spielen. Schuster, der sich vor zwei Jahren mit Breitner zerstritten hatte, nahm eine Einladung Breitners an.

Strehlau sagte ab

Karlsruhe (sid) – Nach der Absage von Friedel Rausch hat es auch der bisherige Assistenz-Trainer Lothar Strehlau abgelehnt, als Nachfolger des entlassenen Horst Franz beim Fußball-Bundesligaklub Karlsruher SC das Training zu übernehmen. Strehlau, der hauptberuflich als Lehrer arbeitet, erhielt keine Freigabe durch die Behörden.

Eigendorf: Blutvergiftung

Braunschweig (sid) – Wegen einer Blutvergiftung muß Lutz Eigendorf vom Fußball-Bundesligaklub Eintracht Braunschweig eine Trainingspause einlegen. Beim Punktspiel gegen den 1. FC Kaiserslautern hatte sich Eigendorf Schürfwunden an beiden Beinen zugezogen. Die Chemikalien, mit denen in Kaiserslautern der Rasen präpariert war, gerieten dadurch in seine Blutbahn.

Weiter Streit um Raducanu

Hannover (dpa) – Ein Sühnetermin zwischen dem Zweitligaklub Hannover 96 und dem Fußball-Profi Marcel Raducanu blieb ergebnislos. Nicht geklärt werden konnte, ob Raducanu seinen neuen Verein Borussia Dortmund bevollmächtigt hatte, auf alle Ansprüche gegenüber Hannover 96 zu verzichten. Raducanu beansprucht für sein vorübergehendes Engagement in Hannover noch 48 000 Mark.

ZAHLEN

GEWINNQUOTEN

Lotto, Gewinnklasse 1: 3 000 000 Mark, 2: 237 144, 3: 9539,10, 4: 138,70, 5: 10,00. **Toto:** Ergebniswette, Gewinnklasse 1: 6109,50, 2: 251,00 3: 22,00 Auswahlwette „6 aus 45“, Gewinnklasse 1: unbesetzt, Jackpot: 455 548,60, 2: 38 886,20, 3: 3886,80, 4: 92,80, 5: 8,90. **Rennquintett, Pferdetoto,** Gewinnklasse 1: 113,40, 2: 21,50. **Pferdelotto,** Gewinnklasse 1: 339,30, 2: 11,90.
(Ohne Gewähr)

SKI ALPIN / Selten war eine Nation überlegener als derzeit die Schweizer – Die WELT sprach mit dem Cheftrainer Rolf Hefti

„Unsere Läufer haben Bretter selbst präpariert“

KLAUS BLUME, **Bonn**

Heute findet in Garmisch-Partenkirchen als 35. Rennen dieser Weltcup-Saison der Giant-Slalom der Herren statt. Einer der Favoriten ist der 19 Jahre alte Schweizer Pirmin Zurbriggen. Das ist üblich, denn die Schweizer siegen in diesem Winter auf beinahe allen Pisten. Über diese Erfolgsserie sprach die WELT mit Rolf Hefti (47), Cheftrainer im Schweizer Ski-Verband (SSV).

WELT: Die Schweiz ist die Nummer eins im internationalen alpinen Ski-Sport. Eine Folge der exakten Planung des vorolympischen Winters?

Hefti: Wäre es so, wäre es die Erfüllung eines Wunschtraumes. Die Ursache ist vielmehr eine langsame, kontinuierliche Arbeit in den letzten fünf Jahren. Als 1978 einige unserer Spitzenkönner – auch Heini Hemmi und Bernhard Russi – zurücktraten, mußten sich Peter Müller, Jacques Lüthi und Peter Lüscher peu á peu nach oben arbeiten. Wir haben um sie herum dann eine kompakte, leistungsstarke Mannschaft gebildet.

WELT: Imponierend sind die Abfahrtserfolge bei den Herren. Ist das Auswahlprinzip denn so brutal wie in Österreich?

Hefti: Im Frühjahr ist es noch härter als in Österreich. Aber es gibt einen wesentlichen Unterschied: Unsere Läufer müssen sich nicht im Winter in Trainingsausscheidungsrennen für die Mannschaft qualifizieren. Das haben wir seit vier Jahren abgeschafft. Dieser unbarmherzige Druck führt nur zu kurzfristigen Erfolgen.

WELT: Sie haben besseres Material als andere Verbände ...

Hefti: Ähnlich wie mit Ferstl und Veith vor Jahren in Deutschland so hatten auch wir im Falle Toni Bürglers Schwierigkeiten mit dem österreichischen Ski-Hersteller Fischer. Auch mir hat diese Firma massiv gedroht, ich hätte mich nicht in die Auswahl und die Präparierung der Bretter einzumischen. Ich habe den Leuten damals gesagt: Ich bin nur dem Schweizer Verband verantwortlich und nicht bei Ihnen angestellt.

WELT: Und das hat geholfen?

Hefti: Ja, denn der Verband stand hinter mir. Außerdem: Die Firmen haben bei uns nicht so viel Gewicht und Macht wie in anderen Verbänden. So gibt es ein konziliantes Zusammenspiel zwischen Technikern und Trainern, das diesmal bereits im August beim Training in Neuseeland begann. Da haben die Athleten sogar selbst ihre Bretter präpariert.

WELT: Der erst 22 Jahre alte Bruno Kernen gewann völlig überraschend die Hahnenkamm-Abfahrt. Also keine Planung?

Hefti: Im Grunde aber doch. Denn Kernen, der erst seine Kochlehre absolvierte, um sich dann dem Skisport zu widmen, verfolgt damit konsequent unsere Linie: erst Berufsausbildung, dann Sport. Zum Zweiten: Als Rennläufer hat Kernen die technische Ausbildung als Riesentorläufer und Slalomspezialist durchgemacht. Das ist seit Jahren meine Linie, und das ist gut so, denn es ist eine grundsolide Ausbildung. Kernen zum Beispiel hat bis Oktober kein Abfahrtstraining absolviert. Aber schon da sahen wir, er ist ein guter Gleiter, deshalb haben wir ihn trotzdem zusätzlich in das Abfahrtsteam genommen.

WELT: Peter Lüscher, der wieder den Weltcup gewinnen kann, ist dafür wohl auch ein Beispiel?

Hefti: Lüscher war stets ein Techniker, der auch in der Abfahrt Punkte gewinnen konnte. Als er jahrelang ein Tief hatte, erklärte ich ihm, daß er mit 26 Jahren nicht mehr die Schnelligkeit und Reaktion eines erstklassigen Slalomspezialisten haben kann. So haben wir es in diesem Winter mit der Abfahrt versucht. Peter war äußerst skeptisch, doch am Sonntag gewann er dann sogar in St. Anton.

WELT: Welchen Anteil am Comeback Peter Lüschers hat dessen Lebensgefährtin, die französische Ex-Weltmeisterin Serrat?

Hefti: Fabienne und Peter – das ist ein sehr gutes Paar, in jeder Hinsicht. Die beiden motivieren sich gegenseitig ganz erstaunlich. Fabienne wollte 9 zum Beispiel in diesem Winter aufhören. Als sie aber sah, daß es bei Peter wieder aufwärts ging, startete sie erneut im Weltcup – mit überaus bemerkenswerten Ergebnissen.

WELT: Es ist möglich, daß Pirmin Zurbriggen Weltcup-Sieger 1982/83 wird ...

Hefti: Das wäre mir gar nicht recht. Pirmin ist mit seinen 19 Jahren noch viel zu jung dafür, er ist auch noch längst kein fertiger Skiläufer. Außerdem: Wenn sich erst einmal im Gehirn festsetzt, Weltcup-Sieger werden zu können, dann fährt die Sicherheit mit. Das verändert den Stil ungünstig. Pirmin soll in zwei, drei Jahren unser Mann sein – nicht jetzt.

WELT: Und Lüscher?

Hefti: Peter Lüscher hat eine reelle Chance auf eine gute Placierung, aber nicht auf den Weltcup-Sieg. Ich kann mir aber nicht vorstellen, daß er den Amerikaner Phil Mahre schlägt. Denn Mahre ist der bessere Slalomläufer.

WELT: Sie waren früher Cheftrainer der Schweizer Damen. Jetzt arbeiten Sie erfolgreich mit den Herren. Ist die Arbeit sehr unterschiedlich?

Hefti: Es besteht ein großer Unterschied. Die Herren, das sind wirkliche Männer, von denen man viel mehr verlangen kann. Die Mädchen, das sind halt Mädchen, die sehr lange nur den Plausch mit den Freundinnen und die Freude am Herumreisen im Kopf haben. Sie nehmen den Rennsport zu wenig ernst, sind nie so professionell wie die Herren. Abgesehen von den ganz großen Spitzenfahrerinnen.



Ein glänzendes Paar – sie spornen sich gegenseitig zu guten Leistungen an: Peter Lüscher und seine französische Freundin Fabienne Serrat. FOTO: DPA



Erfolge nach kontinuierlicher Aufbauarbeit: Rolf Hefti. FOTO: KEYSTONE

Erfolgsbilanz

Die Schweiz ist die überragende Ski-Nation der alpinen Weltcup-Saison 1982/83. In der Nationencup-Wertung führt die Schweiz sowohl bei den Damen als auch bei den Herren. Bei den Damen liegen die Schweizerinnen mit 465 Punkten vor Österreich (445) und den USA (412) in Front. Bei den Herren führen die Schweizer mit 957 Punkten vor Österreich (693) und den USA (254). Insgesamt sieben Weltcup-Siege gab es bisher für das Damenteam, und die Tessinerin Doris de Agostini wurde bereits vor Saisonschluß Weltcup-Gewinnerin der Abfahrt. Bei den Herren brachte es die Mannschaft auf acht Weltcup-Erfolge, wobei die vier Abfahrtssiege von Cathomen, Kernen und Lüscher am wertvollsten sind.

STAND PUNKT

Klare Vorstellung

Wenn Hartmut Weber sorgsam die Nickelbrille zurechtrückt, um dann mit leiser Stimme seinen Standpunkt zu vertreten, ducken sich stets die Funktionäre. „Ich starte“, so sagte der Europameister über 400 Meter, „bei den deutschen Hallenmeisterschaften nur, wenn mir der Verband schriftlich gibt, daß ich nicht zu den Europameisterschaften muß“. Nicht etwa, weil er sich ziert oder weil er gar zu faul ist, nein. Weber plant seine Saison anders – der Höhepunkt wird Mitte August, bei den ersten Leichtathletik-Weltmeisterschaften in Helsinki, sein.

Hartmut Weber, einer der zehn deutschen Europameister von Athen, steht damit nicht allein. Der 5000-m-Läufer Thomas Wessinghage lebt bis zum Frühjahr in den USA, 800-m-Europameister Hans-Peter Ferner hat auch anderes im Sinn als die unsinnige Unterbrechung des Wintertrainings, Hochspringer Dietmar Mögenburg schweigt sich beredt aus, und Ulrike Meyfarth passen Hallenveranstaltungen gar nicht ins Sommer-Vorbereitungsprogramm.

Die selbstbewußten Sieger von Athen – so auch Hindernisspezialist Patriz Ilg – setzen selbstbewußt auf ihre sportliche Zukunft. Die Erfolge von Griechenland waren ohnedies die Summe höchst individueller Sprossenkletterei – der Eigenbrötler Harald Schmid ist dafür das beste Beispiel.

Diese Athletinnen und Athleten haben viele Jahre gebraucht, um ganz oben zu stehen. Sie haben sich mit Krankheiten (Harald Schmid) und Verletzungen (Mögenburg) herumgeplagt. Jetzt wollen sie das Heft nicht aus der Hand geben – erst recht nicht für einen Hallentitel. DANIEL HAUSER

NATIONALELF

Derwall holt Otten, Rolff

dpa, **Frankfurt**

Mit den beiden Neulingen Johnny Otten (Werder Bremen) und Wolfgang Rolff (Hamburger SV) benannte Fußball-Bundestrainer Jupp Derwall sein vorläufiges Aufgebot für das Länderspiel gegen Portugal in Lissabon am 23. Februar. Der Kader umfaßt 20 Spieler und soll am Wochenende vor dem Spiel auf 16 reduziert werden. Derwall nominierte auch die beiden in Spanien spielenden Stielike (Real Madrid) und Schuster (FC Barcelona), deren Vereine am Tag des Länderspiels im spanischen Pokal engagiert sind. Dazu Derwall: „Die Antwort der Klubs auf unsere Freigabewünsche steht zwar noch aus, aber man sollte die Hoffnung nicht aufgeben.“

Sollten beide Spieler keine Freigabe erhalten, wäre der Hamburger Holger Hieronymus einziger Kandidat für den Liberoposten, da sowohl Hannes (Mönchengladbach) als auch Strack (1. FC Köln) wegen Verletzung ausfallen. Das Aufgebot: Tor: Schumacher, Immel, Abwehr: Briegel, Bernd Förster, Karl-Heinz Förster, Hieronymus, Kaltz, Otten, Mittelfeld: Dremmler, Engels, Matthäus, Rolff, Schuster, Stielike, Angriff: Klaus Allofs, Littbarski, Meier, Milewski, Rummenigge, Völler.

FUSSBALL / „DDR“ nur noch drittklassig – Jetzt wurde die Verbandsspitze neu zusammengesetzt

Hochkarätige Funktionäre sorgen für neuen Schwung

DIETER DOSE, **Berlin**

Genau vor einem Jahr hat Manfred Ewald, Präsident des 3,3 Millionen Mitglieder zählenden Turn- und Sportbundes (DTSB) der „DDR“, die Verbandsführung der ruhm- und erfolglosen Fußballspieler zum Abschuß freigegeben. Da erklärte Ewald vor den Mikrofonen von „Radio DDR“: „Durch die Auswechselung des einen oder anderen Trainers kann das Problem nicht gelöst werden, es muß eine konsequentere Leitung geben.“

Die gibt es seit dem vergangenen Wochenende. Zwölf Monate nach Ewalds Ankündigung und 15 Monate nach dem Rausschmiß von Auswahltrainer Georg Buschner rollten die Köpfe in der Spitze des Deutschen Fußball-Verbandes (DFV). Präsident Werner Schneider wurde zum Vize-Präsidenten degradiert, Generalsekretär Werner Lempert, dessen Stellvertreter Konrad Dorner und Cheftrainer Professor Hugo Döbler abgelöst. Schneider bewahrte seine Funktionen im europäischen (UEFA) und im internationalen Fußballverband (FIFA) vor der totalen Kaltstellung. Hochkarätige Funktionäre sollen den „DDR“-Fußball wieder auf Trab bringen. Günter Erbach, Staatssekretär für Körperkultur und Sport in der Honecker-Regierung, als Präsident, Karl Zimmermann, Ewalds Stellvertreter im DTSB, als Vizepräsident.

Zwei Leute der Praxis kamen neu in Führungspositionen. Dieter Fuchs, bisher Cheftrainer des erfolgreichsten „DDR“-Klubs Dynamo Ost-Berlin (seit 1979 viermal hintereinander Meister), wird in Personalunion stellvertretender Generalsekretär und Chefverbandstrainer. Neuer Mann auch für den Nachwuchs und mit Vollmacht eines stellvertretenden Generalsekretärs ausgestattet: Manfred Zapf, Vorsitzender des FC Magdeburg und Vorstopper jener Magdeburger Elf, die 1974 als bisher einzige „DDR“-Mannschaft Europapokalsieger wurde. Zapf ist für ein strenges Regiment bekannt. Er feuerte 1981 mitten in der Saison seinen Trainer und verhängte gegen Stürmer-Star Achim Streich eine vereinsinterne Sperre, weil er, erfolgreichster Torjäger der Oberliga, nach einer abfälligen Handbewegung gegenüber dem Schiedsrichter verwarnt worden war.

Im sportlichen Bereich halten sich die Umbesetzungen – zunächst – in Grenzen. Die aufgeblähte zweite Liga wird von 60 auf 36 Mannschaften reduziert, Nachwuchs- und Jugendliga werden aufgelöst und die Ausbildungszeit für Jugendliche in den Trainingszentren von vier auf sechs Jahre erhöht. Die „DDR“, in vielen Sportarten die Nummer eins in der Welt, ist im Fußball dritt- oder gar viertklassig. Noch nie qualifizierte sie sich für eine Europameisterschaftsendrunde, nur einmal war sie bei einer Weltmeisterschaft dabei – 1974 in Deutschland.

Nach dem Scheitern in der WM-Qualifikation für Spanien – ausgerechnet gegen Polen – bahnte sich der Sturz der Führungsspitze an. Erstes Opfer: Verbandstrainer Buschner. Im Herbst 1982 aber mußte der „DDR“-Fußball einen noch schlimmeren Schlag hinnehmen. Alle fünf Mannschaften schieden in der ersten Runde des Europacups aus. Meister Dynamo Berlin zwar gegen den Hamburger SV, aber Dynamo Dresden zum Beispiel gegen Fram Kopenhagen, Lokomotive Leipzig gegen Viking Stavanger ...

„Wenn unsere Vereine schon gegen internationale Spitzenklubs antreten müssen, sollte unser Fußballverband darauf bestehen, daß diese ihre Senioren antreten lassen. Vielleicht sehen unsere Mannschaften dann nicht ganz so alt aus“, empfahl kürzlich Leserbrief-Schreiber Paul Jungmann in der satirischen Zeitschrift „Eulenspiegel“. Kübel von Spott und Kritik ergossen sich über die Spieler – die Nationalmannschaft („Rasenmäher der Nation“) wie über Vereinsmannschaften.

Veröffentlichungen der „DDR“-Medien deuteten in den letzten Wochen auf Umwälzungen hin. Am weitesten preschte die FDJ-Zeitung „Junge Welt“ vor: „Eine Sofort-Stärkung, zumindest unserer Spitzenklubs, ließe sich durch die freiwillige Wechselmöglichkeit der Spieler erreichen.“ Doch das Thema Spielerwechsel bleibt noch tabu. „Entscheidungen über Trainer- und Spielerwechsel unterliegen ausschließlich dem DFV-Büro“, heißt es auch noch nach dem Führungswechsel in der Verbandsspitze. Im Klartext: Spieler werden nach wie vor delegiert, können den Verein nicht frei wählen.

Mit schnellen Erfolgen (Neues Deutschland: „Geduld ist erforderlich“) rechnet niemand. Schließlich stehen die „DDR“-Fußballspieler derzeit wieder vor einer fast unlösbaren internationalen Aufgabe: In der Qualifikation für die Europameisterschaft im nächsten Jahr sind die WM-Endrundenteilnehmer Schottland und Belgien sowie die Schweiz ihre Gegner ...

Rheinland-Pfalz: Streit um SPD-Votum

Nea. Mainz

Den wiederholten, bewußten Bruch parlamentarischer Regeln wirft *die CDU-Fraktion im rheinland-pfälzischen Landtag* den Sozialdemokraten vor. Gestern trat deswegen kurzfristig der Ältestenrat des Parlaments zusammen. Hintergrund: Zum zweitenmal innerhalb weniger Monate hatte die SPD-Fraktion direkt nach Abschluß der Beratungen eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses, ohne die Veröffentlichung des offiziellen Ausschußberichts abzuwarten, ihr eigenes, abweichendes Minderheitsvotum der Öffentlichkeit präsentiert, obwohl im Ausschuß vorher ein abgestimmtes Vorgehen beschlossen worden war.

Nach dem Untersuchungsausschuß Wein handelt es sich diesmal um die Enquetekommission Orientierungsstufe, die am Dienstagfrüh in ihrer 16. und letzten Sitzung über den Abschlußbericht abstimmte – die CDU-Mitglieder dafür, die SPD-Mitglieder dagegen. Die FDP enthielt sich der Stimme und behält sich ein eigenes Votum vor.

Schon wenige Minuten nach Schluß der Sitzung jedoch legten die SPD-Mitglieder der Presse einen vorbereiteten eigenen Bericht vor, in dem die Ansicht vertreten wird, nach Auswertung der Sachverständigenaussagen sei die landesweite Einführung einer schulartübergreifenden Orientierungsstufe *für das 5. und 6. Schuljahr* die einzig mögliche Konsequenz.

Bonn warnt vor Atomsatelliten

dpa, Bonn

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) hält eine internationale Initiative von möglichst vielen Staaten für notwendig, um eine weitere weltweite Gefährdung durch nuklear betriebene Weltraumsatelliten zu verhindern.

Im Zusammenhang mit dem Absturz des sowjetischen Spionage-Sputniks Kosmos-1402 betonte er gestern in Bonn, es sei an der Zeit, von der Sowjetunion einen Verzicht auf Atomsatelliten zu fordern. Zumindest müßten derartige Flugkörper *in eine erdferne Umlaufbahn* geschickt werden. Zimmermann nannte es einen reinen Zufall, daß beim Absturz des Nuklearteils des Satelliten am Montag kein bewohntes Gebiet getroffen worden sei.

Wirtschaft als Richtlinie für neue Kandidatur

Reagan ermutigt durch Rückgang der Arbeitslosigkeit

WOLFGANG WILL, **Washington**

Erstmals hat Präsident Ronald Reagan nicht ausweichend, vielsagend lächelnd oder auch nur verlegen zur Frage Stellung genommen, ob er sich 1984 der Wiederwahl stellen würde, eventuell unter bestimmten Bedingungen: Jetzt machte der Präsident, sicherlich ermutigt durch den Rückgang der Arbeitslosenzahlen – um rund 600 000 mitten im Winter –, seine Kandidatur vom Erfolg seines Wirtschaftsprogrammes abhängig.

Die Wirtschaft, so räumte er am Tage nach seinem 72. Geburtstag während eines Fernseh-Interviews ein, „ist ohne Zweifel die Frage Nummer eins in den Köpfen der meisten Menschen." Mit „ja" antwortete er sodann auf die Frage, ob er die Ökonomie als „Richtlinie" für eine Wiederkandidatur nehmen würde, und der Präsident erläuterte dazu: „Das wäre wohl der Fall. Gibt es keine wirtschaftliche Erholung, ist das offensichtlich ein Zeichen."

Reagan verwies in diesem Zusammenhang auf eine Schätzung des Kongreß-Budgetbüros, wonach die amerikanische Wirtschaft zwischen dem vierten Quartal 1982 und dem letzten Quartal dieses Jahres um vermutlich vier Prozent wachsen werde: „Damit ist das Budget-Büro des Kongresses, das gewöhnlich pessimistischer ist als wir selbst, optimistischer als die Regierung." Reagan spielte mit dieser Bemerkung auf die Wachstumsschätzung seiner Administration an, die nur ein Plus von 3,1 Prozent projiziert.

Auf sein „Mischprogramm" der Budgetkürzungen und Steuersenkungen eingehend, meinte der Präsident, er könne immer noch nicht verstehen, weshalb seine Steuersenkungen als die „Reichen begünstigend" definiert werde. „Jemand, der 100 Dollar Einkommensteuer zahlt", meinte der Präsident, „erhält natürlich nicht so viel Dollar-Erleichterung wie einer, der tausend oder 10 000 oder 100 000 Dollar Steuern zahlt – aber proportionell sind sie gleichgestellt."

Der Präsident verwies dann darauf, daß er während seiner Hollywood-Zeit *„in der 94-Prozent-Steuerklasse"* war und meinte, das sei „fürs Filmemachen hinderlich" gewesen: „Denn da kam man im Jahr zu dem Punkt, wo man sagte ‚nein danke', wenn jemand einem ein Drehbuch anbot, ‚nicht ich – ich werde nicht für sechs Cent pro Dollar-Einnahme arbeiten'." (SAD)

Bush lobt Mitterrand

US-Vizepräsident fordert Moskau zu Vorschlag vor

rtr, **Paris**

Der amerikanische Vizepräsident George Bush hat gestern die Haltung des französischen Staatspräsidenten François Mitterrand zum Problem der Mittelstreckenraketen gelobt. Mitterrand gilt als einer der energischsten Befürworter des *NATO-Beschlusses, 572 atomare* Mittelstreckenwaffen in Westeuropa aufzustellen, falls die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen in Genf zu keiner Einigung führen.

Paris ist die sechste Station auf Bushs Europareise, auf der er für die Haltung der Vereinigten Staaten für die Genfer Verhandlungen wirbt. Er wiederholte in einer kurzen Erklärung, daß die Forderung *von Präsident Ronald Reagan, die* Sowjetunion solle auf alle ihre Mittelstreckenraketen verzichten, nicht das letzte Wort sei. Er habe dies auch den sowjetischen Unterhändlern in Genf vorgetragen. Die sowjetische Seite habe sich jedoch ablehnend verhalten. Der US-Vizepräsident erneuerte deshalb die Aufforderung an die Sowjetunion, neue Vorschläge für den Rüstungsabbau vorzulegen. Präsident Reagan habe sich „völlig dem Prozeß einer Rüstungsverminderung verschrieben", versicherte Bush.

Der französische Außenminister Claude Cheysson hatte am Montag gesagt, nach Auffassung Frankreichs werde die Sowjetunion einer Lösung zustimmen, wenn sie einsehe, daß ein Scheitern der Genfer Konferenz automatisch zur Stationierung der neuen Waffensysteme führe. Cheysson will am 16. Februar zu Gesprächen mit seinem sowjetischen Amtskollegen Andrej Gromyko nach Moskau reisen.

Der amerikanische Vizepräsident wird in Paris mit Staatspräsident Mitterrand, Premierminister Mauroy und Außenminister Cheysson sprechen. Bush hatte zuvor Bonn, Berlin, Den Haag, Brüssel, Genf und Rom besucht.

Shamir lobt Verhältnis zur Kohl-Regierung

● Fortsetzung von Seite 1

sich nach ihrer Auffassung aus der Initiative von US-Präsident Reagan und der Erklärung des Araber-Gipfels von Fes ergeben. „Wir streben mit unseren Partnern in der EG eine enge Abstimmung der auf den Prinzipien von Venedig und den folgenden Erklärungen der EG beruhenden europäischen Position mit den Bemühungen der Vereinigten Staaten an", sagte der Kanzler.

Der israelische Außenminister hingegen äußerte die Überzeugung, *daß das Camp-David-Abkommen* den realistischen Rahmen für weiteren Fortschritt auf dem Wege zum Frieden darstelle. „Die Hoffnung für die Zukunft Israels und seiner Nachbarn liegt in der Erneuerung des politischen Prozesses, wobei der kommende Abschnitt darauf hinzielt, den arabischen Einwohnern von Judäa, Samaria und des Gaza-Streifens Autonomie zu gewährleisten. Die Autonomie für Palästinenser bezweckt, *die Koexistenz zwischen* Israelis und Arabern in diesen Gegenden zu fördern."

Shamir fuhr fort: „Auf dieser Basis und unter Gewährleistung gegenwärtiger Sicherheit zwischen Israel und seinen Nachbarn wird es möglich sein, zu einer Erörterung über den endgültigen Status dieser Territorien zu gelangen und einen Friedensvertrag mit dem jordanischen Königreich abzuschließen. Es gibt heute keinen anderen praktischen Weg, und die Regierung Israels ist diesem Weg verpflichtet und glaubt an seine Aussicht. In allen Phasen dieses Prozesses schreiten wir gemeinsam mit den Vereinigten Staaten, dem Freunde Israels."

Der Außenminister appellierte an die Europäer und die Bundesregierung, die Bemühungen seines Landes um dauerhafte Vereinbarungen mit Libanon zu unterstützen. Er betonte: „Jetzt ist der Weg zum Frieden offen und man muß ihn beschreiten, auch gegen den Widerstand der Friedensgegner in unserer Region."

Gesagt

„Ich habe schon immer jemanden gesucht, bei *dem ich nicht rückzahlbare* Schulden machen kann."

Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff zum Koalitionsstreit über die Rückzahlbarkeit der Investitionsanleihe

Präsident Reagan fordert Israel zum Rückzug auf

„In Libanon praktisch in der Position einer Besatzungsmacht"

AP, **Washington/Rom**

In ungewöhnlich hartem Ton hat US-Präsident Reagan Israel beschuldigt, den Abzug seiner Truppen aus Libanon unnötig zu verzögern und in dem Nachbarland praktisch die Rolle einer Besatzungsmacht zu spielen.

In einem Fernseh-Interview sagte Reagan, die arabischen Staaten zögerten, sich ohne eine israelische Geste guten Willens – durch den Truppenabzug – in den Nahost-Friedensprozeß einzuschalten. „Israel zögert dies unnötigerweise hinaus."

Reagan fuhr fort, es gebe „einen gewissen moralischen Gesichtspunkt", den die Israelis vernachlässigten oder gar nicht beachteten. Er bestehe darin, daß es in Libanon nach all den Jahren der Wirren eine neue Regierung gebe, die alle ausländischen Streitkräfte zum Abzug aus dem Land aufgefordert habe. Daß die Israelis dieser Aufforderung nicht folgten, *versetze sie „praktisch in die Position einer Besatzungsmacht"*.

Reagan teilte mit, daß sein Nahost-Sonderbotschafter, Philip Habib, der zu einer weiteren Mission in den Nahen Osten aufgebrochen ist, einen neuen Vorschlag mit sich führe. Er glaube jedoch nicht, daß man zu einschlägigen Verhandlungen übergehen könne, ehe die Lage in Libanon klarer sei.

Ähnlich kritisch wie Reagan äußerte sich auch der österreichische Bundeskanzler Bruno Kreisky, der sich nach Gesprächen mit dem Präsidenten zu einem privaten Besuch in New York aufhielt. Kreisky sagte in einem Fernseh-Interview, die israelische Regierung habe eine Haltung eingenommen, die erfolgreiche Friedensverhandlungen mit den Arabern außerordentlich schwierig mache. Er betonte, er unterstütze nicht unbedingt die Forderung nach einem palästinensischen Staat; ihm gehe es vor allem darum, Nahost-Gespräche in Gang zu bringen.

Auf seiner Reise in den Nahen Osten hatte US-Sonderbotschafter Habib Zwischenstation in Rom gemacht, um mit dem italienischen Außenminister Colombo die Lage in Libanon zu erörtern. Italien stellt ebenso wie die USA und Frankreich Kontingente der multinationalen Friedenstruppe. Bei der Aussprache mit Habib erklärte Colombo nach Mitteilung des Außenministeriums, die jüngsten Ereignisse in Libanon schienen „angesichts der inneren Lage des Landes keinen übertriebenen Optimismus zu rechtfertigen". Habib habe dieses Urteil im wesentlichen geteilt.

Moskauer Attacke

„USA versuchen, Ermittlungen in Rom zu dirigieren"

AP, **Moskau**

Moskau hat die USA bezichtigt, sie versuchten, die Ermittlungen der Hintergründe des Papst-Attentats vom Mai 1981 in eine bestimmte Richtung zu lenken und damit die Genfer Verhandlungen mit der Sowjetunion über Mittelstreckenraketen zu torpedieren.

Anlaß für die Vorwürfe der amtlichen sowjetischen Nachrichtenagentur Tass war ein Bericht der amerikanischen Fernsehgesellschaft NBC, wonach Reagan in einer von Vizepräsident Bush überbrachten Botschaft die italienische Regierung aufgefordert habe, ihre Ermittlungen über das Attentat auf Papst Johannes Paul II. fortzusetzen, *selbst wenn „eine Spur zu* Sowjetführer Andropow führt".

Reagan, so NBC, habe dies getan, weil in Artikeln der amerikanischen Presse der Eindruck geweckt worden sei, Washington nehme die Hypothese von der bulgarischen Beteiligung nicht besonders ernst. Der heutige sowjetische Parteivorsitzende Andropow war zur Zeit des Papst-Attentats Chef des sowjetischen Geheimdienstes KGB.

Zu diesem Bericht schrieb der Tass-Kommentator Leonid Ponomarjow: „Eine solch eindeutige Erklärung des Präsidenten der Vereinigten Staaten beweist klar, wer am Schüren des im Westen aufgekommenen provokatorischen Propaganda-Rummels interessiert ist und ihn dirigiert. Das Weiße Haus deutet zudem noch an, in welche Richtung die sogenannte Untersuchung geführt werden sollte."

*Es werde nun klar, so der Tass-*Kommentator, daß diese von Washington aus dirigierte „Ermittlung" außer allen anderen Zielsetzungen „auch den Zweck verfolgt, die Genfer Gespräche zu torpedieren".

DAG fordert Änderung des Steuertarifs

HEINZ HECK, B[...]

Die Belastung der jährlichen [...]haltserhöhungen mit Steuern [...] Sozialabgaben ist gestiegen. Wie [...] stellvertretende Vorsitzende [...] Deutschen Angestellten-Gewe[...]schaft (DAG), Gerda Hasse, ge[...] in Hamburg erklärte, nahm [...] Grenzbelastung von rund 20 [...]zent Anfang der sechziger über [...] Prozent Ende der siebziger Ja[...] auf inzwischen 60 Prozent zu. [...] „heimlichen Steuererhöhung[...] seien die Hauptursache. Die Ar[...]nehmereinkommen seien zwa[...] den vergangenen Jahren real ni[...] mehr gestiegen, die prozentu[...] Steuerbelastung habe jedoch [...] Folge der höheren Bruttogehä[...] zugenommen.

Die DAG fordert eine Reform [...] Einkommensteuertarifs, des[...] Progressionskurve bei den klei[...] und mittleren Einkommen m[...]lich niedriger als bisher verlau[...] müßte. Demgegenüber sollte [...] Spitzensteuersatz, der jetzt m[...] Prozent bei Jahreseinkommen [...] 130 000/260 000 Mark (Unverhe[...]tete/Verheiratete) an erreicht [...] auf 60 Prozent bei 175 000/35[...] angehoben werden.

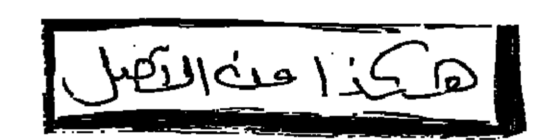
Engelhard: Änderu[...] im Strafvollzug

hey, B[...]

Immer mehr lediglich zu G[...]strafen Verurteilte zahlen ni[...] Sie verbüßen statt dessen [...] Strafen in einer Haftanstalt. [...] Anteil erhöhte sich allein 1981 [...] Vergleich zum Vorjahr bei e[...] mit 496 793 annähernd gleich [...]bliebenen Zahl von Verurteilun[...] bundesweit um 11,7 Prozent.

Unter den Ländern hatte [...] 1980 auf 1981 Hessen mit 27,4 P[...]zent die höchste Steigerungsr[...] Es folgen Bayern mit 24,2 und [...] Saarland mit 23,7 Prozent. Le[...]lich in Berlin wurde ein Rückg[...] um 10,2 Prozent verzeichnet.

Bundesjustizminister Hans [...]gelhard (FDP) bezeichnete d[...] Entwicklung gestern als „bes[...]niserregend". Offensichtlich [...] den immer mehr Menschen [...] wirtschaftlicher Not gezwun[...] ihre „Geldstrafen in den Haf[...]stalten abzusitzen". Engelhard [...] jetzt erreichen, daß – wie schei[...] einigen Ländern möglich – d[...] Täter ihre Geldstrafen verm[...] durch Arbeit in gemeinnütz[...] Einrichtungen ableisten kön[...] Es gehe nicht an, sie mit sol[...] Kriminellen gleichzustellen, [...] von vornherein wegen der Sch[...]re ihrer Taten zu Freiheitsstr[...] verurteilt worden sind.



Politische Börse

cd. – Der Wechselkurs der D-Mark und die Zinsen am deutschen Kapitalmarkt sind politischen Wechselbädern ausgesetzt wie nie zuvor. Denn für die Experten ist eines ganz klar: Am 6. März fällt auch die Entscheidung über die Richtung, in die der Zins und der Wechselkurs der Mark marschiert.

Daher ist es auch kein Wunder, daß die Wahlumfragen der Demoskopen bei den Spekulanten größte Aufmerksamkeit finden, bei ausländischen allerdings noch mehr als bei hiesigen.

So hat die jüngste Umfrage, die einer Regierung Kohl die größten Wahlchancen bescheinigte, erst gezündet, als sie vorgestern abend bei den „porkbellyboys", den spekulierenden Profis der Chicagoer Terminbörse, bekannt wurde. Die D-Mark war plötzlich wieder „in", der Dollar verbilligte sich um fünf Pfennig, und auch gegenüber anderen Währungen gewann die Mark Terrain zurück, das sie wegen Wahlängsten verloren hatte. Gleichzeitig bahnte sich nach dreiwöchigem Zinsanstieg am Rentenmarkt, wie es schien, eine Zinsumkehr an.

Niemand weiß, wie nachhaltig diese „Tendenzwende" ist. Zu viele, die nicht wissen, ob rein in die Mark oder raus, stehen noch Gewehr bei Fuß. Das macht die Märkte labil bis zum 6. März, dem Datum, das endgültig Klarheit und Sicherheit schafft.

Dennoch: In einer Zeit, in der Wahlkämpfer die Gemüter der Stimmbürger mit Begriffen wie Investitionsstreik aufputschen, ist das Umschwenken des Stimmungspendels zugunsten der D-Mark ein hoffnungsvolles Signal.

Mietenlüge

HH – „Mieten steigen stärker als Lebenshaltungskosten", meldet der Deutsche Mieterbund. Dessen Präsident Gerhard Jahn (SPD), der die Plattform des Mieterbundes trefflich für SPD-Propaganda zu nutzen weiß, läßt uns wissen: „Der Hammer kommt erst nach der Wahl." *Und er rechnet nach* Wahlkämpfer-Art: In Nordrhein-Westfalen seien die Mieten von Dezember 1982 auf Januar 1983 mit 1,1 Prozent „deutlich stärker" als die Lebenshaltungskosten (plus 0,2 Prozent) gestiegen. Flugs ermittelt er (1,1 mal 12) eine jährliche Mietsteigerung von 13,2 Prozent. Jahn weiß natürlich, wie dubios solche Rechnungen sind, denn erstens sollte ein Zufallsergebnis nicht aufs Jahr hochgerechnet werden; zweitens ziehen die Mieten traditionell zum Jahresbeginn an, weil auch die Müllabfuhr etc. ihre Preise erhöhen; drittens schließlich verschweigt Jahn, daß Mieterhöhungen auf das entsprechende Gesetz der alten SPD-geführten Bundesregierung zurückzuführen sind. Ferner unterschlägt er, daß die Mieten stets langsamer als die Lebenshaltungskosten kletterten. Hier sah die alte (wie die neue) Regierung Anlaß zu Änderungen. Mißlich für den Mieterbund, einen SPD-Wahlkämpfer an seiner Spitze zu haben.

DIHT / Jahresversammlung in Bonn – Otto Wolff von Amerongen wiedergewählt

Ein konjunktureller Frühling schon im kommenden Herbst möglich

HANS-JÜRGEN MAHNKE, **Bonn**

Der wiedergewählte Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Otto Wolff von Amerongen, hofft, daß im nächsten Herbst endlich „konjunktureller Frühling" werde. Erst dann dürften die weltwirtschaftlichen Impulse, die von einem schon bald erwarteten Anspringen der US-Konjunktur ausgehen, in Westeuropa wirksam werden, erklärte Wolff auf der internen Vollversammlung des DIHT. Er warnte auch vor Insolvenzpanik aufgrund der hohen Verschuldung einiger Länder der Dritten Welt.

Nach Ansicht des DIHT-Präsidenten, der aufgrund zahlreicher Kontakte als intimer Kenner der Vereinigten Staaten gilt, verdichten sich die Eindrücke in den USA auf eine konjunkturelle Wende. Dazu hätten vor allem die verbesserten Konditionen im Innern beigetragen, so die gesunkene Inflationsrate, die niedrigeren Realzinsen und die Steuererleichterungen. Bemerkenswert sei auch die seit Jahresende eingetretene deutliche Stabilisierung im Wohnungsbau.

Risikofaktor Nummer eins bleibe aber das enorm gestiegene Haushaltsdefizit, das sich im vergangenen Jahr gegenüber der Vorperiode auf 110 Milliarden Dollar verdoppelt hat und in diesem Jahr bis auf 200 Milliarden Dollar ansteigen werde, wenn nicht größere Haushaltskürzungen vorgenommen werden. Die Beurteilung des Haushaltsdefizits zeigt sich nach Ansicht Otto Wolffs daran, daß der amerikanische Industriellenverband sich für eine Absenkung des Verteidigungshaushalts eingesetzt hat. „Bekanntlich ist deren Präsident einer der engsten Unterstützer der Reaganschen Politik", erklärte Otto Wolff.

Im Haushalt liege also ein Inflations- und Zinssteigerungsrisiko. Der Investitionsmotor werde daher in den USA langsamer als in vergangenen Aufschwungphasen in Gang kommen. Denn das reale Zinsniveau liege mit mehr als vier Prozent immer noch erheblich höher als in den sechziger und siebziger Jahren, als es im Durchschnitt rund ein Prozent betragen hatte.

Wenn sich die Wachstumschancen international verbessern, dann bestehe auch die Hoffnung, daß „die Einsicht in die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge wieder zunimmt und der drohende Rückfall in die nationalwirtschaftliche Orientierung vieler Länder vermieden wird". Nach Ansicht Wolffs läßt sich am finanziellen Zustand verschiedener Entwicklungsländer derzeit besonders deutlich nachweisen, wie wechselseitig sich die Schulden in den Entwicklungsländern unter Protektionismus gegenseitig bedingen.

Obwohl einige Länder nicht einmal mehr die Zinsen durch ihre Exporte verdienen können, sollte die Situation nicht dramatisiert werden. Und das, obwohl die Verpflichtungen der Dritten Welt und des Ostblocks zusammen bis Ende 1982 auf rund 650 Milliarden Dollar geklettert seien. „Das bedeutet für die Zeit von 1971 bis 1982 eine siebenfache Steigerung", rechnete Otto Wolff vor.

Die Gesamtschuldenlast entfalle zu 68 Prozent auf 20 und zu 40 Prozent auf nur vier Debitorenländer – Brasilien, Mexiko, Südkorea und Argentinien. Daher dürfe nicht von einer Überschuldung der Dritten Welt schlechthin gesprochen werden.

Um „viel Dramatik aus der Sache" herauszunehmen, machte Wolff folgende Gegenrechnung auf: 1982 hätten die Bruttoausleihungen der westlichen Privatbanken an Entwicklungsländer 370 Milliarden Dollar erreicht, wovon über 50 Prozent auf die Hauptdebitoren *entfielen*.

Unter Hinzurechnung von Guthaben und staatlich garantierten Exportkrediten sei den Banken allerdings nur ein nicht garantiertes Kreditvolumen von rund 160 Milliarden Dollar geblieben. Daran seien zwar die Hauptschuldner mit 90 Prozent beteiligt. Aber dies sei nur ein Drittel der internationalen Ausleihungen der privaten Banken und nur sechs Prozent ihrer gesamten Ausleihungen. Wolffs Fazit: „Vor diesem Hintergrund ist das Bankenrisiko für das Weltwährungssystem relativ tragbar."

PRIVATE BAUSPARKASSEN

Hohe Beschäftigungseffekte durch Bau von Eigenheimen

GISELA REINERS, **Bonn**

Der Bau von Eigenheimen bringt nach Angaben des Verbands der Privaten Bausparkassen in Bonn größere Produktions- und Beschäftigungseffekte als der Bau von Mehrfamilienhäusern. Mehr als 300 000 Arbeitsplätze seien seit 1980 durch Rückgang des Eigenheimbaus verlorengegangen; etwa ebenso viele könnten neu geschaffen oder gesichert werden durch *seine Förderung*, wobei Geschäftsführer Joachim Degner den Anteil neuer Arbeitsplätze auf 70 bis 80 Prozent schätzte.

Der Verband rechnet mit der Erstellung von rund 130 000 Eigenheimen in diesem Jahr; rund 15 bis 20 Milliarden Mark würden dadurch bewegt. Die Zinsverbilligung durch die vom Bund in einem 500-Millionen-Sonderprogramm *geförderte Bausparzwischenfinanzierung* habe diesmal eine andere Wirkung als ein ähnliches Programm Mitte der siebziger Jahre. Damals sollten potentielle Investoren ihre Vorhaben vorziehen. Diesmal *habe sich zuvor ein großer* Investitionsstau gebildet. Die vom Bund zur Verfügung gestellten Fördermittel reichen nach Degners Ansicht jedoch nicht aus, um den Stau ganz abzubauen. Er empfahl, *noch einmal 250 Mill. DM* nachzuschieben.

Bundesweit sind bereits 73 Prozent der Fördermittel vergeben, in manchen Flächenstaaten schon 100 Prozent. Doch auch in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen seien rund 15 Prozent in Anspruch genommen, was angesichts der hohen Verdichtung in diesen Räumen als „interessantes Ergebnis" bewertet wurde. Da man auf eine Übertragung der am Ende frei bleibenden Mittel auf die Länder mit hoher Nachfrage hoffe, führe man Reservelisten bei den Anträgen.

Degner rechnet auch mit steigenden Baupreisen. Doch werde die Anhebung sicher nicht so stark ausfallen wie Ende der siebziger Jahre. Die Kapazitäten seien diesmal noch weniger ausgelastet. Im Verlauf von 1982 seien die Preise um etwa ein Prozent gesunken.

Die Behauptung, der Eigenheimbau wirke sich stärker auf Produktion und Beschäftigung aus als der Geschoßbau, belegte der Verband mit einer Untersuchung des Rheinisch Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung in Essen. Im Auftrag des Verbandes wurde dort ermittelt, daß der Faktor Arbeit in *diesem* Bereich wesentlich stärker zu Buche schlage als in allen anderen des Wohnungsbaus. Die Beschäftigung von zehn Arbeitskräften beim Ein- und Zweifamilienhausbau sichere zugleich acht weitere Arbeitsplätze in anderen Wirtschaftsbereichen.

Modellrechnungen hätten ergeben, daß eine Steigerung der Fertigstellung um 10 000 Wohnungen im Eigenheimbau rund 70 000 zusätzliche Arbeitsplätze brächte, bei Mehrfamilienhäusern nur knapp 37 000. Eine Erhöhung des Bauvolumens um eine Milliarde belaste den Staat nur mit 190 Millionen an Fördermitteln, entlaste aber die öffentlichen Haushalte um rund 530 Millionen. Beim Mehrfamilienhausbau müßten jedoch 1,02 Milliarden aufgewendet werden, um eine ähnliche Wirkung zu erzielen.

Zweiter Sanierungsplan?

Von JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Wird die französische Regierung nach den Kommunalwahlen vom 6. und 13. März ihre Mitte letzten Jahres eingeleitete „Politik der Strenge" verschärfen? Diese Frage stellt man sich seit einiger Zeit nicht nur in Pariser Wirtschaftskreisen. Sie wurde kürzlich von Staatspräsident Mitterrand in einem längeren Gespräch mit dem Generalsekretär der linkssozialistischen CFDT-Gewerkschaft, Edmond Maire, aufgeworfen.

Die Hypothese eines zweiten Austerity-Plans würde jetzt ernsthaft ins Auge gefaßt, behauptete der Gewerkschaftsführer, womit er bei den sozialistischen wie kommunistischen Regierungsparteien *heftige Proteste auslöste. Die Re*gierung selbst hüllt sich allerdings in Schweigen. So kurz vor den Wahlen ist das verständlich.

Immerhin aber hatte Wirtschafts- und Finanzminister Delors schon im Dezember angedeutet, daß zusätzliche Restriktionen erforderlich würden, falls man auf dem Wege zu den für 1983 gesetzten Zielen nicht die nötigen Fortschritte machen sollte. Dazu gehört die Verminderung der Inflationsrate von knapp zehn Prozent 1982 auf acht Prozent, die Stabilisierung des Budgetdefizits auf drei Prozent des Bruttosozialprodukts und nicht zuletzt die Halbierung des Handelsbilanzdefizits.

Tatsächlich ist die rapide Verschlechterung der Handelsbilanz der am meisten beunruhigende Faktor der französischen Wirt*schaftslage. Hatte sich doch der* Passivsaldo im Warenverkehr auf fob-Basis von 59 Milliarden Franc 1981 auf 93 Milliarden Franc 1982 erhöht. Unter Ausschluß des Waffenhandels und bei cif-Werten für die Einfuhr erreichte das Defizit sogar 151 (104) Milliarden Franc.

Noch stärker verschlechtert hat sich die französische Leistungsbilanz, deren Defizit sich von 25 auf 82 Milliarden Franc mehr als verdreifachte. Das lag auch daran, daß Frankreich für seine während des letzten Jahres auf rund 50 Milliarden Dollar verdoppelte Auslandsschuld mehr Zinsen in Devisen bezahlen mußte. Gleichzeitig beanspruchte die Banque de France zur Franc-Verteidigung innerhalb des Europäischen Währungssystems fast ihre gesamten Devisenreserven ohne den Goldhort. Alles in allem hat damit der Verfall der französischen Währungsposition ein sehr kritisches Ausmaß erreicht.

Um diesen höchst bedenklichen Zustand zu überwinden, müßte vor allem das devisenverschlingende Leistungsbilanzdefizit abgebaut werden. *Dies ließe sich am sicher*sten durch nachfragebeschränkende Maßnahmen erreichen. Denn dadurch würden die Importe ebenso stark gedrosselt werden wie sie durch die starke Konsumbelebung während der ersten Phase der sozialistischen Wirtschaftspolitik angeregt worden waren.

Der daraufhin von der Regierung Mitte 1982 eingeleitete erste Austerity-Plan mit seiner rigorosen Begrenzung des Lohnanstiegs auf die künstlich gedrückte Inflationsrate hatte die Einfuhren allerdings kaum zu dämpfen vermocht. Die Importe aus der Bundesrepublik nahmen sogar weiter zu, was sich auch daraus erklärt, daß die letzte Änderung der Franc/D-Mark-Parität für die Wiederherstellung der französischen Wettbewerbsfähigkeit gegenüber der deutschen Konkurrenz nicht ausgereicht hatte.

Eine neue Austerity-Kur müßte deshalb wohl mit einer weiteren Franc-Abwertung verbunden werden und außerdem zusätzliche einkommenspolitische wie andere nachfrageabschöpfende Maßnahmen vorsehen. Was die Regierung in der Schublade bereithält, ist noch ein Staatsgeheimnis. Erwartet werden jedenfalls verschärfte Sparmaßnahmen.

Wie weit Paris seine *Austerity-Politik* verschärfen müßte, um die französische Wirtschaft dem Gleichgewicht zuzuführen, hängt nicht zuletzt von der weiteren Entwicklung der Weltkonjunk*tur ab. Sollte insbesondere in der* Bundesrepublik, dem größten französischen Auslandskunden, die Nachfrage anziehen, dann könnte Frankreich hoffen, seinen Export zu steigern und das Handels- wie Leistungsbilanzdefizit abzubauen. Deshalb dringt Delors auf eine „konzertierte" Konjunktur-Belebungsaktion der westlichen Industriestaaten.

Bei uns hat man dafür bisher kein größeres Interesse gezeigt. Trotz zunehmender Arbeitslosigkeit wollen wir – mit Recht – die Geldwertstabilität nicht aufs Spiel setzen, obwohl auch zu bedenken ist, daß Frankreich in den Protektionismus flüchten und vielleicht sogar aus der EG ausscheren könnte, falls es mit seinem Leistungsbilanzproblem nicht fertig werden sollte. In jedem Fall aber würde eine konzertierte Aktion für Frankreich zu spät kommen. Deshalb muß es sich zunächst einmal selbst helfen und den Gürtel enger schnallen. Dies auch deshalb, um die kostspieligen sozialistischen Experimente zu bezahlen.

AUF EIN WORT



„Die bitteren Erfahrungen der letzten Jahre haben manche nachdenklich werden lassen, die in den Zeiten des Wohlstands und der Vollbeschäftigung gedankenlos die Berechtigung der verantwortungsvollen Nutzung des technischen Fortschritts und jedes Wirtschaftswachstums grundsätzlich bekämpften."

Dr. Gerhard Stoltenberg, Bundesminister der Finanzen

FOTO: POLY PRESS

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Ministerrat stockt Anleihen zur Investitionsförderung auf

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Anleihen zur Investitionsförderung im Umfang von drei Milliarden Ecu (6,9 Milliarden Mark) nach bislang zwei Millarden Ecu kann die Europäische Kommission in den nächsten Jahren auf den Kapitalmärkten aufnehmen, nachdem sich die Finanzminister der EG auf eine Verstärkung des sogenannten „neuen Gemeinschaftsinstruments" (NIC) geeinigt haben.

Die Kredit-Fazilität soll dazu dienen, die Finanzierung von Investitionen in den Mitgliedsstaaten mit schwacher Wirtschaftsstruktur zu erleichtern. Dabei steht die Erwägung im Vordergrund, daß die Gemeinschaft durchweg bessere Anleihekonditionen aushandeln kann, als die einzelnen EG-Partner.

Schon in den Jahren 1979–1982 hat die EG eine derartige Darlehensvermittlung vorgenommen. Inzwischen haben die Staats- und Regierungschefs ihre Besorgnis über die schwache Entwicklung der produktiven Investitionen zum Ausdruck gebracht und eine Neuauflage des „NIC" empfohlen.

Der Bundesregierung, die den Nutzen der Aktion eher skeptisch beurteilt, gelang eine Reihe von Änderungen am Kommissionsentwurf. So hatte die EG-Behörde ein unbegrenztes Anleiheinstrument mit jeweils vom Ministerrat zu genehmigenden Einzeltranchen vorgeschlagen. Statt dessen legten die Finanzminister fest, daß bei Erschöpfung des Plafonds neue Mittel nur durch einen einstimmigen Ratsbeschluß beschafft werden können. Innerhalb des gegenwärtigen Anleiherahmens dürfen die einzelnen Tranchen dagegen mit qualifizierter Mehrheit vergeben werden. Die EG-Kredite sollen mit Schwerpunkt für Produkte im Bereich der Infrastruktur und der Energie verwandt werden, in der Industrie „im wesentlichen für kleinere und mittlere Unternehmen".

„Schlüsselrolle" der Industrie

dpa/VWD, **Köln**

Einer zügigen Weiterentwicklung der Informations- und Kommunikationstechnik kommt nach Ansicht des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) eine „Schlüsselrolle" bei der Überwindung der wirtschaftlichen Probleme und der Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie zu.

Der BDI setzte sich am Dienstag in Köln für einen „chancen- und wettbewerbsgleichen Zugang aller gesellschaftlich relevanten Gruppen" zu den neuen Kommunikationssystemen ein. Die derzeitige Stellung der Bundespost als Netzträger und Anbieter „von Diensten und Endgeräten" müsse „ordnungspolitisch überprüft werden".

UMWELTSCHUTZ

Stromwirtschaft wehrt sich gegen Bonner Auflagen

HEINZ HECK, **Bonn**

Massive Kritik an der von der Bundesregierung geplanten Großfeuerungsanlagen-Verordnung hat die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) geübt. Die deutsche Elektrizitätswirtschaft werde bei neuen Kraftwerken die scharfen Grenzwerte der Rauch*gasentschwefelung zwar einhalten.*

Bei der jetzt geforderten Nachrüstung alter Anlagen jedoch „stehen Kosten und Erfolg in keinem vertretbaren Verhältnis": Mit einem Aufwand von fünf bis sechs Milliarden Mark, die von den Verbrauchern zu tragen seien, werde „eine Umrüstung lediglich um einige Jahre vorverlegt, deren Wirkung ohnehin durch den natürlichen Ersatz alter Anlagen eintritt".

Die VDEW bezweifelt jede auch nur annähernd verhältnismäßige Wirkung beim Schutz des deutschen Waldes. Die Schwefeldioxidniederschläge auf den Wald könnten dadurch „nur um wenige Prozentpunkte vermindert werden". Dabei habe die wissenschaftliche Diskussion deutlich gemacht, daß die Ursachenzusammenhänge unsicherer denn je seien.

Sicher dagegen sind die beträchtlichen Strompreiserhöhungen. Als Folge sieht die VDEW *weitere Belastungen der export*orientierten deutschen Industrie und eine konjunkturhemmende Kaufkraftminderung der Haushalte. Diese Strompreiserhöhungen würden noch dazu (je nach Anteil der Kohle an der Stromerzeugung) verschieden hoch ausfallen und damit die regionalen Strompreisunterschiede verstärken.

Die Energiepolitik der Bundesregierung werde entscheidend geschwächt. Denn der Jahrhundertvertrag zwischen Kohle und Elektrizitätswirtschaft werde „gefährdet" und der Ausbau der Kernwärme „massiv behindert".

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Toyota und General Motors einig?

Tokio (dpa/VWD) – Der japanische Autokonzern Toyota und der US-Konzern General Motors haben sich japanischen Berichten zufolge auf eine gemeinschaftliche Auto-Produktion in den USA geeinigt. Wie die Nachrichtenagentur Kyodo am Dienstag unter Berufung auf den *größten* japanischen Autohersteller meldet, sollen von Ende 1984 an in der stillgelegten GM-Anlage in Fremont (US-Bundesstaat Kalifornien) jährlich rund 200 000 Fahrzeuge einer neuen Version des „Corol*la" (1,6 Liter mit Frontantrieb)* produziert werden. Mit der Unterzeichnung des Abkommens durch die Firmenchefs Eiji Toyoda und Roger Smith werde noch in diesem Monat gerechnet.

Vorstand gewählt

Bonn (Mk.) – Otto Wolff von Amerongen ist gestern für ein weiteres Jahr zum Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) gewählt worden. Er hat dieses Amt seit 1969 inne. Die DIHT-Vollversammlung bestätigte auch Roland Klett von der Industrie- und Handelskammer Mittlerer Neckar, Stuttgart, als *Vizepräsidenten*. Carl-Heinz Illies, der Präses der Handelskammer Hamburg, wurde erstmals zum DIHT-Vizepräsidenten gewählt. Er folgt in dieser Funktion Rudolf Schlenker, Vizepräses der Handelskammer Hamburg.

Glashütte wird geschlossen

Oldenburg (dos) – Die Oldenburgische Glashütte, ein Zweigwerk der Gerresheimer Glas AG, Düsseldorf, wird Ende Mai dieses Jahres geschlossen. Nach Angaben des Unternehmens machen die Überkapazitäten für Behälterglas diesen Schritt unumgänglich. Von der Stil*legung, die in Oldenburg* heftige Proteste ausgelöst hatte, sind 424 Mitarbeiter betroffen.

Kosten übernommen

Bonn (Rei.) – Das Bundesverkehrsministerium hat sich bereit erklärt, die 80 Millionen Mark Ausbildungskosten für 1115 Lehrlinge bei der Bundesbahn zu übernehmen. Eine Einstellungsgarantie ist nicht damit verbunden. Es handelt sich um Ausbildungsberufe nach dem Berufsbildungsgesetz, also keine bahnspezifischen Lehrgänge. Über die Finanzierung der Kostenerstattung durch den Bund soll bei der *Haushaltsaufstellung 1984* entschieden werden.

Frau Breuel in Moskau

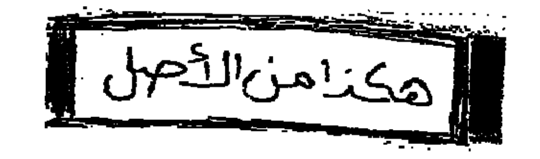
Moskau (fhn) – Auf eine gedämpfte Bereitschaft der Sowjetunion, ihren Handel mit der Bundesrepublik auszuweiten, ist die niedersächsische Wirtschaftsministerin Birgit Breuel in Moskau gestoßen. Die Embargo-Erfahrungen der letz*ten Zeit sowie die Unsicherheiten* mit der Cocom-Liste legten es der Sowjetunion nahe, ein höheres Maß wirtschaftlicher Autonomie zu erreichen, erklärten ihr Gesprächspartner bei der Industrie- und Handelskammer sowie beim Institut für Weltwirtschaft. Frau Breuel, die als Vertreterin der Hannover-Messe für die Intensivierung des beiderseitigen Handels eintrat, verwies ihrerseits darauf, daß bestimmte sowjetische Interessen nur befriedigt werden könnten, wenn das seit Jahren ausstehende wissenschaftlich-technische Rahmenabkommen endlich abgeschlossen werde.

Firmengründer-Kongreß

Düsseldorf (Py.) – Unter dem Motto „Mut zur Selbständigkeit" findet am 20./21. Mai dieses Jahres in Düs*seldorf der erste „Deutsche Exi*stenzgründungs-Kongreß" statt. Ideeller Träger ist der Regionalkreis Niederrhein des Bundesverbandes Junger Unternehmer (BJU), Düsseldorf, Veranstalter die interessenunabhängige IC Investment Congreß AG, München. Mit Fachkongreß und Fachseminaren sollen Existenzgründungswilligen „Chancen in der Krise" aufgezeigt und das notwendige Rüstzeug mit auf den Weg gegeben werden.

Staatsbetrieb pleite

Warschau (AFP) – Zum ersten Mal in der Wirtschaftsgeschichte Nachkriegspolens mußte ein staatliches Unternehmen im Dezember Konkurs anmelden. Wie die Wochenzeitung der polnischen vereinigten Arbeiterpartei, „Polytika" berichtete, hat das Bauunternehmen „Budopol" in Kattowitz Bankschulden in Höhe von 400 Millionen Zloty (rund 11 Millionen Mark) und Aktiva von 200 Millionen Zloty (5,5 Millionen Mark). „Budopol" war 1978 im Rahmen der Vergrößerung der Stahlwerke „Huta Katowice" gegründet worden. Neben seinen Bankschulden hat es Verbindlichkeiten gegenüber 231 Unternehmen.



ITALIEN · Kampf um Parteipfründe schädigte das Image des ENI-Konzerns

Sozialistischen Einfluß zementiert

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Mit der Ernennung von Franco Reviglio zum neuen Präsidenten des staatlichen Energiekonzerns ENI ist das wochenlange Tauziehen um die Neubesetzung des Spitzenpostens dieses größten italienischen Industrieunternehmens (50 000 Milliarden Lire Umsatz – 87 Milliarden Mark – 120 000 Beschäftigte) zur Zufriedenheit aller Beteiligten zu Ende gegangen. Das Gerangel um den Parteienproporz war diesmal so heftig, daß darüber fast ein Minister gestolpert wäre und mit ihm die Koalition, die ohnehin nur mühsam zusammengehalten wird.

Der Kampf um die Parteipfründe verschliß im Falle des Energiekonzerns von 1979 bis heute insgesamt vier Präsidenten und einen interimsweise bestellten Regierungskommissar. Hart angeschlagen wurde dabei das Image des Staatskonzerns. International angekratzt wurde dieses zum ersten Mal vor vier Jahren, als ENI in den Verdacht geriet, den Saudis für Lieferungen der saudiarabischen Petromin Bestechungsgelder gezahlt zu haben. Die Entrüstung über die Affäre war am Königshof von Riad so groß, daß ENI jahrelang von der Kundenliste verschwand. Vollends zum Gespött wurde der Konzern in internationalen Branchenkreisen, als er auf Regierungsgeheiß den Schrotthaufen der italienischen Petrochemie auf seine Schultern laden mußte und zuletzt auch noch die Ehe mit Occidental Petroleum in die Brüche ging, von der sich ENI eine Linderung seiner finanziellen Lasten erhofft hatte.

Noch schwerer in Mitleidenschaft gezogen wurde bei diesem Spiel das Ansehen der Verantwortlichen des sozialistischen Staatsbeteiligungsministers Gianni de Michelis und seiner sozialistischen Parteikollegen. Die hemdsärmelige Art, mit der sie das Spitzenmanagement von ENI wie Schachfiguren hin und her schoben, und die Unverfrorenheit, mit der sie dabei ihre Parteiinteressen vor die des Staates stellten, war zuletzt selbst jenen zuviel, die den Parteienproporz in der Wirtschaft als notwendiges Übel jeder Koalitionsdemokratie betrachten. In dem jetzt ernannten Konzernpräsidenten Franco Reviglio, Professor der Finanzen an der Universität Turin und Finanzminister in zwei Kabinetten der letzten Jahre, mußten die Sozialisten deshalb schließlich einen Mann hinnehmen, der zwar zur sozialistischen Einflußsphäre zählt, durch seine Persönlichkeit aber auch den christlichen Demokraten so weit als „unabhängig" gilt, daß sie ihn selbst für den Posten des Spitzenmanagers vorschlugen.

Die Bestellung des neuen Konzernpräsidenten zementiert gleichwohl die Zuordnung des Energiekonzerns ENI zur sozialistischen Parteipfründe. Die Durchdring der Staatsunternehmen und de fentlich-rechtlichen Anstalten. Personen, die das „richtige" Pa buch besitzen, beherrschen in sen nicht nur die Sozialisten, dern auch die christlichen De kraten virtuos. Wie die Mailä Wirtschaftswochenzeitung „Mondo" festgestellt hat, sind da bei gerade die letzteren, die n wie vor trotz nunmehr über zehnjähriger Regierungspraxis Sozialisten die Mehrheit der M gerposten bei den Staatsbetrie halten. Bei den 27 größten Ge schaften, die von der Staatshol IRI kontrolliert werden (deren sident seinerseits ein Christde krat ist), gehören 50 Präsiden Vizepräsidenten und Vorst vorsitzende zur Democrazia stiana, nur fünf dagegen zur So listischen Partei und gar nur weils einer zu den Republika und den Sozialdemokraten. lich gelagerte Verhältnisse be hen bei den drei IRI-Banken, ca Commerciale Italiana, Cred Italiano und Banco di Roma den öffentlich-rechtlichen Kr anstalten. In diesem Fall vier Präsidenten und acht Vize sidenten zur christdemokratis Einflußsphäre, während sich Sozialisten mit einem Präsiden posten (allerdings gleich dem größten Bankinstituts Ital Banca Nazionale del Lavoro) einem Vizepräsidenten begnü müssen.

Weg auf US-Markt ist frei für Wella

INGE ADHAM, Frankfurt

Nach langem vergeblichen Bemühen haben die amerikanischen Mitaktionäre zugestimmt: Über die Wella Holding Inc. hält die Darmstädter Wella AG jetzt 99,8 Prozent an der amerikanischen Wella Corporation in Englewood, New Jersey. Damit ist ein, dem Vernehmen nach recht teurer, Schlußpunkt gesetzt hinter die Bemühungen der Darmstädter Haarkosmetik-Produzenten, den amerikanischen Markt so zu „beackern", wie das schon seit langem mit anderen Auslandsmärkten geschieht: Etwa zwei Drittel des anderthalb Milliarden DM-Umsatzes macht die Familien-AG mit 10 000 Beschäftigten in der Gruppe im Ausland.

Da nehmen sich die rund 100 Mill. DM US-Umsatz, der aufgrund der dort bestehenden Wella Corp. dem Export von anderen Plätzen versperrt war, mehr als bescheiden aus. Seit 1958 ist Wella praktisch ohne Einfluß auf die Markengestaltung an der Wella Corp. beteiligt, die vor mehr als 50 Jahren von einem Sproß der Gründerfamilie in den USA gegründet wurde.

AUTOMOBILE / Druck auf Konzerne

Kampagne gegen Importe

WILHELM FURLER, London

Die britische Gewerkschaftsbewegung will den Druck auf die multinationalen Automobilkonzerne erheblich verschärfen, die Einfuhr von in europäischen Schwesterwerken produzierten Fahrzeugen deutlich zu reduzieren. Der Ärger der Gewerkschaften richtet sich gegen die amerikanischen Konzerne General Motors (Vauxhall-Opel) und Ford sowie gegen den französischen Konzern Peugeot-Citroën mit der Tochtermarke Talbot, aus deren kontinentaleuropäischer Produktion inzwischen 45 bis 55 Prozent der in Großbritannien neu verkauften Fiestas, Cortinas, Cavaliers (Ascona) Astras und sogar 71 Prozent der Talbot Horizons stammen.

Im englischen Coventry ist jetzt ein Komitee aus einflußreichen Gewerkschaftsfunktionären und Vertrauensleuten der betroffenen britischen Autowerke Vauxhall, Ford und Talbot sowie der Zulieferfirmen gegründet worden, das eine „Kampagne für Import-Kontrollen" organisieren wird. Dieses Komitee hat die volle und öff Rückendeckung der mäch Transportarbeiter-Gewerksc (TGWU).

Schon im Herbst hatte TGWU angekündigt, daß si Einfuhr von Personenwagen, Großbritannien unter dem kenzeichen Vauxhall auf Markt kommen sollen, aber in nien produziert werden, mit Mitteln verhindern wird.

Diese Drohung richtete si gen die Einfuhr des jüngsten G ral-Motors-Modells, des Kle gens „S". Dieser Wagen, d Spanien produziert wird und der Marke Corsa in direkten bewerb zu den Kleinwagen Fiesta und British Leyland treten soll, dürfte mit einer chen Stückzahl von 150 000 Großbritannien geliefert werd

Seither haben die Gev schaftsführer in Verhandlu mit Vauxhall vergeblich zu chen versucht, die für den schen Markt bestimmte Stüc des S-Modells im britischen produzieren zu lassen.

Kongreß fordert Revision des Etats

rtr, Washington

Nur wenige Tage, nachdem US-Präsident Ronald Reagan dem Kongreß seinen Entwurf für den Haushalt des am 1. Oktober beginnenden Fiskaljahres 1984 zugeleitet hat, weht den Beratern des Präsidenten der Wind voll ins Gesicht. Der Kongreß fordert eine drastische Revision des Haushalts. Insbesondere gehen den Abgeordneten die Kürzungen im Verteidigungsgesetz nicht weit genug. Sofern das Präsidialamt selbst keine akzeptablen Vorschläge für eine vernünftige Begrenzung der Rüstungsausgaben, neue Steuer-Initiativen und umfassende Arbeitsbeschaffungsprogramme vorlegt, will der Kongreß einen eigenen Entwurf für das kommende Haushaltsjahr vorlegen.

Am Montag vor einer Woche hatte der Präsident seine Budgetvorlage mit einem Volumen von 848,5 Milliarden Dollar und einem voraussichtlichen Defizit von knapp 189 Milliarden Dollar dem Kongreß zugeleitet. Seitdem haben Regierungsmitglieder und führende Berater Reagans Stunden vor verschiedenen Ausschüssen des Kongreß verbracht, um den Haushaltsentwurf des Präsidenten zu verteidigen. Vor allem die Steigerung der Verteidigungsausgaben zu Lasten der Sozialhaushalte findet nicht die Zustimmung der Abgeordneten. Sowohl den Vertretern aus Reagans republikanischer Partei, als auch den oppositionellen Demokraten ist dieses Ungleichgewicht ein Dorn im Auge.

DOMOTECHNICA / Rückgang bei Haushaltsgeräte

Italien größter Exporteur?

WILM HERLYN, Köln

Die deutschen Hersteller von Elektro-Haushaltsgeräten werden in diesem Jahr voraussichtlich ihre führende Stellung als größter Exporteur der Welt in dieser Branche an Italien abgeben müssen. Diese Befürchtung äußerte jetzt Kurt Salleck (Siemens), der Vorsitzende des Fachbeirates der „domotechnica – Internationale Messe für energiebetriebene Haushaltsgroß- und -kleingeräte", die heute in Köln eröffnet wird. Dabei nannte er die Vergleichszahlen für das Exportgeschäft von 3,9 Mrd. DM für die deutschen und 3,8 Mrd. DM für die italienischen Hersteller.

Die inzwischen niedrigen Lager im Handel und Kaufmotivation von der Zinsseite her ließen aber nach Ansicht Sallecks auf eine Absatzbelebung und 1984 gar auf „ein echtes Wachstum" hoffen. Ersatzbedarf soll die solide Basis des Geschäfts bilden.

Bei Preiserhöhungen für 1983 von durchschnittlich 3 Prozent geht die Industrie von einem realen Minus des Inlandsabsatzes von 2 Prozent aus. 1982 war der Einbruch von nominal 3 Prozent und real um 6 Prozent im Inlandsumsatz wesentlich tiefgreifender. Da der Export real um 1 bis 2 Prozent abnahm (nominal um 1 Prozent auf 3,9 Mrd. DM), verminderte sich die Produktion real um 5 Prozent auf 9,74 Mrd. DM. Mit einem Ab rückgang von real 7 Prozent sc ten Großgeräte dabei beso schlecht ab, während Kleing ein Minus von 3 Prozent verz neten.

Als bedauerlich wertete Sa den Verlust von 3000 Besch ten in 1982; die Haushaltsge Industrie habe damit in einem zigen Jahr so viele Arbeitsp wie in den vergangenen zehn ren insgesamt verloren. Dabe en – ungeachtet der AEG-Kr weder in der Bundesrepublik in Europa nennenswerte Üb pazitäten – am drückendster den *Kühlgeräten – abgebaut.*

Traditionell gab Philips Deu land, Hamburg, als erstes U nehmen seine Zahlen am Vo der Eröffnung bekannt. Entg dem Branchentrend erreichte deutsche Tochter von Phi Eindhoven, eine reale Umsatz gerung von 6 Prozent gegen dem Vorjahr und verbesserte in den vergangenen Jahren s befriedigenden Ertrag. Wa tumsträger waren nach Ausk von Philips vor allem die im F jahr 1982 vorgestellten Messe heiten.

Die „domotechnica" ist mit Ausstellern aus 28 Ländern weltweit größte Veranstaltung Branche. Sie läuft bis zum Februar.

ERDÖL / Venezuela fürchtet um den Fortbestand der Opec-Organisation

Experten erwarten Preissenkung

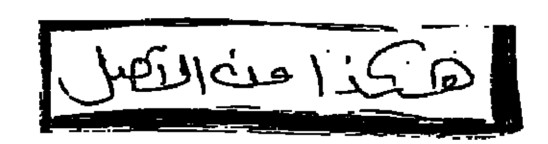
rtr, Bahrain

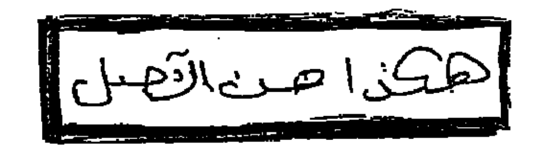
Die Krise der Organisation erdölexportierender Länder (Opec) verschärft sich offenbar mit der immer weiter schrumpfenden Ölförderung. Das Fachblatt „Middle East Economic Survey" (MEES) geht in einer jetzt veröffentlichten Schätzung davon aus, daß die 13 in der Organisation zusammengeschlossenen Staaten 1983 pro Tag mit rund 15 Millionen Barrel (ein Barrel = 159 Liter) Öl nur noch weniger als die Hälfte des bisherigen Spitzenjahres 1979 (rund 31 Millionen Barrel) produzieren werden. Als Folge davon gingen Experten in der Ölbranche davon aus, daß Saudi-Arabien und die anderen Produzentenländer am Golf in Kürze gemeinsam die Preise senken würden, um so die Nachfrage wieder anzuregen.

Unterdessen sieht der venezolanische Minister für Bergbau und Energie, Humberto Calderon Berti, Gefahren für den Fortbestand der Opec. Bei seiner Ankunft in Quito, wo er an einem Treffen der lateinamerikanischen Energie-Organisation teilnimmt, erklärte der Minister, die Opec werde es sehr schwer haben, als Organisation weiter zu bestehen, wenn die Ölförderung für längere Zeit unter einem Niveau von 18 Millionen Barrel pro Tag verharren sollte. Im laufenden Jahr werde die Produktion durchschnittlich 18,5 Millionen Barrel am Tag, möglicherweise sogar weniger betragen. „Entweder wir werden zu unbedeutenden Produzenten, oder wir entschließen uns, die Förderung je nach Gegebenheiten nach oben oder unten anpassen und damit weiterhin angemessen am internationalen Ölmarkt teilzuhaben", sagte der Minister.

Die jüngste Opec-Konferenz in Genf habe beinahe eine Einigung auf eine Förderobergrenze von 17,5 Millionen Barrel pro Tag gebracht. Trotz des Scheiterns in letzter Minute und trotz des daraus resultierenden anhaltenden Drucks habe bislang kein Opec-Mitglied die festgesetzten Preise gesenkt. Die Zeit sei zwar noch nicht reif für ein neues Treffen, doch sollten Vorbereitungen dafür getroffen werd ein Versäumnis vor der let Konferenz. Im Interesse aller produzenten, sollte bald eine E gung erzielt werden, um die Ba ce zwischen Angebot und Nach ge wiederherzustellen, erkl Calderon Berti.

Ein Scheitern der Bemühun um eine Einigung in der O fürchtet auch die britische Ölb che. John Raisman, Chef der S UK Ltd, schließt nicht aus, da zu einem Zusammenbruch des samten Ölpreissystems kom werde, wenn sich die Opec-Mitg der nicht verbindlich auf neue derquoten einigen sollten. Er s te dabei die Frage, was in dies Fall mit der Ölproduktion in Nordsee geschehen solle, au die nächste Generation von Öl dern kleiner sein werde als die her ausgebeuteten. *Das Öl* da werde wesentlich mehr kosten das der Opec. Unter diesen U ständen könne es geschehen, die Ölfirmen in der Nordsee ni mehr weiter investierten.





KÜPPERSBUSCH / Vergleichsverfahren aufgehoben

Die Zukunft kann beginnen

HARALD POSNY, **Gelsenkirchen**

Für den traditionsreichen Hausgeräte- und Großküchenhersteller Küppersbusch kann eine neue Zukunft beginnen. Das Unternehmen, das im August letzten Jahres in Zusammenhang mit der Zahlungsunfähigkeit der Muttergesellschaft AEG selbst in ernste Schwierigkeiten geraten war und den Weg zum Vergleichsrichter antreten mußte, wird mit einem Sanierungskonzept, das sowohl Produktbereinigung und Beschäftigtenabbau, aber auch die Suche nach einem geeigneten Beteiligungspartner einschließt, weiterarbeiten.

Grundlage dafür war der am späten Montag nachmittag mit klarer Gläubiger-Mehrheit angenommene Vergleichsvorschlag. Von den Forderungsvolumen von 80,3 Mill. DM stimmten 99,21 (notwendig sind 75) Prozent zu, so daß das Amtsgericht Gelsenkirchen das Vergleichsverfahren aufhob.

Der Vergleich sieht bei einer auf 50 (41,2) Prozent erhöhten Gläubigerquote vor, daß *mindestens 40* Prozent der Schulden innerhalb von 18 Monaten, die restlichen 10 Prozent in maximal 3 Jahren bezahlt werden. Forderungen bis 1000 DM werden voll innerhalb der nächsten drei Monate beglichen. Das Verfahren soll nach den Worten von Vergleichsverwalter Dieter Zirpins bis Ende 1984 abgewickelt sein.

Die Quotenerhöhung war durch einen AEG-Forderungsverzicht von 30 Mill. DM an Forderungen und Stundung ihrer Restforderung von 40 Mill. DM, zahlbar in 3 gleichen Jahresraten bis Mitte 1985, ermöglicht worden. Mit Wirkung vom 1. Januar 1983 hat sich die AEG von 52 ihrer 96,84 Prozent-Beteiligung am 15 Mill.-DM-Küppersbusch-Grundkapital getrennt. Die neue Mehrheit wird bis zum Kauf durch einen noch zu findenden Dritten, von einem Privatmann gehalten, für die restlichen 45 Prozent der AEG besteht seitens Küppersbusch Vorkaufsrecht.

Nach den Worten von Zirpins betragen die offenen Forderungen 82 Mill. DM, davon 40 Mill. DM AEG, 30 Mill. DM Pension-Sicherungs-Verein und 12 Mill. DM von rund 1000 Gläubigern.

Küppersbusch-Vorstandsvorsitzender Albert Specht stellte gestern das Zukunfts-Konzept vor: sortimentsbereinigte Produktstruktur im Großküchen-, Wärmespeicher-, Warmwasser- und Volkswärmepumpen- und Industriebrennerbereich. Elektro-, Kohle- und Gas-Standgeräte werden aufgegeben. Auf ein Drittel des Umsatzes *(1981: 350 und 1982: 300 Mill.* DM) wird wegen fortfallender Konzernlieferungen verzichtet werden müssen. Für 1983 rechnet Specht mit 220 und 1984 mit einem Einpendeln auf 200 Mill. DM Umsatz. Dementsprechend wird sich die Belegschaft auf 1100 (zur Zeit 1750) bis Ende 1983 verringern. Schon für 1984 erwartet Specht ein positives Betriebsergebnis von 0,8 Mill. DM und 1983 einen Verlust von 17 Mill. DM.

BABCOCK / Lüneburger Zweigwerk wird geschlossen

Durststrecke ist zu lang

D. SCHMIDT, **Lüneburg**

Die Babcock Textilmaschinen GmbH (BTM) in Seevetal, ein Unternehmen der Deutsche Babcock AG, wird ihr Zweigwerk in Lüneburg spätestens Ende dieses Jahres stillegen. Ein Konzernsprecher in Oberhausen bestätigte, daß entsprechende Verhandlungen mit der Belegschaft geführt werden. In dem Betrieb sind noch 78 Mitarbeiter beschäftigt. Rund 25 davon sollen Arbeitsplätze im Werk Maschen bei Hamburg angeboten werden.

Begründet wird dieser Schritt mit der miserablen Auftragslage. Das Lüneburger Werk befaßt sich mit der Herstellung von Maschinen für die Textilveredelung, die zu 90 Prozent in den Export gingen. Der stark geschrumpfte Auftragseingang habe bereits vor geraumer Zeit die Einführung von Kurzarbeit erforderlich gemacht. Davon seien auch die anderen Werke der BTM in Maschen, Kornwestheim und Seevetal betroffen. Insgesamt beschäftigt BTM noch gut 900 Mitarbeiter.

Mit der Schließung findet der seit Mitte der 70er Jahre andauernde Niedergang des Lüneburger Betriebs seinen Abschluß. Die damalige Textilmaschinenfabrik Artos Dr.-Ing. Meier-Windhorst GmbH & Co KG wurde 1974/75 von Babcock übernommen. Damals lag die Beschäftigtenzahl noch bei knapp 300 Mitarbeitern. Trotz der Schließung des Lüneburger Werks ist das Problem der Überkapazitäten bei BTM nicht bereinigt. Wie verlautet, wird in den restlichen Betrieben der Abbau weitergehen. Der gegenüber dem ohnehin schwachen Vorjahr um 20 Prozent verringerte Auftragseingang mache eine Reduzierung der Beschäftigtenzahl um 20 bis 25 Prozent erforderlich.

TEXTILINDUSTRIE / Der Verband fordert zur „Flucht nach vorn" auf

Vertrauen in die Kraft des Marktes

INGE ADHAM, **Frankfurt**

Zur „Flucht nach vorn" drängt der Spitzenverband Gesamttextil in Frankfurt die Unternehmer der Textilindustrie. In einem jetzt unter dem Titel „Der unternehmerischen Initiative Raum geben" fortgeschriebenen Forderungskatalog präzisiert die größte deutsche Konsumgüterbranche ihre Anliegen. Kernpunkt: „Mehr Zutrauen zum Markt als zum Staat". Aufgabe des Staates müsse es bleiben, die Rahmenbedingungen für selbstverantwortliche unternehmerische Anstrengungen zu verbessern, aber nicht, sich überall „einzumischen".

Der Verband, getragen von fast ausschließlich mittelständischen Unternehmen, erinnert daran, daß es der gewerbliche Mittelstand ist, der die weitaus meisten der Arbeitsplätze in der Bundesrepublik stellt. Es müsse daher die „zerstörte Entfaltungsmöglichkeit für die mittelständischen Unternehmen" wieder hergestellt werden. Den Unternehmen hält der Verband vor, daß die gerade in Krisenzeiten *vom Staat erwartete Überwindung* von Schwierigkeiten von einer „gefährlichen Überschätzung administrativer Voraussicht und Leistungsfähigkeit" zeuge.

Die deutsche Textilindustrie, die sich seit 15 Jahren in einem permanenten Strukturwandel befindet, kann sich auch in diesem Jahr keine Hoffnung auf eine rasche Umkehr des nun im dritten Jahr anhaltenden schwachen Geschäfts machen. Trotz eines ermutigenden Exporterfolgs, der im vergangenen Jahr zu rund 19 Mrd. DM exportierten Textilgütern geführt hat – das ist weit mehr als die Hälfte des gesamten deutschen Textilumsatzes – bleibt es schwierig, angesichts der in Europa und in der Bundesrepublik nur noch schwach oder gar nicht mehr wachsenden Textilmärkte einen Ausgleich zu finden.

Diese anhaltende Grundtendenz führte im vergangenen Jahr, noch gefördert von der allgemein schwachen Konjunktur, zu einem weiteren Rückgang der Beschäftigtenzahl in der Branche um rund 8 Prozent auf etwa 260 000. In das neue Jahr ist die Textil- und Bekleidungsindustrie mit fast 50 000 Kurzarbeitern gegangen und einem wiederum gegenüber dem Vorjahr niedrigeren Auftragspolster. *In den ersten elf Monaten des* vergangenen Jahres (neuere Zahlen liegen noch nicht vor) hat sich das Auftragsvolumen gegenüber dem Vorjahr nochmals um real 7 Prozent vermindert.

Dabei haben sich die Aufträge aus dem Ausland auf dem bisherigen Niveau behauptet, während die inländischen Aufträge, die gegen die unverändert harte Importkonkurrenz (Importe rund 26 Mrd. DM) hereingeholt werden müssen, weiter zurückfielen. Insgesamt dürfte dies zu einem Produktionsrückgang von nochmals 1 bis 2 Prozent geführt haben; den Umsatzrückgang schätzt die Branche, deren Erzeuger-Preise im vergangenen Jahr um gut 4 Prozent stiegen, auf real 4 Prozent. 1981 hatte die deutsche Textilindustrie einen Umsatz von 32,8 Mrd. DM ausgewiesen und damit den Vorjahresumsatz leicht unterschritten.

Daß die schrumpfende Branche dies nicht als Grund zu Aufgabe, sondern als Ansporn zur „Überwindung der Krise durch Wiederbelebung der wirtschaftlichen Kräfte" versteht, zeigt ein Blick auf die Investitionen, die auch 1982 um 10 Prozent auf 1,1 Mrd. DM gestiegen sind und mit der gleichen Rate laut Ifo-Investitionstest in diesem Jahr weiter wachsen sollen.

Ganz vorn im Wunschkatalog der Textiler steht auch 1983 die Öffnung der Märkte für Textilgüter in Industrieländern, Schwellenländern und Staatshandelsländern. Daß die deutschen Textilhersteller das Geschäft mit Staatshandelsländern *nicht zur* Einbahnstraße werden lassen wollen, beweist das Engagement von 25 deutschen Unternehmen auf der Meterwarenmusterschau in Moskau am 9. und 10. Februar; im vergangenen Jahr verkauften die Deutschen für rund 100 Mill. DM Gewebe und Gewirke in die UdSSR.

BMW / Neue Modelle übertreffen Erwartungen

Rekordtempo trotz Flaute

DANKWARD SEITZ, **München**

Es ist schon ein großes Understatement, wenn Eberhard von Kuenheim, Vorstandsvorsitzender der BMW AG, München, das Jahr 1982 für sein Unternehmen nur als „insgesamt gut" charakterisiert. Denn trotz weltweit ungünstiger Automobilkonjunktur und rückläufigen Zulassungszahlen im Inland (Branche: *minus* 8 Prozent, BMW: minus 5 Prozent) wurde 1982 für BMW sowohl beim Umsatz als auch im Ertrag eines der besten Jahre der Firmengeschichte.

Mit welcher Dividende die Aktionäre daran teilhaben werden, ließ von Kuenheim allerdings noch offen. „Der Vorstand hat schon konkrete Vorstellungen und hofft sich damit beim Aufsichtsrat durchsetzen zu können." Da BMW ein erhöhtes Kapital (600 Mill. nach 500 Mill. DM) zu bedienen habe, werde jedenfalls „die Dividendensumme eine der höchsten sein". Für 1981 waren aus 145,0 (160,0) Mill. DM Jahresüberschuß 90,0 (100,0) Mill. DM (9 DM nach 10 DM je Aktie) ausgeschüttet worden.

Beim Umsatz erzielte BMW 1982 im Konzern mit 11,62 (9,55) Mrd. DM die bisher höchste absolute Steigerung; in der AG waren es 9,37 (7,82) Mrd. DM. Der Zuwachs wurde wieder vom Ausland getragen, wohin mit rund 247 000 Autos 17,3 Prozent mehr gingen als 1981. Die Exportquote erreichte rund 65 Prozent. Den Rückgang im Inland von 5,5 Prozent auf knapp 131 000 Einheiten bewertete von Kuenheim angesichts der Branchenentwicklung und des Modellwechsels in der 3er Reihe als „gut behauptet", zumal noch Marktanteile gewonnen werden konnten.

Alle Erwartungen übertroffen hat der Auftragseingang für die Ende 1982 vorgestellte neue 3er Reihe. „Wir stellen fest", so von Kuenheim, „daß BMW einen ganz spezifischen Markt hat und daher nicht wesentlich von Konkurrenz-Modellen betroffen wird." Rund 240 000 Fahrzeuge dieser Reihe sollen 1983 hergestellt werden. Gut gelaufen sei auch die 5er Serie, die mit 145 000 Stück den Produktionshöchststand bei den alten Modellen um ein Drittel übertroffen habe. Bei den übrigen Wagenklassen habe man eine Belebung der Nachfrage verzeichnen können. Insgesamt seien die Produktionskapazitäten auf längere Zeit ausgelastet.

Weniger erfreulich habe sich das Motorradgeschäft 1982 entwickelt. Die Absatzeinbuße von 6,3 Prozent führte von Kuenheim auf den „teilweise ruinösen Wettbewerb" der marktbeherrschenden Japaner zurück. Große Hoffnung setzt BMW hier auf eine neue Maschine, die mit einer völlig neuen Motorengeneration voraussichtlich im Mai auf den Markt kommen und das bisherige Programm ergänzen soll. Für diese Technik gebe es „gegenwärtig keine Konkurrenz auf der ganzen Welt".

In das Jahr 1983 ist BMW mit der Zuversicht gegangen, Umsatz, Produktion und Absatz noch einmal „spürbar" verbessern zu können, obwohl nicht mit einer deutlichen Belebung der Inlandsnachfrage zu rechnen sei. Investiert werden sollen in der AG rund 800 (750) Mill. DM und im Konzern rund 1 Mrd. DM. Die Beschäftigtenzahl dürfte dabei weiter steigen.

BMW	1982	±/%
Umsatz (Mill. DM)		
Konzern	11 620,4	+ 21,7
AG	9 371,6	+ 19,8
davon Ausland	5 722,5	+ 31,3
Produktion (Stück)		
Automobile	378 769	+ 7,7
Motorräder	30 554	– 7,7
Automobilabsatz	377 684	+ 8,2
davon Ausland	246 886	+ 17,3
Motorradabsatz	30 398	– 6,3
davon Ausland	20 084	– 6,5
Mitarbeiter am 31. Dezember		
Konzern	47 466	+ 6,3
AG	40 738	+ 2,4

Kanada-Projekt wird realisiert

dos, **Kassel**

Für die Kali und Salz AG (K+S), Kassel, haben sich die an das Kali-Projekt in der ostkanadischen Provinz New Brunswick geknüpften Erwartungen erfüllt. Die jetzt abgeschlossenen Explorationsarbeiten hätten „sehr günstige Ergebnisse" gebracht, wird mitgeteilt. Deshalb soll mit dem Ausbau des Bergwerks und der Errichtung der Fabrikanlagen begonnen werden. Voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte 1985 soll die Produktion aufgenommen werden. Die jährliche Kapazität wird bei 1,3 Mill. t liegen, die Mitarbeiterzahl bei 400. Die Investitionen, die K+S-Vorstandschef Otto Walterspiel ursprünglich auf 200 Mill. kan. Dollar bezifferte, dürften höher liegen.

An dem Projekt sind die Denison Mines Ltd., Toronto, mit 60 Prozent und die Potash Company of Canada Ltd. (Potacan) mit 40 Prozent beteiligt. Potacan gehört jeweils zur Hälfte K+S und der französischen Entreprise Miniere et Chimique. Das Werk wird in der Nähe des eisfreien Atlantikhafens St. John errichtet. Die Produktion soll vor allem in den östlichen Provinzen Kanadas, an der amerikanischen Ostküste sowie in Mittel- und Südamerika abgesetzt werden. Während Denison für die Betriebsführung des Kaliwerkes verantwortlich ist, übernimmt Potacan den gesamten Vertrieb.

GRUNDIG / Neues Beteiligungsmodell vorgestellt

Philips dementiert Ausstieg

dpa/VWD, **Berlin**

Das Gerangel um den Verkauf der Mehrheitsbeteiligung an der Grundig AG, Fürth, wird immer undurchsichtiger. Beim Bundeskartellamt in Berlin liegt zwar noch immer die Anmeldung des Zusammenschlußvorhabens Thomson-Brandt/Grundig vor, wonach der französische Konzern 75,5 Prozent am Grundig-Grundkapital erwerben will, in der vergangenen Woche waren aber Vertreter beider Firmen in Berlin, um im Kartellamt neue „Denkmodelle" zu erörtern.

Wie aus dem Amt zu erfahren ist, wurde den Unternehmen signalisiert, daß eine Übernahme von Grundig allein – also ohne den geplanten Zusammenschluß mit Telefunken und nach Ausstieg von Philips bei Grundig – wettbewerbsrechtlich anders beurteilt werden könnte als die bisher anvisierte Fusion. Zudem soll sich Thomson-Brandt mit 75 Prozent – bisher waren 75,5 Prozent geplant – begnügen, womit Grundig, beziehungsweise die Grundig-Stiftung noch eine Schachtelbeteiligung (25 Prozent plus eine Aktie) halten würde.

Inzwischen hat der Philips-Konzern in Eindhoven Berichte dementiert, wonach er bereit sei, seine 24,5prozentige Beteiligung an der Grundig AG zurückzugeben. Ein Sprecher erklärte, Philips sei bei allen Gesprächen über dieses Thema niemals gefragt worden, ob es sein Paket abgeben wolle. Die Frage stelle sich deshalb nicht und man habe keine entsprechenden Pläne. Grundig erklärte dagegen, es sei doch bereits seit längerer Zeit bekannt, daß das Kartellamt habe durchblicken lassen, vielleicht die Zustimmung zu einer Fusion Thomson-Brandt/Grundig zu erwägen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Brühl: Bergo Fleisch GmbH, Hürth-Kalscheuren; **Butzbach:** Fleischhandel Schneider GmbH; **Düsseldorf:** Nachl. d. Rechtsanwälte Klaus Flume, Inh. e. Rechtsanwaltspraxis und eines Reinigungsbetriebes; center-griswold Werbeagentur GmbH & Companie KG, Angermund; center-griswold Werbeagentur GmbH, Angermund; Atlantis-Video-Vertriebsges. mbH; Quintessence Innenausbau GmbH & Co. KG, Hilden; **Fürth:** Wilhelm Schmitt, Gorxheimertal/Unter-Flockenbach; **Kiel:** Nachl. d. Herbert Stöcken; **Ludwigshafen/Rhein:** Böspflug & Müller, Inh. Margarete Müller, Mundenheim; **Mainz:** Walke Hoch- und Tiefbau GmbH; **Saarbrücken:** Nachl. d. Hartwin Walter Porta; **Weilheim:** Selectron GmbH Elektronische Bauteile u. Geräte i. L., Berg 1; **Wolfratshausen:** Nachl. d. Alois Michael Verthold, Waakirchen; **Wuppertal:** Bernhard Richter, Velbert 1.

Konkurs beantragt: Neuwied: Paul Firn KG, Glas-Instrumentenfabrik, Breitscheid.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Goodyear ertragsstabil

Köln (VWD) – „Wir sind eine Insel der Stabilität im unruhigen deutschen Reifenmarkt. Noch nie hatten wir eine so gute Ausgangslage wie zu Beginn des Jahres 1983", so beschrieb der Chef der Deutsche Goodyear GmbH, Köln, Gieselmann, die Lage seines Unternehmens. Bei der Tochter des US-Konzerns The Goodyear Tire and Rubber Co, Akron/Ohio, stieg der Umsatz um 8,7 Prozent auf 493,2 Mill. DM, der Gewinn nach Steuern um 37 Prozent auf 13,8 Mill. DM. Die Marktanteile konnten bei rückläufigem Reifenmarkt gehalten, zum Teil erhöht werden. Die Mutter erhält wieder eine Dividende von voraussichtlich 11,5 (11,8) Mill. DM.

Asta-Werke mit Gewinn

Bielefeld (dos) – Die mehrheitlich zur Degussa AG gehörende Asta Werke AG Chemische Fabrik, Bielefeld, weist für das Geschäftsjahr 1981/82 (30. 9.) einen Bilanzgewinn von 1,18 Mill. DM aus. Der Hauptversammlung am 10. März wird vorgeschlagen, daraus wieder 0,4 Mill. DM der freien Rücklage zuzuweisen und 0,41 Mill. DM auf neue Rechnung vorzutragen. Die restlichen 0,37 Mill. DM entfallen auf den zusätzlichen steuerlichen Aufwand.

Factoring Bank im Aufwind

Frankfurt (cd.) – Die Deutsche Factoring Bank, Bremen, Tochter von acht Landesbanken, berichtet über einen Umsatzzuwachs um 31 Prozent im Inlandsgeschäft und um 7 Prozent im Exportfactoring. Motor der inländischen Geschäftsexpansion war nach Aussage des Instituts die Sorge vieler Firmen vor Forderungsverlusten und die starke Mittelbindung in den Außenständen als Folge längerer Zahlungsziele. Im Auslandsgeschäft ist die Bank in 22 Industrieländern mit mehr als 50 Korrespondenten vertreten. Erwartet wird auch in diesem Jahr ein gutes Geschäft, besonders im Export.

Ringfonds gewachsen

Frankfurt (cd.) – Der vom Außendienst der Versicherungsunternehmen Deutscher Ring vertriebene „Ring-Rentenfonds DWS" erzielte im letzten Jahr einschließlich wiederangelegter Vorjahresausschüttung einen Wertzuwachs von 15 Prozent, der „Ring-Aktienfonds DWS" ein Plus von 9,2 Prozent. Das Vermögen der beiden Fonds stieg um knapp 31 auf 305 Mill. DM; dazu steuerte das Mittelaufkommen gut 16 Mill. DM bei, von dem entgegen dem Allgemeintrend in der Branche 2,2 Mill. DM in die Aktienfonds floß.

Neuer Firmenname

Barsinghausen (dos) – Die Teves-Thompson GmbH, Barsinghausen, firmiert jetzt unter TRW Thompson GmbH. Damit, so heißt es in einer Mitteilung, soll die Zusammengehörigkeit mit der Muttergesellschaft, der TRW Inc. in Cleveland/USA, auch äußerlich sichtbar werden. Das Unternehmen gehört zu den führenden europäischen Herstellern von Ventilen, Kolbenringen und Zylinderlaufbuchsen.

NAMEN

Franz Biemann, Hauptbevollmächtigter der Ersten Allgemeinen Versicherungs-AG, Direktion für Deutschland, ist in den Ruhestand getreten. Zu seinem Nachfolger wurde **Charles W. Brauer** ernannt.

Hanns Detlef Deegener (43), vormals bei Volvo Deutschland, ist zum Dekra (Deutscher Kraftfahrzeug-Überwachungs-Verein e. V.) nach Stuttgart gewechselt. Am 1. Dezember 1982 hat er zusätzlich die Geschäftsführung der ASA Karosseriewerkstatt GmbH & Co. KG, Altensteig, übernommen.

Dr. Norbert Winter ist zum stellvertretenden Vorstandsmitglied der Nürnberger Lebensversicherung AG und der Nürnberger Allgemeine Versicherungs-AG, Nürnberg, bestellt worden.

Dr. Knud Michael Teichmann, Vorstandsmitglied der Partner-Gruppe Krankenversicherung AG, Offenbach, ist zum Vorstandsmitglied der Partner-Gruppe Lebensversicherung AG, Offenbach, bestellt worden.

Rolf Schwarz-Schütte (62), Chef des Pharma-Unternehmens Sanol-Schwarz GmbH, Monheim, ist für den zum Jahresende ausscheidenden **Friedrich Conzen** als neuer Präsident der Industrie- und Handelskammer Düsseldorf im Gespräch. Ebenfalls zum Jahresende wird IHK-Hauptgeschäftsführer **Dr. Klaus Boisserée** ausscheiden.

SPIELWARENMESSE / Umsatzrückgang zweistellig – Vorsichtiger Optimismus

Der Fachhandel ordert verhalten

WERNER NEITZEL, **Nürnberg**

Mit vorsichtigem Optimismus, der sich auf ein rückläufiges Zinsniveau und auf die sinkende Inflationsrate gründet, beurteilt der Spielwaren-Fachhandel seine Aussichten für 1983. Dabei wird allerdings kein Hehl daraus gemacht, daß sich die um die Jahresmitte anstehenden Mehrwertsteuer-Erhöhung sowie die Kürzung von Sozialleistungen negativ auf den Spielwarenabsatz auswirken können.

Im vergangenen Jahr haben die Spielwaren-Fachgeschäfte einen Umsatzrückgang von 5 bis 6 Prozent auf rund 1,3 Mrd. DM hinnehmen müssen, real dürfte dieser zweistellig ausgefallen sein. Auf den Nachfragerückgang reagierte der Fachhandel mit einer verhalteneren Einkaufspolitik. Auf der Nürnberger Spielwarenmesse (3. bis 9. Februar) war freilich bisher noch keine wesentlich größere Orderfreude erkennbar.

Steiff-Tiere erfolgreich

Die Plüschtiere der Margarete Steiff GmbH, Giengen, und insbesondere der Teddybär, errangen auf den Auslandsmärkten ansehnliche Umsatzerfolge. Insgesamt erhöhte sich der Umsatz dieses traditionsreichen Unternehmens in 1982 um 3,9 Prozent auf 42,4 Mill. DM. Dabei nahm der Exportanteil auf 28 (21) Prozent zu. Während im Inlandsgeschäft, das etwas unter dem Vorjahresniveau lag, der Umsatz über den Fachhandel um 4,3 Prozent anstieg, verringerten sich die Sondergeschäfte im Zusammenhang mit dem Einsatz von Steiff-Tieren zu Werbezwecken.

Faller baut ab

Absatzprobleme im Bereich der Autorennbahnen waren ausschlaggebend dafür, daß bei der Gebr. Faller GmbH, Gütenbach, in 1982 der Umsatz, der bei 30 Mill. DM liegen dürfte, um 4 bis 5 Prozent zurückging. Stabil sei indessen die Entwicklung bei der Spieleisenbahn verlaufen, die zusammen mit der Autorennbahn etwa 40 Prozent des Umsatzes ausmacht. Der Umsatzschwerpunkt (50 bis 60 Prozent) liegt nach wie vor im Zubehörsektor für Modelleisenbahnen. Die Exportquote wird mit 20 Prozent angegeben. Derzeit werde kurzgearbeitet. Die Beschäftigtenzahl wurde von 400 auf 320 abgebaut.

Fleischmann schrumpft

Beim Modellbahnenbauer Gebr. Fleischmann, Nürnberg, verlief das Geschäft in 1982 ein wenig im Rückwärtsgang. Der Umsatz verringerte sich um 5 Prozent auf 43,2 (45,5) Mill. DM. Stärker als das Inlandsgeschäft, das nur ein kleines Minus brachte, litt dabei der Export, dessen Anteil am Umsatz nunmehr 26 Prozent beträgt. Hauptabnehmerland im europäischen Ausland ist Holland. Nach Angaben der Firmenleitung habe sich das neue Jahr gut angelassen. Das Unternehmen sei voll beschäftigt. Im vergangenen Jahr war verschiedentlich Kurzarbeit eingeschaltet worden.

Im Verlauf ausländische Käufe

Die Kurse der internationalen Spitzenaktien zogen an

DW. – Die Dienstagbörse zeigte wieder einmal die Abhängigkeit der deutschen Aktienmärkte von ausländischen Aufträgen. Nachdem die Notierungen freundlich eingesetzt hatten, verließ zur Mitte der Börsenzeit den Berufshandel der Mut, weil Anschlußaufträge der Bankenkundschaft ausblieben. Als aber um etwa 13.30 Uhr Kauforders aus der Schweiz hereinkamen, belebten sich Optimismus und Geschäft, so daß vor allem die Notierungen der international gehandelten deutschen Spitzenwerte heraufgesetzt wurden. Dazu mag auch beigetragen haben, daß die Börsianer unter sich jetzt den voraussichtlichen Stimmenanteil der FDP bei der Bundestagswahl mit 7 Prozent und steigender Tendenz (Geld) bewerten.

Weiter gefragt waren die Farbennachfolger, wobei die Kurserhöhungen wegen der breiten Märkte nur bis knapp 2 DM reichten. Unter den nur wenig veränderten Autopapieren erwiesen sich BMW mit einem Kursanstieg um rund 3,50 DM auf 244 DM erneut als Renner. Lebhaft auch das Siemensgeschäft bei zeitweise 1,50 DM Kursgewinn. Unter den Stromversorgern nur HEW (minus 1 DM) und Bekula (minus 2 DM), die beiden großstädtischen Unternehmen von Hamburg und Berlin, leicht unter Druck. Mit Kursgewinnen bis vorübergehend 2,50 DM neuentdeckt wurden Großbanken, die zuletzt ein wenig im Schatten gelegen hatten. Nur knapp behauptet die Montane. Gefragt dagegen Mannesmann, die um 3 DM anzogen. Am Maschinenbaumarkt gab es Gewinne bis 4 DM.

Düsseldorf: Keramag erhöhten sich um 3 DM auf 150 DM. DAT stiegen um 3 DM auf 328 DM und Stolberger Zink verbesserten sich um 30 DM auf 1100 DM. Stinnes fielen um 5 DM auf 470 DM und Allianz Leben schlossen mit einem Minus von 15 DM auf 1805 DM ab.

Frankfurt: Am Dienstag blieb der Aktienmarkt freundlich. Standardwerte waren bis zu 3,50 DM verbessert. Von Neben- und Spezialwerten blieben Steigenberger 1070 DM (plus 20 DM), Dyckerhoff-Stämme 165 DM (minus 6 DM), Eichbaum 177 DM (plus 7 DM) sowie Hutschenreuther 225 DM (plus 7,50 DM). Im Freiverkehr gaben Riebeck um 9,40 DM auf 161 DM nach.

Hamburg: NWK St. wurden zu 191 DM minus 5 DM notiert, NWK Vz. waren mit 156,50 DM unverändert. Hypothekenbank Hamburg gingen zu 406 DM minus 2 DM, Vereins- und Westbank mit 285 DM aus dem Markt. Conti Gummi konnten sich bei 73,80 DM und Phoenix Gummi bei 77,80 DM behaupten. Für Hapag wurden 42,80 DM minus 0,50 DM bezahlt.

München: Agrob St. verminderten sich um 5 DM auf 340 DM. Audi NSU stiegen um 3 DM auf 146 DM. Grünzweig zogen um 2,50 DM auf 172,50 DM an. Leonische Draht verbesserten sich um 6 DM auf 267 DM und Pegulan St. erhöhten sich um 6,50 DM auf 182,50 DM.

Berlin: Dt. Hypobank Berlin erholten sich um 3,50 DM. Berliner Kindl und Orenstein um je 1 DM. Herlitz Vorzüge ermäßigten sich um 6 DM, Kempinski um 2 DM, Bekula um 1,30 DM und DeTeWe um 1 DM.

Nachbörse: abwartend

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München

Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausländische DM-Anleihen

"Vorags-Kurs, alle Kursangaben sind ohne Gewähr für Übermittlungsfehler

Junge Aktien

D – Düsseldorf, F – Frankfurt, H – Hamburg, Hn – Hannover, B – Berlin, Br – Bremen, M – München, S – Stuttgart.

Düsseldorf

Ausland

New York | Toronto | London | Mailand | Amsterdam | Tokio | Zürich | Madrid | Paris | Wien | Kopenhagen | Brüssel | Hongkong | Singapur | Sydney

Wien

	8. 2.	7. 2.
Creditanstalt-Bkv Vz.	208	208
Gösser-Brauerei	192	–
Länderbank Vz	205	205
Österr. Brau AG	186	186
Perlmooser	260	260
Reininghaus	–	240
Schwechater Br	139	–
Semperit	–	–
Steyr-Daimler-P	151	153
Universale HochTief	193	–
Veitscher Magnesit	177	177
Index	48,95	49,17

Kopenhagen

	8. 2.	7. 2.
Den Danske Bank	197	196,75
Jyske Bank	314	318,50
Kopenh. Handelsbk.	195	195
Novo Industri	2085	2065
Privatbanken	183,5	182
Ostasiat. Komp.	97	92,75
Dan. Sukkerfabr	408,75	408
For. Bryggerier St	665	665
Kgl. Porc. Fabr	214,5	214,50

Brüssel

	8. 2.	7. 2.
Arbed	1102	1098
Brux. Lambert	1585	1555
Cockerill Ougrée	95	96
Ebes	2015	1980
Gevaert	1785	1735
Kredietbank	–	–
Petrofina	4630	4640
Soc. Gén. d. Belg	1350	1330
Sofina	3950	3940
Solvay	2320	2295
UCB	2830	2830
Index	104,67	103,82

Singapur

	8. 2.	7. 2.
Cycle - Car	3,62	3,56
Cold Storage	4,48	4,46
Dev. Bk. of Sing.	8	7,95
Fraser + Neave	7,40	7,35
Kl. Kepong	2,37	2,35
Mal. Banking	6,50	6,55
Nat. Iron	7,50	7,20
OCBC	9,10	9,10
Sime Darby	2,31	2,27
Singapur Land	7	7
Un. Overs. Bank	3,98	3,96

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 8. 2.: Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8⅞–9⅛	5¾–6	2⅞–3¼
3 Monate	9¼–9½	5¾–6	3 –3¼
6 Monate	9⅜–9⅞	5¾–6	3½–3¾
12 Monate	9⅞–10⅛	5⅞–6⅛	3¾–4

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 8. 2.: Tagesgeld 5,95–6,00 Prozent; Monatsgeld 5,65–5,75 Prozent; Dreimonatsgeld 5,85–6,00 Prozent.

Privatdiskontsätze am 8. 2.: 10 bis 29 Tage 4,80 G / 4,65 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,80 G / 4,65 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 8. 2.: 5 Prozent; Lombardsatz: 6 Prozent.

Ostmarkkurs am 8. 2. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 22,50 Verkauf 25,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 21,50 Verkauf 25,50 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 8. Februar folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1410,00	1711,95
10 US-Dollar (Indian)**)	998,00	1263-34
5 US-Dollar (Liberty)	418,00	568,39
1 £ Sovereign alt	279,00	337,87
1 £ Sovereign Elizabeth II	276,00	334,48
20 belgische Franken	211,00	273,33
10 Rubel Tscherwonez	297,00	363,86
2 südafrikanische Rand	278,00	336,74
Krüger Rand, neu	1235,00	1440,75
Maple Leaf	1235,00	1440,75
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	284,00	354,82
20 schweiz. Franken „Vreneli"	236,00	294,93
20 franz. Franken „Napoléon"	236,00	294,93
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1145,00	1361,65
20 österr. Kronen (Neuprägung)	231,00	283,63
10 österr. Kronen (Neuprägung)	121,00	158,68
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	532,00	640,71
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	126,00	164,98

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 6,5 % Mehrwertsteuer

Devisen

Etwas überraschend hielt der Kursdruck auf den US-Dollar, der sich gestern andeutete, an. Nachdem am 8. 2. in New York schon bis 2,4415 gehandelt wurde, begann man in Europa bei 2,4480 ehe es zu einem scharfen Rückgang bis 2,4280 kam. Neue Gründe waren nicht zu erkennen, wenn man von den besseren Wahlchancen für die Christdemokraten absieht, was wohl auch im Ausland zur Kenntnis genommen wird. Die amtliche Notiz wurde mit 2,4323 ohne Mitwirkung der Deutschen Notenbank festgestellt. Schwächer notierten in unterschiedlichem Ausmaße auch alle anderen amtlich notierten Währungen im Sog des Dollarkurses. Dollar in: Amsterdem 2,6795; Brüssel 47,7450; Paris 6,8990; Mailand 1400,05; Wien 17,0670. Pfundd/Dollar 3.748.

Devisenterminmarkt

¼ Prozentpunkte niedrigere Dollar-Zinssätze sorgten am 8. Februar dafür, daß die Dollar-Deports etwas schrumpften.

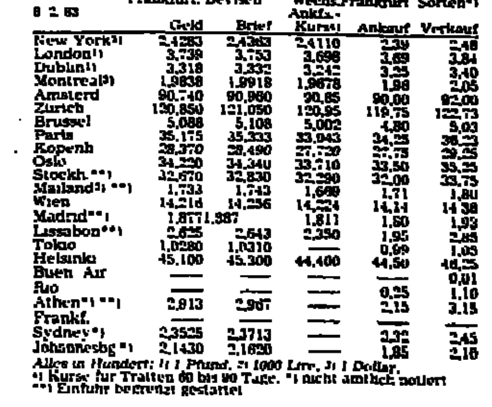
	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,64/0,54	2,16/2,06	4,60/4,40
Pfund/Dollar	0,25/0,22	0,60/0,56	0,87/0,82
Pfund/DM	2,17/0,77	5,44/4,04	9,69/8,28
FF/DM	39/23	87/71	132/116

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/1 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,73) – 7,00 (6,13) – 7,25 (6,38) – 7,75 (6,62) – 8,50 (6,88). Ausgabe 1983/2 (Typ B) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,75) – 7,50 (6,16) – 7,25 (6,43) – 7,75 (6,70) – 8,50 (6,99) – 8,50 (7,21)

Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,60, 2 Jahre 6,48.

Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,25, Kurs 98,8, Rendite 7,55

Devisen und Sorten

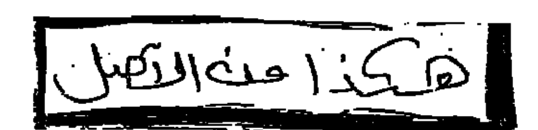


8. 2. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs. Frankfurt Ankfs.-Kurs¹)	Sorten*) Ankauf	Verkauf
New York³)	2,4283	2,4363	2,4110	2,39	2,48
London¹)	3,739	3,753	3,698	3,69	3,84
Dublin¹)	3,318	3,332	3,242	3,25	3,40
Montreal³)	1,9838	1,9918	1,9678	1,98	2,05
Amsterd.	90,740	90,960	90,85	90,00	92,00
Zürich	120,850	121,050	120,95	119,75	122,73
Brüssel	5,088	5,108	5,002	4,80	5,03
Paris	35,175	35,333	33,943	34,25	36,23
Kopenh.	28,370	28,490	27,720	27,75	29,25
Oslo	34,220	34,340	33,710	33,50	35,25
Stockh.**)	32,670	32,830	32,290	32,00	33,75
Mailand²) **)	1,733	1,743	1,699	1,71	1,80
Wien	14,216	14,256	14,224	14,14	14,38
Madrid**)	1,877	1,987	1,811	1,60	1,93
Lissabon**)	2,625	2,643	2,350	1,95	2,85
Tokio	1,0280	1,0310	—	0,99	1,05
Helsinki	45,100	45,300	44,400	44,50	46,25
Buen. Air.	—	—	—	—	0,01
Rio	—	—	—	0,25	1,10
Athen*) **)	2,913	2,967	—	2,15	3,15
Frankf.	—	—	—	—	—
Sydney*)	2,3525	2,3713	—	2,32	2,45
Johannesbg.*)	2,1430	2,1620	—	1,85	2,10

Alles in Hundert: ¹) 1 Pfund, ²) 1000 Lire, ³) 1 Dollar.
*) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage. *) nicht amtlich notiert
**) Einfuhr begrenzt gestattet

Optionshandel

Frankfurt: 8. 2.: 401 Optionen, 21 550 (25 200) Aktien. Kaufoptionen: AEG 6-3,90, 2-2,30, BASF 6-..., 3-8,50, 2-5, Bayer 6-9,50, 3-5,60, 2-5, BMW 6-30, ... Bewag 6-6,50, Conti 6-6,30, Deutsche Babcock Vorzüge 2-10, Degussa 6-24, GHH 3-12, Hoechst 6-8, ... 2-5, Hoesch 6-4,90, 2-2,50, Karstadt 2-11, Klöckner 6-7, 3-4, Lufthansa Vorzüge 6-8,30, 3-6,50, Mannesmann 6-12,50, 2-6,40, Preussag 2-7,30, RWE ..., RWE Vorzüge 6-10,60, 3-10,40, Thyssen 6-6,70, ... 2-4, Varta 3-13, 2-8, VW 6-14, Commerzbank ..., Deutsche Bank 2-10, Dresdner Bank 6-12,60, ... Chrysler 6-4,80, Sperry Rand 6-10, Xerox 6-10, ... Dutch 6-6,60, Norsk Hydro 6-11. Verkaufsoptionen: AEG 2-1,50, 6-2,40, Bayer 6-4, BBC 6-12,20, ... 6-1,85, Deutsche Babcock 3-6,50, Hoechst 6-3, ... 2-1,60, 3-2, Karstadt 6-12,60, Klöckner 3-2,..., Lufthansa 3-4,60, 6-5,40, Lufthansa Vorzüge ... 6-5, Preussag 2-5, 3-6, Schering 2-6, 3-10, Siemens 2-6,90, 6-8,90, VW 3-5,60, 6-6,90, Commerzbank ..., Deutsche Bank 2-6, Chrysler 2-3,70, IBM 3-..., 2-5, 3-6,50, Royal Dutch 2-3,50, Unilever 2-5,60.





Warenpreise – Termine

…icht verbessern konnten sich die Goldnotierungen Montag an der New Yorker Comex. Etwas schwächer …ossen dagegen die Kupfer- und Silbernotierungen. …chläge verzeichneten auch Kaffee und Kakao.

…eide und Getreideprodukte

	7. 2.	4. 2.
…Chicago (c/bush)		
	341,00	344,50
	349,50	352,50
	355,00	357,70
…Winnipeg (can. $/t) Board of	7. 2.	4. 2.
…ance 1 CW	235,06	234,31
…Durum	216,31	214,51
…Winnipeg (can. $/t)		
	116,60	116,60
	120,10	120,20
	123,50	123,80
…Winnipeg (can. $/t)		
	99,80	99,80
	98,40	98,40
	98,40	98,40
…Chicago (c/bush)	7. 2.	4. 2.
	160,25	159,00
	168,25	167,25
	176,50	175,00
…Chicago (c/bush)		
	285,50	268,50
	274,00	278,25
	280,50	282,75
…Winnipeg (can. $/t)	7. 2.	4. 2.
	106,00	106,30
	107,20	108,00
	109,70	110,10
…, New Orleans ($/cwt)	4. 2.	3. 2.
	9,58	9,60
	9,77	9,85
	9,98	10,00
	9,55	9,65
…geschält, New Orleans ($/cwt)		
	17,20	17,20
	17,30	17,30
	17,20	17,50

Genußmittel

	7. 2.	4. 2.
Kaffee New York (c/lb)	7. 2.	4. 2.
Terminkontr. März	126,56	124,80
Mai	122,85	121,15
Juli	121,40	119,50
Kakao New York ($/t)		
Terminkontr. März	1845	1903
Mai	1879	1926
Juli	1891	1935
Umsatz	6042	5530
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 März	6,67	6,50
Mai	6,84	6,68
Juli	7,17	6,89
Sept.	7,50	7,34
Okt.	7,52	7,63
Umsatz	7 241	7 454
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	7. 2.	4. 2.
	6,23	6,23
Kaffee London (£/t) Robusta-	7. 2.	4. 2.
Kontr. März	1703–1704	1672–1673
Mai	1646–1648	1606–1607
Juli	1571–1573	1532–1536
Umsatz	3804	3291
Kakao London (£/t)	7. 2.	4. 2.
Terminkontrakt März	1353–1354	1352–1353
Mai	1354–1355	1366–1367
Juli	1363–1364	1383–1384
Umsatz	7876	11934
Zucker London (£/t)		
Rohzucker März	113,50–113,70	110,90–111,10
Mai	116,65–116,75	114,35–114,45
Aug.	124,80–124,90	122,10–122,20
Okt.	130,70–131,00	128,50–128,80
Dez.	136,75–138,00	135,00–136,00
März	–	142,00–145,50
Umsatz	2902	2046

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	7. 2.	4. 2.
schw. Sarawak spez.	305,00	305,00
weißer Sarawak	270,00	270,00
weißer Muntok	337,50	342,50
Orangensaft New York (c/lb)	7. 2.	4. 2.
März	105,35	106,70
Mai	106,15	107,60
Juli	107,35	108,60
Sept.	108,56	109,70
Nov.	109,20	110,20
Umsatz	-	700

Öle, Fette, Tierprodukte

	7. 2.	4. 2.
Erdnußöl New York (c/lb)	7. 2.	4. 2.
Südstaaten fob Werk	25,50	25,50
Maisöl New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	24,00	24,00
Sojaöl Chicago (c/lb) März	17,20	17,38
Mai	17,60	17,77
Juli	17,96	18,16
Aug.	18,15	18,32
Sept.	18,25	18,45
Okt.	18,40	18,55
Dez.	18,60	18,80
Baumwollsaatöl New York (c/lb) Mississippi-Tal	17,25	17,00
Schmalz Chicago (c/lb) loco lose	16,00	16,00
Choise white hog 4% fr. F.	14,375	14,375
Talg New York (c/lb) top white	15,25	15,25
fancy	14,75	14,75
bleichfähig	14,25	14,25
yellow max. 10% fr. F.	11,50	11,50
Schweine Chicago (c/lb) Febr.	58,97	58,75
April	54,70	54,45
Juni	55,90	55,85
Schweinebäuche Chicago (c/lb) Febr.	90,30	81,00
März	79,87	80,50
Mai	80,02	80,65

Häute Chicago (c/lb)	7. 2.	4. 2.
Ochsen einh. schwere River Northern	37,00	38,00
Kühe einh. schwere River Northern	48,00	52,00
Sojabohnen Chicago (c/bush)		
März	589,50	594,50
Mai	604,00	609,00
Juli	616,75	622,50
Aug.	620,00	625,00
Sept.	622,00	526,00
Nov	631,00	635,00
Jan.	643,00	647,50
Sojaschrot Chicago ($/sht)		
März	177,70	178,70
Mai	180,90	181,60
Juli	184,40	185,20
Aug	185,40	186,50
Sept.	186,50	187,20
Okt.	187,50	180,10
Dez	191,50	191,80
Leinsaat Winnip. (can. $/t)	7. 2.	4. 2.
März	289,80	290,00
Mai	297,10	297,00
Juli	303,10	303,10
Kokosöl New York (c/lb)	4. 2.	3. 2.
Westküste fob Werk	20,00	20,00
Erdnußöl Rotterdam ($/t)	8. 2.	7. 2.
jegl. Herk. cif	452,50	400,00
Leinöl Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	390,00	360,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	360,00	360,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	106,50	107,75
Kopra Rotterdam ($/t) Phil./Indon. cif	–	–
Kokosöl Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	452,50	455,00
Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	259,00	260,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	7. 2.	4. 2.
Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2	7. 2.	4. 2.
März	65,63	65,58
Mai	67,00	57,05
Juli	68,07	68,15
Okt.	66,95	67,06
Dez	67,35	67,37
März	68,70	69,00
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis loco RSS-1	46,00	45,875
Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuz. Nr 2	7. 2.	4. 2.
März	350–358	352–359
Mai	370–374	367–370
Aug.	391–393	390–394
Umsatz	22	173
Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	4. 2.	3. 2.
Mai	44,00	43,60
Juli	44,50	44,00
Okt.	45,20	44,50
Dez.	45,50	45,20
Umsatz	40 500	11 250
Tendenz: nominell		
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	7. 2.	4. 2.
März	541,0–542,0	540,0–543,0
Mai	561,0–561,5	560,0–562,0
Juli	568,0–570,0	569,5–570,0
Umsatz	53	245
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	7. 2.	4. 2.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00
Brazilian Type 2	–	–
Brazilian Type 3	–	–
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	7. 2.	4. 2.
Febr.	14 155	14 202
März	14 281	14 202
Kautschuk London (p/kg)	7. 2.	4. 2.
Nr. 1 RSS loco	59,75–60,75	59,25–60,00
März	62,30–62,80	60,70–60,80
April	62,90–63,30	61,00–61,20
April/Juni	64,00–64,20	61,60–62,00
Tendenz: 411		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	7. 2.	4. 2.
Nr. 1 RSS loco	200,00–201,00	196,50–197,50
Febr.	200,00–200,50	196,50–197,00
März	205,00–205,50	201,00–201,50
Nr. 2 RSS Febr.	194,50–195,50	190,75–191,75
Nr. 3 RSS Febr.	193,00–194,00	189,25–190,25
Nr. 4 RSS Febr.	195,50–186,50	131,50–192,50
Tendenz: stetig		

Jute London (£/lgt)	7. 2.	4. 2.
SWC	414,00	414,00
SWD	390,00	350,00
BTC	350,00	390,00
STD	350,00	350,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg, 1 R – 76 WD – (-) BTC – (-) BTD – (-)

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	8. 2.	7. 2.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	108,56–108,65	110,39–110,58
drittfolg. Monat	113,06–113,15	114,54–114,73
Zink: Basis London		
laufend. Monat	166,25–166,63	166,05–166,43
drittfolg. Monat	171,85–172,08	171,91–172,09
Produz.-Preis	182,72–194,50	186,15–199,56
Reinzinn 99,9%	3461–3456	3451–3485

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	8. 2.	7. 2.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	397,59–399,85	397,59–399,85
Blei in Kabeln	116,25–117,25	118,00–119,00
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	370–372	370–372
Vorziehdraht	387	387

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller.

Messingnotierungen

	8. 2.	7. 2.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	335–340	335–340
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	372–376	372–376
MS 63	377–379	377–379

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn	7. 2.	4. 2.
ab Werk prompt (Ring./kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	8. 2.	7. 2.
Leg. 225	234–249	234–249
Leg. 226	237–251	237–251
Leg. 231	280–295	280–295
Leg. 233	295–311	295–311

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	8. 2.	7. 2.
Platin (DM je g)	39,80	39,80
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	39 500	39 500
Rücknahmepr.	38 700	38 700
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	39 330	39 420
Rücknahmepr.	38 150	38 240
verarbeitet	41 270	41 370
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	38 990	39 095
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	1121,00	1109,90
Rücknahmepr.	1061,80	1070,00
Verarbeitet	1170,00	1156,00

Internationale Edelmetalle

	8. 2.	7. 2.
Gold (US-$/Feinunze) London		
10.30	-	489,00
15.00	497,25	490,25
Zürich mittags	497,50–498,50	489,00–489,00
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	111 500	112 200
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	914,10	923,75
3 Monate	937,95	899,75
6 Monate	961,00	946,85
12 Monate	1014,00	1000,75
Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	7. 2. 302,75	4. 2. 309,35
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	85,20	85,45

New Yorker Preise	7. 2.	4. 2.
Gold H & H Ankauf	490,25	499,50
Silber H & H Ankauf	1402,00	1431,00
Platin fr. Händlerpr.	475,00–481,00	475,00–481,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	129,00–131,00	129,50–131,50
Produz.-Preis	140,00	140,00
Silber (c/Feinunze)		
Febr.	1393,00	1395,00
März	1402,20	1403,00
Mai	1411,90	1425,00
Juli	1423,50	1432,00
Sept.	1443,00	1455,00
Dez.	1463,90	1473,30
Jan.	1502,00	1509,80
Umsatz	31 000	23 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	7. 2.	4. 2.
Febr.	73,25	73,65
März	74,00	74,40
Mai	75,30	75,85
Juli	77,95	77,20
Sept.	79,70	78,35
Dez.	80,50	80,15
Jan.	81,50	80,60
Umsatz	11 000	14 000

Londoner Metallbörse

	8. 2.	7. 2.
Aluminium (£/t) Kasse	760,00–765,50	758,00–769,00
3 Monate	780,00–785,50	786,50–789,00
Blei (£/t) Kasse	289,00–290,50	295,00–298,00
3 Monate	304,89–305,90	304,80–305,28
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1084,5–1092,8	1085,0–1086,8
3 Monate	1083,0–1088,8	1092,8–1089,5
abends Kasse	1045,0–1050,0	1089,0–1050,0
3 Monate	1081,5–1082,6	1091,8–1082,0
(Kupfer-Standard) Kasse	1026,0–1026,5	1026,0–1026,0
3 Monate	1055,0–1055,8	1058,0–1065,5
Zink (£/t) Kasse	443,00–444,80	442,80–443,80
3 Monate	456,86–458,50	456,38–458,80
Zinn (£/t) Kasse	8430–8435	8480–8485
3 Monate	8425–8438	8438–8438
Quecksilber $/Fl.	324–340	328–340
Wolfram-Erz ($/Einheit)	77–83	77–83

Bundesanleihen

		8. 2.	7. 2.
4 Abl. 57*	4/84	100,45G	100,45G
6 Bund 63 II	4/83	99,95G	99,95G
8½ dgl. 75	1/83	100,3	100,55G
8 dgl. 75 I	6/83	100,7	100,7
8 ¼ dgl. 75	6/83	100,75	100,75G
8 dgl. 75 II	7/83	100,75	100,95
5½ dgl. 78 I	1/84	99,7bG	99,7
6 dgl. 64 I	1/84	100	100G
8 dgl. 76 I	2/84	102,05	102,05
7 dgl. 77	3/84	100,8	100,8
7½ dgl. 76 II	4/84	101,5	101,5
5 dgl. 78	5/84	99	99
6 dgl. 78 III	9/84	99,1bG	99,1
8¾ dgl. 76	9/84	102,65	102,65G
6 dgl. 78 IV	12/84	99,15	99,2
6¼ dgl. 79	1/85	99,55	99,75
8½ dgl. 73 I	3/85	105,75	105,75
7 dgl. 79	4/85	100,4	100,4
7½ dgl. 79 II	6/85	100,55	100,55
7¾ dgl. 79 I	7/85	101,7	101,8
8 dgl. 76 IV	10/85	102,3	102,[illegible]
5½ dgl. 78 II	3/86	97,45	97,5
5¼ dgl. 78	5/86	96,65	96,65
7¼ dgl. 76 I	12/86	99,9	99,8
6½ dgl. 79	1/87	97,65	97,65
7¼ dgl. 76 II	1/87	99,9	99,9
6¾ dgl. 77	4/87	98G	98
6½ dgl. 77	7/87	96,45	96,45
6 dgl. 77	10/87	94,95	94,95
6 dgl. 78 I	1/88	94,9	94,9
6½ dgl. 78 I	9/88	96,4	96,5
6½ dgl. 78 II	12/88	96,4G	96,4
6¾ dgl. 79	1/89	97,35	97,5
7¼ dgl. 79 I	4/89	98,35	98,6
10 dgl. 81	4/89	109,55	109,45
7½ dgl. 79 I	6/89	98,9	99,15
8 dgl. 79 I	7/89	100,95	100,95
[illegible]			

Bundespost

[illegible]

Länder – Städte

[illegible]

Bundesbahn

[illegible]

Lange Laufzeiten waren gefragt

Am Rentenmarkt überwog am Dienstag die Nachfrage nach öffentlichen Anleihen mit 8–10 Jahren Restlaufzeit, bei denen die Kurse bis um 0,15 Prozentpunkte heraufgesetzt wurden. *Dagegen waren Kurzläufer unter den Öffentlichen eher* angeboten, weshalb die Notierungen hier um 0,15 Prozentpunkte zurückgenommen wurden. Insgesamt aber überwog die Kaufneigung. DM-Auslandsanleihen konnten sich etwa behaupten. Pfandbriefe lagen ruhig und weitgehend unverändert.

Sonderinstitute

	8. 2.	7. 2.
5 DSLB Pf 35	74,5	74,5
6 dgl. Pf 37	85	85
7 dgl. Pf 63	92	92
8 dgl. Pf 118	102	102
5 dgl. KO 36	97	97
5½ dgl. KO 45	96,5	96,5
7 dgl. KO 58	110	110
6½ dgl. KO 67	100	100
8½ dgl. KO 94	100,75	100,75
[illegible]		

	8. 2.	7. 2.
7½ D. GiroKO 101	101,10	101,10
10 dgl. KO 125	104,20G	104,20G
9 dgl. KO 179	105,4G	105,4G
9¾ dgl. KO 180	107,7G	107,7G
9½ dgl. KO 181	108,1G	108,1G
9 dgl. IS/K	101,25G	101,25
6 D.Hyp.Brem. Pf 118	82G	82G
7 dgl. Pf 123	97,15G	97,15
6½ dgl. KO 125	94,45G	94,45G
6 Dt. Pfbr. A. Pf 92	84G	84G
7 dgl. Pf 150	93	93
6½ dgl. Pf 149	87,5G	87,5G
[illegible]		

	8. 2.	7. 2.
8¼ dgl. Pf 174	101,85	101,85
8½ dgl. Pf 175	102,3	102,3
9½ dgl. Pf 178	104,25	104,25
6 dgl. KO 39	82	82
7¾ dgl. KO 173	97	97
9 dgl. KO 180	103,35	103,35
6½ MG.Hyp. Pf. 100	87,5	87,55G
7½ dgl. Pf 111	97,5bG	98
7 dgl. KO 25	94,5bG	94,5
7 Nd.Hyp.W. Pf 28	95	95
6½ dgl. Pf 34	87,5	87
6 dgl. KO 27	84,5	84,5
[illegible]		

Bankschuldverschreib.

[illegible]

7¾ dgl. KO 248	101,25	101,25
7 LKB Pf 27 fr. Bd.Ldkr.	96,5G	96,5G
6½ dgl. Pf 29	92	92
6½ LKB Pf 22 fr. W. Ldkr.	93,5G	93,5G
7 dgl. Pf 45	94G	94G
8 LKB KO 1	100G	100G
6½ Lüb.Hyp. Pf 62	87	87
9 dgl. Pf 92	102,4	102,4
8 dgl. Pf 168	101,7	101,85

Industrieanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Anmerkungen: * Zinsen steuerfrei, Pf = Pfandbriefe, KO = Kommunalobligationen, KS = Kommunalschatzanweisungen, IS = Inhaberschuldverschreibungen, RS = Rentenschuldverschreibungen, S = Schuldverschreibungen (Kurse ohne Gewähr)

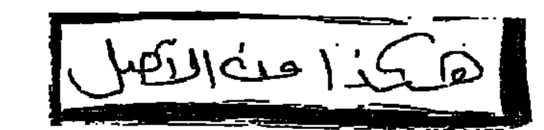
Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

Ausländische Aktien

[illegible]





GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Generalvertreter – Energiesektor

Die Firma SPAROL sucht in der Bundesrepublik Deutschland Einfuhrhändler oder Händler für Energieprodukte, die überall auf der Welt verkauft werden. Der SPAROL Wärmeverbreiter zum Einbau in Ölheizungsanlagen. Einsparung ca. 10–15 %, Verbraucherpreis ca. DM 150,–. Öladditive: Verbrauch ½ l für 1000 l Öl, Verbraucherpreis für ½ l ca. DM 6,–. SPAROL ENERGIEPULVER (Fuelöladditive) – die reine Energie – für größere Kessel und größere Fernheizungsanlagen, Verbraucherpreis DM 6,–.



SPAROL DANMARK APS
Vesterbrogade 187
1800 København V
Dänemark
Rufnummer: 00 45-1-21 28 00

LANVIN

Man kennt uns weltweit! Wir sind einer der führenden anerkannten internationalen Modemacher und -hersteller. Zur Vervollständigung unseres weltweiten, exklusiven Boutique-Netzes suchen wir
Interessenten mit mindestens 200 000 DM Eigenkapital
denen wir die Möglichkeit bieten, im Franchise-System mit uns eine neue Boutique zu eröffnen und zu leiten. Der Standort sollte in bester City-Lage einer deutschen Großstadt sein.
Natürlich sichern wir Ihnen bei Kontaktaufnahme die Diskretion eines seriösen Weltunternehmens zu.
Bitte richten Sie Ihre Anfrage an:
Werbeagentur Münz GmbH, Buchheimer Str. 64–66, 5000 Köln 80.

Kooperation in den USA

Nordamerika ist zwar ein großer, aber auch ein schwieriger Markt. Erfolgssicherung in den USA bedingt klare Voraussetzungen: das richtige Konzept, Durchführbarkeit und Verbindungen. Deutsch-amerikanische Beratungsgesellschaft in den USA, insbes. im Absatz und Marketing erfolgreich tätig, bietet Marktanalyse – Konzept – Kontrolle – Verbindungen – fortl. Beratung und – wenn erforderlich – auch verantwortliche Teilnahme an der Durchführung der Organisation von Vertrieb und Kooperation.
Ernsthafte Zuschriften von Unternehmen, insbes. aus dem mittelständischen Bereich, mit Interesse an Zusammenarbeit bei der Durchsetzung von Exportzielen und der Suche nach Kooperationen erbeten unter Z 3964 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen. Umgehende Antwort bei selbstverständl. Diskretion zugesichert.

Flachdächer

Industrie- u. Lagerhallen, auch mit extrem hohen Spannungen, die immer wieder zu Rißbildungen und zu Wassereinbrüchen führen, sind für uns kein Problem mehr. Mit der Flexothan-Flüssigfolie, die dauerhafte, zähelastische Dachbeschichtung aus Kunststoff und mit unseren Natur-Asphalt-Produkten lösen wir alle Probleme. Auch Ihre! Wir geben langjährige Garantien und arbeiten zu Festpreisen. Fordern Sie bitte Information an.

**Heinrich Schütte Kunststoff + Naturasphaltbeschichtungen
Rostschutz und Industriebödenversiegelung
Vorstadt 11, 645 Hanau, Tel. 0 61 81 / 2 65 71**

Schweizer AG

bietet: konkurrenzlose Kredit-Leasing- u. Factoringfinanzierungen. Konditionen auf DM-Basis, 5–6% eff. – 5 Jahre fest.
sucht: für die BRD Franchisepartner m. Gebietsschutz, minimale Verdienstmöglichkeiten DM 200 000,- bis 300 000,- p. a., erforderl. Kapital DM 50 000,-.
Zuschr. erbeten unter D 4100 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Service Ihrer Verkaufsstrategie 1983

Medien-Exp., ehem. Chefred. Wirtsch.- u. Wissensch.-Journalist, bietet Untern. seine praxisreichen Spezial-Dienste an. Obern. gesamt. Presse- u. Öffentlichkeitsarb., Presse-Konferenzen weltweit. Fördert Bekanntheitsgrad u. Marktant. Aufbau v. Presse-Diensten. Erstllg. kompl. Zeitschrift., Zeitungen u. Bücher, Wirtschaftdokumente f. In- u. Ausland f. Konsulate. Bewält. v. Krisensituat. Hohe Kostensenk.
Erb. Kontakt unter U 3981 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kapazitätsprobleme? IBM-System 34

Unser leistungsfähiges System mit eingearbeitetem Mitarbeiterteam, Standort: Innenstadt, Konstablerwache, verfügt z. Zt. über freie Kapazitäten auch in der Programmierung.
Wir können Ihre EDV-Abteilung tatkräftig unterstützen und entlasten. Bitte nehmen Sie Kontakt auf unter Tel. 06 11 / 2 03 45, oder unter T 39 58 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Auslieferungslager Hamburg

(auch OZL) in unmittelbarer City–Autobahn u. Freihafennähe. Eigener Fuhrpark und tägl. Verteilerverkehre nach Westdeutschland, Niedersachsen und Schlesw.-Holst.



INTERNATIONALE SPEDITION
Wendenstr. 151, 2 Hamburg 26
Tel. 25 74 15 Telex 2 161 957

Wer verkauft Altenwohnungen

Norddeutscher Raum. Wunderschönes Haus mit 46 Altenwohnungen, jeweils mit Dusche od. Bad/WC, kl. Küche u. Balkon. Komfortable Aufenthaltsräume, Schwimmbad, Doppelscherenkegelbahn, Restaurant, überdurchschnittlich gut ausgestattet.
Fremdfinanzierung bis 80% möglich. Anfragen bitte unter Y 3534 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Investieren Sie US-$50 000, verdienen Sie 1 000 000

Unser Anlageplan bietet Ihnen die Möglichkeit, beträchtliches Einkommen mit jährlicher Rendite von 152 % zu erzielen. Die ideale Kapitalanlage für Sie und Ihre Familie, die Ihnen hohes Einkommen auf unbestimmte Zeit garantiert. Mindestanlage US-$ 20 000. Anfragen von Maklern sind willkommen.
Wenden Sie sich für weitere Ausk. an:
GLOBE PLAN SA
24, AV. Mon Repos
CH-1005 Lausanne/Schweiz
Tel.: (0 21) 22 35 12, Telex: 25 185

Flachdächer und Schrägdächer
jetzt endgültig wasserdicht.

Für Industrie- und Werkhallen, Verwaltungsgebäude, öffentliche Gebäude, Krankenhäuser, Schulen und Wohnhäuser gibt es jetzt ein ideales Produkt, um alle Flach- und Schrägdächer absolut wasserdicht zu machen.

Thermoskin

(70 % Wärmereflexion – Emissionsfaktor 0,3 – erhebliche K-Wert-Verbesserung)
ein aus Naturasphalt-Basis hergestelltes Beschichtungsmaterial, beseitigt jetzt alle Probleme im Flach- und Schrägdachbereich. Garantiert dauerhaft.
Die Beschichtung bleibt elastisch, ist total UV-beständig, wird nicht spröde oder rissig.

– Kein Bitumen – kein Kunststoff –

THERMOSKIN konserviert und schützt jegliches Untermaterial. Auch hervorragend geeignet für Außentanks, Leitungssysteme etc., da erstklassiger Korrosionsschutz und Dauerhaftigkeit gegen Nässe, Wärme oder Kälte.
Alleinvertrieb und Verarbeitung:
V + V Verwaltungs- und Vertriebs-GmbH
Kamener Straße 4 · D-4712 Werne
Telefon: 0 23 89 / 80 12 Sa.-Nr. · Telex 8 20 929
Vertretungen zu vergeben für alle PLZ-Gebiete in der Bundesrepublik sowie für Dänemark, Finnland, Frankreich, Norwegen, Portugal, Saudi-Arabien, Schweden, Schweiz, Spanien.

IHR HAUPTBERUFLICHER EINSTIEG!

Suchen Sie einen Geschäftszweig, der krisenunabhängig ist und Ihnen jährlich 80 000,– DM Reingewinn ausschüttet?
Informationen erteilt Ihnen: Firma Ewald Grieshaber, Freiburger Str. 32, 7715 Döggingen, Tel. 0 77 07 / 13 66.

BUSINESS OPPORTUNITIES — PROTECT YOUR FUTURE

Invest in Horizons 2000 and provide permanent security for your entire family for generations to come. Internationally-known accounting firm projected dividends of 100% by the 7th year and over 100% per year by the 9th year. An annual yearly return of 163% for the first 20 years.
Minimum investment US $ 20,000.
For prospectus and complete details in English, French, German, or Arabic, contact:
Globe Plan SA, Mon Repos 24, 1005 Lausanne, Switzerland. Tlx: 25 185

Unternehmensberater

Akademisch geschulte „Alleskönner" des Top-Managements beraten oder übernehmen Geschäftsführung selbst in schwierigsten Krisenlagen. Ruf privat jederzeit: 0 23 35 / 79 65

Er: Verkaufsleiter Sie: Dipl.-Ing.

suchen lukrative Vertretung Großraum Hamburg/Schleswig-Holstein.
Zuschr. erb. u. PD 45981 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Deutschlands bekannteste Video-Partner-Vermittlung

vergibt Lizenzen mit Gebietsschutz im gesamten Bundesgebiet. Hohe Rendite. Erforderliches Eigenkapital DM 20 000. Interessentenzuschriften mit Kapitalnachweis an:
**Unternehmensberatung Klaus Dieter Beermann
Niederdehne 3
4970 Bad Oeynhausen 6**

KAUFMANN

vertritt in Hamburg nebenberufl. Ihre Produkt-/Dienstl.-Interess. Zuschr. erb. u. PH 45 985 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Raum Bremen, 2808 Syke Gewerbegeb. Kleintransportuntern.

mit Lager bis 400 m² übernimmt Auslieferung u. Lagerung.
Tel. 0 42 42 / 6 02 04

Wir suchen einen spritzfähigen Kontaktkleber

mit kurzer Reaktionszeit.
**Gebr. Tilwitz
Hamburg 70
Postfach 70 11 61**

MARKENARTIKEL-UNTERNEHMEN

sucht

zur Auslastung der Vertriebs-Kapazität und zur Abrundung des Angebots in Drogerien, Drogeriemärkten, Lebensmittelhandel, Warenhäusern, C + C- und Verbrauchermärkten

EINGEFÜHRTE PRODUKTE/SORTIMENTE

aus den Bereichen Kosmetik/Körperpflege, Diätetik oder OTC

FÜR DEN VERTRIEB

Das Unternehmen betreibt ein konsequentes Marketing und ist mit einer Anzahl überwiegend marktführender Markenartikel seit Jahren eingeführt. Die Vertriebsorganisation des Unternehmens (über 100 Mitarbeiter im Außendienst) entspricht allen Anforderungen an eine Markenartikel-Organisation nach heutigem Stand. Auslieferung und Abwicklung erfolgen nach modernsten organisatorischen und logistischen Gesichtspunkten.

Die Übernahme des Vertriebes kann nach gegenseitiger Abstimmung kurzfristig erfolgen.

Zur Wahrung **gegenseitiger** Vertraulichkeit haben wir Herrn Willy L. Schmidt, WLS-Marketingberatung, mit der ersten Kontaktaufnahme beauftragt.

Herr Schmidt wird jeden Wunsch nach Vertraulichkeit und entsprechende Vermerke genauestens beachten.

Wir bitten **ausschließlich um schriftliche** Anfragen an

**WLS MARKETINGBERATUNG
Herrn Willy L. Schmidt – persönlich –
Irlenfelder Weg 38 A
5060 Bergisch Gladbach 2**

Büro f. Kommunalplanung

m. umfangreichen Dossiers über Städte u. Gemeinden i. Deutschland, übernimmt kostenl. Vertretung f. Unternehmen b. Standortwechsel u. Neugründung.
Tel. 0 24 04 / 2 31 51

Wir erfüllen Spezialaufgaben

im In- und Ausland. Ermittlungen, Beschaffungen, Überwachungen, Geheimkontakte, Flugzeugeinsatz.
AVB Treuhand, Frauenbergstr. 8, 7967 Bad Waldsee, Tel.: 0 75 24 / 80 48 / 49 / 40, Telex 7 32 774 avb d.

Moderne, seriöse Ehe-/Bekanntschaftsanbahnung vergibt Gebietsvertretungen

Nähere Informationen gegen Schutzgebühr von DM 20,- im Brief oder Scheck (wird bei Beginn angerechnet).
Grossmann – Werbung – Unternehmensberatung
Am Bachacker 4, 6501 Heidesheim

Der Tägliche Submissions-Compaß aus Köln

bringt täglich die neuesten Ausschreibungen der Baubehörden des Bundes, der Länder und der Kommunen. Probenummern kostenlos vom Verlag Ewald Schawe, Beobachter vom Bau seit 1918, Postf. 800 166, 5000 Köln 80, Tel. 02 21/61 31 81

IMMOBILIEN / KAPITALIEN

SCHWEIZ

2.

Verschaffen Sie sich optimale Sicherheit und Unabhängigkeit bei höchster Kontinuität für Ihre

Vermögens- + Kapitalanlage

in der **Schweiz und weltweit.**

Viele wirtschaftliche, steuerliche und persönliche Möglichkeiten bieten sich Ihnen an!

Wir helfen Ihnen



Postadresse Postfach 16
CH-1820 MONTREUX 1
Telex 453 251 scos ch
Tel.: (021) 62 63 71
Ab 13 3 83: (021) 64 12 71

CONSEILS ET ADMINISTRATION INTERNATIONALE DE CAPITAUX ET D'INVESTISSEMENTS

INTERNATIONAL

Avocado-Plantage
Feriensitz mit Rendite
Costa del Sol

Ländlicher **Ferien/Dauerwohnsitz** am Mittelmeer mit **stetigem Geldrückfluß** aus sub-trop. landw. Aktivitäten und zudem **wertsteig. Immobilie** in gesunder Klimazone. Fläche: ca. 10.000 qm, mit Baugenehmigung für ein großzügiges Haus, Infrastruktur komplett und Baumbestand vorhanden, mit 3-jähriger kostenloser Bewirtschaftung. Verwaltung und Vermarktung Ihrer Ernte. KP: 250 TDM.

Angebote erbeten an **Dr. W. Bonenkamp
Ruhrorter Straße 122, 4330 Mülheim/Ruhr 14**

ARENA ALVA Laax-Flims (Schweiz, Graubünden). Vom Ersteller die letzten

Eigentumswohnungen (1½-, 2½- und 3½-Zi.-Whg.)

in der Überbauung **ARENA ALVA** zu verkaufen. Optimale Ausstattung. Angrenzend an Naturschutzgebiet. Auf Wunsch Hoteldienstleistung: Tennis – Squash – Whirlpool – Sauna – Fitness – Restaurants. Günstiger Preis, 70% Bankfinanzierung, Hypothekarzins während 2 Jahre 4% fest. Auf Wunsch Weitervermietung.

1 Helikopterrundflug und 3 Tage Ferienaufenthalt mit Halbpension in Ihrer zukünftigen Ferienresidenz zum Spezialpreis von sfr 500,– für 2 Personen. Bei Wohnungskauf volle Anrechnung.

Auskunft erteilt:
Büro Dr. Jürg Riedl, Hartbertstraße 11, CH-7000 Chur, Tel. 00 41 / 81 22 85 78

Baugrundstück

ca. 750 m² mit Seeblick, Ortsnähe, in Zell am See zu verkaufen.
Zuschriften unter L 4082 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Bad Mergentheim

1 ETW, 59 m² Wfl., 2. OG, in kl. Wohnanlage, 2½ Zi, Einbaukü., Holzdecken, Balkon, unverbaubare Südaussichtslage VHB DM 220 000.–
Immobilien Welt
☎ 0 71 31 / 5 45 39

Linz / Rhein

80 Eigentumswohnungen, auf 5 Objekte verteilt, im Bauherrenmodell oder Ersterwerbermodell zu verkaufen. Herrliche, unverbaubare Aussichtslage auf Rhein, Ahrtal und Eifelpanorama, verkehrsgünstig gelegen, nur 10 Minuten zur BAB Köln–Frankfurt, angenehmes Wohnen durch moderne Architektur in erholsamer grüner Landschaft des rheinischen Westerwaldes, solide Bauqualität. Hier einige Preisbeispiele:!

Eigentumswohnung, 45,96 m², Wohnfläche, DM 126 475 inkl. Grundstücksanteil. 72,31 m² Wohnfläche, DM 193 440,80 und 82,12 m² Wohnfläche DM 212 777,05. Günstige Finanzierung.

Fordern Sie kostenloses Informationsmaterial an oder Sie vereinbaren Sie einfach einen Beschäftigungstermin.

**HOLL, KLEIN & Co., Immobilien Betriebsorganisation GmbH
5460 Linz / Rhein
Tel. 0 26 44 / 47 26**

Taverne (Tessin – Schweiz)

Nur 7 km nördlich von Lugano verkaufen wir die idealen
Eigentumswohnungen
für das Weekend und die Ferien.
1½ Zimmer (49 m²) ab sfr. 80 000,–
3½ Zimmer (87 m²) ab sfr. 137 000,–
Auskünfte und Verkauf:
Fidinam Treuhandgesellschaft A. G.
Via Pioda 14 – CH 6900 Lugano
Tel. 00 41 / 91 / 21 42 24, int. 264 / 265

Tausche Haus

in Deutschland im Raum Stuttgart gegen Farm in Kanada, Südamerika, Australien, Neuseeland oder Südafrika. Zuschr. unt. F 4058 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Hesseln bei Linz /Rhein

Wir verkaufen für die Gemeinde Leubsdorf noch 8 Wochenendhausgrundstücke in herrl., waldreicher Südlage, verkehrsgünstig gelegen, nur 10 Minuten zur BAB Köln–Frankfurt. Kaufpreis vollerschlossen DM 80,-/m². Grundstücksgrößen ab 360 m². Beispiel: 360 x 80,- DM = 28 800,- DM.
Bebauungsmöglichkeit bis 70 m² Grundriß und ausgebautes Dachgeschoß. Als Dauerwohnsitz zugelassen.
Anfragen an:
**J. KLEIN GmbH
Asbacher Str. 116
5460 Linz / Rhein
Tel. 0 26 44 / 47 26**

Privatverkauf

Wildberg/Schwarzwald.
1-Fam.-Haus, Hanglage. Vollmöbliert. 7,5 ar. 300 000,– DM
Angebote unt K 4061 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

CLUB

Exkl. Hostessenclub, Raum Mannheim, konkurrenzlos, sehr guter Verdienst, 50% Anteil, 1 Haus m. ca. 80 Parkplätzen, sehr gute Lage.

Zuschriften erbeten unter E 4013 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

AMSTERDAM

Erstklassige Häuser im Zentrum
Fest vermietet, zuverlässig verwaltet.
Gesetzliche Mieterhöhung jährlich 7 %
PREIS = 9-JAHRESMIETE
z. B.: Wohnhaus: renoviert
Mieteinnahmen: 10.300,– DM
Preis: 92.000,– DM Bar 50 %
Bildprospekt anfordern!
05251/64100
Allgoed Invest Informationsbüro 4790 Paderborn Warburger Str. 85

Schweiz/Graubünden

Zu verkaufen an einmaliger Aussichtslage in Tschiertschen (Raum Chur – Arosa – Lenzerheide)
2½-Zimmer-Wohnungen ab sFr. 199 000,–
1½-Zimmer-Dachwohnung sFr. 135 000,–
2½-Zimmer-Dachwohnung sFr. 226 000,–
3½-Zimmer-Dachwohnung sFr. 318 000,–
Rustikaler Ausbau. Elektro-Heizung. Mit Ausländer-Bewilligung. Finanzierung über eine Schweizer Bank.
**J. Walli, Architektur-Büro
Kohlplatzweg, CH-7203 Trimmis
Tel.: 00 41 / 81 27 27 49**

Jetzt in Holland investieren
Einfamilienhäuser

in mittelgroßer holl. Stadt (50 km von deut. Grenze) schon ab 125 000,– DM. Verwaltung am Ort möglich.
Tel. 0031/4120/35762/34011
Adelaar 47, NL – 5348 EG OSS

Bauplatz

11 Ar, in Schwaigern Kr. Heilbronn
f. Reihenhäuser erschlossen, gute Lage, VHB DM 200 000,–
Immobilien Welt ☎ 0 71 31 / 5 45 39

Linz / Rhein

In herrlicher Südhanglage verkaufen wir als Erschließungsträger für die Stadt Linz noch 24 wunderschön gelegene Bauplätze für freistehende Einfamilienhäuser. Herrliche Aussichtslage auf Eifelpanorama und Ahrtal. Grundstücksgrößen ab 550 m². Kaufpreis vollerschlossen DM 125,- m². Beispiel: 550 x 125,- DM = 68 750 DM. Nutzen Sie die neuesten Finanzierungshilfen des Staates! Wir beraten Sie gerne.
Anfragen an die Stadtverwaltung Linz oder an die Bauunternehmung J. KLEIN GmbH, Asbacher Straße 116, 5460 Linz/Rhein, Tel. 0 26 44 - 47 26

SAILLON/WALLIS/SCHWEIZ

Beim neuen Thermalbad verkaufen wir
1- bis 4-Zimmer-Eigentumswohnungen
mit Preisen ab DM 135 000,–
Verlangen Sie unsere Dokumentation oder kommen Sie zu uns in die Halle 3, Stand 322, der
Immobilienmesse, 18.–21. 2. 1983, Essen
Weitere Angebote in Kandersteg, Davos, Portalban, Spanien/Costa Blanca.
STIFAG Bau-Planungs AG, Kirchenfeldst. 14
CH-3005 Bern, Tel. 00 41 31 43 00 43
Telex 00 45 33675 stifag ch

Kostenlos

100%iger Kapital-Vers.-Schutz in Ihrer normalen Hypothekentilgung, konkurrenzloses Angebot f. privaten u. geschäftl. Bereich.
Ihr Tilgungsspezialist:
A. Sickinger
Postf. 23 42, 2000 Hamburg 60

TAUSCH

Italien: idyllischen Landsitz, Seealpenblick (Alleinlage) zwischen San Remo/Monaco, 10 000 m² Grund, Rustiko, 120 m², gegen Immobilie in BRD. **Wert ca. 200 000,– DM. KP VB (Wertausgleich).**
Tel. 0 29 21 / 33 65

Erstrangige Hypothek

über 350 000,– DM f. Wohn- u. Geschäftshaus im Raum Krefeld, Wert 1,2 Mio zur Zwischenfinanzierung f. 1 Jahr gesucht.
Zuschriften erbeten unter B 4098 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Bad Breisig, Einfam.-Haus, auch als Zweifam.-Haus nutzbar, neu renoviert und sofort beziehbar. 800 m vom Kurzentrum und Rheinnähe. Doppelgarage, schöner Baumbestand. Zuschriften, nicht von Maklern, u. D 3858 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Ostparaguay

2800 ha. in deutscher Kolonie, 22 km v. Asphalt, auch teilbar, DM 550,–/ha; 1-Fam.-Häuser ab DM 66 500,–
Anfragen erb. unt. H 4038 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Wohn- u. Geschäftshaus

in Boxberg (b. Bad Mergentheim)
EG Bäckerei u. Lebensmittel
1. OG 5 Zi., Kü, Bad, WC, VHB DM 182 000,–
Immobilien Welt
☎ 0 71 31 / 5 45 39

20% staatl. Zuschuß/40% So.-Afa
Timmendorf/Strandallee Hot.-App.
EK 7500,-/KP 45 000,-/WK üb. 350%
Prospekte: BAF 46 DO 1, Postf. 1125
T.: 02 31 / 57 10 39/Tel.-Info.: 52 90 98

Eigentumswohnung

sofort beziehb., im Norden Berlins, ca. 90 m² Wfl., VB DM 385 000,-, dir. v. Eigent. Besichtig. nach tel. Vereinb. samstags, sonntags oder werktags ab 18 Uhr:
Tel. 0 30 / 4 33 92 19

Repräsentativ. Penthouse

Berlin/Kurfürstendamm, 280 m² 2900,- DM warm, mit Einliegerapp., 36 m², 500,- DM warm. Beding. Kauf d. Einbauten VB.
**Renate Riebe, Immobilien
Telefon 0 30 / 3 02 36 03**

Kapitalanlage, gut vermietete EW. in Rellingen und Stellingen (2–3 Zimmer, 59 m² bis 94 m²) von Fa. o. Courtag zu verk., Tel. 0 40 / 850 60 11.

Kapitalanlage

mit garantiert 10 Prozent Rendite dinglich abgesichert
bietet modernste Tennishalle mit Freiplätzen und Restaurant. Nähe Schweizer Grenze.
Eilangebote erb. unter Chiffre-Nr. 41 876 an Zetwede Ann.-Exp. GmbH, 7850 Lörrach, Postf. 2509.

Unglaublich

Tilgungsversicherung, billiger als Banktilgung, damit Lebensvers. kostenfrei, ganz gleich, bei wem die Hyp. läuft.
Ihr Tilgungsspezialist:
A. Sickinger
Postfach 2342, 2000 Hamburg 60

Liebhaberobjekt

Waldnähe – Grundstück 3000 m² und Haus. (Wirtschafts- u. Wohnfläche 500 m²)
Direkt an der Bundesstraße 51, großer Parkplatz, 2 Geschäftsetagen (Restaurant und Antiquitäten), Privatwohnung. Krankheitshalber von Privat zu verkaufen. VB DM 980 000,-
Dieter Reutershan, 5358 Bad Münstereifel, Tel. 0 22 53 / 79 79 (nach 17 Uhr)

GEWERBLICHE IMMOBILIEN

Die DEUTSCHE BUNDESBAHN verkauft (Ganz- oder Teilflächen)

Werkgelände des ehem. Ausbesserungswerkes Göttingen mit Aufbauten

Fläche insgesamt ca. 70 000 qm.
Nähere Auskünfte erteilt das Bundesbahnbetriebsamt Göttingen, Tel. (05 51) 49 23 37.
Schriftliche Angebote binnen 4 Wochen an
Bundesbahndirektion Hannover – 13 R 6
Postfach 180, 3000 Hannover 1

DB

Neue Büro- und Lagerhalle in Groß-Gerau, Breslauer Straße, zu vermieten. Gesamtnutzfläche ca. 6.500 qm.

Ein Miet-Angebot, das auf dem ● sitzt:

● **Was** Gewerbepark, bestehend aus einem Gebäude, das in zwei Lagerhallen mit je zwei Hallenschiffen unterteilt ist. Jeweils eines der Hallenschiffe verfügt über einen integrierten zweigeschossigen Büroteil.
Gesamtnutzfläche 6.560 qm; kleinste Büroeinheit unterteilbar ab ca. 1.000 qm.

● **Wo** Mittelpunktlage im Rhein-Main-Gebiet: in der aufstrebenden Kreisstadt Groß-Gerau. Kurze Autobahn- und Bundesstraßen-Entfernungen vom Objekt zu Frankfurt-Innenstadt: 31 km, Flughafen: 17 km, Darmstadt: 15 km, Wiesbaden 25 km, Mainz: 20 km. In Groß Gerau: direkt an der A67. 600 m von Ortsausfahrt entfernt, günstig zur Innenstadt und zum Bahnhof gelegen.

● **Von wem** Von Jones Lang Wootton, einem sowohl international als auch regional erfahrenen Anbieter gewerblicher Immobilien. Nutzen Sie das umfassende professionelle Know-how.

Jones Lang Wootton

Mainzer Landstr. 46, 6000 Frankfurt am Main, Tel.: (06 11) 72 04 71

Versandgeschäft

seit über 30 Jahren gut eingeführt, ausbaufähig, **altershalber abzugeben,** erforderliches Kapital ca. 800 000,– DM, Eigenkapital-Rendite ca. 20 %. Angebote nur mit Kapitalnachweis unter E 4057 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Wenn Sie es eilig haben, können Sie Ihre Anzeige über Fernschreiber **08 579 104** aufgeben

BAB Abf. Volkspark

HH 54, optimale Verk'lage, ganze Etage 550 m² bzw. 3 Büroeinheiten: 240 / 155 / 85 m²
mod. u. zweckmäßig, indiv. Raumaufteilg. mögl., 2. OG (m. Fahrst.), Tepp'bod., Teeküche, zusätzl. Nutzung v. Schulungs- und Ausstellungsräumen, ausr. Parkplatz vorhanden, zu vermieten.
BÄKO HANSA, 0 40 / 8 50 60 11

Büro-Räume

**in Stuhrbaum b. Bremen
ab sofort zu vermieten!
Tel. 04 21 / 5 67 05, Tx. 2 45 849**

HOLLAND; prachtv. **Bauernhof** in Ia Zustand mit gr. Betriebsräumen und Kühlzellen, mit od. ohne Grund. Außerdem **Obstbetrieb** mit 13 ha Obstanlage.
J. Flach, Kilwykstr. 1, Dordrecht

Kunstgewerbe-Einzelhandelsgeschäft

seit über 30 Jahren bestehend in westf. Mittelstadt, wird wegen Erreichung der Altersgrenze des Inhabers zur Übernahme angeboten. Eigenkapital erforderlich. Jahresumsatz ca. 450 000,–. Alleinverkauf namhafter Firmen.
Angebote unter D 4056 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen



Australiens Medienlandschaft verändert sich

Verkabelter Kontinent

Für Australien soll in zwei Jahren das Satelliten-Fernsehen beginnen. Nur so können in diesem Lande von kontinentalen Ausmaßen die weißen Flecken auf der Sendekarte beseitigt werden. Deshalb fördert die Regierung nach ihren Möglichkeiten den technischen Fortschritt. Der liberale Premierminister Malcolm Fraser geht daran, das Monopol der staatlichen Gesellschaft Telecom im Bereich der Kommunikation abzubauen. In diese Richtung zielen Vorschläge, die kürzlich von einer Kommission unter Vorsitz des unabhängigen Geschäftsmannes Jim Davidson unterbreitet wurden.



Fördert die Einführung des Satelliten-Fernsehens in Australien: Premier Malcolm Fraser
FOTO: JUPP DARCHINGER

Die Kommission war von der Regierung berufen worden. Aufgrund ihrer Empfehlungen sollen die australischen Nachrichten-Satelliten nicht von Telecom, sondern von einer neuen Gesellschaft – Aussat – betrieben werden, an der privatwirtschaftliche Interessenten zunächst bis zu 49 Prozent am Kapital beteiligt werden.

Hughes Aerospace in den USA erhielt den Zuschlag für die Herstellung von drei Nachrichten-Satelliten zum Gesamtpreis von 166 Millionen Dollar. Zwei von ihnen sollen in den Jahren 1984 und 1985 von der amerikanischen Weltraum-Behörde Nasa mit Shuttle-Starts in die Umlaufbahn befördert werden.

Diese beiden Nachrichten-Satelliten sind ausgelegt für jeweils elf Umsetzer mit einer Leistung von zwölf Watt, die für normale Kommunikationssysteme benutzt werden, sowie mit jeweils vier Umsetzern mit 30 Watt, über die Funk- und Fernseh-Programme ausgestrahlt werden sollen. Um diese Kanäle hat schon ein Wettbewerb kommerzieller Bieter eingesetzt.

Allerdings sollen die Umsetzer des ersten australischen Nachrichten-Satelliten der staatlichen Fernseh-Anstalt ABC (Australian Broadcasting Commission) vorbehalten bleiben. Sie will damit ein Publikum in entlegenen Landesteilen bedienen, die vom konventionellen Sendenetz nicht erreicht werden. Voraussetzung ist die Anschaffung von Parabol-Antennen.

„So schnell wie technisch möglich" soll nach einer Empfehlung des Australian Broadcasting Tribunal das Kabelfernsehen auf dem Fünften Kontinent eingeführt werden. Die Verkabelung der wichtigsten Städte wird nach einer ersten Schätzung zwei Milliarden Dollar kosten und Jahre dauern.

Der Geschäftsführer des Unternehmens RSTV, das auf kommerzieller Basis Kabel- und Pay-TV betreibt, sieht im Kabelfernsehen „einen Bereich der modernen Industriegesellschaft, in dem für die Zukunft ein anhaltendes Wachstum und somit die Schaffung von Arbeitsplätzen möglich ist".

Heftiger Widerspruch kommt vom Sprecher der Labor-Opposition, Dick Rowe: „Wir lehnen das Kabelfernsehen als einen unnötigen Luxus während einer schweren wirtschaftlichen Rezession ab. Dadurch werden keine neuen Jobs geschaffen, nur soll den wohlhabenden Kreisen eine größere Programm-Auswahl geboten werden."

Die Regierung hat noch keine definitive Stellungnahme zu dem Vorschlag des Australian Broadcasting Tribunal abgegeben. Als ersten Schritt zum Kabelfernsehen will sie jedoch die Einführung von Subskription-TV genehmigen, das auf herkömmliche Art gesendet, aber nur mit einem Zusatzgerät empfangen werden kann.

Mit zwei Einrichtungen steht das Fernsehen in Australien in der Welt einmalig da: der Stiftung australisches Kinderfernsehen und dem „Channel O" für Einwanderer. Sonst beherrscht das Mittelmaß der drei kommerziellen TV-Giganten den Bildschirm, gegen die das staatliche ABC – betulich wie das britische Vorbild BBC – auch mit übermäßig langen Sport-Übertragungen in der Einschaltquote nicht ankommen kann.

Das von Bundes- und Landesregierungen finanzierte Kinderfernsehen soll die Vielfalt des kulturellen Erbes eines Einwanderungslandes widerspiegeln und das australische Nationalbewußtsein fördern. „Channel O" bietet die breite Palette internationaler Produktionen im Originalton und so das kosmopolitischste TV-Programm, das in irgendeinem Lande der Erde empfangen werden kann.

MANFRED NEUBER

KRITIK

Den Zündkopf nicht getroffen

Da ist es dem Besetzungsbüro gelungen, ein Ensemble von Spitzendarstellern zu einem gemeinsamen Stück zu terminieren, da ist es der Fernsehredaktion gelungen, einen hochsensiblen Roman zu einem psychologisch abgesteppten Kriminalspiel umschreiben zu lassen und das Ganze in gehöriger Mischung der Bilder auf den Schirm zu zaubern – doch, und da kann man nichts machen, vom Stuhl riß einen das Produkt nicht: **Nachruf auf Othello** (ZDF).

Ich betone: Selten hat es auf unserem Bildschirm eine so kompakte Könnerriege gegeben. Es war Werner Hinz als gütiger alter Jude zu erleben, es wuselte die große Barbara Rütting einprägsam durch die Seelenlandschaft, es löste sich die porzellanene Dietlinde Turban endlich zu einer Trägerin differenzierter Gefühle auf, und Jörg Pleva führte vor, „was Sache ist", wenn Sie wissen, welche Sache gemeint ist. Da waren auch der staubtrockene Inspektor des Herbert Fleischmann und nicht zuletzt Rudi Falkenhagen in großen Szenen.

Gut also, könnte man sagen. Aber es war nicht gut. Es waren nur gute Schauspieler in einer mühselig zusammengehaltenen Aktion, sie taten, was sie konnten, und sie können viel, aber sie trafen den Zündknopf nicht. So verbleibt dem Betrachter und Beschreiber des Spiels nur ein Nachruf auf den Nachruf auf Othello. Ich war hingerissen von dem Spiel der Könner, aber Nino Erné, der Romanautor, sei mir gnädig, ich kann nicht anders.

VALENTIN POLCUCH

Gegendarstellung

In der Ausgabe der WELT vom 31. Januar 1983 werden unter der Überschrift „Bühne frei für Barbara" mehrere falsche Behauptungen über den NDR aufgestellt.

1. Es heißt dort, Barbara Dickmann habe für die Unterstützung des Wahlhilfe-Spektakels der „Aktion für mehr Demokratie" am 5. Februar in Essen eigens zum Bundeswahlkampf-Auftakt so etwas wie einen Persilschein „de luxe" von der Intendanz des NDR erhalten. Das trifft nicht zu. Die Intendanz des NDR hat Frau Dickmann zu deren Mitwirkung bei der „Aktion für mehr Demokratie" keine Mitteilung zukommen lassen.

2. Die WELT schreibt, NDR-Justitiar Berg habe mit ausdrücklicher Duldung des Intendanten Räuker und dessen Vertreters Plog Frau Dickmann ein „Unbedenklichkeits-Attest" für Essen ausgestellt. Mit NDR-Lizenz werde Frau Dickmann in Essen ihre ganze Fernseh-Popularität nutzen. Das trifft nicht zu. NDR-Justitiar Dr. Berg hat Frau Dickmann kein „Unbedenklichkeits-Attest" erteilt. Sie kann demzufolge auch nicht mit „NDR-Lizenz" für Essen ausgestattet sein.

3. Die WELT schreibt: „Justitiar Berg hüllte sich auf die Anfrage, warum Lady Dick erlaubt sei, was Dieter Thomas Heck untersagt wurde, in jenes beredtes, öffentlich-rechtliche Schweigen." Das ist falsch. Justitiar Berg erhielt die Anfrage des Autors Reginald Rudorf erst nach Abdruck des oben erwähnten Artikels. Er hat sie inzwischen dahin beantwortet, daß Frau Dickmann – freie Mitarbeiterin des Hessischen Rundfunks – laut Dienstplan als Moderatorin der Tagesthemen erst nach der Bundestagswahl eingeplant sei und daß ihr geplanter Auftritt am 5. Februar nicht im Widerspruch zu einschlägigen NDR-Regelungen stehe.

Hamburg, den 1. Februar 1983
NORDDEUTSCHER RUNDFUNK
(F. W. Räuker) (Dr. K. Berg)

Anmerkung der Redaktion:

Barbara Dickmann trat am 5. 2. 1983 in Essen als Moderatorin der Großveranstaltung der „Aktion für mehr Demokratie", dem Wahlauftakt der Linken, auf. Dazu der Justitiar des NDR, Dr. Klaus Berg: „Der geplante Auftritt von Frau Dickmann am 5. Februar in Essen steht nicht im Widerspruch zu den geltenden einschlägigen Regelungen des NDR. Sie lassen Einschränkungen des Grundrechts auf politische Betätigung ... nur zu, wenn durch einen Auftritt der NDR in unzulässiger Weise mit der Wahlwerbung oder Wählerinitiative verknüpft wird." Der Justitiar weiter: „Frau Barbara Dickmann ist freie Mitarbeiterin des Hessischen Rundfunks ..."

Der Verfasser der Kolumne in der WELT vom 31. Januar fragte am Freitag, dem 28. 1., fernschriftlich beim NDR – eingegangen um 16.51 Uhr – bei Justitiar Berg an – mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß eine Veröffentlichung in der Ausgabe der WELT vom Montag, 31. 1. 1983, geplant sei, – was es mit dem Auftritt von Frau Barbara Dickmann am 5. 2. bei einer Wahlveranstaltung der Linken auf sich hat. Der Justitiar reagierte auf dieses Fernschreiben erst am Montag, 31. 1.1983, um 15.30 Uhr!





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Sesamstraße
10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.23 Vater der Braut
11.50 Umschau
12.10 Report
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau
13.15 Videotext für alle

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Wunderland '83
17.00 Wir Kinder
... von der Musikschule Bocholt
Film von Christa Auch-Schwelk
Diese Schule, eine von etwa 500 Musikschulen in der Bundesrepublik, hat ein reichhaltiges musikalisches Freizeitangebot, das sich an Kinder und Jugendliche im Alter von vier bis 20 Jahren richtet. Die Vier- bis Sechsjährigen erhalten eine musikalische Früherziehung – mit sechs Jahren konnen die Kinder ein Instrument lernen, ab zehn in der Gruppe spielen.
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschließend:
Parteien zur Wahl
20.15 Angst vor dem Leben
Film von Hagen Mueller-Stahl und Peter Scheibler
Der Film erzählt die Geschichte der letzten Monate im Leben des Ingenieurs Norbert Fehrke, einem aktiven, durchsetzungsfreudigen Mann, dem es nach langen Jahren endlich gelingt, den entscheidenden beruflichen Aufstieg zum Abteilungsleiter zu schaffen. Seine Frau Gudrun und seine beiden Töchter Anne und Christiane erleben den Vater im Erholungsurlaub auf Kreta voller Energie und Lebenslust. Um so erschütternder für seine Familie und ihn ist seine *plötzliche Einlieferung in ein Klinikum*, die Notoperation, die Unsicherheit und die Unklarheit über die Zukunft.
22.00 Titel, Thesen, Temperamente
Streit um Wajdas Danton-Film / Polen: Theater als Widerstand / Der unbekannte Max Beckmann – seine frühen Bilder.
22.30 Tagesthemen
23.00 Klaus Barbie alias Klaus Altmann – der Schlächter von Lyon kehrt zurück
23.45 Tagesschau

ZDF

12.25 Sport aktuell
aus Garmisch-Partenkirchen
Ski-Weltcup
Super-Riesenslalom der Herren
Reporter: Harry Valérien
16.00 heute
16.04 Löwenzahn
Peter kriegt nasse Füße
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Die verlorenen Inseln
Die Rache des Premierministers
17.00 heute

17.08 Tele-Illustrierte
18.00 Rauchende Colts
19.00 heute
Anschließend:
Parteien zur Wahl
19.30 Der Sport-Spiegel
Xaver Unsinn braucht Bayern ...
Die Eishockey-WM steht vor der Tür!
20.15 ZDF Magazin
Themen: Fragen an Hans-Dietrich Genscher / Mahnmal zum 17. Juni / Unklarheiten um Langemann-Ausschuß / Klassenkampf gegen Besserverdienende / Vorwürfe gegen Ex-Minister Egon Franke
Moderation: Fritz Schenk
21.00 heute-journal
Anschließend: Parteien zur Wahl
21.20 Mittwochslotto – 7 aus 38
21.25 Die Straßen von San Francisco
Der programmierte Charlie Blake
22.10 Und ihr habt mich besucht
Lurigancho – Gefängnisseelsorge in Lima
Film von José Luis Rouillon Eine Gruppe von Ordensschwestern und Priestern leisten die Gefängnisseelsorge in Lurgancho, dem größten Gefängnis in der peruanischen Hauptstadt Lima.
22.40 Apropos Film
23.25 heute



Noch ahnt Norbert Fehrke (Hilmar Thate) – hier zusammen mit seiner Frau (Hannelore Hoger) nichts von seiner Krankheit – „Angst vor dem Leben", ARD, 20.15 Uhr
FOTO: URSULA RÖHNERT

III.

WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Leverkusen
21.45 Auslandsreporter
Gerd H. Pelletier:
Neu in Tokio
22.15 Neues Land
US-Musikfilm, 1977
23.40 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Natur und Freizeit
19.15 Arbeiterbewegung – Arbeiterkultur
Mitglied im Arbeiter-Sportverein
20.00 Tagesschau
20.15 extra drei
21.00 Wer finanziert den Staat?
Eine Diskussion
22.05 Der Film-Club:
Deutschland im Jahre Null
Ital. Spielfilm, 1947
23.15 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Fauna Iberica
Die Störche von El Gordo (2)
18.55 Cartesio
19.00 Textiles Gestalten (5)
Mit Wachs und Farbe – Batik auf Stoff
19.30 Follow me (57)
19.45 News of the Week
20.00 Tagesschau
20.15 Parlament, Parteien, Perspektiven
21.15 Drei aktuell
21.30 Autoreport
21.35 Halbzeit
22.00 Die Zukunft der Republik
Eugen Kogon zum 80. Geburtstag

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Englisch (16)
19.00 Herrlich, so ein Leben, wenn man es hinnimmt ...
Besuch beim Olien Hansen
19.50 Die Dame mit dem Hündchen
Sowjetischer Spielfilm, 1960
Regie: Jossif Cheifiz
21.15 „Erzähl mir, Njanjuschka ..."
Modest Mussorgskij und sein Liederzyklus „Kinderstube"
Ein Film von Hans Emmerling
22.00 Große Deutsche:
Porträt Richard Wagner
von Dieter Ertel

BAYERN
18.15 Marco
18.40 Der Verkehrswürfel
18.45 Rundschau
19.00 Der Ammersee-Kurier muß erscheinen
Familienporträt von Heidi Adam
19.45 Joan und Harry (4)
20.30 Mickey McGuire
20.45 Rundschau
21.00 Zeitspiegel
21.45 Z. E. N.
21.50 Teleclub
Prost Neujahr!
Ung. Spielfilm, 1979
23.10 Rundschau
23.15 News of the Week

Für die Anteilnahme am Ableben von

Max Egon Becker

meinem lieben Ehemann und unserem guten Vater, danken wir aufrichtig.

Maria Becker geb. Rußner
Roland Becker
Marie-Luise Boll geb. Becker
sowie alle Angehörigen

Karlsruhe-Rüppurr, Moosalbstraße 29
4. Februar 1983

Herausgeber
Axel Springer, Matthias Walden
Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Gunter Zehm
Berater der Chefredaktion: Heinz Barth
Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jurgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn: Fredr. W. Heering, Essen: Horst Hilkesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.), Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.), Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Strohm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.), Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Klaus Müller; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheika (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch
Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

DIE ● WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; Kiel: Bernd Lampe; München: Peter Schmalz, Prof. Ulrich B. Marker; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tieljen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 885 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 184 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

2300 Kiel, Schloßstraße 16–18, Tel. (04 31) 9 34 30

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 922 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 412 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 723 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 523 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23.60 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 31,- einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

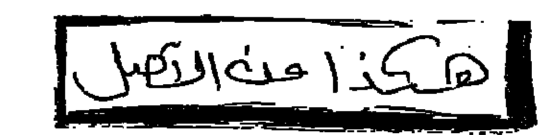
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg, Gesamtleitung: Reinhard Hoyer, Hamburg Essen

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.



Döntjes über ein Datum

Mln. – Die Idee ist hübsch. Der Rowohlt Verlag will in diesem Jahr mit einer Reihe von Veranstaltungen sein 75jähriges Jubiläum feiern. Da man sich aber nicht mehr genau an das Gründungsdatum erinnern kann, feiert man um so fröhlicher den 75. Geburtstag von Heinrich Maria Ledig-Rowohlt. Und der ist am 12. März.

Die Feststellung von den „fünfundsiebzig Jahren Rowohlt Verlag", freudestrahlend bis stolz auf einem Rundschreiben herumgereicht, wird ihre Wirkung bei den „verehrten Lesern und lieben Freunden des Verlages" nicht verfehlen. Nur – sie ist falsch.

Es existieren mindestens vier verschiedene Gründungsdaten: 1907, 1908, 1910 und 1919. Welches stimmt nun? Sollte etwa Ernst Rowohlt, der Verlagsgründer selbst, recht haben? Für Albert Schramms Nachschlagewerk „Deutschlands Verlagsbuchhandel" gab er als Gründungsjahr 1919 an. Das war aber das Datum der Wiedereröffnung seines Verlages. Oder sollten wir vielleicht Ernst Rowohlt glauben? Der schrieb 1930 im „Berliner Tageblatt", daß er sein „erstes Buch im Jahre 1907 verlegte". Oder hatte vielleicht Ernst Rowohlt recht? Der feierte nämlich 1933 das 25jährige Jubiläum seiner Firma, wobei er sich auf den von ihm veranlaßten Privatdruck eines Lyrikheftchens aus dem Jahr 1908 bezog.

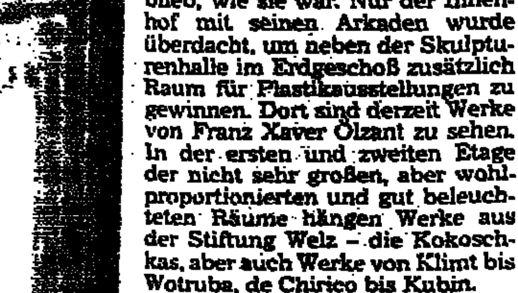
Die Rowohlt-Leute von heute haben da keinen Argwohn. Sie entschieden sich für 1908. Aber da gab es noch gar keinen Verlag. Der existierte zu diesem Zeitpunkt „zunächst nur in Rowohlts Phantasie". Schrieb Kurt Pinthus, erster Lektor des Verlages. Und mit Phantasiegebilden gibt sich ein Handelsregister nicht ab. Dasjenige von Leipzig jedenfalls hat den Ernst Rowohlt Verlag erst am 30. Juli 1910 eingetragen. Und das ist amtlich. Was freilich der Fabulierkunst des „hochbegabten und schöpferischen Döntjes-Erzählers" Rowohlt (so Theodor Eschenburg über den Verleger) keinen Abbruch tut.

Salzburgs Rupertinum

Happy-End unter dem Arkadendach

Von Kunst war am Eröffnungstage noch nicht viel zu sehen. Da drängten sich zu viele Leute mit allerhand Prominenz untermischt im Rupertinum, um dabeigewesen zu sein, wenn die neue „Moderne Galerie und Graphische Sammlung" eingeweiht würde. Für das der Festlichkeiten nicht ungewohnte Salzburg war es das Ereignis in der Festspiellücke. Und zugleich war es das Happy-End einer recht komplizierten Affäre.

Das Haus mitten in der Stadt unweit der Festspielstätten ist alt und hat Tradition. Mehr als drei Jahrhunderte lang – genau von 1663 bis 1974 – diente es als Internatsgebäude für die erzbischöfliche Universität. Dann bedurfte es allerdings einer gründlichen Erneuerung – und dazu fehlte das Geld. Damals schlug der Kunsthändler Welz, der einen Teil des Hauses für seine Galerie nutzte, dem Land vor, ein Museum für Gegenwartskunst einzurichten. Und als Anfangsstock stiftete er u. a. einen fast vollständigen Satz der Druckgraphiken Kokoschkas. 1976 war das notariell zwar alles unter Dach und Fach, doch es dauerte nun etliche Jahre, bis der Plan in die Wirklichkeit umgesetzt war.



Der Architekt Gerhard Garstenauer hatte zuvor eine schwierige Aufgabe zu bewältigen, denn die Salzburger reagierten allergisch auf alles, was nach einer zu resoluten Modernisierung aussah. So wurde die äußere Form des Hauses erhalten, auch die Geschoßhöhe blieb, wie sie war. Nur der Innenhof mit seinen Arkaden wurde überdacht, um neben der Skulpturenhalle im Erdgeschoß zusätzlich Raum für Plastikausstellungen zu gewinnen. Dort sind derzeit Werke von Franz Xaver Ölzant zu sehen. In der ersten und zweiten Etage der nicht sehr großen, aber wohlproportionierten und gut beleuchteten Räume hängen Werke aus der Stiftung Welz – die Kokoschkas, aber auch Werke von Klimt bis Wotruba, de Chirico bis Kubin.

Otto Breicha, der jetzt dem Haus vorsteht, richtet sein Augenmerk allerdings besonders auf die gegenwärtige Kunst. Das diktiert ihm nicht zuletzt ein Ankaufsetat von zwei Millionen Schilling, der kaum erlaubt, große Werke der Vergangenheit zu kaufen. Er will sich vor allem Österreich, aber auch der internationalen Moderne zuwenden. Eine Besonderheit ist die „Österreichische Fotogalerie", die bereits über einen Bestand von etwa 4000 Aufnahmen verfügt. Auch da geht es – anders als in anderen österreichischen Fotosammlungen – nur um die Gegenwart.

Wenn die Fülle zur Eröffnung ein gutes Zeichen war – und die Breicha-Inszenierungen in Graz und anderswo hatten gleichfalls nicht über mangelnden Zulauf zu klagen –, so kann Salzburg sein jüngstes Museum mit Wohlgefallen betrachten.

ERIKA KIFFE

Die Wehleidigkeit – und wie man ihr entkommt

Vom Ich zum Selbst sich durchringen

Die Deutschen seien Weltmeister in der Wehleidigkeit geworden, schrieb kürzlich eine englische Zeitung – und sie hatte recht damit. Des Wehklagens und Sich-Selbst-Bemitleidens, des Klagens und Nölens ist kein Ende mehr. Tag für Tag wird der Korb des Elends von den Medien erneut über uns ausgeleert. Und die Wehleidigkeit erweist sich als in hohem Maße anfällig für die Misere der Epoche. Sie reagiert wie ein Meßgerät, dessen Anzeiger ständig ins Extrem ausschlägt, auch bei den geringfügigsten Anlässen.

Der wehleidige Mensch scheint außerstande, Widerstand zu leisten. Er vermag, wie man zu sagen pflegt, nichts mehr zu verkraften. Die „feindliche Welt" dringt wie mit Messern auf ihn ein – und er hat diesem konzentrischen Überfall nichts entgegenzusetzen, ja, er genießt seine Hilflosigkeit und sein Versagen auch noch – und bringt seine eilige Kapitulation wortreich zum Ausdruck.

Die Aufgabe der neuen Literatur scheint nur noch darin zu bestehen, daß Defizit des Daseins unermüdlich und raffiniert vor dem Leser auszubreiten. Sie entdeckt ständig neue Höhlen der Verzweiflung, der Not und des Lasters. Sie bestätigt dem Leser, was er ohnehin schon geahnt hat und vom Fernsehen tagtäglich auch bestätigt bekommt, daß es keine Möglichkeit der Hilfe gibt, daß Freiheit und Erlösung Illusion sind und bleiben.

Ein Musterbeispiel dieser Literatur gibt Botho Strauß in seiner Erzählung „Die Widmung". Er berichtet, wie ein Mann, der von seiner Geliebten verlassen wurde, seinen verzweifelten Zustand analysiert. Er berauscht sich an den Schilderungen eines Elends, das geradezu apokalyptische Züge gewinnt. Er führt penibel Tagebuch über die furchtbare Trennung, er objektiviert das Entsetzen. Es gibt für ihn keinen Ausweg mehr, keine Hoffnung; der Weg mündet ins Nichts.

Eben das ist der Fall, wenn die Wehleidigkeit alle Poren des Daseins verstopft. Der betroffene Mensch wird dann an die Klippe des Nichts geschleudert und zerschmettert – mit einer letzten Genugtuung, daß alles vorüber ist. Der Wehleidige inszeniert seinen privaten Weltuntergang, und es kann ihn nur vorübergehend trösten, daß dieser eine so ausgezeichnete literarische Darstellung findet.

Verzicht auf Empfindsamkeit ist unmenschlich – aber Preisgabe der Person an ihren unwiderstehlichen Sog ist es desgleichen. Die Sensibilität der Wehleidigkeit hat zerstörerische Neigungen, sie flüchtet sich häufig in den Terror, um sich zu tarnen. Der Mensch darf den Kern seines Selbst nicht der Empfindsamkeit ausliefern. Das ist die Aufgabe der Selbstbehauptung – eine der ältesten Forderungen, die an uns ergeht. An solchen Forderungen scheitern die Wehleidigen, soweit sie damit beschäftigt sind, ihr Leben lang das Buch der Klagen und Anklagen zu füllen, bis es ihnen der Tod aus der Hand nimmt.

Wie nun verwirklicht man die Selbstbehauptung, welche davor bewahrt, zwischen Stumpfheit und Sensibilität wie zwischen Mühlsteinen zerrieben zu werden? Sie ist keine Aufgabe des Willens oder der Vernunft allein, obwohl beide eine erhebliche Rolle dabei spielen.

Der Mensch birgt in sich einen Kern, den wir als sein Selbst bezeichnen. Dieses Selbst ist die Mitte der Existenz. Es darf nicht mit dem Ich verwechselt werden, das über die Maßen sensibel und anfällig ist und zur Wehleidigkeit neigt. Doch der Mensch besitzt zwei Stockwerke: unterhalb des Ich ruht das Selbst. Das Ich an der Oberfläche bleibt allen Versuchungen, Stürmen, Katastrophen ausgeliefert, die Basis des Ich aber ist das Selbst, das in der Tiefe ruht und den eigentlichen Halt schenkt.

Bei diesem „ruhenden Pol" handelt es sich keineswegs um eine Redensart. Hier liegt eine innere Erfahrung vor, welche das gesamte Dasein trägt. Der Mensch weiß sich verankert, er kann durch keinen Sturm abgetrieben werden. So oft er bei sich einkehrt, sich auf sich selbst besinnt, gewinnt sein Dasein die Mitte zurück.

Solange man sich auf das Ich beschränkt und im Stockwerk des Ego haust, bleibt man der Wehleidigkeit wehrlos preisgegeben. Das Ich befindet sich in ständiger Bewegung, um die eigene Achse rotierend. Nur wer sich dem Wirbel dieser Eindrücke entzieht und auf den Boden seines Selbst gelangt, kommt zur Ruhe. Er findet in sich, das Wort ist nicht zu hoch gegriffen, das göttliche Zentrum – und darin zugleich sich selbst.

Das Kennzeichen der Wehleidigkeit ist eine Nervosität, welche die ganze Existenz erfaßt. Bei jeder Berührung sprühen die Funken. Der nervöse Mensch erschöpft sich in Aufregungen, die kein Ende nehmen. Das Ich benötigt dergleichen, es kokettiert geradezu mit seiner Sensibilität, aber es leidet zugleich mehr darunter, als es einzugestehen wagt.

Bekannt ist das Bild des Aussteigers, also des Menschen, der sich den Regeln der Gesellschaft und der Konvention radikal entzieht. Meist wird es im negativen Sinne verwandt. Man könnte es aber auch ins Positive wenden, es auf den Menschen beziehen, der das windige Stockwerk des Ich verläßt und heimfindet zu seinem Grund. Sobald er den Boden des Selbst betritt, fühlt er Kräfte in sich einströmen, die ihn stabilisieren. Das Selbst verleiht ihm ein neues Gewicht; indem sich der Mensch dieser Schwerkraft anheimgibt, verselbständigt er sich im genauen Sinne des Wortes.

Der Kampf gegen die Nervosität wird nicht auf dem Schlachtfeld des Ich entschieden. Im Gegenteil: das Ego ist der Motor unserer unablässigen Spannung und Verletzlichkeit. Erst wenn wir die Arena des Ich verlassen, gelangen wir zu jener inneren Ruhe, welche durch die Ansprüche der Nerven nicht mehr in Frage gestellt werden kann.

Es gilt, diese Heimkehr zum Selbst zu üben. Das ist kein Programm, das lediglich dem Verstand einleuchtet. Der Auszug aus dem Ich muß von der ganzen Existenz vollzogen werden. Wer bis zum Selbst vorstößt, vertauscht gleichsam die Kleider. Er legt jenes Alltagsgewand ab, das seine Zerrissenheit bekundet. Er bleibt in einem tieferen Sinne unbeteiligt an dem Jahrmarkt, der ihn umwogt und eben noch seine Sinne in Aufruhr versetzte. Er trägt jetzt den Rock der Gelassenheit, in den sich die Formen aller Zeiten hüllten, sobald sie göttlichen Boden betraten. Dieser „Aussteiger" ist kein Phantast mehr; er ist einer Wirklichkeit gewahr geworden, welche allein diesen Namen verdient.

HANS JÜRGEN BADEN



Ein echtes Weizenfeld als Symbol des Lebens: Szene aus der Münchner Uraufführung von Theodore Antonious' Oper „Periander" mit Eberhard Storz in der Titelrolle FOTO: RABANUS

Aus dem Leben eines Tyrannen – Antonious Oper „Periander" in München

Und der Himmel hängt voller Leichen

Sie kennen Periander nicht? Ein böser Bube. Das jedenfalls muß annehmen, wer sich zwei Stunden lang im Münchner Gärtnerplatztheater von der Uraufführung einer Oper mit dem Titel „Periander" verwirren ließ. Komponiert hat sie der in den USA lebende Grieche Theodore Antoniou auf ein Libretto seines Landsmannes George Christodoulakis. Den Auftrag dazu vergaben vor zehn Jahren die „Freunde des Münchner Nationaltheaters".

Antoniou nennt sein Werk eine „Mixed-Media-Oper für Sänger, Sprecher, Schauspieler, Tänzer, gemischten Chor und Orchester mit Tonband". Viel Aufwand, der auf die relativ kleine, aber tiefe Bühne des Münchner Gärtnerplatzes eine Menge Unordnung brachte. Was vorne passiert, wird hinten tanzend nachvollzogen. Der Chor drängelt sich an den Seiten, weil die Bühnenmitte für symbolisches Beiwerk herhalten muß.

Doch nun zu Periander. Er war, Sie wissen es natürlich, Zeitgenosse des griechischen Gesetzgebers Solon (ca. 640–560 v. Chr.). Zunächst ein guter, dann ein schlimmer Herrscher über Korinth, verstrickt er sich in Machtkämpfe und wird schließlich umgebracht. Nicht ohne vorher noch seiner Frau Melissa nebst Sohn und einem weiteren Dutzend mißliebiger Gestalten den Garaus gemacht zu haben. Am Schluß hängt der Himmel voller Leichen – denn jedesmal, wenn einer stirbt, wird von der Bühnendecke der Torso eines menschlichen Körpers an einer Leine heruntergelassen.

Antoniou hat sich diesen Stoff nach eigenem Bekunden etwa 1968 ausgedacht. Zu einer Zeit also, da in seinem Heimatland eine Militärdiktatur herrschte. Was Komponist und Librettist aber letztlich bezweckten, bleibt im Nebel. Denn Periander macht während seiner zwei Bühnen-Stunden keine Entwicklung durch. Er ist immer Tyrann. Die Lebensphase der Güte wird ausgespart.

Also eine Schauermär, die Antoniou mit schick arrangierten Klangflächen untermalt. Bisweilen durchaus empfindsam, überwiegend aber zu harmlos, als daß sich im Zuhörer eine innere Beteiligung einstellt. Geradezu rührend der Aufwand, mit dem man am Gärtnerplatz den Schwächen des Stücks zu trotzen suchte. Zumal als immense Belastung dazukam, daß sieben Tage vor der Premiere der vorgesehene Sänger der Hauptpartie, Heinz Friedrich, unerwartet starb. Eberhard Storz brachte das Kunststück fertig, sich innerhalb von einer Woche die knifflige Partie anzueignen.

Er, June Card (Melissa) und der souverän waltende Dirigent Peter Falk waren sicherlich unschuldig an der ungnädigen Publikumsreaktion. Auch Regisseur Robert Hoyem, der jeden Winkel der Bühne belichtete, konnte sie nicht verhindern. Die surrealistischen Elemente der Ausstattung von Andreas Reinhardt hatten trotz ihrer bleiernen Grautöne sogar Pfiff. Und auch das von den Bavaria-Filmstudios besorgte Weizenfeld, im ersten Akt als Symbol des Lebens benötigt, überzeugte.

Was nicht überzeugte, war die Oper „Periander". „Vergeßt, was ihr gesehen habt", meint zum Schluß des ersten Aktes der Erzähler. Man muß es wohl.

VOLKER BOSER

Neuer Streit über das Aussterben der Dinosaurier: War es eine Supernova?

Als es den Echsen ungemütlich wurde

Die Dinosaurier starben nicht durch eine kosmische Katastrophe aus. Ich persönlich meine, daß die Ursache für ihr Verschwinden eine ganze Reihe von direkten und auch indirekten (Kettenreaktion) Folgen der Klimaänderung war, die von amerikanischen und deutschen Wissenschaftlern an der Grenze zwischen Kreide und Tertiär festgestellt worden ist." Mit diesen Worten reagierte der Direktor des Paläontologischen Instituts der Universität Bonn, Prof. Heinrich Karl Erben, auf einen vielbeachteten Beitrag in der Zeitschrift „Nature", der den Massentod der letzten Saurier sowie mehrerer anderer charakteristischer Tiergruppen der Kreidezeit vor etwa 65 Millionen Jahren durch eine aus dem All kommende Katastrophe erklären will.

Für ein Aussterben der auf dem Festland und im Meer lebenden großen Echsen durch eine erdnahe Supernova (Explosion eines Sterns) oder einen Zusammenstoß eines großen Planetoiden mit der Erde oder einen Kometeneinschlag im Mittelmeer könnte laut Erben allenfalls die durch den amerikanischen Physiker und Nobelpreisträger Alvarez festgestellte Häufigkeit der Iridium- und Osmium-Anreicherungen in Ablagerungen zwischen Kreide und Tertiär sprechen, vor allem die Tatsache, daß diese Häufung nicht nur in marinen Schichtfolgen, sondern auch in einer kontinentalen angetroffen wurde. Iridium und Osmium sind Elemente, die faktisch nur in gewissen Meteoriten vorkommen. Auf der Erde gelten sie als ganz seltene Stoffe; eben daher wird ihre Anreicherung als Nachweis für einen Asteroiden-Einschlag gedeutet.

Aber selbst wenn hoher Iridium-Gehalt in mindestens sechs Regionen der Meere der Kreidezeit festgestellt werde, so wäre dies nach Auffassung des renommierten Bonner Urzeitforschers noch lange kein Beweis für eine erdumfassende Super-Nova-Katastrophe, da das Iridium auch aus mehreren dichten Schwärmen von sehr zahlreichen, aber kleinen und harmlosen Meteoriten stammen kann, wie sie selbst noch aus jüngster Zeit bekannt sind.

Eine andere Erklärung für den hohen Iridium-Anteil in marinen Ablagerungen könnte die von Geologen als „Kondensation" bezeichnete Erscheinung liefern. Dieser Theorie zufolge wäre es über längere Zeiten hinweg zu einer „unterernährten" Sedimentablagerung gekommen, währenddessen der Iridium-Anteil, der aus kosmischen Staubpartikeln stammt, unverändert im üblichen Umfang hinzutrat. Der relative geringere Anteil der übrigen Sedimentpartikel täuscht dann den Eindruck einer Anreicherung von Iridium lediglich vor.

Gegen die „brandneuen" Katastrophentheorien spricht laut Erben jedoch vor allem, daß ein solches dramatisches Naturereignis einen ausgeprägteren Wechsel in der Vegetation bewirkt haben müßte. Es sei überdies nicht einzusehen, wieso trotz des angenommenen Desasters einzelne wichtige Wirbeltiergruppen des Festlandes, wie die Schildkröten, Krokodile, Frösche und nicht bezahnten Vögel, überlebten, während andere Wirbeltiere (etwa die Ceratopsia und die dem Brachiosaurus ähnlichen Sauropoden), große Meeresechsen (Ichthyosaurier, Mosasaurier), Flugsaurier und die Zahntragenden Vögel spurlos verschwanden.

DORIS BAUMBAUER

JOURNAL

VW-Stiftung fördert „Antike in der Moderne"

dl. Hannover

Den Schwerpunkt „Antike in der Moderne – Wirkungs- und Rezeptionsgeschichte des klassischen Altertums" hat die in Hannover ansässige Stiftung Volkswagenwerk neu in ihr Förderungsprogramm aufgenommen. Ziel ist die Förderung von Vorhaben, die den weitreichenden und tiefgreifenden Einfluß der griechisch-römischen Antike und die vielfältigen Formen der Auseinandersetzung mit ihren Traditionen untersuchen.

Elsaß: Deutschkurse vom Goethe-Institut

DW. Colmar

Das Münchener Goethe-Institut hat auf Wunsch der Colmarer Industrie- und Handelskammer eine Nebenstelle in Colmar eingerichtet, die eng mit der bereits bestehenden Zweigstelle in Nancy, einem von insgesamt sieben Goethe-Instituten in Frankreich, zusammenarbeitet. In Colmar werden fortan rund 400 Schülern Deutschkurse angeboten.

Brüssels Oper mit „Louise" nach Frankfurt

DW. Frankfurt

Im Rahmen eines Austauschgastspiels zwischen der Oper Frankfurt und der Nationaloper Brüssel finden heute sowie am 11. und 13. Februar drei Vorstellungen von Gustave Charpentiers selten gespielter Oper „Louise" statt (vergl. WELT v. 28. 1.). Ferner findet am 12. Februar eine Vorstellung von Haydns Oratorium „Die Schöpfung" statt. Während der Zeit des Brüsseler Gastspiels in Frankfurt gastiert die Oper Frankfurt mit Bernd Alois Zimmermanns „Die Soldaten" in Brüssel.

Rekordjahr für amerikanische Kinos

AFP, Hollywood

Mit 3,4 Milliarden Dollar brachte das Jahr 1982 einen neuen Einnahmerekord für amerikanische Kinos. An der Spitze der Erfolgsstreifen stehen Steven Spielbergs „E. T.", der mit 190 Millionen Dollar alle Einnahmerekorde schlug. Es folgten „Rocky III" von Sylvester Stallone, „On Golden Pond" (Am goldenen See) mit Katharine Hepburn sowie Henry und Jane Fonda und das Melodrama „An Officer and a Gentleman".

Drei Galerien zeigen Werke von Jiri Kolar

DW. Bremen

Dem tschechischen Künstler Jiri Kolar, der jetzt in Abwesenheit in Prag zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wurde, weil er nicht rechtzeitig aus dem Ausland zurückkehrte, haben drei Bremer Galerien gemeinsam eine Ausstellung eingerichtet. Sie ist in der Galerie Slavia, der Galerie Roche und im Institut Français zu sehen und dauert bis zum 15. März. Kolar, der 1980 als Gast des Centre Pompidou nach Frankreich kam, lebt jetzt in Paris.

Berlin im Spiegel der Filmgeschichte

AFP, Paris

Berlin ist das Thema des neunten Treffens in Valence, das bis 13. Februar dauert. Der Bogen wird von den zwanziger Jahren über das Dritte Reich und die Nachkriegszeit bis zu den neuen Entwicklungen des Films gespannt, die sich in den 70er und zu Beginn der 80er Jahre abzeichneten. Auf dem Programm stehen Werke von Gerhardt Lamprecht, Slatan Dudow, Billy Wilder, Alfred Hitchcock, Bob Fosse, Robert Siodmak und zeitgenössische Arbeiten aus beiden Teilen Berlins.

Jerusalem erbt Rubinsteins Vermögen

AFP, Jerusalem

Der vor wenigen Wochen gestorbene Pianist Arthur Rubinstein hat der Stadt Jerusalem 500 000 Dollar (rund 1,25 Millionen Mark) vermacht. Das Legat geht an die „Jerusalem-Stiftung". Die Stiftung finanziert Sanierungs- und Stadtverschönerungsprogramme.

Fo, Molière und Mrozek: Mailänder Theaterbrief

Messer an der Rampe

Mailands Zentrum für Theaterforschung stellte nach Grotowski, Kantor und Wajda nun den polnischen Filmregisseur Krzystof Zanussi mit seiner ersten Bühneninszenierung in Italien vor. Er gab den „Schlachthof", den sein seit zehn Jahren im westlichen Exil lebender Landsmann Slawomir Mrozek 1974 als Hörspiel verfaßt hat.

Das makabre Stück absurden Theaters läßt Zanussi wie einen Film in so raschen Sequenzen ablaufen, daß das Grauen zwischen den Zeilen kaum aufsteigen kann. Laut Programmtext ist die Geschichte vom unbegabten jungen Geiger, der zum Metzger wird und sich am Schluß umbringt, eine Satire auf die Slogans der westlichen Massenmedien. Uns kam es eher wie eine politische Satire vor, die an östliche Adressen gerichtet ist. Zumal, als der nur mit einem Hut an peinlicher Stelle bekleidete Schlachthofdirektor das Publikum freundlich aufforderte, auch frei und nackt, wie er, die Nachbarn zu überwachen, damit auch sie frei würden. Und am Ende könne man mit den Schlachtermessern, die am Bühnenrand angeboten wurden, sich selbst oder doch wenigstens den Nebenmann umbringen.

Weit weniger blutrünstig, ja geradezu hausbacken wirkte Franco Parenti, Gründer und Hausherr des Mailänder Teatro Pierlombardo, der zum zehnjährigen Jubiläum seiner Bühne in die Titelrolle des „Tartüff" schlüpfte. Als Regisseur zeichnete der Baseler Peter Lotschak. Von Molières unsterblichem Tartüff, dem frommen Heuchler und zynischen Erbschleicher, bleibt hier kaum etwas übrig.

Parentis Tartüff vielmehr ist ein Guru, der mit der Familie des ihm verfallenen Orgon Psychoanalyse treibt. Alle tragen sie moderne Kleider, sprechen in holprigen Versen (Übersetzung: Parenti) und wirken wie Verwandte von „Dallas". Den Eindringling Tartüff reizen sie mit Versuchungen, bis er ihnen aufs allermenschlichste erliegt. Seine Entlarvung, sein Abmarsch ins Gefängnis, sind hier nicht das wohlverdiente Ende für einen schleimigen Bösewicht. Man hat fast schon eher Mitleid mit dem Armen.

Ein Ereignis dagegen wurde – wie immer – Dario Fo, der den Erlös für die Premiere seines „Fabulazzo Osceno" für mißgebildete Kinder bestimmt hatte. Dabei ist auch für Italiener sein „Grameloт", eine selbsterfundene archaisierende Mischung aus norditalienischen Dialekten und verballhorntem Provenzalisch, kaum verständlich. Man versteht dennoch alles.

Diesmal nahm Fo die deftigen altfranzösischen „Fabliaux" zum Vorbild, um mimend und tanzend eine Porno-Groteske im Geiste Rabelais' vorzuführen. Sein Bestes sind nun einmal die Alleingänge, bei denen er sich auf leerer Bühne im Rollkragenpulli in vielerlei, manchmal poetische, meist eben groteske Gestalten verwandelt und sein Publikum zwei Stunden lang mit Lachkrämpfen schüttelt.

MONIKA von ZITZEWITZ

Vorläufer Dürers: „Die Heilige Katharina" von Israhel von Meckenem (um 1475), aus der Düsseldorfer Ausstellung FOTO: KATALOG

Dürers Zauber: Sammlung Maltzan im Düsseldorfer Antiquariat Boerner

Nach 350 Jahren ans Licht gebracht

Zeichnungen alter Meister zählen zu den Rarissima des Kunstmarktes. Gelegentliche „Trouvaillen" von Einzelblättern werden als Glücksfälle gefeiert; das unverhoffte Auftauchen ganzer Sammlungen gilt nicht nur in Sammler- und Händlerkreisen als Sensation, es sorgt auch für Aufregung in den Museen und Kupferstichkabinetten. Erst vor Jahresfrist war von einer solchen Sensation zu berichten (s. WELT v. 5. 1. 82), als eine bis dahin unbekannte Privatsammlung von Barockzeichnungen in Westfalen ans Licht kam. Ein ähnliches Schicksal hatte auch die Sammlung Maltzan, die in diesen Tagen in dem Düsseldorfer Kunstantiquariat Boerner zum ersten und zum letzten Mal zu sehen ist.

Der Sachverhalt im einzelnen ist nur bedingt vergleichbar; denn hier handelt es sich um seltene, kostbare Kupferstiche aus der Frühzeit dieser Technik, und die Sammlung war Kennern auch keineswegs unbekannt, sondern genoß in der Fachwelt seit ihrer Entdeckung durch Max Lehrs einen nahezu legendären Ruhm. Schon in den zwanziger Jahren hatte Hans Boerner sich vergeblich darum bemüht, sie zu erwerben. Nach mehr als einem halben Jahrhundert ging sein Wunsch nun doch noch in Erfüllung, weil aus dem totalen Kriegsverlust des Maltzanschen Besitzes in Schlesien immerhin diese Sammlung gerettet wurde, darunter Blätter von unschätzbarem Wert, die seit über dreihundert Jahren nur wenige zu Gesicht bekamen.

In der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts hat ein Joachim von Maltzan (der erst jetzt identifiziert werden konnte) diese frühen deutschen Kupferstiche gesammelt, und danach scheint sich niemand mehr darum gekümmert zu haben; doch seine Sammlung blieb unteilbar Bestand des gebundenen Besitzes (Fideikommiß) und wurde mit diesem vererbt. So vermittelt diese Ausstellung jetzt einen interessanten Einblick in die Mappen eines Sammlers vor rund 350 Jahren, an denen niemand seitdem etwas verändert oder zu restaurieren versucht hat bis auf den heutigen Tag.

In den unversehrten Mappen blieben die Blätter (bis auf ganz wenige Ausnahmen) vorzüglich erhalten und frisch wie selten ein Blatt, das durch die Hände von Sammlern, Händlern, Wissenschaftlern und Restauratoren ging. Ein Teil davon trägt in brauner Tinte oder Kreide am rückwärtigen Oberrand das Monogramm des ersten und einzigen Sammlers. Seine Liebe galt vor allem Dürer und van Meckenem.

Dazu gehörten zum Beispiel die berühmte „Melancholie", die zu den Meisterwerken Dürers und des Kupferstichs überhaupt zählt, mit einem besonders breiten, unversehrten Papierrand, oder das „Herkules"-Blatt (auch „Eifersucht" genannt) oder sein „Fräulein zu Pferd und Landsknecht" und das bedeutende Melanchthon-Porträt. Da sehen wir von dem Monogrammisten MZ (der um 1500 in München als Buchdrucker und Goldschmied tätig war) „Salomos Götzendienst" und vor allem die komplette „Passion" des Israhel van Meckenem (bis 20. Febr.: Katalog 30 Mark).

EO PLUNIEN

Die Sonderkommission von Würzburg jagt jetzt einen Gift-Mörder

Ärzte fürchten nach drittem Anschlag auch um das Leben eines zweiten Studenten

PETER SCHMALZ, **Würzburg**

Seit Montag abend ermittelt die Sonderkommission der Würzburger Polizei gegen den unbekannten Giftattentäter wegen Mordes: Um 17.00 Uhr war der 24jährige Medizinstudent Robert Albert an den Folgen der Thallium-Vergiftung gestorben. Während seines sechs Tage dauernden Todeskampfes war er aus seiner tiefen Bewußtlosigkeit nicht mehr aufgewacht, vergebens hatten die Ärzte versucht, ihn mit künstlicher Niere und Beatmungsgerät am Leben zu halten. Der junge Mann hinterläßt eine 19jährige Frau und ein vier Monate altes Mädchen.

Die Mediziner befürchten, daß der teuflische Giftanschlag auf Würzburgs Studenten (WELT vom 8. 2.) weitere Menschenleben fordern könnte. Gefährdet ist besonders der 22jährige Jurastudent Franz Peter S., der am Sonntag bei einem befreundeten Kommilitonen ein Bier getrunken hatte und danach mit Magenkrämpfen und Durchfall in die Universitätsklinik eingeliefert wurde. Bei den sofort eingeleiteten Untersuchungen wurden bei ihm im Urin die bisher größten Thalliummengen aller zwölf Würzburger Vergiftungsfälle gemessen. Polizeihauptkommissar Fritz Börner: „Er ist von allen am schlimmsten dran."

Schon ein Gramm tödlich

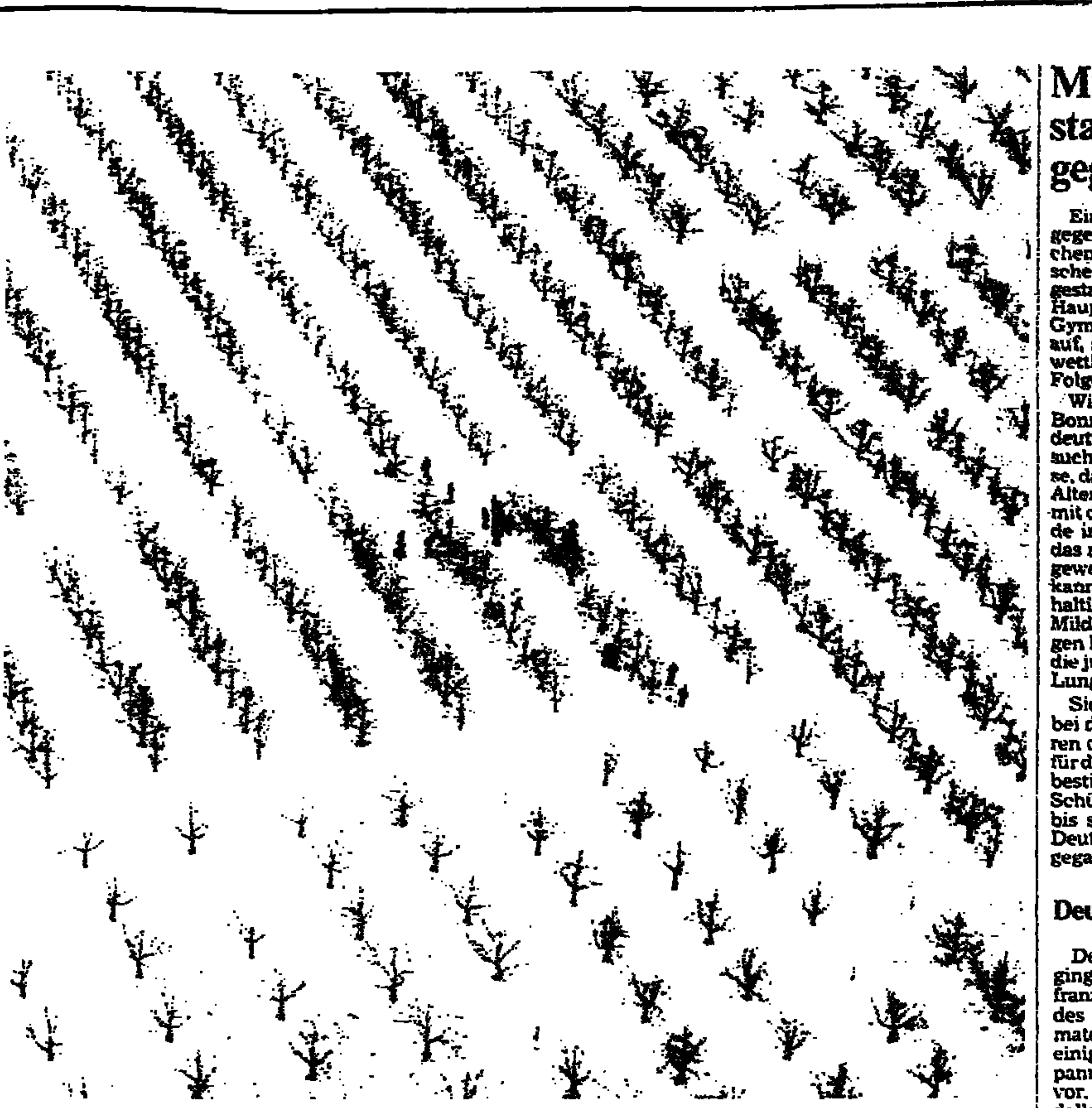
Thallium ist ein dem Blei ähnliches sehr weiches Metall, das in kristalliner Form für medizinische Forschungszwecke und für Rattengift verwendet wird. Es gilt als äußerst giftig, schon weniger als ein Gramm ist für den Menschen tödlich. Die ersten Vergiftungserscheinungen deuten auf eine Magenverstimmung hin, in schweren Fällen verliert das Opfer das Bewußtsein. Die stärkste Wirkung tritt aber erst nach zehn bis vierzehn Tagen auf, weshalb die Würzburger Ärzte noch immer nicht sicher sind, ob sie alle bisherigen Giftopfer retten können.

Wie berichtet, hatten Medizinstudenten des ersten Semesters nach einer Abendvorlesung am Montag vergangener Woche mehrere Flaschen mit Orangensaft und Bier, sowie einen Zettel gefunden, dies seien Reste einer Faschingsparty, die „großherzig" den Erstsemestern zur Verfügung gestellt würden. Der Zettel wurde von einem Studenten achtlos weggeworfen, wodurch der Polizei ein wichtiges Indiz verlorenging. Tags darauf wurde Robert Albert ins Krankenhaus eingeliefert, wo er knapp eine Woche später starb. Weitere neun *Opfer mußten zwei Tage später in* die Uni-Klinik. Durch Aufrufe der Polizei und durch Warnungen, die allen Studenten in den Vorlesungen gegeben wurden, tauchten zwei weitere vergiftete Flaschen in einem Studentenheim auf. Der letzte Vergiftungsfall vom Sonntag war eine Kette unglücklicher Umstände: Ein Medizinstudent hatte in seinem Wohnheim zwei Bierflaschen auf dem Flur gesehen, und sie als Geschenk einer Kommilitonin angesehen, der er kurz zuvor einen Fernseher aufs Zimmer getragen hatte. Tage später bot er das Bier dem Jurastudenten Franz Peter S. an, der ihn mit seiner 19jährigen Freundin besucht hatte.

Die Polizei konnte bisher zehn Flaschen sicherstellen, bei fünf von ihnen wurde Thallium in einer tödlichen Konzentration gefunden. Beim Trinken konnten die ahnungslosen Studenten nichts bemerken, das für den Anschlag verwendete Gift ist geruch-, geschmack- und farblos. Die Polizei hat mehrere Hinweise, aber noch keine heiße Spur. Der oder die Täter werden aber in Kreisen der Universität oder zumindest im Umfeld vermutet. Ein Polizeisprecher: „Der Täter muß sich in der Universität gut auskennen." Über das mögliche Motiv gibt es bisher nur Spekulationen. War es der Racheakt eines Bewerbers um einen Studienplatz im Fachbereich Medizin? Dafür würde sprechen, daß der Täter gezielt Erstsemester als Opfer auswählte. Oder handelt es sich um einen Kommilitonen, der bei einer Examensarbeit versagte und sich auf diese Art abreagieren wollte?

Anschlußtäter befürchtet

Inzwischen befürchtet die Polizei sogenannte Anschlußtäter, die sich durch die große Publizität des Falles animiert fühlen für ähnliche Verbrechen. In der Würzburger Mensa werden Getränke die bisher auf Tabletts bereitstanden, nur noch auf Anforderung und unter Kontrolle ausgeschenkt. Gestern wurden sämtliche Getränke- und Kaffeeautomaten geschlossen. Aufregung verursachte gestern der Selbstmordversuch einer 21jährigen Studentin, die sich aus einem Fenster des Wohnheimes stürzte, in dem die beiden vergifteten Bierflaschen gefunden wurden. In ihrem Abschiedsbrief hatte sie jedoch erklärt, ihre Verzweiflungstat habe nichts mit den Thallium-anschlägen zu tun.



Reihenuntersuchung FOTO: MANFRED GROHE

Mildred Scheel startet Kampagne gegen Rauchen

AP, Bon

Eine groß angelegte Kampagn gegen das Rauchen bei Jugendli chen hat die Präsidentin der Deut schen Krebshilfe, Mildred Schee gestartet. In Schreiben an Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien rief Frau Scheel die auf, sich an einem weltweiten Ma wettbewerb „Rauchen und sein Folgen" zu beteiligen.

Wie Mildred Scheel gestern i Bonn erklärte, belegen neue deutsche und amerikanische Unter suchungen in erschreckender We se, daß immer mehr Jugendliche i Alter zwischen zwölf und 16 Jahre mit dem Rauchen beginnen. „Gera de in dieser Altersstufe jedoch is das noch nicht ausgereifte Lunger gewebe besonders anfällig un kann daher durch Rauchen nach haltig geschädigt werden", warnt Mildred Scheel. „Die Schädigun gen können so gravierend sein, da die jugendlichen Raucher später a Lungenkrebs erkranken."

Sie bat die Lehrer an den Schulen bei der Aufklärung über die Gefah ren des Rauchens mitzuhelfen. Di für den internationalen Wettbewer bestimmten Zeichnungen de Schülerinnen und Schüler müsse bis spätestens Ende April bei de Deutschen Krebshilfe in Bonn ei gegangen sein.

Deutsche Autos vorn

AFP, Pa

Deutsche und japanische Aut gingen aus einer Untersuchung d französischen Verbraucherverba des „Union Federale des Conso mateurs" und der belgischen Ve einigung „Tests Achats" über Aut pannen als die zuverlässigsten h vor. Beteiligt waren 120 Autom delle.

Winter-Chaos

dpa, Hambu

Heftige Schneefälle haben g stern in Nord- und Westdeutschlan zu einem Chaos im Berufsverkel geführt. Tausende von Pendlern k men in den Großstädten verspät zur Arbeit. Für die Ostseeküste g ben die Behörden eine Sturmflu warnung heraus, nachdem Uferg biete in Lübeck, Schleswig, K und Flensburg überflutet waren.

Image-Pflege

rtr, Tok

Die japanischen Banken werd von August an jeden zweiten Sam tag eines Monats geschlossen bl ben. Der Banken-Verband erklär dies solle zeigen, daß die Japan nicht mehr die „in Kaninchenhö len hausenden Arbeitswütigen" s en, als die sie ein hoher Beamter d Europäischen Gemeinschaft v Jahren bezeichnet hatte.

Spar-Autos

dpa, Stockh

Den ersten Versuch mit dem g meinschaftlichen Besitz von Per nenwagen in Schweden wollen je 60 Familien in der Stadt Öreb westlich von Stockholm start Die 15 Wagen werden in einer Ga ge im Ortszentrum geparkt, ei Tankstelle übernimmt die Pfle und Wartung. Jede Familie muß 100 Kilometer Fahrstrecke 140 K nen (44,80 Mark) aufwenden.

„Kinderklingel"

dpa, Müns

Verständnis für die Nöte Steppkes, die zu hoch angebrac Klingeln an Mietshäusern mit ih kurzen Ärmchen nicht erreich zeigte ein Richter in Münster. „verdonnerte" eine Vermieterin zu, das Anbringen einer „Kind klingel" in geringerer Höhe an Haustür zu dulden.

Shampoo in Bierflaschen

AP, Be

Das Bundesgesundheitsminis rium hat gestern in Bonn wegen d Verwechslungsgefahr vor Ha shampoo gewarnt, das in Bierf schen abgefüllt und unter der B zeichnung „Bier-Shampoo" in d Handel gebracht worden ist. D stark schäumende Produkt kön in die Atemwege gelangen und Erstickung führen.

Erpresser gestand

dpa, Offenb

Ein 34jähriger arbeitsloser Dru ker aus Lahr hat einen Erpressung versuch gestanden, mit dem er Deutsche Bundesbahn zur Zahlun von 1,8 Millionen Mark zwinge wollte. Der Mann hatte gedroh Personenzüge zum Entgleisen bringen.

Brite trainierte mit tiefgekühltem Spinat

Englischer Polwanderer vor gefährlichem Abenteuer

CLAUS GEISSMAR, **London**

Vor 14 Tagen saß er noch auf tiefgefrorenem Spinat. Die Tiefkühlkammer im „Bejam"-Kühlhaus von Farnborough war für den 26jährigen englischen Studenten David Hempleman-Adams die einzige Trainingsmöglichkeit. Bei minus 40 Grad richtete sich der Student in einem Zelt zwischen Spinatkartons ein. So bereitete er sich auf eine Ski-Wanderung vor, die noch niemals ein Mensch ganz allein gemacht hat: Der Engländer will als erster ohne Schlittenhunde und ohne andere Begleiter zum Nordpol wandern.

Erst das Raumfahrtzeitalter macht dieses Abenteuer möglich. Auf dem Weg durch die Eiswüste wird der Student in einem Aluminium-Isolieranzug stecken, den schon Nasa-Raumfahrer getragen haben. Mit auf die Wanderung nimmt er einen Schlitten. Aber die ganze Ausrüstung, Nahrungsmittel, Kurzwellensender mnd Sextanten eingeschlossen, wird nur 44 Kilo wiegen.

Bevor David Hempleman-Adams in dieser Woche London



Vor seiner Abreise aus London zeigte sich Hempleman mit einem berühmten Vorgänger: Robert F. Scott. FOTO: UPI

verließ, um nach Ward Hunt Island in Nordkanada – seinem Ausgangslager – aufzubrechen, stellte er sich vor dem Londoner Scott-Denkmal noch den Fotografen zu einem denkwürdigen Foto. Scott nämlich ist Englands berühmtester Polarforscher. Er erreichte 1912 vier Wochen nach Amundsen den Südpol und kam mit vier Begleitern auf dem Rückweg um. Ein Instrument der Raumfahrttechnik soll David Hempleman-Adams dieses Schicksal ersparen. Auf seinem Rücken trägt der Polwanderer ein Funkpeilgerät, dessen Signale von einem Satelliten registriert werden. Sobald der Student die letzte Station der Zivilisation verlassen hat, kann die Nasa daher ständig auf ihren Geräten ablesen, auf welchem Punkt des Koordinatenkreuzes (Längengrad/Breitengrad) sich der Polwanderer befindet.

Vier Jahre lang hat der Student sein Abenteuer vorbereitet. Er ist ein erfahrener Alpinist und hat beim Klettern entdeckt: „Auf dem Gipfel des Everest waren schon mehr Menschen als am Nordpol." 600 000 Mark kostet die Ein-Mann-Expedition, für die die schottische Firma Stevens-Lefield vakuumverpackte Raumfahrerkost spendiert hat. Am 21. März ist am Nordpol die winterliche Polarnacht zu Ende. Deshalb bricht der Engländer erst am 1. März von seinem nordkanadischen Lager auf. Alle sechs Tage soll ein Flugzeug neue Nahrungsmittel und frische Batterien abwerfen.

Sonst aber ist David Hempleman-Adams allein. Die Strecke bis zum Pol ist 766 km lang. Da die ersten 300 Kilometer über Pack- und Druckeis führen, könnten jedoch Umwege notwendig werden, die die Strecke um 20 Prozent verlängern würden. Der Brite hofft, nach 55 Tagen am Pol zu sein.

Englands Königliche Geographische Gesellschaft hält die Polwanderung für so gefährlich, daß sie das Abenteuer nicht öffentlich unterstützt hat. Und Claire Brooks, die 20jährige Freundin des Studenten, meint sogar: „Ich liebe ihn zwar. Aber er ist verrückt."

Schweigen brachte „Dr. Herzogs" Geliebte in die Beugehaft

In seiner Revisionsverhandlung macht Elmar Schärmer nur den sexbesessenen Clown

PETER SCHMALZ, **München**

Sex-Protz Elmar Schärmer, der als mordender „Dr. Herzog" ein besonders grausiges Stück deutscher Kriminalgeschichte geschrieben hat, sah in seiner letzten Freundin Helmtrud G. die „ideale Partnerin", die in dem für ihn so überaus wichtigen sexuellen Bereich schrankenlos seinen immer ausgefalleneren Wünschen willig nachkam. Die geplante Heirat wurde nur durch den Haftbefehl verhindert. Gestern sollte die freizügige Geliebte vor dem Münchener Schwurgericht über Schärmers perverse Praktiken aussagen.

Doch die Zeugin zierte sich: Nach Paragraph 55 der Strafprozeßordnung müsse sie nicht aussagen, wenn sie sich dadurch selbst belasten würde. Das Gericht aber bestand auf einer Aussage zumindest für die Zeit des Kennenlernens und des beginnenden intimen Verhältnisses. Als sich die heute 42jährige Sekretärin weiter weigerte, wurde sie in Beugehaft genommen und mit einem Ordnungsgeld von 800 Mark belegt.

Der gestrige Auftritt der schlanken, schwarzhaarigen Frau war mit Spannung erwartet worden, hatte sie doch vor zwei Jahren im ersten Prozeß als Mitangeklagte neben dem Mann gesessen, der des Lustmordes an zwei Münchener Frauen überführt und zu zweimal lebenslänglich verurteilt wurde. Helmtrud G. wurde damals wegen Betrugs, Urkundenfälschung und Hehlerei zu einem Jahr mit Bewährung verurteilt; das Verfahren wegen Beihilfe zum Mord wurde eingestellt.

In der Revisionsverhandlung ist ihre Aussage nunmehr von großem Gewicht: Obwohl Schärmer weiterhin die Morde leugnet, hält ihn der Bundesgerichtshof für zweifelsfrei überführt. Neu verhandelt werden muß nur über die Frage, ob bei ihm eine so gravierende sexuelle Abartigkeit vorliegt, daß die lebenslängliche in eine zeitlich begrenzte Freiheitsstrafe mit anschließender Einweisung in eine Heilanstalt geändert werden muß. Niemand anders aber könnte das Persönlichkeitsbild Schärmers in den Tagen vor den Münchener Morden so genau beschreiben wie Helmtrud G.

Diese schweigt und gibt den Spekulationen neue Nahrung, ob sie mit den Morden an der Sekretärin Sonnhilde Wienhold, 35, und der Unternehmerin Karin Schubert-König, 41, nicht mehr zu tun hatte als bisher in den Gerichtsakten zu lesen ist. Immerhin hatte auch das erste Gericht in seinem Urteil von einer „denkbaren Verstrickung in die Taten" gesprochen.

War sie es doch, die für Schärmer jene „Dr. Herzog"-Anzeige aufgab, über die mindestens zwei Frauen ihren späteren Mörder kennenlernten. Sie löste die Schecks der getöteten Sekretärin mit deren gefälschter Unterschrift ein. Bei ihr wurde eine Krokogeldbörse der ermordeten Unternehmerin gefunden.

Eine Frau, die gegenüber dem vermeintlichen „Dr. Herzog" am Telefon von einem Millionenbesitz gesprochen hatte, bekam von diesem Mann eines Abends einen Anruf: Er sei mit einer Krankenschwester unterwegs in ihrer Nähe und wolle gern mit ihr eine Flasche Champagner trinken. Die Frau lehnte ab und rettete dadurch möglicherweise ihr Leben, denn Schärmers letzter Mord lag bei diesem Telefonat nur knapp 48 Stunden zurück. Wer aber war die Krankenschwester? Gab es sie auch bei den beiden Morden? Die Opfer können nicht mehr sprechen. Schärmer macht derweil den Clown. Er zeigt den Zuschauern nackte Mädchen aus dem „Playboy", zieht Schuhe und Socken aus, nennt den Richter einen „Pfeifendeckel" und ruft ihm zu: „Steig mir den Hut nauf!"

Parlament nimmt Feinschmeckern die Gewissensbisse

AP, **Straßburg**

Gourmets dürfen sich der weltberühmten Straßburger Gänseleberpastete weiterhin erfreuen, ohne ihr Gewissen zu belasten. Gestern hat das Europäische Parlament in Straßburg allzu skrupulösen Feinschmeckern, die an den Mästmethoden für die Gänse zweifelten, die Absolution erteilt. Eine Mehrheit des Hauses verwarf die Bedenken vor allem britischer Konservativer, die hier „eine unmenschliche und unvertretbare Art von Tierzucht" gewittert hatten.

Die Parlamentarier sahen in ihrer Entschließung keinen Grund, das Mästen von Gänsen zur Herstellung von Gänseleberpastete einzuschränken oder gar zu verbieten. Großzügig gestand die Mehrheit den Briten jedoch „Gedankenfreiheit" zu: Das Parlament, so steht in der Verlautbarung zu lesen, erkenne selbstverständlich an, „daß unterschiedliche Traditionen und Kulturen der Mitgliedsländer zu unterschiedlichen Beurteilungen von Verhaltensweisen führen könnten."

Mit seinem Pro-Gänseleber-Beschluß entlastete das Europäische Parlament das neuerdings zweifelhafte Image zahlloser Kulturen der Vergangenheit: Hatten doch schon die alten Chinesen, Inder und Perser, die Assyrer und alle anderen Völker des klassischen Altertums Gänsemast betrieben, wie die Ermittlungen des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherschutz – niedergelegt im Bericht zur Entschließung – ergaben.

Um ganz sicher zu gehen, hatte der Ausschuß „dem Stopfvorgang beigewohnt" und Zufriedenheit bei den bemitleideten Tieren festgestellt: „Die Gänse gehen dem Mäster nahrungsfordernd entgegen." Im Grunde werde für die Mästung nur die natürliche Freßlust der Tiere genutzt. So weit, die Mast auch für andere leckere Vögel, zum Beispiel Enten, zu gestatten, gingen die Par*lamentarier jedoch nicht: sie soll* ausschließliches Privileg der Gänse bleiben. Umgehend kommentierte ein Parlamentsbeamter: „Die Enten gucken weiterhin nur in die Backröhre!"

LEUTE HEUTE

Stimme im Staatsdienst

Um das „Joch seiner Ausbeuter abzuwerfen", will **Stelios Kasantsidis**, beliebter griechischer Schlagersänger, seine Stimme „sozialisieren" lassen und beantragt ihre Übernahme in den Staatsdienst. Der Gewinn aus seinen Liedern soll für humanitäre Zwecke verwendet werden. Kasantsidis schuldet seiner Schallplattenfirma nach Vertrag noch 120 Schlager, weigert sich *aber seit Jahren, vor dem Mikro*phon den Mund aufzumachen.

Di will die Armut sehen

Die Prinzessin von Wales, bei Hofe nur von Glanz und Gloria umgeben, will mit eigenen Augen sehen,



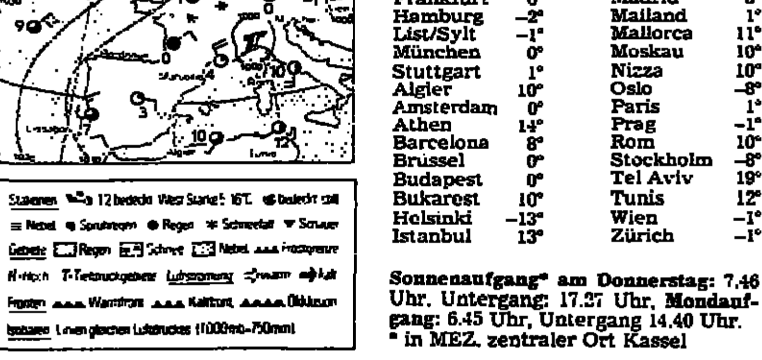
wie arme Menschen leben müssen. **Prinzessin Di** hat durchgesetzt, daß sie in der nächsten Woche bei einem Besuch der schottischen Stadt Glasgow auch die Elendsviertel der Stadt zu sehen bekommt.

Herz für 21 Kinder

Der New Yorker Junggeselle **Kojo Odo** (42) hat in den vergangenen zehn Jahren 21 Waisenkinder adoptiert, mit denen er jetzt im Farbigen-Viertel Harlem wohnt. Der frühere Lehrer nimmt sich besonders der „Problemkinder" an: *Unter seinen* Schützlingen befinden sich ein blindes, drei geistig zurückgebliebene und ein schizophrenes Kind: ein weiteres Kind leidet an einem lebensgefährlichen Nierenleiden.

WETTER: Weitere Schneefälle

Wetterlage: An der Nordseite einer sich abschwächenden Zone tiefen Druckes über dem südlichen und östlichen Europa dauert der Zustrom von Kaltluft aus Nordosten nach Deutschland an.



Vorhersage für Mittwoch:

Bundesgebiet und Berlin: Wechselnd, überwiegend stark bewölkt und zeitweise Schneefall. Höchste Temperaturen um den Gefrierpunkt, nachts Frost zwischen minus 2 und minus 6, bei örtlichem Aufklaren bis minus 10 Grad. In höheren Lagen auch tagsüber leichter Frost. Im Norden und Westen mäßiger bis frischer Nordostwind, sonst schwachwindig.

Weitere Aussichten:

Im Süden andauernder Schneefall, sonst kaum Niederschlag.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	–3°	Kairo	18°
Bonn	0°	Kopenh.	–2°
Dresden	0°	Las Palmas	16°
Essen	–1°	London	3°
Frankfurt	0°	Madrid	3°
Hamburg	–2°	Mailand	1°
List/Sylt	–1°	Mallorca	11°
München	0°	Moskau	10°
Stuttgart	1°	Nizza	10°
Algier	10°	Oslo	–8°
Amsterdam	0°	Paris	1°
Athen	14°	Prag	–1°
Barcelona	8°	Rom	10°
Brüssel	0°	Stockholm	–8°
Budapest	0°	Tel Aviv	19°
Bukarest	10°	Tunis	12°
Helsinki	–13°	Wien	–1°
Istanbul	13°	Zürich	–1°

Sonnenaufgang* am Donnerstag: 7.46 Uhr, Untergang: 17.27 Uhr, **Mondaufgang:** 6.45 Uhr, Untergang 14.40 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Mit den neuen Gelenken schwinden die Schmerzen

Nach 100 Operationen läuft ein Feldversuch aus

fwt, **Göttingen**

An der Universität Göttingen läuft jetzt ein medizinischer Feldversuch mit einer neuen Prothese aus, die durch die Kombination von drei verschiedenen Werkstoffen – Titan, Keramik und Kunststoff – funktionsfähig wie ein Knochengelenk sein soll. Die neuartige Prothese erfüllt die Anforderungen an Schmerzfreiheit, Belastbarkeit, Beweglichkeit und Dauerhaftigkeit, wie die bisher in Deutschland vorgenommenen 100 Operationen ergaben. Der Vorsitzende des Arbeitskreises Biomaterial der Deutschen Gesellschaft für Orthopädie, Professor Hans Georg Willert (Universität Göttingen), berichtete jetzt über diese Arbeiten.

Bisher, so Willert, wurden die Implantate mit einem Werkstoff aus der Zahnmedizin, dem „Knochenzement", fest in den abgesägten Oberschenkelhals und in die Hüftgelenkpfanne eingearbeitet. Der Zement hatte jedoch den Nachteil, daß giftige Kunststoffteile an die Umgebung abgegeben *wurden; der Knochen konnte* absterben. Die Prothese lockerte sich, was starke Schmerzen verursachte.

Bei der seit einem Jahr in Göttingen und an zehn anderen Orthopädiezentren im deutschsprachigen Raum angewendeten neuen Technik wird der Knochen zementfrei mit der Prothese verbunden. Dazu wird in die Hüftgelenkpfanne mit einem Spezialwerkzeug ein Gewinde eingeschnitten und eine Kunststoffpfanne aus Polyäthylen eingeschraubt. Die Kugel des Oberschenkelgelenks wird abgesägt und zur Aufnahme eines zwölf bis 17 Zentimeter langen Titan-Schaftes mit einem Spezialwerkzeug passend eingekerbt. Danach wird der später mit dem Gewerbe verwachsende Metallschaft eingeschlagen und an seinem oberen Ende mit einer genau in die Kunststoffpfanne passenden Keramikkugel versehen. Nach dem Zusammensetzen des Kunstgelenks wird die Wunde vernäht. Schon am nächsten Tag können die Patienten aufstehen.

Entwickelt wurde die Methode schon vor vier Jahren an der Orthopädischen *Universitätsklinik in* Wien. Dort wurden inzwischen 300 Patienten erfolgreich mit neuen Hüftgelenken ausgestattet.

Des Töpfers Traum endete in der zweiten Klasse

Private Vermietung von Zug-Abteilen wurde zum Reinfall

PETER ZERBE, **Hamburg**

Der Moringer Töpfer Ulrich Lampe muß auch weiterhin in seinem klapprigen Schäferkarren neben der Kirchenruine seines Wohnortes leben: Der Versuch des 31jährigen Niedersachsen, das bundesdeutsche Schienennetz zu „privatisieren", ist gescheitert. Statt des erhofften Gewinns von fast 20 000 Mark machte Lampe ein Defizit von fast 10 000 Mark.

Lampe hatte das Sonderangebot der Bahn „Abteil des Jahres" für sich nutzen wollen, indem er sich Abteile mietete und die Plätze einzeln an überwiegend Jugendliche verkaufte. Er zahlte je Abteil der 2. Klasse 220 Mark und verkaufte den Platz auf der Strecke Hamburg–München und zurück für 100,20 Mark. So hätte er je Abteil mehr als 600 Mark eingenommen.

Am vergangenen Wochenende hatte er wieder zwölf Abteile gemietet. Schon zwölf Minuten nach Abfahrt des Zuges vom Hamburger Hauptbahnhof mußte der Töp*fer einsehen, daß auch seine zweite* Fahrt ein Mißerfolg wird. Daraufhin gab er umgehend neun der zwölf gemieteten Abteile vor surrenden Fensehkameras an den Zugschaffner zurück und bat ihn um Erstattung des Fahrpreises.

Fraglich ist, ob die Bahn ihm die Fahrkarten für die nicht genutzten Abteile erstatten wird. Ein Versuch nach der ersten Fahrt am letzten Januarwochenende scheiterte in Northeim. Als Lampe dort 27 Fahrkarten zur Erstattung einreichte, lehnte die Bahn dies ab, obwohl in den Geschäftsbedingungen des Sonderangebots eine Erstattung ausdrücklich vorgesehen ist, wenn die Abteile nicht in Anspruch genommen werden. Direkt vom Fahrkartenschalter eilte der 31jährige dann zu seinem Rechtsanwalt, um die Erstattung jetzt juristisch durchzukämpfen.

Auch die Fahrt am vergangenen Wochenende stand von Anfang an unter einem unglücklichen Stern. Zunächst wollte ihm die Bahn die Abteile nicht vermieten. Erst als ein Rundfunkreporter sich als Lehrer ausgab und Abteile für eine Klassenfahrt mieten wollte, mußte die Bahn klein beigeben und ihr Argument, der Zug sei „ausgebucht", zurückziehen.

ZU GUTER LETZT

„Äußerst mies gestaltete sich d Wettervorhersage: Morgens b deckt und regnerisch, nachmitta bedeckt und regnerisch, ab abends endlich dunkel!" Aus „O friesen-Zeitung"